This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

3 2044 010 103 893

Digitized by Google

Ger 2395.75

Harvard College Library

FROM THE

MARY OSGOOD FUND

"To purchase such books as shall be most needed for the College Library, so as best to promote the objects of the College."

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsche Politik

von

Ernst Hasse.

Erster Band:

Heimatpolitik.

Zweites Heft:

Die Besiedelung des deutschen Volksbodens.

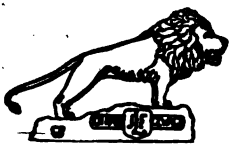
München.
J. F. Lehmann's Verlag
1905.

Digitized by Google

Die Besiedelung des deutschen Volksbodens

von

Ernst Hasse.



München.
J. F. Lehmann's Verlag
1905.

Digitized by Google

Ger 2395.75
Mary Osgood fund
(I,2,4; II,1)

Inhalt:

I.	Einleitung	Seite 1—8
II.	Die Zeit bis zu Karl dem Großen	„ 9—11
III.	Karl der Große	„ 12—16
IV.	Die Wiedereindeutschung des Gebietes zwischen Saale und Elbe	„ 17—21
V.	Das Vordringen des Deutschtums in den Donau- und Alpenländern	„ 22—30
VI.	Die deutsche Besiedelung von Böhmen, Mähren und Schlesien	„ 31—35
VII.	Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein	„ 36—41
VIII.	Die Kolonien der Hanse	„ 42—43
IX.	Die deutsche Besiedelung der baltischen Länder	„ 44—46
X.	Preußens Besiedelung	„ 47—50
XI.	Die deutsche Besiedelung Posens (Großpolens)	„ 51—62
XII.	Die Wiederbesiedelung und Wiedereindeutschung des Ostens des preußischen Staates durch die Hohenzollern.	„ 63—68
XIII.	Die deutschen Siedelungen in Rußland	„ 69—71
XIV.	Zusammenfassung	„ 72—77
XV.	Die Wiederaufnahme der Siedelungstätigkeit am Ende des 19. Jahrhunderts	„ 78—107
XVI.	Die Lage in den Ostmarken	„ 108—124
XVII.	Folgerungen und Forderungen	„ 125—144
XVIII.	Neue deutsche Militärgrenzen	„ 145—156

Meisenbach Riffarth & Co., München.

Digitized by Google

I. Einleitung.

Die Bedeutung des Volksbodens für die Politik eines Volkes wird ohne weiteres klar, wenn wir über das Wort Vaterland nachdenken. Freilich hat man sich gewöhnt, unter dem Vaterlande noch etwas mehr zu verstehen, als einen bestimmten Teil unserer Erdoberfläche, denn wir reden von Vaterlandsliebe, von vaterländischer Gesinnung, ohne damit lediglich die Beziehungen der Menschen zu dem Grund und Boden zu meinen, der sie erzeugt hat und ernährt. Wir denken bei dem Vaterlande und bei vaterländischen Gesinnungen auch an alle die Beziehungen der auf einem Staatsgebiete wohnenden Menschen zueinander, und an die Pflichten, Rechte und Stimmungen, die sich aus diesen Beziehungen ergeben. Vielleicht reden wir auch zu oft vom Vaterlande, wo wir vom Muttervolke reden sollten.

Aber so viel steht fest, daß der Volksboden die Grundlage unseres staatlichen Daseins bildet und daß es deshalb nicht gleichgültig ist, wann, wie und von wem wir diesen Volksboden erworben haben.

Die Kenntnis dieser Vorgänge ist zwar noch nicht erschöpfend, aber in zahllosen Einzelheiten doch genügend aufgeklärt. Nur fehlt es an der Würdigung der Gesamtheit dieser Tatsachen in unserem Volksbewußtsein. Diese Würdigung zu fördern soll unsere Aufgabe sein. Sie ist also eine politische und keine wissenschaftliche, namentlich keine geschichtliche in der üblichen Bedeutung dieser Worte.

Die Besiedelung des deutschen Volksbodens hat eine riesenhafte Literatur. Jede Zeit, jedes Gebiet, jede Seite dieser gewaltigen Tatsache ist in zahllosen Einzeldarstellungen behandelt worden. Aber es fehlt ein Ueberblick über das Ganze.

Um in einem Buche von bescheidenem Umfange eine solche für den Politiker brauchbare Uebersicht zu bieten, dazu müßten sich die Kräfte des Geschichtsschreibers und Geographen mit denen des Ethnographen vereinen. Ein einzelner Gelehrter kann den Stoff heute

Digitized by Google

nicht mehr übersehen. Nur in einem Zusammenwirken von Männern wie des am 9. August 1904 verstorbenen Friedrich Ratzel, des greisen August Meitzen, des greisen Richard Böckh, von Karl Lamprecht, Hans Witte, Paul Langhans, A. von Peez, Erich Schmidt ließe sich etwas schaffen, was auf der Höhe der deutschen Wissenschaft stände. Jeder Kundige weiß, daß diese Männer auf absehbare Zeit für die Lösung dieser Aufgabe nicht mehr oder noch nicht verfügbar sind.

In dem Systeme meiner Deutschen Politik darf aber die Behandlung der Siedelung des deutschen Volkes nicht fehlen, da ein großer Teil meiner politischen Forderungen für die Zukunft gerade auf den Tatsachen der deutschen Siedelungsgeschichte beruht. Ich bin weder Geschichtsschreiber, noch Geograph, noch Ethnograph. Soll ich deshalb auf die Behandlung des Gegenstandes verzichten?

Wenn ich mich also entschlossen habe, unter Verzicht auf eigene Quellenstudien auch die Bearbeitung dieses Teiles meiner Deutschen Politik selbst zu übernehmen, so geschah dies, um den Lesern der anderen Teile meines Werkes und besonders den früheren und künftigen Hörern meiner Vorträge an der Hochschule das zu bieten, was sie brauchen. Selbstverständlich muß ich dabei die Forschungsergebnisse fremder verwerten, die Teile des gewaltigen vorliegenden Arbeitsfeldes bearbeitet haben. Gegen die Gewohnheit habe ich die benützten Werke nicht nur genannt, sondern recht oft auch wörtlich angeführt. Ich tat dies, um die Verantwortung für die gefällten Urteile den betreffenden Verfassern zu überlassen, um dem Leser Proben der Darstellung jener Gelehrten zu geben, endlich auch, weil ich wiederum entgegen der Gewohnheit nicht glaube, das von anderen Gebotene mit besseren Worten wiedergeben zu können, als die ursprünglichen Forscher und Darsteller. Wenn ich auch hier, wie im ersten Hefte dieses Werkes, Heinrich von Treitschke als Gewährsmann besonders gern anführe, so geschieht dies, um zu zeigen, daß in den Grundanschauungen der Alldeutsche dem Kleindeutschen gar nicht so fern steht.

Eine ausführliche Aufführung der einschlagenden Literatur sollte es dem Leser ermöglichen, für die Einzelfragen an die Quellen heranzutreten. Ich hatte zu diesem Zwecke am Fuße eines jeden Abschnittes die für diesen wichtigsten Werke zusammengestellt und der Satz hatte bereits in dieser Weise begonnen. Auf Wunsch des Herrn Verlegers habe ich aber diese Literaturnachweisungen gestrichen, da sie in der Tat einen unverhältnismäßig großen Teil des Buches in Anspruch genommen hätten.

Digitized by Google

Von Herzen würde ich mich freuen, wenn dem deutschen Volke recht bald eine übersichtliche, von Fachmännern geschriebene einheitliche und zusammenfassende Geschichte seiner Siedelung von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart geboten würde.

Diese Geschichte müßte meines Erachtens in fünf Teile zerfallen.

In dem ersten Teile müßten die unmittelbaren und mittelbaren Quellen der Kenntnis der Siedelung des deutschen Volksbodens geschildert und gewürdigt werden. Es kommen in Betracht die sogenannten vorgeschichtlichen Funde, Quellen von recht bedenklicher Bedeutung, da sie oft dazu verführen, gelegentlich benutzte, auf dem Wege des Fernhandels eingeführte Gegenstände als dauernde Merkmale der Bewohner eines Gebietes zu betrachten. Von größerer Bedeutung sind die noch heute erkennbaren Niederschläge der Agrarverfassungen früherer Zeiten, die aus den Formen der ländlichen Ansiedelung auf das Volkstum und die Stammeseigenart der Siedler schließen lassen, wie sie aus den gewaltigen Forschungsergebnissen von August Meitzen zu ersehen sind. Auch die von den Sprachverhältnissen abweichenden ethnographischen Merkmale der Bevölkerung eines von städtischen Wanderungen noch wenig beeinflußten Gaues lassen oft Schlüsse auf die Rasseverhältnisse der früheren Siedler des fraglichen Gaues zu. Hier kommen die in Schleswig aufgefundenen etwa 1600 bis 1800 Jahre alten mit Haut und Haar und Kleidungsstücken erhaltenen Moorleichen, die Schädelbildungen sonst aufgefundener Leichname, die Schädel- und Knochenbildungen des noch heute lebenden Geschlechts, die Farbe der Augen, der Haare und der Haut in Betracht. Rudolph Virchow und seine Schüler haben durch Massenuntersuchungen der Haut-, Augen- und Haarfarbe von Schulkindern auf diesem Gebiete Hervorragendes für unsere Zwecke geleistet.

Nicht minder belangreich sind die Ergebnisse der Sprachforschung. Hier hat man in den Formen und Endungen der Ortsnamen wichtige Merkmale für die Geschichte der Siedelung gefunden, namentlich soweit es sich um den Gegensatz zwischen slawischen und germanischen Ansiedelungen und innerhalb der letzteren wiederum zwischen der Betätigung der einzelnen deutschen Stämme handelt.

Selbstverständlich sind besonders für mittlere und spätere Zeiten geschriebene Urkunden und deren Sprache von Belang, wenngleich auch hier eine große Vorsicht geboten ist bei der Auseinanderhaltung dessen, was als üblich, was als zufällig, vielleicht als veralteter Rest einer früheren Zeit angesehen werden muß.

Digitized by Google

Ein zweiter Teil einer planmäßigen Geschichte der Besiedelung des deutschen Volksbodens würde sich mit der Frage zu beschäftigen haben, von wem die Besiedelung ausgegangen ist. Hier ergibt sich ohne weiteres die Gliederung nach den alten deutschen Stämmen und deren recht ungleichartiger Unteilnahme an der deutschvölkischen Ausdehnung. Bisher sind diese Gesichtspunkte nur von Alexander von Peez genügend gewürdigt worden, soweit es sich um die Teilnahme der Franken an der Besiedelung der Ostmarken handelt. Eine ähnliche Beachtung müßten auch die Sachsen, Bayern, Schwaben und Thüringer, vielleicht auch die Burgunder finden. Eigentlich von niemandem ist bisher dem Mengenverhältnis der ausgesandten Siedler genügende Beachtung geschenkt worden. Gewiß werden hier die Quellen spärlich fließen. Immerhin müßte der Versuch gemacht werden, das Dunkel aufzuklären, das über der Frage herrscht, wo und wie die Millionen deutscher Ansiedler entstanden waren, die zur Fernsiedelung zur Verfügung waren. Wir kennen annähernd die wirtschaftlichen, namentlich agrarischen Beweggründe, die im Westen einen Teil der deutschen Bevölkerung locker und zur Verwendung im Osten verfügbar machten, aber wir tappen für die Höhezeit der östlichen Vorwärtsbewegung des Deutschtums im 9. bis 12. Jahrhundert ähnlich im Dunkeln, wie über die Größe der Wanderscharen und Kriegsheere der im engeren Sinne sogenannten germanischen Völkerwanderungen.

Von ganz besonderer Bedeutung wird eine sorgfältige Ausscheidung und Gruppierung der in die Ferne gesandten Ansiedler nach Berufsarten und Ständen sein. Hier wissen wir bereits, wie das Königtum, die Geistlichkeit, besonders die der Klöster, das Rittertum, das städtische Bürgertum, das ländliche Bauerntum zusammenwirkten oder zeitlich sich ablösen mußten, um das große Werk der Besiedelung des Ostens zu vollenden. Wir wissen auch schon, daß diese Faktoren der Kolonisation jedesmal dann in den Vordergrund traten, wenn sie auch sonst die Führung im staatlichen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes hatten. Aber dieser Gedanke bedarf noch der Vertiefung und Erhärtung durch entsprechende Gruppierung der Tatsachen.

Der dritte Teil der Gesamtgeschichte würde die Tatsachen geographisch zusammenzufassen haben nach den einzelnen Teilen des gewaltigen Siedelungsgebiets. Für diese Arbeit liegen schon die meisten Vorarbeiten vor in unzähligen Einzeldarstellungen die aber erklärlicherweise zunächst an den Einzelheiten haften geblieben sind. Hier gilt es, den vorhandenen Stoff von dem Beiwerk der Einzelheiten

Digitized by Google

zu befreien und ihn in knapper und übersichtlicher Form nach einem übereinstimmenden Plane zur Darstellung zu bringen.

Ein besonderer — vierter — Abschnitt könnte der Schilderung der Technik der deutschen Siedelung gewidmet werden. Die Kenntnis der hochentwickelten Technik der deutschen Kolonisation in den Jahren 900 bis 1200 und 1680 bis 1780 ist der Gegenwart fast ganz verloren gegangen. Und doch ist sie der heutigen preußischen Beamtenschaft, besonders der Ansiedelungskommission dringend nötig.

Endlich müßte in einem fünften Teile der Einfluß der fortschreitenden Siedelung des deutschen Volksbodens, die hierdurch bedingte östliche Verschiebung des Schwerpunktes des Volkstums und des Reiches untersucht und von hoher geschichtlicher Warte gewürdigt werden, von einer Warte, die nicht nur den Gang der deutschen Geschichte sondern auch den ganz Europas sicher und klar überblickt. Wahrscheinlich würde man finden, daß der Fortschritt und der Stillstand der gewaltigen östlichen Vorwärtsbewegung des deutschen Volkstums von größerem Belange für unsere ganze deutsche Entwicklung gewesen sind, als andere Umstände, die man bisher in den Vordergrund geschoben hat.

Der jetzige Zustand der Literatur der Siedelung des deutschen Volkstums verhindert mich leider diesen planmäßigen Weg der Darstellung zu gehen. Ich muß mich noch an Einteilungen anlehnen, die bisher üblich waren, nämlich an die zeitlichen und örtlichen.

Ueber das Verhältnis der verschiedenen Verfahren und Quellen zu einander bei der Ermittlung der Urheimat von Bevölkerungen hat sich Friedrich Ratzel in einer seiner letzten Arbeiten ausgesprochen: „Die geographische Methode in der Frage nach der Urheimat der Indogermanen" im Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, herausgegeben von Plötz, I. Jahrgang, 3. Heft, Mai—Juni 1904, S. 377.

Die hierher gehörigen hauptsächlichsten Werke von August Meitzen sind: Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staates, 7 Bände mit Atlas (Berlin, kgl. preuß. statist. Bureau). Das deutsche Haus in seinen Formen (1882). Siedelung und Agrarwesen der Deutschen und Skandinavier, der Kelten, Römer, Finnen und Slawen, Berlin 1895. Ansiedelung; im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, I. 291. Ueber die typischen fränkischen Bauerngärten vergl. Alexander von Peez, Erlebtes und Erwandertes, III. S. 55.

Die Ergebnisse der von Rudolf Virchow veranlaßten Massenuntersuchungen über die Farbe der Augen, der Haare und der Haut an deutschen Schulkindern sind veröffentlicht in dem Berichte über die 7. allgemeine Anthropologenversammlung in Jena (am 9. bis 12. August 1876) und in der Zeitschrift des Kgl. Sächsischen Statistischen Bureaus XXII. Jahrg. 1876, S. 321 ff.

* * *

Digitized by Google

Die bei der Neubesiedelung bisher fremden Gebietes beteiligten deutschen Stämme, von denen wir Einiges wissen, sind die Franken, Sachsen, Bayern und Alemannen.

Den Franken und Sachsen hat seit längerer Zeit Dr. Alexander von Peez besondere Beachtung geschenkt, in vielen seiner Schriften, ganz besonders in dem in Wien 1902 erschienenen dritten Teile von „Erlebt und erwandert" unter dem besonderen Titel: „Blicke auf die Entstehung der Ostmark und Karl der Große als Neubegründer des deutschen Volkstums." Neuerdings hat Dr. Karl Rübel in dem 1904 in Bielefeld erschienenen Werke „Die Franken, ihr Eroberungs- und Siedelungssystem im deutschen Volkslande" die Siedelungstätigkeit der Franken, aber nicht in den neu gewonnenen, sondern in den alten deutschen Stammesgebieten und vorwiegend die technische Seite dieser Tätigkeit behandelt.

Die Kenntnis der Siedelungstätigkeit des bayerischen Stammes wurde von M. Döberl angebahnt in einem Aufsatze in der Beilage zur Münchener Allgem. Ztg. 1904, Nr. 141 u. 142, besprochen in der Deutschen Erde, 1904, S. 122.

Auch die Niederländer als entsendender deutscher Volksstamm haben eine besondere Beachtung gefunden in den Arbeiten von Borchgrave (1865) und R. Schröder (Die Niederländischen Kolonien in Norddeutschland zur Zeit des Mittelalters. Berlin 1880).

Mit der Siedler-Tätigkeit der Alemannen befaßt sich Dr. Hans Witte gelegentlich in seiner Geschichte des Deutschtums im Elsaß und im Vogesengebiet. Stuttgart 1897. Er sagt S. 318: „Das Tal des Oberrheines war das eigentliche Kolonisationsgebiet des alemannischen Stammes in seiner ganzen Ausdehnung sowohl rechts wie links des Rheinstroms; das heutige Baden, wie das Elsaß und die Pfalz hat er mit seinen Siedelungen erfüllt".

Somit fehlt uns eigentlich nur noch eine zusammenfassende Darstellung der Siedelungstätigkeit des Thüringer Stammes. Vorarbeiten hierfür haben Seelmann und Walter Schatte geboten in ihren Arbeiten über thüringische Siedelungsnamen.

Die Ergebnisse der Siedelungstätigkeit der einzelnen deutschen Stämme haben zum Teil, aber erklärlicherweise eben nur zum Teil, einen Niederschlag gefunden in den Namen der Neusiedelungen. Eine ganz rohe Statistik gibt in dieser Beziehung schon recht belangreiche Ergebnisse. Wir haben das Ortslexikon für Deutschland und Oesterreich von H. Rudolf einer Prüfung unterzogen auf Ortsnamen hin, die auch in ihren heutigen Formen ohne weiteres auf die siedelnden deutschen Stämme hinweisen; da zeigt sich, daß 178 Ortsnamen auf Franken, 128 auf Schwaben, 104 auf Sachsen hinweisen. Und zwar finden sich Ortsnamen, die auf Franken hinweisen in allen Provinzen Preußens mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, zusammen 69, im heutigen Königreich Bayern 59, in Sachsen 11, Württemberg 9, in Baden keine, in Hessen 3, zusammen 153, ferner in Oesterreich 21, in Ungarn 4. Ortsnamen, die auf Schwaben hinweisen, finden sich in fast allen Provinzen Preußens je einer, zusammen 9, in Bayern 46, Sachsen 1, Württemberg 3, Baden 4, Hessen 3, Thüringen 3, im Deutschen Reich 69, in Oesterreich 55, davon allein in Oberösterreich 22, endlich in Ungarn 4. Ortsnamen, die auf den sächsischen Stamm verweisen, kann man zählen in Preußen 16, Bayern 31, Sachsen 11, Württemberg 5, Baden 2, in den deutschen Kleinstaaten 8, zusammen im Deutschen Reich 73, in Oesterreich 26, davon allein in Oberösterreich 12, endlich in Ungarn 5.

Digitized by Google

Man kann die Tatsachen, die bei der Besiedelung und Verdeutschung neuer Gebiete eine Rolle gespielt haben nach den entsendenden deutschen Stämmen und Ländern ordnen. Ein Gegenbild würde entstehen durch Ordnen derselben Tatsachen nach den empfangenden Siedelungsgebieten. Diese letztere Gruppierung ist die bisher übliche. Die Literatur über diese Seite der Sache findet sich neuerdings vorwiegend in der Zeitschrift „Deutsche Erde", herausgegeben von Paul Langhans (Justus Perthes in Gotha) angezeigt.

Ueber die Bedeutung der Ortsnamen für die Geschichte der deutschen Wanderungen und Siedelungen vergl. auch Arnold: Ansiedelungen und Wanderungen deutscher Stämme. Marburg 1875. Otto Bremer: Ethnographie der germanischen Stämme. Sonderabdruck aus der zweiten Auflage von Pauls Grundriß der germanischen Philologie. Straßburg, Trübner 1899 sowie die in „Deutsche Erde" 1904 S. 104 bis 107 angegebene Literatur. Martin May: Sind die fremdartigen Ortsnamen in der Provinz Brandenburg und in Ostdeutschland slawisch oder germanisch? Frankfurt a. M., Fey. 1897 (hält viele Namen für vorslawische und deshalb germanische).

Als Gründe für die Abwanderung der im Westen gesiedelten Deutschen nach den Ostmarken bezeichnet man gewöhnlich die Dichtigkeit der landwirtschaftlichen Siedelung, die Kleinheit der ländlichen Besitzungen (Hufen) im Westen, den Uebergang von der Natural- zur Geldwirtschaft und für die Zeiten nach der Reformation kirchliche Beweggründe. Derartige allgemeine Angaben können aber nicht genügen. Es bedarf der Ermittlung der bestimmten Beweggründe bei den Einzelerscheinungen.

Im allgemeinen dürften die bisherigen Mengenvorstellungen übertrieben sein. Vergl. Dr. Ludwig Schmidt „Das germanische Volkstum in den Reichen der Völkerwanderung" in Deutsche Erde 1904. S. 136.

Bei Beurteilung der Mengenverhältnisse kommt es allerdings in Betracht, daß bei der germanisierenden Siedelung vielfach Nichtgermanen (Kelten und römische Mischlinge) mit verwendet werden konnten, da diese bei dem gemeinsamen Gegensatz zu der slawischen Bevölkerung des Ostens und bei der Unmöglichkeit ihre volkliche Eigenart aufrecht zu erhalten, zur Anlehnung an die deutschen Kolonisten gezwungen waren.

Das Entscheidende dürfte aber darin liegen, daß die deutschen Stämme jederzeit einen beträchtlichen Geburtenüberschuß besessen haben. Die einzelnen Abschnitte der Geschichte unterscheiden sich nur insofern, als in gewissen Zeiten dieser Ueberschuß durch Kriege und Volkskrankheiten aufgezehrt wurde, in besseren Zeiten aber zur Steigerung der Dichtigkeit des Wohnens, zur gewerblichen Entwicklung oder zur europäischen und überseeischen Auswanderung zur Verfügung stand.

Bei der östlichen Wanderung der deutschen Stämme im 9. bis 14. Jahrhundert sollten auch die äußeren Formen der Wanderung, die Einzelwanderung, Familien-, Gruppen- und Stammeswanderung, die freiwillige und zwangsweise Wanderung genügende Beachtung finden.

Ueber die Frage des woher und wohin der bei der Besiedelung und Neubesiedelung des deutschen Volksbodens in Bewegung gesetzten Menschenmassen, gibt A. von Peez für die karolingische Zeit beachtenswerte Fingerzeige. Vergl. darüber weiter unten S. 15—16.

Die Frage nach den bewegten Mengen wird von R. Schröder (bei Peez III. 110) zwar aufgeworfen, aber nicht beantwortet. Einige Nachrichten über die bewegten

Digitized by Google

Mengen in den Völkerwanderungen und bei der Besiedelung des deutschen Volksbodens in den ältesten Zeiten enthält Otto Behre: Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen. Berlin, 1905 Seite 1—18.

* * *

Wenn wir auch schon in den Arbeiten von Karl Lamprecht einige Auskunft über die Technik des Siedelungswesens erhalten, über Größe und Art der neuabgemessenen Siedelungen, namentlich über die Stellung der Lokatoren (locare = besiedeln), die teils als Beamte des Grundherrn, teils als Unternehmer auf eigene Rechnung und Gefahr tätig waren und die nicht nur privatwirtschaftlich entschädigt wurden (Freihufen), sondern denen sogar erbliche öffentliche Rechte (Schulze, Ortsrichter) eingeräumt wurden, so sind diese Kenntnisse neuerdings doch noch wesentlich vertieft worden durch die Untersuchungen von Eduard Otto Schulze, Karl Rübel und Erich Schmidt. Hierbei beschäftigt sich Rübel mehr mit den Fragen der Vermessung, Schmidt mit den Lokatoren und zeigt, daß diese wirtschaftlich, gesellschaftlich, rechtlich und staatlich im 13. und 14. Jahrhundert eine viel höhere Stellung eingenommen haben, als im 17. und 18. Jahrhundert. Da diese wichtigen Fragen zwar von großem Belange für die auf dem Gebiete des Ansiedelungswesens tätige heutige Beamtenschaft, aber weniger von allgemeiner Bedeutung sind, können und müssen wir auf die Besprechung dieser technischen Fragen im Nachstehenden verzichten.

* * *

Den Gang der staatlichen Geschichte selbst müssen wir als bekannt voraussetzen. Ihn auch nur kurz zu skizzieren, würde der zur Verfügung stehende Raum nicht gestatten.

Für Zwecke der volkstümlichen Belehrung, für Schulen und Volksbüchereien empfehlen wir:

Deutschland, Einführung in die Heimatkunde, von Friedrich Ratzel, Leipzig, Grunow 1898, und Die deuschen Volksstämme und Landschaften von O. Weise, Leipzig, B. G. Teubner 1900. Mk. 1.25.

Digitized by Google

II. Die Zeit bis zu Karl dem Großen.

In der Zeit vor Christi Geburt füllten die germanischen Völker nicht nur das ganze Gebiet des heutigen Deutschen Reiches, der Niederlande, Belgiens, Oesterreichs und Skandinaviens und aller Küstengebiete der Ostsee, sondern sie saßen auch in einem breiten Streifen von der Ostsee hinab bis zum Schwarzen Meere.

In der Völkerwanderung überfluteten diese Völker ganz West- und Südeuropa und die Küstenländer des Mittelmeeres, gründeten hier aber nur vorübergehend germanische Staaten.

Nur die Eroberung der keltisch-römisch besiedelten Inseln Großbritanniens und die Verschmelzung der Normannen, Angeln, Sachsen und Friesen schuf dort einen germanischen Staat und ein neues germanisches Volk, aus dem heraus sich heute in drei Weltteilen wiederum germanische Völker bilden.

In der Zeit zwischen den Völkerwanderungen und Karl dem Großen schlossen sich die germanischen Völker in drei große Gruppen zusammen, die Angelsachsen, die Skandinavier und die Deutschen (Ober- und Niederdeutschen). Die einzelnen Bruchteile des deutschen Volkes ordneten sich zu Stämmen, den Franken, Sachsen, Friesen, Thüringern, Bayern, Schwaben (Alemannen), und Burgundern, die sich untereinander lebhaft bekämpften und ihre Wohnsitze sich gegenseitig streitig machten, dabei aber auch gemeinsam ihre Wohnsitze gegen die benachbarten slawischen Völker und die Reste und Nachfolger der beiden römischen Reiche vorschoben.

So machten die Alemannen (Sueben oder Schwaben), die 282 das Dekumatenland erobert hatten, zunächst erfolglose Versuche der Besetzung des linken Rheinufers (Niederlage der Alemannen bei Straßburg 357), die dann aber 406 erfolgreich waren. Auf dem rechten Ufer des Rheins dehnten sich die Alemannen um 450 bis in die Gebiete des Mains, der Mosel und Maas aus und wurden hier Nachbarn der Franken.

Digitized by Google

Und als dann die Alemannen durch den Frankenkönig Chlodwig in der Schlacht bei Zülpich 496 geschlagen waren, wurden sie dem Frankenreiche einverleibt und mußten ihre linksrheinischen Sitze mit Ausnahme des Elsasses und die Maingebiete bis über die Neckarmündung an die Franken abtreten.

Die Burgunder waren aus ihren alten Sitzen zwischen der Oder und Weichsel an den oberen Main und nach 406 nach Gallien vorgedrungen, bis sie 506 dort dem Frankenreiche einverleibt wurden. Dasselbe Schicksal hatten die Bayern seit 536 und die Thüringer etwa um dieselbe Zeit, wobei das nördliche Thüringen zwischen Bode und Unstrut von den Sachsen besiedelt wurde. Auch die Hessen gerieten im 6. und 7. Jahrhundert unter fränkische Botmäßigkeit, sodaß allmählich alle deutschen Stämme im Frankenreiche vereint wurden, mit Ausnahme der Sachsen und der Friesen.

In die von den germanischen Völkern verlassenen Gebiete rückten Slawen ein.

Ueber deren Einrücken in das Land zwischen Weichsel und Elbe und über die westlichen Grenzen des Vordringens der Slawen nach Deutschland sagt Erich Schmidt S. 13:

„Aus den weiten flachen Steppen-, Wald- und Sumpfgebieten Osteuropas kamen sie; immer weiter nach Westen setzten sie den Fuß vor, langsam, aber stetig vorrückend, in Gebiete, wo ihnen kein Ansässiger das Vordringen wehrte. So begrüßten ihre Scharen staunend die nie vorher gesehene Ostsee, so zogen sie immer weiter bis zur Elbe, die sie dann fast auf ihrer ganzen Linie überschritten. Die Westgrenze ihrer Ausbreitung zog sich von der Kieler Bucht bis zur Trave, weiter nach Lauenburg, von hier längs der Jeetzel über den Drömling in südlicher Richtung bis zur Saale, dann längs der Ilm über den Thüringer Wald (in der Nähe der heutigen Stadt Suhl) zur fränkischen Saale. Das obere Maingebiet, sowie das Fichtelgebirge wurden gleichfalls von ihnen besiedelt; weiter südlich setzte der Böhmerwald ihrem Vordringen ein Ziel. Dies die Westgrenze des Gebietes, in dem sich die Slawen in geschlossener Masse niederließen, die geringen Reste germanischer Bevölkerung, die etwa noch dort ansässig waren, schnell auffangend (?). Doch gelangten einige ihrer Scharen noch erheblich weiter nach Westen, bis zur Weser und darüber hinaus, wo wir noch tief im Mittelalter vereinzelte slawische Ansiedelungen vorfinden, so z. B. bei Fulda, Erfurt u. a".

Nach E. O. Schulze S. 8. schoben sich Slawen bis zur Mitte des 8. Jahrhunderts sogar bis westlich des Böhmerwaldes und der Saale, bis zur Rezat, Rednitz und Pegnitz vor und bis zum Main, in das Eichsfeld und bis nach Lüneburg. Auch schon früher waren Slawen weit westwärts vorgedrungen, indem die Sachsen nicht im Stande waren, die den Thüringern um 531 bis 534 abgenommenen

Digitized by Google

Gebiete mit eigenen Unbauern zu beſiedeln, ſondern ſie fremden, zum Teil ſlawiſchen Unſiedlern überlaſſen mußten.

Die Weſtgrenze des germaniſchen Volksbodens blieb auch nach den Völkerwanderungen in der Nähe des Jura, des Waſgenwaldes und der Urdennen. Uber vom Oſten her hatten ſlawiſche und finniſche Völker die von den Deutſchen verlaſſenen Niederungen beſetzt und „am Ende des 6. Jahrhunderts war das Deutſchtum auf 6000—7000 Geviertmeilen zwiſchen Elbe und Böhmerwald im Oſten, Schelde, Urdennen und Vogeſen im Weſten, Nordſee im Norden, und Monte-Roſa und Verona (Bern) im Süden zuſammengeſchrumpft." . . . . .

„Von da an nimmt die Wiedererwerbung des verlorenen Bodens im Oſten ihren Unfang. Sie iſt ein Kampf auf Leben und Tod zwiſchen dem Deutſchtum einerſeits und dem Slawentum in Verbindung mit den Madjaren, den Nachfolgern oder würdigen Ubkömmlingen der Hunnen, andererſeits. Dieſer Kampf wird nur äußerlich durch Waffenſtillſtände unterbrochen, dauert aber geiſtig immer fort, hat ſchon länger als ein Jahrtauſend gewährt und wird wahrſcheinlich erſt nach einem weiteren Jahrtauſend endigen, wenn alle Landſtrecken, die Deutſchland zu ſeinem Beſtehen bedarf, zu einem einzigen Staate vereinigt ſind." „Das eigentliche Vorrücken unſerer Staats- und Volksgrenzen beginnt erſt mit Karl dem Großen und konnte erſt geſchehen, nachdem er alle noch vorhandenen rein deutſchen Stämme unter ſeiner Herrſchaft vereinigt hatte." (H. Nabert S 24.)

Digitized by Google

III. Karl der Große.

Daß es niemals einen Mann gegeben hat, der sich gleich große Verdienste um die Schaffung des deutschen Volkstums — im Gegensatze zu dem deutschen Staate — erworben hat, als Karl der Große, das kann heute von niemandem mehr bestritten werden. Über geteilt sind noch heute die Meinungen über die Beweggründe der Großtaten Karls.

Meines Erachtens ist es ziemlich müßig, für die Taten der Staatsmänner längst vergangener Zeiten nachträglich die Beweggründe ermitteln zu wollen, wenn die Folgen ihrer Taten so klar zutage liegen, wie bei Karl dem Großen. Immerhin wollen wir feststellen, daß die Einen, wie Rübel, glauben, Karl habe ein neues Imperium, einen internationalen Weltstaat schaffen wollen, während die anderen, wie A. von Peez, meinen, Karl habe in bewußter Weise die Grundlage für einen künftigen deutschen Nationalstaat gelegt.

Eduard Otto Schulze glaubt, Karl der Große habe nach Einverleibung der Bayern und Sachsen in das fränkische Reich zunächst nicht die Absicht gehabt, das Reich über die damaligen Marken deutschen Wesens, Böhmerwald, Saale und Elbe hinaus (abgesehen vom Holstenlande) auszudehnen. Er begnügte sich, in zwei großen Feldzügen 805 und 806 die Tschechen und Wenden für ihre Einbrüche in das deutsche Gebiet zu strafen und in deren Ländern Ordnung und Sicherheit zu verbürgen durch Einrichtungen vom Reiche aus, durch Stärkung der Fürstengewalt im Wendenlande, durch Erzwingung von Tributentrichtung und Heeresfolge.

Rübel ist der Meinung, das Wesen der fränkischen Eroberung und Siedelung gipfele in dem Imperium Karls des Großen, in der Aufrichtung nicht einer fränkischen, nicht einer deutschen, sondern einer Universalmonarchie, die sich nicht allein an die allgemeine Tendenz des imperium Romanum anlehnt, sondern sich an die Befestigungs-, Eroberungs- und Siedelungsweise der Römer auf das engste anschließt.

Digitized by Google

Die Aufrichtung der Universalmonarchie Karls beruht auf derselben Art und Weise, sich inmitten des Eroberungsgebietes festzusetzen, welche schon den Merovingern geläufig war. Das Reich Karls des Großen sei nicht allein dem Namen nach, sondern auch nach Machtmitteln eine Wiederherstellung des imperium Romanum gewesen und habe ein gleiches Endschicksal gehabt.

Karl der Große habe eine Mischung der deutschen Stämme herbei geführt durch zwangsweise Verpflanzung der Angehörigen eines Stammes in die Siedelungsgebiete anderer deutscher Stämme. So berichtet Rübel, S. 125, von der Verpflanzung von Hessen und von einer massenweisen Verpflanzung der Sachsen und Austausches mit Franken und, S. 129, von der Anlage von Verkehrs- und Verpflegslinien von Westfalen aus nach der Elbe hin, die durch Königsleute besetzt waren, bestehend aus einer Mischung von Franken, Sachsen und Hessen.

In dem Capitulare Saxonicum von 797 hatte Karl der Große mit den Sachsen vereinbart, die malefactores mit Familie und Habe infra sua regna aut in marcu collocare, d. h. sie innerhalb seiner „Reiche" oder in der Mark anzusiedeln. Karl der Große machte davon zunächst Gebrauch, indem er in den Ardennerwald um das Jahr 800 viele Tausende von Sachsen verpflanzte, nachdem die Abmarkung der Ardennen dem fränkischen Staate neue „regna" gebracht hatte (Rübel, S. 194). Aber diese regna waren nicht die einzigen, in die Sachsen weggeführt wurden, sondern solche regna finden sich auch in Thüringen und an anderen Punkten der Ostgrenze des fränkischen Staates.

Rübel bemerkt bei dieser Gelegenheit, die Bekehrung der Sachsen zum Christentum sei in mehr als einer Beziehung mit Entnationalisierung verbunden gewesen, womit er jedenfalls sagen will, sie seien ihrer sächsischen Stammesart entkleidet worden. Diese letztere war aber gerade eine Nationalisierung im neuzeitlichen Sinne, d. h. eine Weiterentwicklung vom Stamme aufwärts zur Gesamtheit der Nation.

Der gegenteiligen Ansicht ist A. von Peez, der auf mittelbarem Wege den Beweis erbracht zu haben glaubt, Karl der Große habe wie im Südosten so auch im Südwesten Deutschlands den erfolgreichen Versuch gemacht, vermittelst weitverbreiteten, an die wichtigsten Stellen versetzten Frankentums aus deutschen Stämmen ein deutsches Volk zu schaffen. Heute könne man nach den vorausgegangenen örtlichen Untersuchungen endlich das gewaltige Gebiet überblicken, auf dem Karl der Große seine Riesenpläne aufbauen wollte.

Digitized by Google

Wir tun am besten, A. von Peez hierzu selbst das Wort zu geben. Er sagt darüber III. S. 6, 99, 117 u. a.:

„Die fränkischen Könige, Karl der Hammer, Pipin und Karl der Große, entnahmen aus dem düsteren Schicksale der Ostgoten und Vandalen, daß die Stellung der deutschen Eroberer als einer Aristokratie mitten unter romanischem Volke keine Dauer verspreche und früher oder später den Machenschaften von Byzanz oder den Waffen der ringsum drohenden Feinde erliegen werde, wenn es nicht gelang, eine große und in sich gefestete Zentralmacht zu schaffen. Und die konnte, nach damaliger Lage der Dinge, nur eine deutsche Macht sein. Ob sie daher wollten oder nicht, sahen sich die Frankenkönige vor die Aufgabe gestellt, im westlichen Gallien das deutsche Element zu stützen und insbesondere als Hauptmacht auf dem Boden des alten Deutschlands die unter sich verfeindeten Stämme zu einigen. So haben die Franken, indem sie ein großes, internationales Frankreich schufen, zugleich für die Zukunft ein starkes, geschlossenes, deutsches Reich vorbereitet.

Am klarsten erkannte diese Notwendigkeit Karl der Große. Seine Absicht war nicht auf Entstehung eines deutsch-römischen Mischreiches, wie es die Goten in Italien und Spanien versucht hatten, sondern auf entschiedene Herrschaft der Deutschen gerichtet. Nicht blos auf deutschen Adel, sondern auf das geeinigte deutsche Volk gedachte Karl sein Reich zu gründen. Ob er an die Verdeutschung der romanisch gebliebenen Teile Galliens dachte? Da der ganze Adel (der fränkische, burgundische, westgotische) deutsch war, da ferner der Norden Frankreichs, sowie fast die ganze Seeküste (mit Ausnahme der Provence) deutsch waren, so mochte ein solcher Plan wohl durchführbar erscheinen, und, ohne die überwiegende romanische Geistlichkeit und die Schwäche von Karls Nachfolgern wäre er wahrscheinlich gelungen. Jedenfalls suchte Karl Frankreich und Deutschland auf das engste zu verknüpfen. Wohl mit solchen Zielen im Auge, wählte er seinen Hauptwohnsitz zu Aachen, zwar auf deutschem Boden, aber schon im Uebergangsland. Eine kräftige Verwaltung, gute Finanzen, eine gehorsame Geistlichkeit standen ihm zur Verfügung. Politische, kirchliche, wirtschaftliche Hebel wußte er weise zu gebrauchen. Gute Straßen und Posten dienten ihm. Seine Pfalzen, Herrschaftssitze mit größeren Gutswirtschaften, 127 an der Zahl, bildeten gleichsam die Knotenpunkte des Netzes seiner Verwaltung, und seine Sendgrafen gaben seiner Regierung in einer Zeit ohne Telegraph und Eisenbahn eine Art Allgegenwart, die erst in neuester Zeit wieder erreicht worden ist. Aus Gallien schöpfte er am reichlichsten die erforderlichen Geldmittel, aus Deutschland aber, der alten Kriegerheimat, seine Soldaten. Am nächsten standen ihm selbstverständlich seine fränkischen Landsleute .... Karl wußte sich aller Völker und Stämme klug zu bedienen. Er selbst war von einem hochgebildeten Italiener, Peter von Pisa, trefflich erzogen. Der Angelsachse Alcuin, der Alemanne Erich, Markgraf von Friaul, der Erzbischof Arno von Salzburg, ein Bayer, und sein Schwager, der gewaltige Schwabe Gerold, waren seine besten Freunde."

In diesen Ausführungen von A. von Peez erscheint das nicht unbedenklich, was er von den Germanisierungsbestrebungen Karls des Großen in bezug auf Gallien sagt, wenn es auch schwer hält, sich

Digitized by Google

von der heutigen Auffassung loszumachen, der eine tausendjährige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich vorausgegangen ist.

Mit Genugtuung glaubt A. von Peez S. 14 ff. den urkundlichen Beweis erbracht zu haben, daß Karl der Große einen wesentlichen Teil der von ihm aus ihrer Stammesheimat losgelösten Franken, Sachsen und Friesen nach „Francia" (Gallien) versetzt habe. Erklärlicherweise kann aber gerade diese Tatsache im Sinne des imperium ausgelegt werden, als eine Fortsetzung des „Mischmasches" der Staatenbildungen der Völkerwanderung. Die Frage scheint noch nicht spruchreif zu sein, ebensowenig wie die andere, aus welcher Zeit und aus welchen Gebieten die Germanen stammen, die in der Tat den Norden Frankreichs massenhaft besiedelt haben. Nach A. von Peez handelt es sich um die Niederschläge der Siedelungen Karls des Großen. Andere nehmen normännische bezw. skandinavische Ursprünge an. Die an sich wichtige und von Peez mit Liebe behandelte Frage scheidet aber aus unserem hier zu behandelnden Stoffe aus. Nur das Eine möge noch bemerkt werden, daß es für die karolingische Zeit gilt, nicht nur das Woher, sondern auch das Wohin der Wanderbewegung und Menschenverpflanzung noch klarer zu stellen als bisher.

In bezug auf die allgemeine, das ganze deutsche Siedelungsgebiet betreffende Bedeutung der Tätigkeit Karls des Großen sagt A. von Peez, wie wir glauben, zutreffend das Folgende:

„Eine Politik, die im deutschen Volkstume ihre Grundfeste erkannte, forderte große Schonung auch der nichtfränkischen, deutschen Stämme, und, wie schon Chlodwig den Ruf der Alemannen: „Schone, Sieger, dein Volk", verstanden und erhört hatte, so erwies sich Karl der Große vertrauensvoll gegen Schwaben, Alemannen und Thüringer und nachsichtig gegen Bayern, deren Treue wiederholt bedenklich geschwankt hatte. Gewaltsam und grausam war er nur gegen die ganz Unversöhnlichen, also die noch im Heidentum gebliebenen sächsisch-friesischen Völkerschaften."

„Den Spuren der Römer folgend, vereinigte Karl der Große seine Absichten vorzugsweise auf den Süden und Südosten Mitteleuropas. Den Norden überließ er zunächst sich selbst; nachdem er die Sachsen in sein Reich eingeführt, begnügte er sich, in den Ostseelanden und in Böhmen dem deutschen Namen mit kurzen Schlägen die gebührende Achtung zu verschaffen. Aber doch ist es Karl, welcher die große Siedelungszeit des 12. und 13. Jahrhunderts, durch welche das ostelbische Gebiet für Deutschland wiedergewonnen ward, vorbereitet hat. In sechsundvierzigjähriger Herrscherarbeit suchte er seine Franken und deren Eroberungen in Gallien mit den alten deutschen Stämmen zu vereinigen und zu verschmelzen. Man vergesse nicht, daß es damals kein deutsches Volk, sondern nur Stämme gab, die sich gegenseitig kaum anders betrachteten, fühlten und behandelten als Romanen und Slawen. Obgleich Karl die Kirche für sich hatte und den Adel der andern

Digitized by Google

Stämme in seine Pläne zu ziehen suchte, waren doch der Kern der Völker wie auch die alten Herrschergeschlechter zu stolz, zu selbstbewußt und eigenwillig, die Masse zu bedürfnislos, um den Reichsgedanken als eine Notwendigkeit zu erkennen. Das bedingte starke Berufung an Gewalt und durch Gewalt geschaffene Tatsachen. Und als des wirksamsten Mittels der Vereinigung bediente sich der große Herrscher der Durcheinanderwürfelung der deutschen Stämme."

„Wenn daher seit der Herrschaft der Franken im 7. Jahrhundert aus Bayern, Schwaben, dem Elsasse, der Schweiz und Oesterreich unter sich verwandte Töne uns entgegenklingen, so ist dies nicht entfernt ein Beweis für eine, wie angenommen wird, aus Volkseinheit herrührende gemeinsame deutsche Sprache, sondern nur eine Folge des fränkischen Regiments und weitverbreiteter Ansiedelungen des fränkischen Stammes in den verschiedensten Gegenden Deutschlands.

Soweit unser Auge blickt, hat es eine gemeinsame Volkssprache aller deutschen Stämme nie gegeben. Allezeit sprachen die deutschen Völkerschaften in Mundarten. „Althochdeutsch" ist daher nur der unter Karl unternommene Versuch einheitlicher Zunge, deren schriftlich niedergelegte Zeugnisse nicht nur das Frankentum, sondern meist auch die romanische Nationalität der Urkundenverfasser und Schreiber damaliger Zeit erkennen lassen."

Man mag dieser Meinung von A. von Peez ganz oder nur teilweise beipflichten: das eine steht fest, daß ohne Karl den Großen es nie zu einem einheitlichen deutschen Volke und zu einer einheitlichen deutschen Schriftsprache gekommen wäre. Ohne ihn wären die deutschen Stämme zu Nationen ausgewachsen und sie hätten nie eine staatliche Bedeutung gewonnen. Als dann später immer und immer wieder Sonderströmungen sich geltend machten und alles Erreichte in Frage zu stellen drohten, dann hat es ein gutes Glück gewollt, daß Karl der Große Nachfolger gefunden hat in Luther, dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm, dem großen König Friedrich II., den deutschen Klassikern, die, ein jeder in anderer Weise, für die Einheitlichkeit der deutschen Nation in Blut, Sprache und Staat gesorgt haben.

Aus den Untersuchungen Rübels muß noch die belangreiche Tatsache hervorgehoben werden, daß das fränkische Kolonisationssystem sich zuerst in der Merovingerzeit im Mutterlande bei der Besiedelung der Wüsteneien ausgebildet hatte und dann von den Karolingern auf die anderen Stammesgebiete übertragen worden ist. Schließlich ist das von den Franken ausgebildete System im späteren Mittelalter einfach in den slawischen Osten übertragen worden und dort zum Grundpfeiler der gewaltigen deutschen Siedelung geworden.

Digitized by Google

IV. Die Wiedereindeutschung des Gebietes zwischen Saale und Elbe.

Wenn für ein Siedelungsgebiet eine so gründliche, aus den Quellen geschöpfte und die gesamte bisher erschienene Literatur berücksichtigende Untersuchung aus jüngster Zeit vorliegt, wie das Werk von Eduard Otto Schulze über das Gebiet zwischen Saale und Elbe, dann gebietet es nicht nur die Zweckmäßigkeit, sondern auch die Achtung vor dem Verfasser, auch bei der skizzenhaften Schilderung der Siedelung dieses Gebietes dem Gedankengange eines solchen Werkes im wesentlichen zu folgen.

Nur das jüngste Werk von Meitzen (1895) hat von Schulze noch keine Berücksichtigung finden können. Das von Schulze behandelte Gebiet deckt sich nicht ganz mit dem des späteren Kursachsen oder dem jetzigen Königreich Sachsen, indem die Lausitz und Thüringen ausgeschaltet sind, aber auch ein Landstrich zwischen der unteren Saale, Mulde und Elbe, die Gaue Neletici, Serimunt und Nisici. Diese Landschaften wurden zum Teil schon etwas früher, und zwar von der Geronischen Mark aus, für die deutsche Herrschaft gewonnen.

Schulze setzt als Beginn der Germanisierung des Sorbenlandes zwischen Elbe und Saale die Zeit um 950 und nimmt als räumlichen Ausgangspunkt Thüringen.

Mit großem Nachdruck betont Schulze, daß die Besiedelung und Eindeutschung der Sorbenländer nicht Hand in Hand gegangen sei mit der Eroberung dieser Länder. Demnach würde nach Schulze die von A. von Peez für die Politik Karls des Großen gemachte Annahme wenigstens für die Gebiete zwischen Saale und Elbe nicht in Betracht kommen. Schulze meint, in der Zeit der Karolinger habe die Berührung zwischen Deutschen und Slawen in den Elbegebieten zunächst eine friedliche Ordnung der verworrenen slawischen Zustände durch

Digitized by Google

deutsche Führer angebahnt, dann sei es im 10. Jahrhundert unter den Kaisern aus dem Sächsischen Hause zur Eroberung dieser Gebiete gekommen und endlich im 12. Jahrhundert habe deren bäuerliche deutsche Besiedelung begonnen. So viel dürfte aber feststehen, daß diese Kolonisation nicht nur wie in Polen durch privatwirtschaftliche Berufungen erfolgt ist, sondern daß hier mit der privatwirtschaftlichen Siedelungstätigkeit der Grundherren die staatliche Herrschaftssicherung in bewußter Weise Hand in Hand gegangen ist und daß die dauernden Erfolge der Eindeutschung dieser Gebiete, hier wie in Brandenburg, und im Gegensatz zu Polen, durch die dauernde deutsche Herrschaftsausübung gewährleistet worden sind.

Jedenfalls empfanden die Wenden diesen Vorgang so, wie Schulze S. 42 bescheinigt, indem nach ihm die Wenden (Pribislaw) 1164 klagten:

„Wir sind vertrieben aus dem Lande unserer Geburt und des Erbes unserer Väter beraubt. Der Herzog (Heinrich d. L.) hat uns das Erbe unserer Väter genommen und überall Fremdlinge eingesetzt: Vlämen und Holländer, Sachsen und Westfalen und andere Nationen".

Schulze begründet jedoch seine Auffassung durch die nachstehenden Darlegungen:

„Von allen Slawenländern des nordöstlichen Deutschland ist das Sorbenland zwischen Saale und Elbe am frühesten dauernd für deutsche Herrschaft und deutsches Leben zurückgewonnen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Kolonisation dieser Gegenden demgemäß vorbildlich geworden sei für die erst später dem Reiche angefügten Provinzen östlich der Elbe und Oder.

Dies ist jedoch irrig. Die Kolonisation des westelbischen Sachsen vollzog sich zunächst in wesentlich anderer Weise, als wir auf Grund der (späteren) Vorgänge in Brandenburg, Schlesien, Böhmen-Mähren u. a. zu glauben geneigt sind.

Mehr denn ein Jahrhundert verstrich noch nach der Eroberung des Landes, ehe der deutsche Bauer Axt und Hacke in den weiten Waldungen schwang und mit schwerem, eisenbeschlagenem Pfluge tiefe Furchen durch den fast jungfräulichen Boden zog; ehe hinter den schützenden Mauern der Städte der Gewerbfleiß deutscher Bürger erblühte und ständiger Marktverkehr und Handel Grundlage und Ordnungen schuf zur Ausgestaltung selbständiger städtischer Gemeinwesen.

Nur der Krieger folgte vorerst dem Banner der Fürsten, die des Reiches Marken hielten und schirmten.

Den Bauer, der schon im 11. Jahrhundert und früher mehr und mehr der Waffen entwöhnt war und kriegerischem Sinn und Leben entsagt hatte, konnte es nicht locken, in diese kampfdurchtobten Gegenden zu ziehen unter ein fremdes Volk, das lange noch heimlich und offen dem Deutschtum wie dem Christenglauben zähen Widerstand entgegensetzte, und das besonders den benachbarten Sachsen (und Thüringern) ein Gegenstand altererbten Hasses und tiefen Widerwillens war.

Digitized by Google

Diese bäuerliche Kolonisation, an welche dann weiter die Entstehung von Städten anknüpfte, vollzog sich im wesentlichen im westelbischen Sachsen in gleichen Formen wie in den ostelbischen Provinzen, und sie fand hier wie dort im allgemeinen zu derselben Zeit, während des 12. und 13. Jahrhunderts, statt.

Wir unterscheiden demnach in der Besiedelung der Länder zwischen Saale und Elbe zwei Perioden. Die erste — bis Ende des 11. Jahrhunderts — ist die Periode der Begründung und Organisation der deutschen Herrschaft, charakterisiert durch die Festsetzung deutscher Herren und Ritter. Die zweite, — vom Beginn des 12. bis ins 14. Jahrhundert reichend, — ist die Periode der eigentlichen Germanisierung des Landes durch deutsche Bauern und Bürger.

Das Resultat der Entwicklung in der ersten Periode der Kolonisation von der Mitte des 10. bis Ende des 11. Jahrhunderts ist: Eine unfreie, halbheidnische, sorbische Bevölkerung, vermischt mit wenigen deutschen Hörigen, beherrscht von ungemein zahlreichen deutschen Herren und kriegerischen Ministerialen, die in Burgorten und Burgsitzen durch das ganze Land hin saßen und von dem Ertrage der von jenen (und von landlosem Hofgesinde) für sie bestellten oder in Naturalien verschiedener Art zinsenden Aecker lebten. Keine Germanisierung, keine Durchdringung und Durchtränkung des Landes mit deutschem Wesen und Leben. Ein Zustand, der sein Analogon in den russischen Ostseeprovinzen findet.

Mit dem 12. Jahrhundert beginnt die Einwanderung deutscher Bauern in die Gegenden zwischen Elbe und Saale und damit erst die eigentliche Germanisierung des Landes, die Umwandlung desselben aus einem Lande deutscher Herrschaft in ein solches deutschen Lebens, deutscher Art und Sitte.

Die Motive, welche zur Aufnahme und zur Heranziehung deutscher Kolonisten veranlaßten, waren dreifacher Art: politische, religiöse und wirtschaftliche. Das Interesse der Fürsten drängte auf Stärkung der deutschen Elemente, auf Ansiedelung zuverlässiger und kriegstüchtiger Männer, auf Vermehrung der spärlichen und durch die verheerenden Polenkriege und die inneren Fehden noch mehr dezimierten Bevölkerung überhaupt. Die Kirche verlangte darnach, inmitten der volksfremden Menge, die immer noch insgeheim und bisweilen mit offenem Trotz den alten Götzen anhing, sich stützen zu können auf eine deutsche Bevölkerung, die den christlichen Glauben ohne Wanken bekannte und der Kirche in Ehrfurcht und Treue ergeben war. Mehr aber noch als diese beiden wirkten wirtschaftliche Motive. Wirtschaftlichen Aufschwung, Ausbau des Landes und nachhaltige finanzielle Leistungskraft konnten die Fürsten nur von deutschen Bauern (und Bürgern) erwarten. In kirchlichen Kreisen sehnte man sich nach dem reichen Ertragszehnt der deutschen Bauern gegenüber dem verhaßten fixierten Zehnt der Wenden. Beide, Fürsten und Kirche, und mit ihnen alle die vielen großen und kleinen Grundherren konnten gewinnreichen Anbau des Wildlandes, erwünschte Fruktifizierung der Wälder und Sümpfe durch Zehnten, Zinsen und Gülten wesentlich nur von der Arbeit deutscher Bauern erhoffen. Dazu kam auch hier wie im Westen die Neigung besonders der großen Grundherren, die umfangreichen Prädien und Fronhofswirtschaften aufzulösen in kleine Rentengüter, zu deren Uebernahme natürlich geeignete Kräfte heranzuziehen waren.

Begünstigt wurde die Einwanderung durch die politischen Verhältnisse. Das energische Eingreifen Lothars (1125—1137) schuf hier im Osten endlich so

Digitized by Google

befriedete und geordnete Zustände, wie man sie seit mehr denn 100 Jahren vermißt hatte, und der große Wettiner Conrad (1127—1157) wußte die Gunst der Zeit mit weitem Blick und klugem Sinn zu nutzen. Polens Macht war zersplittert, Böhmen hatte sich in Treue dem Reiche angeschlossen, und die polabischen Völkerschaften bis hin zur Ostsee sanken zu Boden unter den vernichtenden Schlägen Heinrichs des Löwen und seines Vetters und Nebenbuhlers Albrecht.

Eine bedeutende Minderung der sorbischen Bevölkerung muß eingetreten sein nicht nur durch die Kämpfe der Eroberung selbst, sondern auch später noch durch die verheerenden Kriege des 11. Jahrhunderts.

Schon die Unterwerfung hat sich schwerlich so idyllisch vollzogen, wie gewöhnlich angenommen wird. Der Auftrag, den Heinrich I. der sogen. Merseburger Legion gab, zeigt zur Genüge, in welcher Art der Kampf geführt wurde. Verheerende Plünderungszüge, Sengen und Brennen, Forttreiben des Viehs, Wegschleppen der Menschen als Sklaven zum Verkauf oder zur Ansetzung als Hof- und Feldknechte mochten ihm das Gepräge geben. Arabische Quellen berichten noch aus dem 10. Jahrhundert von dem lebhaften Handel mit slawischen Kriegsgefangenen, als dessen Vermittler besonders spanische Juden tätig waren.

Mit dem 11. Jahrhundert begannen die verheerenden Polenkriege, die besonders das Land zwischen Elbe und Mulde in schlimmster Weise trafen und auch darüber hinaus bis zur unteren Saale und gegen Magdeburg hin Brand und Verwüstung trugen. An einem Tage wurde nach Thietmars Erzählung die ganze wohlangebaute Lommatzscher Gegend durch Feuer und Schwert verheert und die Menschen — über 3000 — gefangen hinweggeschleppt. Nur mit List retteten sich die Bewohner von Mügeln vor diesem Schicksale, das 1007 auch die Zerbster Gegend traf. Ebendort, zwischen Havel, Elbe und Saale sollen nach den Quedlinburger Annalen 1030 über 100 Ortschaften niedergebrannt und gegen 10000 Gefangene weggeführt sein. Denn ein Hauptzweck der Kriegszüge besonders des klugen Boleslaus Chrobry war es, Bauern zu gewinnen für die weiten Einöden seines spärlich bevölkerten Reichs.

Es ist wohl kein Zweifel, daß durch all diese Dinge die ackerbauende Bevölkerung, die Sorben also, sehr reduziert wurde in ihrer Zahl, und an Ersatz durch Zuzug aus dem Reich war unter den geschilderten Verhältnissen zunächst gar nicht zu denken. Wohl aber wurde durch die Verheerung des Landes, die Abnahme der Einwohner und die mehrfach erfahrene Unzuverlässigkeit der Sorben der Boden vorbereitet für die Einwanderung des 12. Jahrhunderts. Gerade die schlimmen Erfahrungen und Folgen jener drangvollen Zeit legten es den Fürsten wie der Kirche nahe, durch Heranziehen deutscher Bauern der Kirche ergebene, politisch zuverlässige, kriegerisch tüchtige und wirtschaftlich leistungsfähige Elemente zu gewinnen.

Günstig lagen ferner die Dinge im Westen. Ein frischer, freudiger Aufschwung ging in jenem lebensvollen Jahrhundert durch das ganze Reich. Ueberall regte es sich von neuen Kräften, die in ungeahnter Fülle in Stadt und Land, bei Rittern, Bürgern und Bauern, sich entfalteten. „So hoch, wie um die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts hatte der Bauer noch nie bisher sein Haupt getragen im Verlaufe der deutschen Kaiserzeit“ (Lamprecht). Unter dem Schutz ihres Hofrechtes hatten die bäuerlichen Grundholden schon lange zu vollbehäbiger,

Digitized by Google

selbst reichlicher Existenz auf gering belasteter Hufe sich emporgerungen. Um die Mitte des 12. Jahrhunderts fielen auch die Fesseln, die sie noch an die Scholle, an den Willen des Grundherrn, knüpften. Suchten sie vorher heimlich und widerrechtlich der Abhängigkeit sich zu entziehen, so war ihnen jetzt freier Zug gewährt, und sie mochten mit Hab und Gut ihr Glück im fernen Osten versuchen. Dazu kam die bedeutende Zunahme der Bevölkerung, die auf Abfluß der überschüssigen Kräfte und jüngeren Söhne hindrängte."

In ihrer Hauptmasse kamen die Siedler des Gebiets zwischen Saale und Elbe aus den benachbarten Gauen Sachsens, Thüringens und Frankens. Einen hochbedeutsamen Einschlag in diese Völkermischung bildeten auch die Niederländer, besonders die Vlamingen.

Als Kolonisatoren kommen naturgemäß in Betracht alle Grundherren, die über genügenden Raum zur Anlegung eines Siedlerdorfes verfügten. Die Landesherren treten in diesem Gebiete nicht als Kolonisatoren so großen Zuges hervor, wie die der nördlicheren Gegenden Albrecht der Bär, Erzbischof Wichmann, Heinrich von Botwide und die Schauenburger Grafen dies waren. Der Grund liegt in dem verhältnismäßigen Zurücktreten der politischen Beweggründe und in der andersartigen Lage der Fürsten zu dem Lande. Aehnlich verhielt es sich mit der Kirche. Auch hier überwogen die wirtschaftlichen Beweggründe, besonders die Rücksicht auf die reichen Zehnten. Belangreich war in den fraglichen Gebieten besonders die Tätigkeit der Zisterzienserklöster. Der größere Teil des Landes befand sich damals aber in den Händen kleiner Grundherren, der Ritter und Ministerialen. Diese waren in zwei Richtungen siedlerisch tätig, einmal durch Umbau und Ausbau ihrer alten Besitzungen, der vorgefundenen Sorbendörfer nebst den nicht unbeträchtlichen Waldmarken, die dazu gehörten; sodann durch Ansiedelung von Bauern auf kleineren Stücken und größeren Strichen der weiten Wald- und Oedländereien, die ihnen vom Reich, von den Fürsten, von der Kirche, hier und da auch von größeren Grundherren zu Lehen gegeben waren.

Digitized by Google

V. Das Vordringen des Deutschtums in den Donau- und Alpenländern.

Auch in dem Gebiete der heutigen österreichisch-ungarischen Monarchie hatten in der Zeit vor der Völkerwanderung germanische Völkerstämme gesessen und auch hier waren sie durch die Völkerwanderung und die auf sie folgenden Kriege nicht völlig verschwunden. Aber ebenso wie in die Gebiete der Elbe, Oder und Weichsel, so waren auch in die Gebiete der Sudeten, der Donau und der Alpen slawische Stämme vorgedrungen.

„In friedlichem Fortschritte hatten sie wie Böhmen und Mähren so seit Mitte des 6. Jahrhunderts die Ränder der ungarischen Tiefebene und die Gegenden zwischen Sau und Drau besetzt. In diesem Augenblicke stürmte über sie die Wolke der avarischen Eroberung dahin; von der Enns und dem Alpenrand bis Siebenbürgen, von der Adria bis nach Thüringen hin erhob sich die Herrschaft des nomadischen Volkes. Aber die Slawen ließen sich des Zwischenfalls nicht verdrießen: unter der nominellen Herrschaft der neuen Gebieter drangen sie weiter in die Gegenden des heutigen Steiermarks nach Krain und Kärnten vor." (Lamprecht II. S. 27.)

Die avarische Macht wurde im 8. Jahrhundert von den Bayern (Tassilo) zurückgedrängt, 769 das Kloster Innichen gegründet, 777 die Abtei Kremsmünster in das Mündungsgebiet der Enns zur Bekehrung und Unterwerfung der Slawen zwischen Donau und Enns vorgeschoben.

Mit noch größerer Tatkraft setzten Karl der Große und Pipin das Vorwärtsdrängen der deutschen Macht nach dem Südosten fort und ließen der Eroberung der Länder ihre deutsche Wiederbesiedelung in Anlehnung an die vorhandenen germanischen Volksreste folgen. Um 796 erfolgte die Anlegung der avarischen, pannonischen und windischen Mark und die Gründung des Bistums Salzburg.

Digitized by Google

„In den neuen Marken des Reiches wurden ungeheure Strecken von Wüste und Wald an die kirchlichen Institute Bayerns, an die Bistümer Salzburg, Passau, Regensburg, Freising, wie an hervorragende Abteien verliehen: überall entstanden deutsche Grundherrschaften, wenn sie auch mit Arbeitskräften teilweise fremder Zunge betrieben wurden. Daneben zogen auch einfache Freie in das neue Land, wenn auch längst nicht so zahlreich, wie etwa später im Norden über die Saale und Elbe; es ist ein dauernder Unterschied unserer nordöstlichen und südöstlichen Kolonisation, daß im Süden nur die hervorragende Klasse, im Norden große Teile der Gesamtbevölkerung sich deutschen Ursprungs rühmen konnten. Doch wurde im Süden der spärliche deutsche Einfluß der Einwanderung wenigstens einigermaßen verstärkt durch die deutsch charakterisierte Einwirkung der Mission, wie sie namentlich von Passau und Salzburg ausging. Im ganzen war jedenfalls die Straße deutschen Lebens zur mittleren Donau hin nunmehr eröffnet: und zu jener Zeit, in der im Norden deutsche Ansiedler erst in den Anfängen kräftig über Elbe und Oder vordrangen, in den seligen Tagen der Staufer, erklangen aus der neuen Ostmark des Südens bereits die Sprüche Walthers von der Vogelweide und die süßen Lieder Reinmars des Alten." Lamprecht.

Im 8. Jahrhundert schien es, als sollte das Abendland vom Morgenland durch einen breiten Wall slawischer Ansiedelungen getrennt werden. Da war es ein eigenes Schicksal, daß die sonst sich so feindlich gegenüber stehenden Deutschen und Madjaren im 10. Jahrhundert durch die gemeinsame Besiedelung der mittleren Donauländer endgültig eine Bresche in diesen Wall gelegt haben. Deutsche und Madjaren sollten sich dessen immer bewußt bleiben.

Früher war man der Meinung, die Besiedelung der Donauländer sei das ausschließliche Werk des bayerischen Volksstammes. Es ist das Verdienst von Ulerander von Peez, den Nachweis erbracht zu haben, daß Karl der Große auch als der eigentliche Schöpfer der Ostmark angesehen werden muß und daß er auch bei diesem Werke sich in beträchtlichem Maße des fränkischen Volksstammes bedient hat.

Nach den Siegen Karls des Großen über die Avaren ergoß sich ein mächtiger Strom des Deutschtums donauabwärts, zum Teil freiwillig, denn „es eröffnete sich damals eine Art freien Amerikas". Aber daneben her ging auch die planmäßige Besiedelung durch den Kaiser. Die Reichstage in Regensburg 788 und 803 waren vorzugsweise diesem Zwecke gewidmet. So wurden die Täler der Donau, der Drau und

Digitized by Google

der Sawe mit zuverlässigen, kriegsgeübten Ansiedlern besetzt, unter denen Franken und Sachsen in erster Reihe standen.

Die ersten Markſteine für die Wiedereindeutschung der Alpenländer waren die Verbreitung des Christentums im 7. Jahrhundert von Salzburg aus und die Anlage vieler Klöster von dort aus, die Anlegung der avarischen und pannonischen Mark (Land zwischen Enns und Raab) und der Windischen Mark (Steiermark) durch Karls des Großen Sohn Pipin (796), besiedelt durch Bayern und die Erhebung des Bistums Salzburg zum Erzbistum 798, dem 890 vom König Arnulf große Ländereien geschenkt wurden, die Unterwerfung des Slowenenvolkes den Karantanen (Kärnten), die Anlegung der bayerischen Ostmark an der Enns 983 unter dem Geschlechte der Babenberger (Markgrafschaft Oesterreich).

Neben den kolonisierenden fürstlichen und adeligen Großgrundbesitzern, waren die großgrundbesitzenden Klöster in diesen Gebieten ganz besonders für eine deutsche Besiedelung besorgt.

„Schon im 9. Jahrhundert reichte der Einfluß des Christentums und mit ihm die deutsche Kolonisation bis über die südlichen Abhänge der Tauernkette, bis in den Pinzgau und bis nach Ischl hin." Schober.

„Vom 9. Jahrhundert an ergoß sich eine mächtige Flut deutscher Siedler in die östlichen Alpenländer, teils freiwillig, teils als Hörige der in den alten und in den neuen deutschen Herrschaftsgebieten angesessenen Großgrundbesitzer. Dadurch wurde sehr bald die Herrschaft des deutschen Volkstums in diesen Ländern sichergestellt. Dieser Wandel vollzog sich weniger gewaltsam, als in den Gebieten der Elbe, Oder und Weichsel.

„Die früheren Besitzer behielten ihr Gut, die Avaren, so viel ihrer noch übrig waren, wurden zinspflichtig, den wenigen freien Slawen wurde ihr Grundbesitz gelassen, ja einzelne bekamen Lehen oder Eigengut von der Krone; auch die Romanen blieben als abhängige Leute auf den aus ehemaligen Römerorten entstandenen königlichen Höfen oder kirchlichen Besitzungen. Die meisten Slawen waren freilich unfrei, ohne Grundbesitz und blieben es auch, weswegen die Ausdrücke Slawe und Sklave in jener Zeit gleichbedeutend gebraucht werden; aber dieses Verhältnis fanden die fränkischen Eroberer schon vor, es ist keineswegs durch sie erst infolge einer planmäßigen Unterdrückung des slawischen Volksstammes entstanden.

Zwischen den einem deutschen Großgrundbesitzer unterworfenen slawischen Ortschaften siedelten sich nun die deutschen Bauern an und rodeten neuen Grund. Aber auch diese waren meistenteils nicht freie Bauern in unserem Sinne, sondern saßen auf fremdem Grunde, für den sie einen Zins zahlten, sodaß der Großgrundbesitz im Lande vorwog.

In einer anderen Art als der bisher geschilderten ging die erste deutsche Ansiedelung der heutigen Steiermark, Kärntens und Krains vor sich. Hatte die-

Digitized by Google

selbe in der Ostmark wesentlich neue, deutsch benannte Orte ins Leben gerufen, so schloß sie sich in Karantanien (so nannte man damals die obenerwähnten Länder) mit Vorliebe an die vorhandenen slawischen Dörfer an und gründete wenig auf neu gerodetem Lande, daher finden wir gerade in Gegenden, wo die Slowenen am dichtesten saßen, die größten deutschen Grundbesitzungen.

Ueber die Drau südwärts von Klagenfurt an stromabwärts bis an die Ostgrenze der Steiermark drangen jedoch Deutsche in geschlossenen Massen nicht vor, weil sich dieses Gebiet als zu Aquileja gehörig dem Einflusse der deutschen bischöflichen Sprengel entzog. An der oberen Sawe gab es im 9. Jahrhundert nur zwei deutsche Orte: Reichenberg und Gurkfeld." Karl Schober.

Eine letzte große Masseneinwanderung der Deutschen in östlichen Alpenländern führte nach 1347 zur Anlage der deutschen Sprachinsel Gottschee.

Die ältesten Bewohner von Tirol und Vorarlberg waren in keinem Falle Slawen, sondern nach der Meinung der einen (Steub und Rabl) Rätier, nach der Meinung der anderen (Koch, Rufinatscha, Egger) Kelten, die zum großen Teil romanisiert worden sind. Aber schon in den Zeiten der Völkerwanderung blieben Teile der durchziehenden Germanen hier sitzen, vor anderen Longobarden, Bajuwaren (Markomannen), Goten, Alemannen. Nach der Einführung des Christentums wurden durch die Siedelungen vieler Klöster die Bajuwaren so sehr herrschend, daß bis heute die Tiroler sich mit den Bayern als ein gemeinsamer Volksstamm empfinden, wie denn Tirol ja auch mit Bayern politisch vielfach die gleichen Schicksale gehabt hat.

Um dies gleich vornweg zu bemerken, so wäre die in den beiden jüngsten Jahrhunderten eingetretene Verwelschung von Südtirol wohl kaum möglich gewesen, wenn Tirol am Anfang des 19. Jahrhunderts endgültig an Bayern gekommen wäre.

Das jetzige Welschtirol war im 12. und 13. Jahrhundert völlig deutsch besiedelt worden, ja die deutschen Siedelungen ragten weit hinab in das Venetianische bis vor die Tore von Bern (Verona) und Vicenza. Diese deutsche Bevölkerung hielt sich auf beiden Seiten der Etsch fast durch das ganze Mittelalter rein deutsch. Sie ist rassemäßig betrachtet auch noch heute germanisch und nur sprachlich und politisch vielfach verwelscht. Im 19. Jahrhundert bildete Salurn die Grenze zwischen dem deutschgebliebenen und dem verwelschten Südtirol. Viele Inseln südlich dieser Linie sind noch heute deutsch geblieben.

* * *

Digitized by Google

Seit dem 9. Jahrhundert hat sich dann das Deutschtum fast ein Jahrtausend lang donauabwärts vorgeschoben, teils auf dem Wege der Eroberung slawischer, madjarischer und türkischer Gebiete, teils im Anschluß an das Gefüge der Kirche, teils auf dem Wege der Berufung zu militärischen, landwirtschaftlichen und städtischen Sicherungs- und Kulturarbeiten.

Eine solche Berufung ad retinendam coronam war die von Deutschen aus Franken nach Siebenbürgen durch den König von Ungarn Geisa II. 1141—1161 und die Verleihung des Burzenlandes an den deutschen Ritterorden durch König Andreas II. 1211.

Die hauptsächlichste deutsche Besiedelung in Siebenbürgen, außer dem Burzenlande, war aber schon vollzogen, als der deutsche Ritterorden unter seinem Hochmeister Hermann von Salza einige Ritter und viele Bauern nach Siebenbürgen sandte und den Kampf gegen Kumanen und Petschenegen aufnahm. Da er aber steinerne Burgen baute, sein Gebiet nach dem Balkan zu erweitern und als selbständiges Ordensland unter päpstliche Oberhoheit stellen wollte, wurde er vom Könige von Ungarn vertrieben und wendete sich nach Preußen.

Aber die deutschen bäuerlichen Siedelungen waren stark genug, um die Stürme der Mongolenzeit (deren Einfall 1242) zu überdauern.

Durch die Vorrechte König' Geisas und besonders den Freibrief König Andreas von 1224, später bestätigt durch König Matthias 1486 wurden die deutschen Siedelungen in Siebenbürgen staatsrechtlich zu einer Einheit, der „sächsischen Nation" zusammengefaßt (neben den gleichberechtigten „Nationen" der madjarischen Adligen und den Szeklern) und vertragsmäßig mit Sonderrechten ausgestattet.

Diese Verfassung unterscheidet die Sachsen Siebenbürgens fast von allen deutschen Siedelungen in fremden Ländern.

Diese in nichtzutreffender Weise „Sachsen" genannten westdeutschen Einwanderer nach dem Lande der sieben Burgen (oder der Cibinsburg d. i. Hermannstadt) sind jahrhundertelang ein Schutzwall der abendländischen Christenheit und des ungarischen Staates gegen die Hochfluten des Islam gewesen und haben trotz ihrer Abgelegenheit von dem großen deutschen Volksboden ihre deutsche Eigenart besser und reiner gewahrt, als irgendwelche anderen deutschen Auswanderer.

Zur Zeit König Ludwigs II. von Ungarn (1342—1382) herrschte in Ungarn deutsche Bildung, Sprache und Sitte.

Vom 13. bis zum 18. Jahrhundert waren alle Städte im heutigen Gebiete Ungarns deutsche Siedelungen mit deutschen Wirtschaftsordnungen und deutschen Gemeindeverfassungen. Und über die Zone deutscher länd-

Digitized by Google

licher und städtischer Siedelungen hinaus war nach dem Südosten hin eine weitere breite Zone deutschen Handels und wirtschaftlichen und kulturellen Einflusses gelagert. Hieran änderte das wechselvolle staatliche Schicksal dieser Länder nur wenig.

Seit der Berufung der Sachsen nach Siebenbürgen durch die Arpaden im 12. Jahrhundert und der planmäßigen deutschen Besiedelung ganzer Landstriche in Siebenbürgen und in der Zips im 12. und 13. Jahrhundert war diese Einwanderung von Deutschen in die Donauländer eine zersplitterte und planlose geworden, wenn sie auch zur Bildung des Städteweſens in Ungarn führte und die gesamte städtische Kultur dort zu einer deutschen machte.

„Die Geschichte der ungarisch-siebenbürgischen Deutschen fällt im wesentlichen zusammen mit der Geschichte des Städteweſens und des Bürgertums in Ungarn überhaupt." Schwicker.

Eine hervorragende Bedeutung hat das Deutschtum der unteren Donauländer besonders in der Umgebung von Ofenpest, in Siebenbürgen, aber auch im Banat und in Kroatien bei der Zurückdrängung der Türken aus jenen Gegenden. Dies muß besonders betont werden gegenüber den Ansprüchen der Madjaren darauf, eine „Mauer" gebildet zu haben zum Schutze abendländischer Gesittung gegen asiatische Roheit. So ziemlich das Gegenteil ist der Fall. Die Madjaren waren oft die Verbündeten oder zum Heerbann verpflichteten Untertanen der Türken in deren Kämpfen gegen das Deutschtum. Kein Wunder, daß ein großer Teil der älteren deutschen Besiedelung der heutigen Länder der Stephanskrone sich hierbei verblutete, eine Nachwanderung aus der alten deutschen Heimat erheischte und zum Dank für sein retinere coronam nun als „Fremde", als „Eindringlinge" von den asiatischen hunnischen Einwanderern bezeichnet wurde.

Trotz dieser Schwächung des ungarischen Deutschtums in den Türkenkriegen wurde nach dem Entsatze von Wien 1683, dem Friedensschlusse von Szatmár 1711 und von Passarowitz 1718 die Wiederaufrichtung Ungarns im wesentlichen von deutschen Händen in Angriff genommen.

Ueber die deutsche Einwanderung in diesem Zeitraum macht ein von dem Königlichen Ungarischen Statistischen Bureau im Jahre 1896 herausgegebenes amtliches Werk „Die Bevölkerung Ungarns zur Zeit der pragmatischen Sanktion 1720—1721" eingehende Mitteilungen, denen wir deshalb das Nachstehende wörtlich entnehmen, weil sie im Widerspruch stehen zu der heute in Ungarn landläufigen Würdigung der deutschen Einwanderung.

Digitized by Google

„Eine neue und denkwürdige Periode der ungarländischen Einwanderungen eröffnete sich nach dem Frieden von Szatmár. Kaum hatte sich in der Welt die Kunde verbreitet, daß in Ungarn der innere Friede im Jahre 1711 wieder hergestellt war, als auch schon im darauffolgenden Jahre die Einwanderungen aus dem Westen ihren Anfang nahmen. Wirklich bedeutungsvoll wurden dieselben zwar erst nach 1720, doch auch in den vorhergehenden Jahren förderten sie das numerische Wachstum der Bevölkerung unseres Vaterlandes. Allein im Jahre 1712 bezeichnen die Zeitgenossen die Zahl der deutschen Eingewanderten mit 14000. Sie kamen zumeist aus der Gegend des oberen Rheins, und zwar damals ungerufen, ohne Aufmunterung und Lockung, getrieben von der entsetzlichen Hungersnot, welche in ihrer Heimat infolge der damaligen schlechten Ernte entstanden war. Die ersten Einwanderer waren im ganzen sehr arm und langten ohne jedes Kapital, ohne jedes Vermögen oder materielle Hilfsmittel, meist auf die Arbeit ihrer Hände angewiesen, hier an. Die meisten von ihnen wurden von den Gutsbesitzern jenseits der Donau oder den Aerarialbeamten auf ihren unbewohnten Gütern angesiedelt. Doch ist ein Teil von ihnen auch in fernere Komitate gelangt, so auch nach Szatmár, wohin Graf Alexander Károlyi etwa tausend Personen bringen ließ, der in den Jahren, besonders nach 1720 planmäßig und mit Sachkenntnis, auch vor großen materiellen Opfern nicht zurückschreckend, die Besiedelung seiner verödeten Güter, seiner unbewohnten oder wenig bewohnten Gemeinden fortsetzte. . . .

Die neuen deutschen Ansiedler zeigen sich schon 1715 auf dem Gebiete von ziemlich viel Komitaten. In den Konskriptionen werden sie mit den Namen Franken, Sueven, Burgunder, Schlesier, Oesterreicher bezeichnet und unter diesen Namen sind, wie einzelne Bemerkungen zweifellos erkennen lassen, ausschließlich die neuen Eingewanderten deutscher Zunge gemeint, die von den in einzelnen Komitaten seit Jahrhunderten ansässigen deutschen Einwohnern streng unterschieden werden. Diesen deutschen Ankömmlingen, welche heute im allgemeinen Schwaben genannt werden, sie mögen aus welcher Provinz Deutschlands oder Oesterreichs immer eingewandert sein, begegnen wir schon in der Steuerkonskription zahlreicher Komitate.

Es wird dann berichtet, diese Deutschen seien bis nach Batsch und Bodrog gedrungen, wenn auch in kleiner Zahl. Andererseits seien Spuren in Bereg, in Szatmar und in den Städten von Bihar zu finden. In größerer Zahl seien sie erwähnt in Baranya, Gran, Weißenburg, Raab, Pest-Pilis-Solt, Klein-Kumanien, in Oedenburg (dort als Oesterreicher bezeichnet) und in Tolnau-Weißenbrunn, hin und wieder auch in Borsod, Heves und Außer-Szolnok sowie in Somogy. Im Temeser Gebiet habe es ebenfalls schon in den Jahren 1717—1720 eine geringe deutsche Einwanderung gegeben, die aber erst später einen beträchtlichen Umfang angenommen habe.

Die unorientierten Wanderer suchten die von den Türken zurückgewonnenen Länder in erster Linie auf, um daselbst ihr Glück zu versuchen, und viele mußten den Versuch teuer bezahlen. Die Konskriptionen von 1715—1720 geben viele interessante Aufklärungen über das mancherlei Ungemach, die Leiden und Prüfungen dieser wandernden Massen. Ein großer Teil verkümmerte in entsetzlicher Armut,

Digitized by Google

viele ertrugen das Klima nicht und kamen elend um; andere zogen, wanderten jahrelang von einem Ort zum andern, bis sie sich endlich irgendwo ständig niederließen oder der Tod ihrem ewigen Herumstreichen ein Ende bereitete.

Die Bevölkerungsverhältnisse einzelner Komitate befanden sich daher in der Zeit zwischen den zwei Konskriptionen in einem förmlichen Chaos. Die Menschen kamen und gingen, ließen sich an einem Orte nieder und wanderten nach ein bis zwei Monaten wieder weiter. In diesen Gemeinden kam es oft vor, daß 1715 ein ganz anderes Volk darin lebte, als 1720. Es treffen sich sogar welche, in denen die Einwohnerschaft zwischen 1715—1720 dreimal wechselte. Heute leben Madjaren in denselben, doch morgen ziehen sie schon fort, Schwaben nehmen ihre Stelle ein, und nach einem Jahre gehen auch diese weiter. Hierauf siedelten sich Kroaten, Serben, Slovaken oder Walachen an ihre Stelle an, aber ob sie dort geblieben sind, das wissen wir nicht mehr, denn unsere Konskriptionen haben mit dem Sommer des Jahres 1720 ihr Ende erreicht."

Das Ergebnis dieser auf Grund der Aushebungslisten aufgemachten Statistik der Nationalitäten oder eigentlich der Familiennamen, aus denen man auf die Nationalität schließen kann, war für das Jahr 1721 das folgende, das trotz der späteren neuen Einwanderungen, Verschiebungen und Entnationalisierungen auffällig wenig von dem Zustande am Beginne des 20. Jahrhunderts abweicht.

In dem heutigen Gesamtungarn zählten die konskribierten Madjaren 41,42, Deutschen 15,17, Slovaken und Ruthenen 22,39, Serben und Kroaten 5,28, Walachen 15,74 %; im eigentlichen Ungarn im engeren Sinne die Madjaren 48,47, Deutschen 12,49, Slovaken und Ruthenen 28,83, Serben und Kroaten 6,78, Walachen 3,43 %; in Siebenbürgen die Madjaren 16,94, Deutschen 24,48, Serben und Kroaten 0,04, Walachen 58,54 %. Geht man auf die einzelnen Landesteile ein und berücksichtigt man nur die Deutschen, so fanden sich Deutsche auf dem linken Donauufer 8,43, dem rechten Donauufer 27,37, im Donau-Theißbecken 9,43, auf dem rechten Theißufer 8,21, dem linken Theißufer 0,42, im Theiß-Miereschbecken 5,42, in den sogenannten Komitaten Siebenbürgens 2,32, im Szeklerland 0,0, auf dem Königsboden 48,69 % der Gesamtbevölkerung.

Im Laufe des 18. Jahrhunderts erfolgte dann eine zweite und diesmal organisierte deutsche Masseneinwanderung nach Ungarn.

Auf Grund des Gesetzartikels C III vom Jahre 1723, welcher den König ermächtigte, Kolonisten ins Land zu rufen und Einladungsbriefe an die Bewohner des Deutschen Reichs und der benachbarten deutsch-österreichischen Provinzen zu erlassen, fand erneut eine Berufung deutscher Kolonisten nach Ungarn statt.

Diese staatlich organisierte Kolonisierung von Staatsländereien erfolgte durch Maria Theresia und Joseph II. besonders in den

Digitized by Google

Jahren 1762—1765, 1768—1771 und 1784—1786. Sie führte u. a. 25000 Deutsche 1763—1776 nach dem Banate und etwa 40000 Deutsche in den Jahren 1784—86 nach der Batschka, überhaupt etwa 80000 Deutsche nach Ungarn. Maria Theresia verausgabte für diese Kolonisierung 3 Mill. Gulden, Joseph II. 4 Mill. Gulden. Diese Besiedelung war im wesentlichen eine ländliche, bäuerliche im Gegensatz zu der früheren städtischen.

„Zum Unterschiede von den älteren deutschen Ansiedlern in Ungarn, die größtenteils Nord- und Mitteldeutsche waren, kamen im 18. Jahrhundert die meisten Kolonisten aus Süd- und Westdeutschland und wurden in Ungarn gewöhnlich insgesamt als „Schwaben" bezeichnet, obgleich nicht alle dem eigentlichen schwäbischen Volksstamme angehörten. Die nächste Ursache dieser Auswanderung aus den südlichen Gebieten Deutschlands hat man wohl darin zu suchen, daß die damals österreichischen Vorlande im Breisgau und Schwaben bei der Kolonisierung in erster Reihe in Betracht gezogen wurden und tatsächlich auch zahlreiche Einwanderer lieferten. Nicht minder war von Einfluß das katholische Bekenntnis der Süd- und Westdeutschen; denn die Regierung wünschte in den wiedergewonnenen Ländern nur Katholiken anzusiedeln. Endlich waren im Süden und Westen des Deutschen Reiches Uebervölkerung und der Druck der Kleinstaaterei besonders fühlbar." Schwicker.

Der Einfluß, den das Deutschtum durch diese Einwanderung gewann, war ein sehr mäßiger, besonders da auf diese Einwanderung bald eine Zeit der Reaktion gegen das Deutschtum folgte, gerichtet gegen angebliche Germanisierungsbestrebungen Joseph II., die sich aber nur als Maßregeln zur Einführung des Deutschen als Geschäfts- und Staatssprache an Stelle der Lateinischen darstellen.

* * *

Nach Galizien, der Bukowina und Moldau fand schon im 12. und 13. Jahrhundert eine beträchtliche deutsche Einwanderung statt, besonders über Schlesien; diese fand im 15. und 17. Jahrhundert eine weitere Fortsetzung auch von Ungarn und Siebenbürgen her, sodaß damals die meisten Städte dieser Gebiete nahezu deutsch waren.

Eine starke bäuerliche und zwar staatlich geleitete deutsche Einwanderung auch aus dem Deutschen Reiche vollzog sich nach der Erwerbung von Galizien 1772 und 1795 und der Bukowina 1776 durch Oesterreich. Namentlich die Bukowina gewann einen deutschen Anstrich.

Digitized by Google

VI. Die deutsche Besiedelung von Böhmen, Mähren und Schlesien.

Auch in diesen Gebieten sind die Germanen die Ureinwohner, die zwar vorübergehend durch Slawen überrannt und teilweise verslawt worden sind, deren Reste sich aber in die Zeit der Wiedereindeutschung nach der Völkerwanderung hinübergerettet haben.

Zur Zeit der Römerherrschaft wohnte in Böhmen, Mähren, Niederösterreich und im östlichen Ungarn um Waag und Gran der deutsche Stamm der Quaden. Nach den Untersuchungen von Heinrich Kirchmayr haben sich diese Urväter der Ostdeutschen in hervorragender Weise an der Bezwingung der Römer beteiligt. Sie hatten zwar gegen Rom keine Varusschlacht aufzuweisen, wohl aber führten sie Hauptschläge gegen Rom. Die Westdeutschen vermochten nämlich die Rheinfesten nicht zu nehmen und an Byzanz erlahmten alle Angriffe der Goten. Über den Quaden gelang die Erstürmung der starken römischen Lagerfestung Carunt (374) und mit deren Fall war von der römischen Aufstellung gegen Deutschland der Hauptpfeiler zertrümmert.

Nach Kirchmayr sind dann in den Völkerwanderungen große Massen der Markomannen und Quaden an Ort und Stelle sitzen geblieben, seitdem aber, wenn auch nur in bezug auf die Sprache, verslawt worden. Damit wird also die Annahme der heutigen Tschechen widerlegt, die in den heutigen Deutschböhmen germanisierte Slawen erblicken. Natürlich gilt dies nur von den großen Massen, denn wie überall, so sind auch hier Uebergänge aus der deutschen in die slawische und aus der slawischen in die deutsche Volksgemeinschaft im Laufe des Jahrtausends vorgekommen.

Eduard Otto Schulze (Excurs I. S. 385) kommt in einer Fehde gegen Palacky zu dem Ergebnis, daß die urkundliche Beschreibung der Herulerwanderung um 508 bis 510 den Beweis erbringe, daß um jene Zeit und auch später noch bis etwa zur Mitte des 6. Jahrhunderts

Digitized by Google

Slawen im (böhmischen) Elbegebiete noch nicht ansässig waren. Die Einwanderung der Slawen in diese Gebiete dürfte also im wesentlichen in das 7. und 8. Jahrhundert fallen. Man hat aus dem Umstande, daß in Böhmen die Randgebirge vorwiegend von Deutschen besiedelt sind, das Tiefland der Mitte aber von Tschechen, die Vermutung abgeleitet, die deutschen Einwanderer seien die später Gekommenen, sie hätten den leicht zugänglichen Boden der Niederungen bereits von Tschechen besiedelt, die Randgebirge aber noch mit Urwäldern bestanden gefunden und hätten sie nun zuerst gerodet und besiedelt. Man kann aber aus diesen Tatsachen vielleicht aber auch die entgegengesetzten Schlußfolgerungen ableiten. Die durch die Völkerwanderung zusammengeschmolzene markomannische und quadische deutsche Urbevölkerung wurde von Slawen überrannt, flüchtete sich in die Gebirge und bewahrte dort ihr deutsches Wesen besser, als in der Tiefebene. Für Ungarn zur Zeit des Eindringens der Türken läßt sich wenigstens ein solcher Vorgang urkundlich nachweisen. Vergl. Ungarische Statistik, neue Folge, Band 12.

Jedenfalls ist es unbestritten, daß die Randgebirge Böhmens ursprünglich und bis heute nur von Deutschen besiedelt worden sind und daß der Wechsel in der Volksart der Besiedelung nur die Mitte des böhmischen Kessels betrifft.

In politischer Beziehung gelangten dann Böhmen, Mähren und Schlesien in Abhängigkeit, zunächst von den Avaren, dann vom Deutschen Reiche. Die dadurch herbeigeführten Verkehrsverhältnisse führten in ähnlicher Weise, wenn auch in bescheidenem Umfange zur Einwanderung von Deutschen.

„Im Jahre 805 rückten die Heere Karls des Großen von drei Seiten in Böhmen ein, und ein zweiter Krieg von 807 vollendete die Unterwerfung. Einhard nennt die Tschechen ausdrücklich ein zinspflichtiges Volk, und der tschechische Kosmas sagt: „Solches Gesetz gab uns Pipin, der Sohn des großen Königs Karl, daß wir jährlich den Nachfolgern des Kaisers 120 erlesene Ochsen und 500 Mark Silber liefern.“ Die Mährer gelobten Karl dem Großen auf dem berühmten Reichstage von Regensburg im Jahre 803 Gehorsam, ihre Fürsten wurden Vasallen.“ (A. v. Peez III. 68.)

Eine erneute deutsche Besiedelung Böhmens, Mährens und Schlesiens findet im Zusammenhange mit dem Vordringen des Deutschtums auf der ganzen östlichen Grenze im 12. Jahrhundert statt; teilweise in Verbindung mit kriegerischen Ereignissen, vorwiegend aber in der Gestalt der Berufungs-Kolonisation.

Digitized by Google

Die Deutschen wurden von slawischen Fürsten und Grundherren in diese Gebiete berufen, nicht weil sie Deutsche waren und um dort zu herrschen, sondern mit Rücksicht auf ihre höhere landwirtschaftliche und städtische Bildung und um mit dieser den heimischen Gewalten zu dienen. Aber auch hier wie im Norden waren an dem Werke die Kirche und insbesondere das Klosterwesen in hohem Grade beanteiligt.

„Vorbereitend wirkten hier seit lange die zahlreichen Ehen slawischer Fürsten mit Töchtern des hohen deutschen Adels. In Böhmen waren deutsche Herzoginnen fast die Regel. Als Ottokar I. (1197—1230) die Markgrafentochter Adelheid von Meißen heimführte, bestieg die elfte deutsche Fürstentochter im Laufe von zwei Jahrhunderten den böhmischen Thron. In Schlesien waren deutsche Herzoginnen nicht minder häufig; unter ihnen tritt besonders die heilige Hedwig hervor. Sie alle fast waren nun zugleich dem christlichen Glauben innig ergeben; stille Missionarinnen des sanften Joches Christi, lebten sie frommen Werken und duldender Liebe neben nicht selten rohen Gemahlen. Was natürlicher, als daß sie, durch Lebensgang und Schicksal asketischen Idealen zugänglich, vor allem klösterlichen Stiftungen Vorschub leisteten? Und hier nun verknüpften sich die germanisatorischen Siedelungsversuche der Mönche mit dem christlich-deutschen Einfluß fürstlicher Frauen." Lamprecht III. 370.

Der Abstammung nach waren die deutschen Einwanderer nach Böhmen im 12. und 13. Jahrhundert zu einem großen Teil Niederländer und Rheinländer, im Südwesten Böhmens aber, von Eger abwärts bis östlich über Budweis hinaus Bayern.

Um die Wende des 14. Jahrhunderts war Böhmen in den Grenzgebieten ganz deutsch, im Innern stark mit Deutschen durchsetzt. Und auch Mähren war von Böhmen aus ein ganz deutsches Land geworden.

Erst in neuerer Zeit hat sich die Erkenntnis durchgerungen, daß die Hussitenkriege weniger kirchliche als völkische Bedeutung hatten, d. h. daß sie Kämpfe der Tschechen gegen das Deutschtum waren. Von dem dreißigjährigen Kriege und der Gegenreformation gilt ähnliches. Jedenfalls haben diese drei großen Bewegungen zu einer Entvölkerung Böhmens und zu einer Schwächung des deutschen Bevölkerungsteiles daselbst geführt. Aber diese Entvölkerungen führten auch zu neuen deutschen Einwanderungen in den folgenden Zeiten einer aufgeklärten und zentralisierten Staatsverwaltung. Anfang des 19. Jahrhunderts schien es, als wolle Böhmen völlig

Digitized by Google

eingedeutscht werden, bis dann um die Mitte des 19. Jahrhunderts der alte tschechische Nationalismus wieder auflebte und eine Zurückdrängung des Deutschtums herbeiführte.

* * *

Für die deutsche Besiedelung Schlesiens ist es von entscheidender Bedeutung gewesen, daß dieses Land nur in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen eine völlige staatliche Selbständigkeit genoß, dagegen während der längsten Zeit von Polen, Böhmen und Preußen abhängig war. Seit Boleslaw Chrobry (992—1025) gehörte Schlesien in seinem ganzen Umfange zu Polen. Dann kam die Zeit der mehr oder weniger unabhängigen Teilfürstentümer der Piasten, deren es um das Jahr 1270 vierzehn gab. Am Ende des 14. Jahrhunderts geriet Schlesien in Abhängigkeit von Böhmen und dann von Oesterreich, um durch Friedrich den Großen endgültig an Preußen zu gelangen.

Die Eindeutschung Schlesiens spielte sich in ähnlicher Weise ab, wie die Böhmens. Besonders belangreich war die Regierungszeit Heinrich I. des Bärtigen (1202—1238). Dieser Herzog war ein ganz von deutschen Bestrebungen durchglühter Fürst.

„Heinrich, von deutscher Mutter geboren, in Deutschland erzogen, mit der heiligen Hedwig, Tochter eines fränkischen Grafen Bertold, Herzogs von Meran, vermählt, von deutschen Beamten umgeben, war ein Deutscher; deutsche Sprache, deutsche Sitte und Geselligkeit herrschten an seinem Hofe. Nicht bloß Schlesien germanisierte er, auch in Polen hat er deutsche Kultur vermittelt. Die Zisterzienser begründeten unter ihm die polnischen Klöster Lond und Priment; polnische Güter, wurden vielfach an schlesische Stifter verliehen; in Krakau begann eine deutsche Bürgergemeinde zu entstehen, die zusehends wichtiger ward. In Schlesien selbst ward unter Heinrich eine Anzahl neuer Siedelungen der Zisterzienser, Augustiner-Chorherrn und Prämonstratenser begründet: sie haben das linke Oderufer bis zum Gebirge hin, vornehmlich Bober und Neiße, besiedeln helfen; vor allem aber wurden deutsche Städte angelegt nach Magdeburgischem Rechte: Neumarkt und Goldberg, Neiße und Ohlau, Oppeln, Ratibor u. a. m. verdanken der Zeit Heinrichs ihren deutschen Charakter."

„Der polnische Klerus begann zwar auf dem platten Lande seit etwa 1260, nachdem schon 1500 deutsche Dörfer neu entstanden und gegen 150—180 000 Deutsche eingewandert waren, die Ansiedelung von Deutschen mit steigendem Erfolge zu bekämpfen: es sind die Anfänge einer heute noch befolgten Politik. In den Städten dagegen kam eigentlich erst jetzt das große Zeitalter der Germanisation zur vollen Blüte. Breslau wurde als deutsche Stadt ausgetan. Daneben traten, außer einer Fülle kleinerer Städte, Landshut und Trebnitz, Brieg und Liegnitz, Glogau und Beuthen und Neiße." Lamprecht III 387 u. 389.

Digitized by Google

Um die Wende des 14. Jahrhunderts war Schlesien fast ganz deutsch. Ja von hier aus strahlte das Deutschtum mächtig nach Galizien aus. Krakau war schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts durch die nach den Tatareneinfällen herangezogenen deutschen Einwanderer endgültig eine deutsche Stadt geworden, auch seiner inneren Einrichtung nach*), Lemberg zum größten Teile. Zahlreiche deutsche Walddörfer zogen sich an den Abhängen der Karpathen in die Höhe.

Im 17. und 18. Jahrhundert konnte Schlesien von seinem deutschen Ueberfluß sogar an das nördliche Polen (Posen) abgeben, wenn auch diese Wanderung vielfach das unfreiwillige Ergebnis der von den Jesuiten geschürten kirchlichen Verfolgungen**) in dem nunmehr österreichischen Schlesien war (die Dragonaden genannten Protestantenverfolgungen).

Dann setzte eine mächtige Verslawung des schlesischen Landes ein, die vorübergehend erst zum Stillstande kam, als das Land endgültig an Preußen fiel, um dann um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts unter dem Einfluß des römischen Klerikalismus erneute Fortschritte zu machen. Noch heute ist Schlesien noch nicht wieder so deutsch, wie es am Ende des 14. Jahrhunderts gewesen war.

---

*) Vergl. deutsche Kunst in der slawischen Ostmark, von Siegfried Graf Pückler-Limpurg in der Deutschen Erde 1905. S. 19.

**) Vergl. Erich Schmidt S. 358—374.

Digitized by Google

VII. Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein.

Die Eindeutschung dieser Gebiete vollzog sich zu denselben Zeiten und nahezu in denselben Formen, wie die von uns in dem IV. Abschnitt ausführlich behandelte Besiedelung des heutigen Königreichs Sachsen. Nur daß hier nach den vorbereitenden Schritten der Karolinger und der deutschen Kaiser aus dem sächsischen Hause die märkischen und brandenburgischen Landesfürsten vielleicht eine noch lebhaftere Tätigkeit für die Besiedelung entwickelten, als die Wettiner.

Eine Neubelebung des Vordringens des Deutschtums in der heutigen Provinz Brandenburg begann mit der Herrschaft des Hauses Askanien.

Dieser zweite Zeitraum der Besiedelung Brandenburgs durch Deutsche ist soeben*) von Otto Behre nach den Quellen behandelt worden. Wir folgen ihm im wesentlichen im nachstehenden:

Kaiser Lothar übertrug im Jahre 1134 die Nordmark an Albrecht den Bären aus dem Hause Askaniens, einen weitausblickenden kühnen Fürsten.

„Nach Niederwerfung der Slawen erfolgte die Besitzergreifung des Havellandes und der Zauche, die der Wendenfürst Pribislaw dem Markgrafen für dessen Sohn Otto I. als Geschenk übergab. Mit

*) Unsere Skizze der Eindeutschung Brandenburgs war nicht nur vollendet, sondern schon gesetzt, als in Veranlassung der Hundertjahrfeier des Königl. Preußischen Statistischen Bureaus eine Festschrift erschien: Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus. Von Otto Behre. Berlin, Heymann 1905. Niemand würde an dieser Stelle eine so treffliche Geschichte der Eindeutschung Brandenburgs suchen, wie sie uns hier geboten wird. Uns blieb nichts übrig, als unsere eigene abgeleiteten geschichtlichen Darstellungen entnommene Skizze durch die quellenmäßige Schilderung an der Hand Otto Behres zu ersetzen.

Digitized by Google

diesem Zeitpunkte beginnt die eigentliche Geschichte der Kurmark Brandenburg, welche im Jahre 1143 bereits die Altmark, die Priegnitz, das Havelland, die Zauche und vielleicht auch die Grafschaft Ruppin umfaßte. Während im Deutschen Reiche die Anarchie wuchs und die Kräfte des nationalen Lebens sich selbst zu zerstören schienen, faßte in dem neuen Lande dort, wo die deutschen Ritter unter Albrecht dem Bären und den Anhaltinern ihre festen Häuser immer weiter nach Osten vorrückten, christliche deutsche Kultur festen Fuß und dehnte unablässig die Grenzen des Landes. Unter blutigen Kämpfen wurde der Teltow und Barnim, die Ukermark, das Bistum Lebus und das Land jenseits der Oder, die spätere Neumark, den Slawen auf immer entrissen.

Nachdem Albrecht der Bär die wendischen Gebietsteile erobert hatte, war es seine Hauptaufgabe, die durch jahrelange Kriege verwüsteten und menschenleer gemachten Länderstrecken wieder zu bevölkern. Die bei weitem größere Masse der Einwanderer kam aus dem alten Sachsenlande, wo durch übermäßiges Anwachsen des großen Besitzes in fester Hand ein Ueberschuß an Bevölkerung vorhanden gewesen zu sein scheint. Ihnen gesellten sich die Auswanderer aus den „Wasserlanden"; denn nach der Ueberlieferung „sandte Albrecht der Bär Boten nach Utrecht und in die Rheingegenden, wie auch an diejenigen, die am Weltmeere wohnten und von der Gewalt der See Schaden litten, nämlich die Holländer, Seeländer, Vlämen; er führte von dort eine ungemein große Menge Volkes her und wies diesen Leuten in den Schlössern und Dörfern der Slawen Wohnsitze an."

Mit großer Wahrscheinlichkeit hat diese Kolonisation, welche sich neben den brandenburgischen Gebieten auch auf die Lausitz, auf Meißen, Ostthüringen, Ostholstein, Mecklenburg, Pommern, Schlesien und Preußen erstreckte, im Jahre 1143 begonnen, da um diese Zeit Backsteinbauten erscheinen, welche auf niederländische Kolonisten zurückzuführen sind. Sie umfaßte namentlich die Marschdistrikte, welche sich an der Elbe von Seehausen bis nach Werben und von da bis Arneburg und Tangermünde hinziehen, denn bei ihrer Unbekanntschaft mit der Abwässerungskultur, dem Deichbau und dem eisernen Pfluge der Deutschen hatten die Slawen weite Strecken jenes großenteils bruchigen und Ueberschwemmungen ausgesetzten, aus schwerem Boden bestehenden Landstriches unangebaut gelassen.

Das Land bis zur Oder und darüber hinaus erscheint bald von deutscher Bevölkerung erfüllt; die Slawen treten mit einem Male in Stadt

Digitized by Google

und Land nur in verschwindenden Minderheiten auf. Während das deutsche Königstum seine besten Kräfte in Italien zu seinem und des Volkes Schaden vergeudete, leisteten die Askanier dem Deutschtum unschätzbare Dienste, indem sie zur Germanisierung der vielfach mit ihnen verschwägerten Nachbarfürsten, die ihrem Ursprunge nach fast alle zu den Slawen gehörten, beitrugen und dadurch den Grundstein zum brandenburgisch-preußischen Staate legten. Daneben zeichneten sich die neugebildeten Klöster, insbesondere die der Zisterzienser, als Mittelpunkte der Christianisierung und Germanisierung aus; sie bildeten den Kern, an dem sich allmählich deutsches Leben in jenen Gegenden ansetzte. Die Mönche schufen mit ausdauernder Betriebsamkeit aus wertlosem Lande Mustergüter, warben Kolonisten, bauten Mühlen, pflanzten Obstbäume und verteilten den dünn bewohnten Wald- und Weidegrund zur Urbarmachung an Hunderte fleißiger Familien.

Trotzdem behält der eigentümlich rasche Wechsel in der Masse der Bevölkerung etwas Ueberraschendes und ist bis in die neueste Zeit Veranlassung gewesen zur Untersuchung der Frage, wie eine große Zahl widerstrebender slawischer Elemente von einer halbreifen Kultur so schnell bewältigt werden konnte, daß bereits zu Ende des zwölften Jahrhunderts die neuen Gebiete in Sprache und Sitte einen deutschen Charakter zeigten, eine Frage, auf welche die Geschichte wie die Sage jede sichere Auskunft verweigert. Wenn slawische Forscher den Nachweis zu erbringen versucht haben, daß alle Germanen im Osten der Elbe: Sueben, Goten, Rudiger u. s. w. in Wahrheit Slawen gewesen seien, so ist dies als eine „törichte Behauptung" von berufenster Seite zurückgewiesen worden, da nach allem, was wir wissen, bis zu den Zeiten der Wanderung die Weichsel die Grenze war, welche Germanen und Slawen schied. Der um die Mitte des sechsten Jahrhunderts lebende Geschichtsschreiber Jordanes schreibt, Scythia habe als Grenze „ab occidente Germanos et flumen Vitulae". Diese wie die Oder und Elbe und deren wasserreicher Nebenfluß, die Havel, tragen unverkennbar deutsche Namen, vielleicht auch die Spree. Allerdings weisen Müllenhoff und mit ihm viele andere Forscher die Vermutung, daß eine altgermanische Bevölkerung vom sechsten bis zum zwölften und dreizehnten Jahrhundert unter den Wenden zwischen Elbe und Oder sitzen geblieben und dann mit den von Westen her zuwandernden Kolonisten verschmolzen sei, ebenfalls zurück. Gleichwohl wird jene Vermutung keine patriotische Fiktion sein, da einige gewichtige historische Ueberlieferungen

Digitized by Google

sie zu bestätigen scheinen. Prokop berichtet von einer Gesandtschaft, welche vandalische Landgenossen aus der Heimat an die nach Afrika ausgewanderten Stammesgenossen mit der Bitte sandten, sie möchten auf ihr Unrecht an die heimischen Hufen verzichten. Diese Bitte wurde abgelehnt, weil die Ausgewanderten im Falle eines Unglücks die alte Heimat nicht verlieren wollten. Es war eben zur Zeit der großen Wanderungen nicht allgemein üblich, daß die einzelnen Völker in ihrer Gesamtheit die Heimat verließen; auch Bruchteile eines Volkes griffen zum Wanderstabe, in der Hoffnung, ihr, sowie der Zurückgebliebenen Los dadurch zu verbessern. Ferner weiß Helmold von den Nachkommen der im Bardengau an der Elbe zurückgebliebenen Langobarden — er nennt sie einfach Barden — und von ihren Kämpfen gegen die Slawen zur Zeit Kaiser Heinrichs I. zu erzählen. Auch ist die von demselben Chronisten aufgenommene Notiz des Adalbert von Bremen „Heveldi vel Heruli" unzweifelhaft ein Beleg dafür, daß sich unter der slawischen Völkerschaft der Helveder ein Grundstock heruliſcher Bevölkerung erhalten und mit seinem Namen zugleich ein gewisses Nationalbewußtsein trotz der Herrschaft und des Uebergewichts der Slawen bewahrt hatte. Endlich ist dem Geschichtswerke des böhmischen Chronisten Pulkawa zu entnehmen, daß ein Rest altgermanischer Bevölkerung in den brandenburgischen Havelgegenden strichweise neben den Slawen bestanden und ausgedauert hat, wie dies auch die älteste Brandenburger Chronik bestätigt, welche wiederholt versichert, daß das Volk in der Mark von der Zeit König Heinrich I. bis ins zwölfte Jahrhundert hinein aus Slawen und Sachsen gemischt gewesen sei.

Daß unter slawischer Hülle das deutsche Volkstum fortgedauert hat, dürfen wir auch daraus schließen, daß die deutsche Sprache nicht erst durch die Kolonisation in die bis dahin slawischen Länder gebracht worden ist. Wäre dies der Fall gewesen, so müßte sich, da die Einwanderer aus verschiedenen Gegenden: Niedersachsen, Westfalen und Flamland herbeizogen, ein verdorbener Mischlingsdialekt gebildet haben; das Idiom dagegen, welches uns in deutschen Urkunden und Chroniken entgegentritt, ist das sächsische in voller Reinheit."

Die ländliche deutsche Besiedelung der Mark war bis zum 13. Jahrhundert nahezu vollendet. Aber bis zum 12. Jahrhundert finden wir in Brandenburg nur die Städte Havelberg und Alt- und Neustadt Brandenburg. Nunmehr beginnt eine Zeit fleißiger Städte-

Digitized by Google

gründungen, vollzogen durch Lokatoren, denen auch hier wie anderwärts ihre Dienste durch Einräumung der erblichen Stadtvogtei gelohnt wurden.

* * *

Die deutsche Besiedelung Mecklenburgs war bis zum 12. Jahrhundert nahezu beendet. Die Ansiedler stammten aus Westfalen, Sachsen und aus den Niederlanden. Spuren der landsmannschaftlichen Eigenarten dieser deutschen Volksstämme lassen sich in Mecklenburg noch heute nachweisen. Man war bis vor kurzem (noch Heinrich Ernst 1900) der Meinung, diese deutsche Einwanderung habe zu einer völligen Ausrottung der einheimischen wendischen Bevölkerung geführt. Nunmehr hat Hans Witte*) den Nachweis geführt, daß von einer reindeutschen Abstammung der mecklenburgischen Bevölkerung durchaus nicht die Rede sein kann, nicht einmal in Beschränkung auf engbegrenzte Teile des Landes. Ebenso könne von einem erdrückenden zahlenmäßigen Uebergewicht der deutschen Einwanderer über die zurückgebliebenen Slawen im ganzen genommen keine Rede sein. Witte zeigt in seiner Karte Gegenden, wo die deutschen Einwanderer, und auch solche, wo die Slawen überwogen. Orte mit wendischen Ackerreservaten (Wendfelder) ließen sich verhältnismäßig noch spät nachweisen. Um das Jahr 1375 gab es noch einen nach Tausenden zählenden slawischen ungemischten Bevölkerungsstand in der mecklenburgischen Bevölkerung.

Andererseits haben gerade für Mecklenburg ethnographische Forschungen germanische Bevölkerungsreste ergeben, die noch aus der Zeit vor der deutschen Völkerwanderung stammen. Die früher üblichen Ausrottungstheorien sind eben weder für die germanische oder für die slawische Bevölkerung haltbar und ebensowenig für Mecklenburg wie für irgend ein rechtselbisches Gebiet des heutigen Deutschen Reiches.

* * *

Der Germanisierung Pommerns hatte W. von Sommerfeld früher eine Untersuchung gewidmet. Neuerdings (1904) hat dies Martin Wehmann getan. Als das nicht besonders belangreiche Ergebnis dieser Untersuchungen stellt Witte in der Deutschen Erde 1904 S. 175 das Folgende fest:

*) Die Abstammung der Mecklenburger, von Hans Witte mit 1 Sonderkarte in der „Deutschen Erde" 1905, S. 1 ff.

Digitized by Google

„Später als in Mecklenburg und Brandenburg ist in Pommern das große Werk der Germanisation begonnen und durchgeführt worden. Während nach des Chronisten Helmold allerdings übertriebener Angabe schon im Jahre 1171 das ganze Slawenland zwischen Eider, Ostsee und Elbe bis nach Schwerin gleichsam in eine einzige Sachsenkolonie umgewandelt war, erscheint Pommern noch um 1200 und darüber hinaus als ein entschieden slawisches Land, wo nur unter den christlichen Geistlichen und im Handelsstand der wenigen größeren betriebsamen Plätze Deutsche als Vorläufer der bevorstehenden Umwandlung überwogen oder doch merklich hervortraten. Die eigentliche deutsche Masseneinwanderung, die allein den Ausschlag zu gunsten des Deutschtums geben konnte, hat hier erst im 13. Jahrhundert stattgefunden. Und selbst um 1300 war „die slawische Bevölkerung der Zahl nach noch weit überlegen, aber in entschiedenem Niedergang begriffen" (S. 118). Besonders im Osten „jenseits der Persante erhielten sich im Anschluß an das benachbarte Polen slawische Sprache, Sitte und Brauch und wohl auch anfangs das Heidentum noch Jahrhunderte hindurch", während auf Rügen trotz seines hartnäckigen Widerstrebens gegen die Annahme des Christentums der Untergang des Slawentums am schnellsten erfolgt zu sein scheint. Näheres über die slawischen Bevölkerungsrückstände Pommerns hat die Forschung noch nicht festgestellt."

* * *

In Holstein haben Slawen vor dem 9. Jahrhundert nur ganz vorübergehend Fuß gefaßt, nicht nur als Eroberer, sondern später wahrscheinlich auch als zwangsweise angesiedelte, kriegsgefangene Hörige. In Schleswig handelte es sich nicht um Fragen der deutschen Besiedelung und Eindeutschung, sondern um solche der staatlichen Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Reiche und Dänemark. Nur in deren Gefolge kam es auch zu Verschiebungen der beiden sich erst allmählich entwickelnden besonderen Arten des Germanentums, des Dänentums und des mit ihm doch so nahe verwandten Niederdeutschtums.

Digitized by Google

VIII. Die Kolonien der Hanse.

Wenn wir bei der Besiedelung des deutschen Volksbodens auch der Hanse gedenken, so müssen wir im voraus einige einschränkende Bemerkungen machen. Der aus einer wechselnden Zahl niederdeutscher und oberdeutscher Städte bestehende Hansebund 1241—1699 kommt für die Besiedelung des deutschen Volksbodens nicht etwa in dem Sinne in Betracht, daß die Städte und deren Gebiete von ihm eingedeutscht worden seien. Im Gegenteil, die Hansestädte waren nur an der Entsendung deutscher Ansiedler und als Durchzugsorte beteiligt, für eine aus dem fernen deutschen Westen nach den fernen baltischen Ländern flutende deutsche Volksbewegung. Dies gilt in erster Linie von Lübeck, in zweiter von Bremen. Diese Tätigkeit läßt sich etwa vergleichen mit derjenigen der heutigen Handelsstädte Hamburg und Bremen in der Beförderung deutscher und nichtdeutscher Auswanderer nach überseeischen Gebieten. Diese Beförderung von Siedlern war aber keineswegs die hauptsächlichste Tätigkeit der Hanse, die vielmehr ihre wesentliche Aufgabe in der militärischen Sicherung von Handelsgeschäften fand.

So belangreich auch die Niederlassungen der Hanse in Portugal, England und Skandinavien waren, so dachte sie dort doch keineswegs an dauernde deutsche Besiedelungen. Im Gegenteil, die hanseatischen Niederlassungen in diesen Gebieten, vor allem in Skandinavien, waren in bewußter Weise vorübergehende. Die Hanse suchte die dauernde Niederlassung ihrer Angestellten dort auf jede Weise zu verhindern, indem sie u. a. diese Angestellten zur Ehelosigkeit zwangen. Erst später und gegen den Willen der Hanse, erfolgten dauernde Niederlassungen Deutscher in den drei skandinavischen Ländern insbesondere in deren Städten und Handelsplätzen, sodaß das Städtewesen Skandinaviens mehr oder weniger durch die Hanseaten geschaffen und lange Zeit beherrscht wurde. In vielen Städten Schweden-Norwegens und Dänemarks mußten die

Digitized by Google

Magistrate jahrhundertelang ganz oder teilweise durch Deutsche besetzt sein. Eine Verknüpfung einer bäuerlichen deutschen Siedelung mit den deutschen Handelsniederlassungen in Skandinavien war aber gänzlich ausgeschlossen, ganz abgesehen davon, daß diese Handelsniederlassungen zwar deutsch organisiert waren, aber doch immer unter fremder Landeshoheit standen.

Nur an den östlichen Gestaden der Ostsee und in den jetzt russischen Ländern, besonders in den baltischen Provinzen, kann von einer Beteiligung der Hanse an der Besiedelung und teilweise an der Eindeutschung dieser Gebiete, die Rede sein. Aber auch hier müssen wir unterscheiden zwischen den durch die deutschen Ritterorden und durch staatliche Mächte Deutschlands herbeigeführten Besiedelungen der baltischen Länder, einschließlich Preußens einerseits und den östlich davon gelegenen Gebieten Rußlands anderseits. In den letzteren schuf die Hanse ein bis nach Moskau und Nowgorod hinreichendes Netz von Handelsniederlassungen, ausgestattet mit Sonderrechten aller Art, das nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung des dortigen Städtewesens, Bürgertums und Handwerks blieb, das aber ohne Belang war für die eigentliche Ansiedelung und für die Eindeutschung und die staatliche Herrschaft über diese Gebiete.

Nur in dem heutigen Preußen, Kurland, Livland und Esthland hatte die Hanse einen wirklichen Anteil an der deutschen Besiedelung und Eindeutschung, aber doch auch weniger als Selbstzweck als vielmehr als Mittel zum Zweck der Sicherung von Handelsgeschäften. Die Besiedelung dieser Gebiete überließ die Hanse wie gesagt, den deutschen Rittern, der deutschen Kirche und der Einzelbetätigung des deutschen Bürgertums und Bauerntums.

Um so belangreicher war der Einfluß der Hanse auf die kulturelle Entwickelung dieser Gebiete und auf die Schaffung einer gewissen gleichförmigen deutschen Gesittung im Innern, die wie Lamprecht, IV. 162, darlegt, gleichförmiger war, als die mutterländische.

Digitized by Google

IX. Die deutsche Besiedelung der baltischen Länder.

Diese erfolgte früher, als die Eindeutschung der Oder- und Weichselgebiete. Die Ueberspringung dieser Zwischengebiete erklärt sich aus der Benutzung der Ostsee für die nordöstliche Vorwärtsbewegung. Die Ausfallpforte ist im wesentlichen Lübeck. Das Ueberspringen der Mittelgebiete war ein doppeltes insofern, als das östliche Deutschtum sich nicht weiter nordöstlich vorschob, sondern der Westen des Deutschtums Westfalen, Friesland und die Niederlande die Hauptmassen für die Siedelung der baltischen Länder stellten.

Auch hier gingen die weltliche Eroberung mit der christlichen Bekehrung Hand in Hand. Aber die Beweggründe für die Entsendung waren weniger landwirtschaftliche als handelspolitische. Der deutsche Kaufmann der Hanse war der Bahnbrecher dieser Bewegung und der erste Bürger der friedlichen städtischen Niederlassungen. Der deutsche Bauer folgte nur selten. Von den kirchlichen Gewalten waren zwar auch die Bistümer und teilweise die Mönchsorden beteiligt. Aber kennzeichnend für diese Besiedelung und die darauf folgende Preußens ist die Beteiligung der nur halbkirchlichen Ritterorden.

Das stoßweise Vorgehen bei häufigem Zurückweichen erklärt sich zum Teil dadurch, daß die Ritter mit ihrer Gefolgschaft rechtlich oder tatsächlich zur Ehelosigkeit verurteilt waren, daß die Ritter und Knappen der Kreuzzüge zunächst gar nicht die Absicht hatten, in dem neuen Lande zu bleiben, sondern daß die Kreuzheere sich nur auf eine bestimmte und kurze Zeit zu den Kriegsfahrten gegen die Heiden verpflichtet hatten. Ihre Rückkehr in die Heimat stellte die Ergebnisse eines siegreichen Feldzuges oftmals wieder in Frage. Hier betätigte sich mehr noch als auf anderen kolonialen Gebieten die Erfahrung, daß nur der Bauer das festzuhalten vermag, was Fürsten und Ritter, Geistliche und Kaufleute erworben haben.

Die äußeren Hauptmerksteine der deutschen Besiedelung der baltischen Länder waren folgende:

Digitized by Google

Missionstätigkeit des deutschen Mönches Meinhard in Livland 1186, Begründung des Bistums Livland 1191. Vollendung der Bekehrung Kurlands, Livlands und Esthlands zum Christentum bis 1224. Landung des ersten Kreuzheeres in Livland 1199 und Bischof Albert von Buschhöven † 1229. Begründung des Ritterordens der Schwertritter, Teilung der eroberten Ländereien zwischen dem Ordensmeister und dem Bischof.

Aufnahme des Schwertordens in den Deutschherrnorden 1229, dessen Hochmeister Hermann von Salza. Fortgesetzte Kämpfe gegen die heidnischen Nachbarn, aber auch zwischen den 5 Bistümern und den Rittern. Niederlage des Ordens in der Schlacht bei Tannenberg 15. Juli 1410 gegen die Polen. Bestand der Ordensherrschaft bis 1561 und Begründung des selbständigen Herzogtums Kurland (mit Semgallen) und den Herzogtümern Livland und Esthland, welche Gegenstand des Streites zwischen Polen, Russen und Schweden wurden. Deutsch die Geistlichkeit, der Adel und das städtische Bürgertum, Nichteindeutschung der Bauern.

„Das Normale ist natürlich, wenn der politische Sieger imstande ist, auch seine Kultur und Sitte auf den Unterworfenen zu bringen. Im deutschen Ordenslande gelang das den Deutschen, dagegen weiter im Osten, in Esthland und Kurland besaßen wir nicht die volle Kraft zu einer solchen Kolonisation. Nach Preußen kamen die Einwanderer in vollen Strömen; nach Livland und Esthland führte die hansische Flotte auf wenigen Schiffen Einwanderer hinüber, namentlich aus Westfalen. Hier lagerte sich nur eine dünne Kruste von deutschen Einwanderern über die Hauptmasse, die undeutsch geblieben war; es waren deutsche Edelleute und Patrizier, die sich als Herren über ein undeutsches Volk setzten. Jedes Volk aber verjüngt sich von unten nach oben; die Masse der Bauern entscheidet über die Nationalität. Im Elsaß können wir uns sicher darauf verlassen, daß das Volk einmal wieder ganz deutsch wird; in Livland und Kurland stand es umgekehrt. Hier blieb nur übrig, die Unterworfenen im Zustande möglichster Unkultur zu halten, damit sie den wenigen Herren nicht gefährlich würden." Treitschke: Politik, I., 127.

Wilhelm Roscher macht auf den Unterschied zwischen der aristokratischen Besiedelung in den baltischen Ländern und der demokratischen in Preußen aufmerksam, ähnlich dem Unterschiede zwischen der aristokratischen Kolonisation der Spanier in Süd- und Mittelamerika und der demokratischen der Angelsachsen in Nordamerika. Er sagt darüber Politik S. 69:

„Als die Spanier in Süd- und Mittelamerika einwanderten, da fanden sie eine zahlreiche, verhältnismäßig schon kultivierte Urbevölkerung

Digitized by Google

vor, mit Ackerbau, etwas Städteleben und mancherlei politischen Institutionen. Hier war es natürlich, daß die Sieger, soviel es anging, alles Bestehende fortdauern ließen, nur von ihnen beherrscht, zu ihrem Nutzen. Wie eine Herrscherkaste lagerten sich die Spanier über die indianischen Untertanen, um so schärfer gesondert, je sichtlicher der Rassenunterschied bereits in der Hautfarbe hervortrat. Todo blanco es caballero. Ohnehin war die ganze Entdeckung und Eroberung aus ritterlichen Motiven unternommen worden: Abenteuersinn, Bekehrungseifer, Beuteluſt; eine unmittelbare Fortsetzung der Kreuzzüge. Selbst Columbus hat bei seinen Eroberungen an die schließliche Wiederbefreiung des heiligen Grabes gedacht. Völlig anders in Nordamerika. Hier waren die Eingebornen viel zu dürftig an Zahl und Bildung, als daß ihre Unterjochung vorteilhaft oder selbst möglich gewesen wäre. Die ganze Kolonisation erfolgte in bäuerlicher Weise. Es kam darauf an, Wälder urbar zu machen, Sümpfe auszutrocknen, die Tiere der Wildnis zu verjagen. Wer in solcher Arbeit Schritt für Schritt erkämpfen muß, der wird schwerlich geneigt sein, die mühselige Frucht seines Schweißes mit einem Edelmann zu teilen. Also demokratische Standesverhältnisse!

Ganz diesem *Unterschiede* entsprechend ist der zwischen der *preußischen* und *livländischen* Kolonisation. In *Preußen* galt es einen *Vertilgungskrieg* zu führen. Die ritterlichen Eroberer des Landes hatten eine *bäuerliche* Einwanderung handgreiflich nötig. Große Naturreize besaß die Gegend nicht. Es mußten deshalb besonders anlockende persönliche Vorteile geboten werden. So wurde den freien Einwanderern aus Friesland ein gänzlich freies, in ähnlichen Niederungen gelegenes Besitztum eröffnet, mit Ueberfluß an gutem Boden; der hörige Einwanderer wurde ein freier Mann durch Annahme des Kreuzes und erhielt ein freies oder doch nur sehr mild anhängiges Grundstück. In *Livland* hingegen brauchten die Ordensritter einen Vertilgungskrieg nur mit den *Kuren* und *Esthen* zu führen, finnischen Stämmen, welche den Hauptstock der Bevölkerung, die friedlichen *Letten*, seit langer Zeit unterjocht hatten. Diese Letten vertauschten gern die heidnischen Oberherrn mit christlichen. *Hier wurden* daher als *Kolonisten fast nur Ritter*, allenfalls Bürger aufgenommen; es mußten sich deshalb natürlich große adelige Güter bilden mit leibeigenen Bauern."

Digitized by Google

X. Preußens Besiedelung.

Wenn Wilhelm Roscher als Haupturſachen der Koloniſation neben der Uebervölkerung, der Ueberfüllung mit Kapital und der politiſchen Unzufriedenheit auch die religiöſe Begeiſterung nennt, ſo trifft dieſer letztere Beweggrund ganz beſonders bei der Eroberung und der deutſchen Beſiedelung Preußens zu. Die religiöſe Begeiſterung der chriſtlichen Bevölkerung des Abendlandes machte ſich ſeit dem Ende des 11. bis gegen Ende des 13. Jahrhunderts in den Kreuzzügen Luft, zunächſt in den Verſuchen der Eroberung Paläſtinas und der Zurückdrängung der mohamedaniſchen Ungläubigen von den Toren Europas. Es waren leider nur ſchwache Abzweigungen der nach dem Orient gerichteten deutſchen Volkskraft, die nach dem Nordoſten gerichtet dort dauerndere Spuren ihrer Tätigkeit zurückließen, als die von den Heeren der Kreuzritter an den Geſtaden des Mittelmeeres aufgerichteten vorübergehenden Herrſchaften. Schon ehe 1217 der erſte Kreuzzug gegen die heidniſchen Preußen in Deutſchland gepredigt wurde, waren Vorſtöße der chriſtlichen Heidenbekehrung dorthin erfolgt. Karl der Große wollte die Hamburger Kirche zur Trägerin der öſtlichen Miſſion machen. Der erſte Apoſtel der heidniſchen Preußen war aber der Böhme Adalbert † 23. April 997, der erſte deutſche Mann, der als Apoſtel nach Preußen kam, war Brun von der Burg Querfurt † 14. Februar 1009.

Aus dem Widerſtand gegen die zwangsweiſen Bekehrungen ergaben ſich dann Kriege gegen die Preußen, die faſt zur Vernichtung des littauiſchen Volkes der Preußen führten. In Anlehnung an das grundlegende umfangreiche Werk von Ewald*) geben wir zunächſt die Stichworte der Tatſachen, an denen ſich die Bekehrung, Eroberung und Eindeutſchung Preußens vollzog.

*) Albert Ludwig Ewald: Die Eroberung Preußens durch die Deutſchen. Halle, Waiſenhaus. 4 Bände, 1872—1886.

Digitized by Google

Christian von Oliva beginnt seine Tätigkeit unter den Preußen 1209, † 1245. Papst Honorius III. gestattet 3. März 1217 dem Bischof Christian, diejenigen mit dem Kreuze zu bezeichnen, welche aus den benachbarten Ländern ihm zu Hilfe kommen wollen. Ankunft der ersten Kreuzfahrer 1222 am linken Weichselufer in Masovien in der Burg Kulmen. Berufung des deutschen Ordens nach Preußen 1226. Hermann von Salza wird Meister des deutschen Ordens 1210. (H. v. Salza † 1239). Aussendung eines Ordensheeres nach Preußen unter Hermann Balke 1230 (Balke † 1239). Eroberung des Kulmer Landes 1230 bis 1233. Eroberung Pomesaniens 1233—1236. Gründung von Marienwerder 1233. Eroberung Pogesaniens 1237—1246. Gründung von Elbing 1237. Eroberung Warmiens, Nattangens und Bartens 1240—1241. Erhebung Preußens 1242 und der erste Kampf mit Swantopolk, Herzog von Pommern 1243. Der zweite Kampf mit Swantopolk und den Preußen 1243—1244. Die Einteilung Preußens in die Bistümer 1243: Kulm, Pomesanien, Ermland, Samland. Der dritte Kampf mit Swantopolk und den Preußen 1245. Der vierte Kampf mit Swantopolk und den Preußen 1249 und endgültiger Friede zwischen Swantopolk und dem Orden 1253. Die Eroberung des Samlandes, des östlichen Nattangens, östlichen Bartens und Galindens 1253—1260. Die große Erhebung der Preußen 1242 und die Eroberung der östlichen Landschaften. Die Ordensschaft dem Untergang nahe 1263. Fall der Wisenburg und der Kreuzburg 1263. Allmähliche Wiedererstarkung des Ordens 1268—1270 durch neue Kreuzzüge. Siegreicher Ausgang der Ordenskämpfe 1274. Die Eroberung Nadranens und Scholanens 1276. Anlegung von Marienburg 1276. Die Eroberung Sudanens 1278—1283.

Nach der Blüte der Ordensherrschaft (Hochmeister Winrich von Kniprode 1351—1382) rascher Verfall und Entfremdung des Ordenslandes Preußen. Niederlage bei Tannenberg 15. Juli 1410 gegen Wladislaw von Polen-Littauen und der erste Friede von Thorn 1411 (Heinrich von Plauen!); Aufstand des Landadels und der Städte im Bunde mit Polen; zweiter Friede von Thorn 1466: das deutsch besiedelte Westpreußen mit Danzig, sowie auf dem rechten Ufer der Weichsel das Kulmer Land, die Gebiete von Marienburg und Elbing u. s. w. werden an Polen abgetreten, der Rest zu Lehen von Polen genommen. Die Abmachungen des zweiten Friedens von Thorn 1466, wonach der deutschen Bevölkerung Westpreußens das feierliche Versprechen gegeben worden war, ihre Nationalität solle nicht verkürzt werden, wurden

Digitized by Google

polnischerseits nicht gehalten, auch die deutschen Ortsnamen massenhaft poloniſiert (vergl. Eduard Kattner: Ortsnamen in Westpreußen und Posen. Bromberg 1861).

Nach dem Frieden von Krakau 8. April 1525 nahm der letzte Ordensmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach das Ordensland Preußen als weltliches Herzogtum von der Krone Polen zu Lehen 10. April 1525. Dieses fiel 1618 an Brandenburg und teilte seitdem dessen Schicksale.

Wie in den baltischen Ländern, so bestand auch in Preußen eine Hauptschwierigkeit der Besiedelung durch den Orden in der Ehelosigkeit und in der zeitlich beschränkten Dienstpflicht der Ordensritter, die nach Erfüllung derselben in die Heimat zurückkehrten. Trotzdem gelang es hier, an die Stelle der teilweise vernichteten Urbevölkerung ein deutsches Bauerntum zu stellen und nicht nur einen deutschen Adel, eine deutsche Geistlichkeit und ein deutsches Bürgertum zu schaffen, wie in den benachbarten baltischen Provinzen. Das war von entscheidender Bedeutung, da Koloniſation nur da dauernden Erfolg hat, wo der Bauer deutsch geworden ist, denn „die Masse der Bauern entscheidet über die Nationalität eines Landes".

Hören wir nun, wie Treitschke und Lamprecht die inneren Vorgänge der Besiedelung und Eindeutschung des Ordenslandes Preußen beurteilen. Sie gehen dabei von der harten Tatsache aus, daß bei der Eroberung des Landes der größte Teil der Urbevölkerung zugrunde gegangen ist und daß es deshalb falsch ist, wenn namentlich die französische Ethnographie in den heutigen Bewohnern Ost- und Westpreußens eine vorwiegend littauische Mischbevölkerung erblickt. Diese Bevölkerung ist vielmehr in den meisten Teilen des Landes mindestens so germanisch, als die deutsche Bevölkerung Mitteldeutschlands.

„Zivilisierung eines barbarischen Volkes ist das beste. Man muß die Wahl stellen, entweder unterzugehen in der überlegenen herrschenden Nation oder sich ausrotten zu lassen. So haben die Deutschen den Preußen gegenüber gehandelt; diese sind entweder mit dem Schwert vernichtet, oder mit Haut und Haaren zu Deutschen geworden. Und so grausam ein solcher Entwicklungsprozeß auch ist, er bleibt doch ein Segen für die Menschheit. Es ist das Gesunde geschehen: Das edle Volkstum hat das minder edle überwunden und in sich aufgenommen".

„Es war ein Völkermord, das läßt sich nicht leugnen, aber nachdem die Vermischung vollendet war, ist er ein Segen geworden. Was hätten die Preußen in der Geschichte leisten können? Die Ueberlegenheit der

Digitized by Google

Deutschen über die Preußen war so groß, daß es ein Glück für diese wie für die Wenden war, wenn sie germanisiert wurden". Treitschke, Pol. I., 126 u. 280.

„Für den deutschen Siedler des Ordenslandes galten anfangs die außerordentlich günstigen Ansiedelungsbestimmungen der Kulmer Veste; später sind diese teilweise drückenderen Auflagen gewichen. Zahlreich waren die jüngeren Söhne des deutschen, vornehmlich des fränkischen, schwäbischen und bayerischen Adels, die sich in dem neuen Lande niederließen, das ihre geistlich gewordenen Standesgenossen erobert hatten. Sie erhielten weite Landflächen, von 100, 150 und mehr vlämischen Hufen;*) sofort wurden sie kleine Grundherren über preußische Grundholde nach dem Vorbild der Heimat; dem Lande dienten sie zu Roß in schwerer Rüstung. Neben ihnen standen die freien Bauern neu angelegter Dörfer; die ein unternehmender Lokator aus der Heimat herbeigeführt hatte. Sie erhielten im wesentlichen die auch sonst im Osten üblichen Ansiedelungsbedingungen, und auch sie wurden als gerüstete Krieger zu Fuß zum Landeskampfe herangezogen.

Aus all diesen Bildungen, bürgerlichen wie bäuerlichen, wuchs ein starkes, selbstbewußtes, zu Herrenanschauungen neigendes Geschlecht empor, das sich als Sieger fühlte über die Waldes- und Sumpfesmächte des Landes wie über die Barbarei der ursprünglichen Bewohner. Eine Gesinnung, die bestärkt und zu harter Selbstsicherheit erzogen ward durch die innere Politik des Ordens. Militärisch und religiös zugleich, wirtschaftlich klar bedacht, politisch allzeitig vorsichtig, vereinigte der Orden in sich alle Kräfte zu einer eingehenden, straffen und vom fiskalischen Standpunkte, der mit dem volkswirtschaftlichen fast durchaus zusammenfiel, vorteilhaften Verwaltung des Landes". Lamprecht, III., 408.

„Im deutschen Ordensstaate war durch die Statuten bestimmt, daß der Rittersmann nicht mit Laien verkehren sollte. Trotzdem versuchte Heinrich von Plauen den Gegensatz der ehelosen Ritter und der Preußen abzuschwächen durch eine landständische Verfassung. Da aber der Orden als geistliche Gewalt doch immer das letzte Wort behalten mußte, so blieb schließlich nur die Umwandlung in einen weltlichen Staat oder die völlige Vernichtung übrig". Treitschke, Pol. II., 22.

„Man muß zugestehen, daß es keinen Staat in der Weltgeschichte gibt noch geben kann, dessen Entwicklung sich ohne Revolution vollzogen hätte. Der preußische Staat ruht auf einer ungeheueren Revolution, auf der Sekularisierung des deutschen Ordenslandes Preußen. Eine ganz verfaulte, zur Heuchelei und Unwahrheit gewordene theokratische Ordnung, die weil sie theokratisch war, das sint ut sunt aut non sint auf ihre Fahnen schreiben mußte, wurde der historischen Bewegung, der Freiheit zurückgegeben". Treitschke, Pol. I., 132.

Ueber die durchaus anders geartete, von nationalen Beweggründen freie innere Kolonisation Ost- und Westpreußens vom 15. bis 17. Jahrhundert hat neuerdings Schumacher**) Licht verbreitet.

*) Die vlämische oder holländische Hufe (72 Morgen) waren doppelt so groß, als die Landhufe und mehr als viermal so groß als die slawische Hufe. Peez, III. 107.

**) Dr. Bruno Schumacher-Königsberg, Korrespondenzblatt des Gesamtverbandes der deutschen Geschichtsvereine 1905, Nr. 1.

Digitized by Google

XI. Die deutsche Besiedelung Posens (Großpolens).

In ihrem Widerstande gegen den preußischen Staat und das Deutsche Reich bemühen sich die Polen bei den Deutschen die Vorstellung zu erwecken, als seien sie die ursprünglichen und ausschließlichen Bewohner des Königreichs Polen bis zu den Teilungen im Jahre 1793 und 1795 und bis zum Wiener Kongreß von 1815 gewesen. Sie behaupten, daß mit diesen Staatsverträgen die Eigenschaft der früheren polnischen Landesteile als Volksboden der polnischen Nation nicht verloren gegangen sei und daß demnach die Deutschen dort Fremde und Eindringlinge seien. Nichts ist falscher als eine derartige Anschauung. Die Deutschen sind die ursprünglichen Bewohner dieser Gebiete. Sie haben vorübergehend dem polnischen Volke weichen müssen, haben aber immer und immer wieder die Gebiete der heutigen preußischen Provinz Posen und die benachbarten Länder im Norden, Osten und Süden deutsch besiedelt und der Zivilisation und Kultur zugeführt. Es ist das Verdienst Erich Schmidts dies jüngst in glänzender Weise nachgewiesen*) zu haben.

Die Darstellung Erich Schmidts beschränkt sich grundsätzlich auf das Gebiet der heutigen Provinz Posen. Aber unwillkürlich muß sie auch die deutsche Besiedelung der preußischen Ostmarken überhaupt behandeln. Immerhin ist es in hohem Grade erwünscht, eine ebensolche aus den Quellen geschöpfte Darstellung der deutschen Besiedelung der benachbarten Gebiete auch des heutigen russischen Polens von sachkundiger Hand zu erhalten und die Geschichte dieser Siedelung auch bis zur Gegenwart fortgeführt zu sehen.

*) Geschichte des Deutschtums im Lande Posen unter polnischer Herrschaft. Von Dr. Erich Schmidt, Oberlehrer in Bromberg. Mit 25 Abbildungen und 2 Karten. Bromberg, Fromm, 1904, 442 SS.

Digitized by Google

In dem nachstehenden Abriß der Besiedelung der heutigen preußischen Provinz Posen folgen wir erklärlicherweise im wesentlichen Erich Schmidt, scheiden aber hierbei mit Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum und den von uns verfolgten Zweck alle die belangreichen Darstellungen der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse der deutschen und der polnischen Bevölkerung jener Gebiete in dieser Zeit der deutschen Besiedelung aus.

Daß die fraglichen Gebiete in der Zeit vor der christlichen Zeitrechnung durch germanische Bevölkerung besiedelt gewesen sind, das ergibt sich aus den Forschungen der Völkerkunde. Es ist aber auch urkundlich beglaubigt durch die Weltkarte des Kaisers Augustus vom Jahre 7 v. Chr., nach der die Weichsel die Ostgrenze des Germanenlandes bildete. Um das Jahr 200 wohnten in der Weichselniederung in dem Brahegebiet Goten, weiter südlich zwischen Netze und Warte Burgunder, noch weiter südlich Vandalen. Später begannen sich die Burgunder und Vandalen, erst in kleineren Scharen, später — wie Erich Schmidt meint — die ganzen Völker auf den Weg nach dem Schwarzen Meer, nach Spanien, Italien und Frankreich zu machen. Aber wir dürfen wohl annehmen, daß auch aus jener Zeit Volksreste in den ursprünglichen Gebieten ebenso sitzen geblieben sind, wie dies bei anderen Völkern der Völkerwanderung im Norden Deutschlands nachgewiesen werden konnte. Jedenfalls waren diese Reste einer früheren germanischen Bevölkerung so klein, daß die im Laufe des 6. Jahrhunderts in diese Gebiete einströmenden Slawen dort im wesentlichen menschenleere Einöden vorgefunden haben.

Aus dem Urbrei der slawischen Völker schied sich etwa im 9. Jahrhundert in den Weichselgebieten das Volk der Polen aus und in der Zeit des deutschen Kaisers Otto des Großen, 936—973 traten die Polen zum ersten Male in Beziehungen zum Deutschen Reiche. Diese Beziehungen waren im wesentlichen jahrhundertelang kriegerische. Sie entvölkerten in großem Maße die Gebiete zwischen Oder und Elbe, ja zwischen Elbe und Saale und gaben hierdurch die Vorbedingungen für die Eindeutschung dieser mittleren Landesteile. Dabei war Polen in den ältesten geschichtlichen Zeiten ein Vasallenstaat Deutschlands, der sich aber unter dem kraftvollen Boleslaus Chrobri (von 992 bis 1025) unabhängig machte und ein Reich von Kiew bis zur Elbe, von der Ostsee bis zu den Karpathen schuf, bis die deutschen Kaiser Konrad II. und Heinrich III. das alte Vasallenverhältnis wieder herstellten. Unter Heinrich IV. erlangte Polen seine Selbständigkeit wieder,

Digitized by Google

um dann nur auf kurze Zeiträume und dann auch nur der Form nach sich der Macht des Deutschen Reiches zu beugen, bis auch die letzten Spuren einer Untertänigkeit mit dem Ende des 12. Jahrhunderts verschwinden. Erich Schmidt tritt der Auffassung entgegen, als sei der unzweifelhafte Rückgang der deutschen Machtstellung im Osten das Ergebnis der Inanspruchnahme der ganzen Kraft des Reiches durch die Unternehmungen in Italien. Er meint vielmehr, sie sei das Ergebnis der steigenden Macht des polnischen Landes selbst, das diese seinen Beziehungen zu dem kulturell höherstehenden Nachbarlande Deutschland zu danken habe. Wenn diese Kräftigung Polens sich in ihren Aeußerungen zunächst und am Entschiedensten gegen das gebende Land gerichtet hat, so erkläre sich dies auch für damals aus der oft beobachteten Tatsache, daß das zum Bewußtsein seiner Kraft gelangte Volk seinen Haß mit Vorliebe auf den bisherigen Herrn und Lehrmeister werfe.

Die staatliche Loslösung vom Deutschen Reiche führte im 12. Jahrhundert auch die kirchliche herbei und diesem Umstande ist es wohl zu danken, daß gerade die polnische Geistlichkeit seitdem bis zur Gegenwart der hauptsächlichste Träger des wachsenden polnischen Selbstgefühls und der bewußter werdenden Gegensätze zum deutschen Wesen geworden ist.

Im 10. Jahrhundert waren die Beziehungen Polens zu Deutschland im wesentlichen höfische und dynastische. Durch mehrere Geschlechtsfolgen wählten die polnischen Fürsten ihre Frauen unter den deutschen Prinzessinnen. Und jede deutsche Prinzessin, die als Fürstin in das Polenland einzog, umgab sich mit einer Schar von Landsleuten, um auch in der Fremde heimische Ansprache und Sitte nicht entbehren zu müssen. Auch die Handelsbeziehungen führten im 10. bis 12. Jahrhundert eine Durchsetzung der slawischen Bevölkerung Westpolens mit Deutschen herbei. Die zahlreichen Deutschen, die damals in Polen ansässig wurden, gingen freilich bei der mangelhaften Entwicklung des völkischen Bewußtseins in jener Zeit zum größten Teile für das Deutschtum verloren; doch blieben die körperlichen und geistigen Eigenschaften, die sie aus der alten Heimat mitbrachten das Erbe ihrer Nachkommen im Polenlande. So kam es, daß die Bevölkerung der beiden westpolnischen Landschaften Schlesien und Posen nicht zu ihrem Nachteile nach und nach einen anderen Charakter gewann: Es war der Einschlag deutschen Wesens der den genannten Landschaften zu einer kulturellen Ueberlegenheit über die anderen Teile des polnischen Reiches verholfen hat.

Digitized by Google

Die weitere entscheidende, weil bäuerlich und bürgerlich-städtische deutsche Einwanderung nach Polen vollzog sich dann in zwei Zeitabschnitten, von denen der erste in das 13. und 14. Jahrhundert, der zweite in das 17. und 18. Jahrhundert fiel, während das 15. und 16. Jahrhundert einen Niedergang des Deutschtums in Stadt und Land zeigt, und das Ergebnis des ersten Abschnittes nahezu wieder in Frage stellt.

Diese Einwanderung ist eine überaus vielgestaltige. Aber eines ist ihr gemeinsam, nämlich das Wesen der Berufungskolonisation im Gegensatz zu der Eroberungskolonisation des benachbarten Preußens.

„Gegen die Mitte des 12. Jahrhunderts setzte von Deutschland aus jene rückläufige Massenbewegung von Westen nach Osten ein, die das nationale Bild eines erheblichen Teiles von Europa, wie es durch die große Völkerwanderung am Ausgang des Altertums geschaffen worden war, gründlich umgestalten sollte. Nur soweit diese Bewegung mit stürmischen Ereignissen oder heroischen Taten in Angriff und Abwehr als Begleiterscheinungen verbunden einherging, wie in der Mark Brandenburg und im Ordenslande Preußen, hat sie bei Zeitgenossen oder Späteren eine allgemeinere Aufmerksamkeit erregt; die Hauptsache, die im Stillen ohne Geräusch sich langsam vollziehende Ausdehnung des deutschen Volkstums, kam den Mitlebenden kaum zum Bewußtsein und ist bisher vielfach selbst von späteren Geschichtsschreibern übersehen oder nicht in ihrer bis an die Gegenwart heranreichenden Bedeutung gewürdigt worden. Und doch war es eine „Großtat unserer Nation", wie sie Lamprecht mit Recht nennt, wenn damals ein Gebiet, das etwa drei Fünftel des heutigen Deutschlands umfaßt, für das deutsche Volkstum und die christliche Kultur des Abendlandes erobert wurde. Auch unser Posener Land ist von dieser Völkerschiebung stark betroffen worden; zum zweiten Male, soweit unsere Geschichtserkenntnis reicht, geschah es, daß sein nationales Angesicht einen anderen Ausdruck erhielt".

Vor dem 13. Jahrhundert hatte es in Posen keine Städte gegeben. Sie wurden nun geschaffen „nach deutschem Recht", wobei aber nur ein Teil der berufenen städtischen Bürger von deutscher Art war.

Wie in anderen Gebieten des deutschen Koloniallandes, haben auch in Posen die Klöster eine verdienstvolle Rolle um das Werk der Besiedelung übernommen. Hier wurde es vor allem der Zisterzienserorden, der wie das „leuchtende Morgengestirn" über Polen aufging. Die erste Heimstätte des Zisterzienserordens auf polnischen Boden erhob sich im Jahre 1153 in Lekno, Kreis Wongrowitz. Die Mönche dieser Klöster waren und blieben ausschließlich Deutsche.

„So entstanden mitten in den Gefahren der rauhen Wildnis, umgeben von einer fremdartigen, halbzivilisierten Bevölkerung, der rheinischen Heimat so fern, die ersten Pflanzstädten deutscher Arbeitsamkeit und Gesittung im Polenlande. Jahrhundertelang bewahrten diese Klöster ihren ausgesprochenen deutschen

Digitized by Google

Charakter, kölnische Bürgersöhne waren es, aus denen sich die fromme Schar in den Klöstern stets von neuem ergänzte, bis die polnische Hochflut des 16. Jahrhunderts auch hier dem Deutschtum ein Ende machte."

Neben den Klöstern waren die Bischöfe und der Adel bemüht, die Einwanderung deutscher Bürger und Bauern im größten Maßstabe zu betreiben.

Eine mittelbare Förderung fand die Stellung des deutschen Ostens durch die Einfälle der Mongolen (Schlacht bei Liegnitz 1241) insofern die mongolischen Scharen, die über das Land dahinbrausten, eine Einöde hinter sich ließen, deren Wiederbevölkerung sich von selbst gebot.

Aus den zahllosen Tatsachen, die Erich Schmidt über die Städte- und Dörfergründungen in Großpolen anführt, seien nur folgende hervorgehoben: Die Gründung nach deutschem Recht der Städte Kostschin (1251), Posen (1253), Kletzko (1250), Schrimm (1253), Meseritz (vor 1259), Exin (1262), Wronke (vor 1299), Rogasen (1280), Zerniki (vor 1289), Schwerin a. W. (vor 1296), Nakel (1299). Diese sämtlichen Städte waren von den Landesherren auf herzoglichem Grund und Boden ins Leben gerufen worden. Geistlichkeit und Adel folgten ihrem Beispiel. Und so entstanden in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts deutsche Städte fast im Uebermaße im Lande Posen. Gleichzeitig machte die Besiedelung des flachen Landes durch deutsche Bauern gewaltige Fortschritte. Die Beweggründe hierfür waren keineswegs politische, sondern rein wirtschaftliche. Sie zielte ab auf eine Veredelung des Landes. „Ein klassischer Boden für derartige Unternehmungen war das viele Quadratmeilen umfassende sumpfige Gebiet der Obra und ihrer Zuflüsse am Westrande der Provinz Posen mit seinen unzähligen Stauseen. Vier Zisterzienserklöster erhoben sich hier im Verlaufe des 13. Jahrhunderts, jedes von ihnen ein Mittelpunkt deutscher Siedelung, deren Insassen bei ihrer steten innigen Berührung mit dem deutschen Hinterlande Brandenburg ihr Volkstum größtenteils bis auf den heutigen Tag bewahrt haben."

Von entscheidender Bedeutung, namentlich für die ländliche Besiedelung war der Umstand, daß die Neuansiedler, gleichgültig welcher Volksart, nach *deutschem Rechte* (Magdeburg) angesiedelt wurden und daß ihnen die *persönliche Freiheit* vertragsmäßig zugesichert wurde. Nur eine Leistung für das öffentliche Wohl bestand für die Einwanderer: Im Falle eines feindlichen Angriffs von außen, zogen sie mit dem Herzoge zur Verteidigung des Landes aus. Im übrigen waren die deutschen Ansiedler von Pflichten gegen das Land

Digitized by Google

und den Landesherren ebenso frei wie von pflichtmäßigen Arbeitsleistungen (Diensten) für die Grundherrschaft.

„Mit der heimischen Sitte und Lebensordnung brachten die deutschen Einwanderer auch den ganzen wirtschaftlichen Betrieb des Abendlandes, alle die Erfahrungen und Errungenschaften einer jahrhundertelangen, einsichtsvoll betriebenen Acker- und Gartenkultur mit sich in die neue Heimat. Die polnischen Bauern hatten im Dienste ihrer Grundherrschaft nur eine wilde Feldgraswirtschaft betrieben. An Stelle dieses Raubbaues trat nun die in Deutschland seit Jahrhunderten herrschende Dreifelderwirtschaft. Als etwas ganz Neues erschien den Polen der gärtnerische Betrieb, den die Deutschen — ganz besonders die Mönche vom Zisterzienserorden — mit sich brachten".

Die kolonisierenden Grundherren waren sich der wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen die Besiedelung brachte so sehr bewußt, daß sie die politischen Bedenken der Eindeutschung des Landes zunächst gern in den Kauf nahmen. Aber schon mit dem Ende des 13. Jahrhunderts wurde die Haltung der maßgebenden Kreise in Polen gegen die deutschen Ansiedler eine kühlere, um nicht zu sagen feindselige. Und so trat um die Wende des 13. Jahrhunderts ein gewisser Stillstand in der Siedelungstätigkeit der polnischen Fürsten und Großen ein. Bezeichnend war die Haltung Kasimirs des Großen (1333—1370) der, bei aller Feindseligkeit gegen die Deutschen auf staatlichem Gebiete, doch die Einwanderung fremder betriebsamer Arbeitskräfte zur Hebung der natürlichen Schätze seines Landes begünstigte. Um eine feste Unterlage für die Rechtsübung zu gewinnen, trug er dafür Sorge, daß die wichtigsten Bestimmungen des deutschen Rechtes zunächst für Kleinpolen schriftlich aufgezeichnet wurden. So entstand der Liber juris Teutonici, der fortan in der Königsburg zu Krakau aufbewahrt wurde.

Mit dem Tode König Kasimirs 1370 erreichte die erste große deutsche Einwanderung in das Land Posen ihr Ende. Die furchtbaren Wirren, welche das polnische Reich jahrzehntelang verheerten, die bewußt deutschfeindliche Richtung, die 1386 mit dem Lettenfürsten Jagiello (Wladislaus II.) auf den Königsthron gelangte, machten bis auf weiteres jede Unsässigmachung von Deutschen in großem Stile unmöglich. Jedenfalls darf der Zuwachs, den das Deutschtum in Großpolen während des 14. Jahrhunderts durch Einwanderung erfuhr, nicht zu hoch angeschlagen werden.

Das deutsche Bauerntum vermochte nur mühsam sein Volkstum zu behaupten. Seine wirtschaftliche Lage machte Rückschritte und in ihrer persönlichen Freiheit wurden die deutschen Bauern durch die

Digitized by Google

stetig anwachsenden Frondienste um den Lohn ihrer Mühen gebracht und in ihrem früheren stolzen Selbst- und Volksbewußtsein erschüttert. Ein Stück deutschen Volkstums nach dem anderen gaben sie auf und schlossen sich polnischer Sitte und Sprache an. Nur in den Teilen Großpolens, welche an deutsche Nachbargebiete stießen, also im Süden, Westen und Nordwesten, wo deutsche Einwanderer in geschlossenen Scharen saßen, da hat sich die deutsche Nationalität durch die Jahrhunderte slawischer Herrschaft bis zum heutigen Tage behauptet.

„Was aber dem deutschen Volkstum damals verloren ging, wurde vom Polentum gewonnen. Die Tausende, welche einst als Deutsche in das Land gekommen waren und tatenfroh in den polnischen Urwald Bresche gelegt hatten, vererbten ihre tüchtigen Eigenschaften, ihre Ordnungsliebe, Pflichttreue, Arbeitsamkeit auf ihre polnisch sprechenden und denkenden Nachkommen; die Bevölkerung Großpolens, auf drei Seiten von deutschen Nachbarn umgeben, durchsetzte sich mehr und mehr mit deutschen Elementen und wandelte sich demgemäß in ihrer Eigenart so um, daß sie sich von ihren polnischen Landsleuten anderer Landstriche erheblich — nicht zu ihrem Nachteile — unterschieden.

Die Anknüpfung gesellschaftlicher Beziehungen zwischen den Rittern beider Nachbarländer war um so eher möglich, als der gesamte Adel, der unter dem Einfluß westeuropäischer Kultur stehenden Länder sich als eine zusammengehörige Menschenklasse fühlte, die von den Bürgern und Bauern des eigenen Volkes durch eine viel tiefere Kluft getrennt war, als von den Standesgenossen jenseits der Landesgrenze".

Wenn auch während des 14. Jahrhunderts im Posener Lande noch immer von neuem, vielleicht zahlreicher denn vordem, deutschrechtliche Dörfer begründet wurden, so waren unter den Neusiedlern die Deutschen doch nur spärlich vertreten. Die Frondienste und Spanndienste gewannen immer mehr an Ausdehnung bis endlich um die Mitte des 16. Jahrhunderts die ganze Arbeitskraft des Bauern der Herrschaft dienstbar gemacht wurde.

„So hatte also der Weg, den der zu deutschem Rechte eingesetzte Bauer in unserem Lande während des 14. Jahrhunderts zurückgelegt hatte, nicht aufwärts, nicht zu höherem Wohlstande oder freierer Betätigung der Kraft geführt, sondern eine Richtung eingeschlagen, die in die Trostlosigkeit und den drückenden Zwang der Leibeigenschaft auszumünden drohte. Der slawische Geist hatte über den deutschen gesiegt".

Die staatliche und wirtschaftliche Entwickelung des Landes Posen im 15. und 16. Jahrhundert schuf dort erneut eine Einöde, in die eine zweite große bäuerliche Masseneinwanderung aus den deutschen Nachbarländern im 17. und 18. Jahrhundert einströmte und dem Lande Posen schon vor der Besitzergreifung durch Preußen im Norden und Westen der Provinz den völkischen Stempel verlieh, der ihm heute noch eigen ist.

Digitized by Google

Merkwürdigerweise konnte sich dieser Vorgang vollziehen trotz der Weiterentwicklung des Deutschen-Hasses in Polen. Von den Polen sagt Erich Schmidt S. 280 mit Recht:

„Die Polen sind in Europa dasjenige Volk, das zuerst — schon im Mittelalter — ein volles Bewußtsein seiner nationalen Eigenart in sich ausgebildet und es als seine Pflicht erkannt hat, diese Eigenart gegen fremde Einflüsse zu schützen. Wenn Wladislaus Jagiello und seine Nachfolger gegen den deutschen Orden zu Felde zogen, dann war es für jeden denkenden Polen klar, daß es sich hierbei um eine Lebensfrage seines Volkes und Landes handle. Damit hatten die Polen einen gewaltigen Vorsprung vor ihren deutschen Gegnern, unter denen nur einige erleuchtete Geister die nationale Bedeutung dieser Kämpfe erfaßt hatten. Wie wenig solche Erkenntnis bei der großen Masse der Deutschen durchgedrungen war, lehrt die Tatsache, daß die meisten Städte des Ordenslandes, alte kerndeutsche Hansegemeinden, wie Thorn und Danzig, daß ebenso der größte Teil des preußischen Adels für den König von Polen gegen die eigenen Landsleute die Waffen ergriffen".

Im 15. und 16. Jahrhundert wurde nun die Abhängigkeit der Gebiete des deutschen Rechtes in Polen von dem Obergericht in Magdeburg in steigendem Maße unwillig ertragen und auch die Gefahren der Sprachenfrage in höherem Maße als früher gewürdigt. Und so begannen nun eine Reihe von Maßregeln gegen die Anwendung deutscher Sprache und gegen die Betätigung der deutschen Sonderrechte in Polen in Stadt und Land.

Während der Reformationszeit besserten sich vorübergehend die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, um dann am Ende des 16. Jahrhunderts in eine gewalttätige Gegenreformation und in eine heftige Bekämpfung des Deutschtums umzuschlagen.

Eine zweite massenhafte Einwanderung der Deutschen in das Land Posen fand während des 17. und 18. Jahrhunderts statt, äußerlich gegliedert in die Anlegung von Holländereien und Schulzendörfern. Merkwürdigerweise ging auch in dieser Zeit die politische Bekämpfung des vorhandenen Deutschtums und der Protestanten Hand in Hand mit einer Berufung der um ihres protestantischen Glaubens willen in den katholischen Ländern Deutschlands verfolgten und vertriebenen Deutschen. Der harte Grundsatz Cujus regio ejus religio hatte Hunderttausende von ihrer heimischen Scholle vertrieben und die Flutwellen dieser Wanderer ergossen sich nicht nur über Brandenburg und Preußen, sondern auch über Schlesien und Polen.

Wenn auch in die sogenannten Holländerdörfer zunächst Niederländer einwanderten, so handelt es sich doch auch hier vorwiegend um eine Rechtsform und später wenigstens nicht in demselben Maße um die Nationalität dieser Holländerdörfer.

Digitized by Google

„Die einzelnen Tatsachen von den Religionsverfolgungen Karls V. in den Niederlanden bis zu den Siedelungen von Holländern im Herzen Polens schließen sich als Ursachen und Wirkungen zu einer lückenlosen Kette zusammen, wobei sich bis ins einzelne hinein selbst der örtliche Zusammenhang nachweisen läßt".

„Die Bauern der Holländerdörfer waren der Form nach Pächter (Zeit, Pacht oder Ephyteuse) tatsächlich aber seßhafte Nutznießer und Besitzer ihrer Grundstücke und noch heute wirtschaften, wie aus der Uebereinstimmung der Familiennamen sich ergibt, die Nachkommen jener holländischen Kolonisten auf den Höfen ihrer Väter. Die Schulzendörfer unterscheiden sich von den Holländerdörfern im wesentlichen durch die andere rechtliche Stellung der Lokatoren. Von großem Vorteile für die deutsche Besiedelung Polens war der Umstand, daß Polen von dem dreißigjährigen Kriege sehr wenig betroffen wurde und namentlich viel weniger als das benachbarte Brandenburg, aus dem dann eine massenhafte Flucht nach Polen hin stattfand. Ueberhaupt ist es für die deutsche Besiedelung Polens eigenartig, daß neben der Besiedelung aus fernen Gebieten, wie z. B. den Niederlanden, hier eine beträchtliche östliche Weiterschiebung aus den Gebieten der ersten östlichen deutschen Kolonisation bemerkt werden kann. Wir haben es hier mit einem Vorgang zu tun, der sich später in Nordamerika in der westlichen Weiterwanderung der deutschen Farmer aus den östlichen nach den westlichen Staaten der Union vollzogen hat".

Die Wirkung der deutschen Einwanderung im 16. und 17. Jahrhundert auf den Kulturzustand und das wirtschaftliche Leben der von ihnen besetzten Gegenden war eine ganz gewaltige, die Vorteile, die sich für die Grundherren ergaben, in die Augen springende. Nach Beendigung des dreißigjährigen Krieges kehrten die meisten Flüchtlinge aus Brandenburg nach ihrem Vaterlande zurück, wo die kräftige Herrschaft des Großen Kurfürsten ihnen Sicherheit und wirtschaftliches Gedeihen verhieß, die Schlesier aber blieben im Polenlande, denn auch nach dem westfälischen Frieden (1648) lastete auf ihrer Heimat nur wenig gemildert derselbe düstere Gewissenszwang wie vorher. So entfaltete sich im Lande Posen ein förmlicher Wetteifer, den deutschen Einwanderern eine Heimstätte zu bereiten. Die Zeiten des 13. Jahrhunderts schienen wiedergekehrt zu sein. Da traten die Jesuiten in Tätigkeit und stellten die ganze deutsche Siedelung in Frage.

„Wenn jetzt noch ein Deutscher nach Posen kam, und hier Bürger werden wollte, mußte er eine von den Vätern der Gesellschaft Jesu ausgestellte Bescheinigung über seine katholische Rechtsgläubigkeit vorlegen; im Falle der Abtrünnigkeit verlor er das Bürgerrecht und hatte außerdem noch seine Verfolgung durch das geistliche Gericht zu gewärtigen".

Dem verheißungsvollen Anfange der zweiten großen Besiedelung des Posener Landes mit Deutschen entsprach nun freilich der Fortgang nicht. Furchtbare Stürme brachen über Polen herein: der schwedische Krieg 1655—1660 war das Vorspiel; viel schlimmer noch wirkte der

Digitized by Google

achtzehnjährige nordische Krieg (1700—1718), der für Polen ähnlich verhängnisvolle Wirkungen zeitigte, wie der Dreißigjährige für Deutschland. Durch die Brandschatzung und Plünderung der polnischen, schwedischen, russischen, sächsischen Truppen wurden die Bürger und Bauern an den Bettelstab gebracht: das gewerbfleißige Lissa ging zweimal (1656 und 1707) in Flammen auf; Hunger und Pest rafften die ihres Lebens nicht mehr frohe Bevölkerung in Scharen dahin. Noch zweimal hallte dann Polen im 18. Jahrhundert vom Kriegslärm wider, im sogenannten polnischen Erbfolgekriege (1733—1735) und im siebenjährigen Kriege (1756—1763), wo der zerrüttete Staat nicht imstande war, seine Neutralität gegen russische und preußische Truppen zu schützen, bis er endlich durch furchtbare innere Kämpfe geschwächt, seiner Auflösung verfiel.

Die Deutschen aber, die schon längere Zeit in unserem Posener Land ansässig waren, die eine schon durch mehrere Geschlechter vererbte Hufe bebauten oder ihr friedliches Handwerk betrieben, hatten nur geringe Ursache mit dem Gange der Dinge in Polen zufrieden zu sein. Abermals mußte mit einer gewissen Naturnotwendigkeit, wie schon im 14. Jahrhundert, der echt germanische Zug der freien Selbstbestimmung, wie er in der ganzen Lebenshaltung, besonders auch in dem Zuschnitt einer deutschen Dorf- oder Stadtgemeinde sich darstellte, in Gegensatz zu seiner slawischen Umgebung treten. Das stolze Bewußtsein des eigenen Wertes beim einfachen Bauern, das sich ja zuweilen auch unbequem geltend macht, war dem polnischen Adligen etwas Unverständliches. Ihm kam es als Grundherrn, wie früher so auch jetzt in erster Linie darauf an, dieses Selbstgefühl seiner deutschen Hintersassen zu brechen und die freien Bauern zu Leibeigenen herabzudrücken. Schon im 17., noch mehr aber im 18. Jahrhundert machten sich die Anfänge dieser Entwicklung bemerkbar, die wiederum zur vollständigen Verknechtung der deutschen Pächter und Zinsbauern geführt hätte, wenn ihr nicht die Besitzergreifung des Landes durch den Rechtsstaat Preußen (1772 bzw. 1793) jählings ein Ende gemacht hätte.

Welch ein Druck aber z. B. auf den Bauern lastete, geht aus den Feststellungen der preußischen Beamten kurz nach Besitzergreifung des Landes hervor. Danach war der Ackerzins für Neuhöfen von 750 Gulden (1677) auf 3187 Gulden (1773), für Follstein von 599 Gulden 12 Groschen (1677) auf 1093 Taler (= 6588 Gulden) 1773 gestiegen; außerdem aber erhob der Grundherr 1773 in Follstein unter verschiedenen schönen Namen, wie Salzgeld, Aschergeld, Reutergeld, Wächtergeld 2200, in Neuhöfen 2290 Gulden Steuern. In gleichem Maße waren die

Digitized by Google

Frondienste widerrechtlich vermehrt worden; so klagten die Bauern, daß sonst wohl ein Wirt 3 Fuder Holz des Jahres eingefahren hätte: „nunmehro kämen wohl 20 Fuder jährlich anzufahren. Sonst wäre nur eine Wiese um eine Tonne Bier gehauen worden; anitzt müßten sie dafür wohl noch 3 Fuder Heu abfahren, andrer weiten Reisen und Gartendienste zu geschweigen, sodaß pro Hufe wohl 24 zweispännige Dienste und mehr zu rechnen wären."

So hatte also der Wegfall des Pachtverhältnisses den Holländerdörfern keinen Segen gebracht. Mit dieser Aenderung war aber der erste Schritt zu einer Annäherung an die Form der Schulzendörfer getan: in beiden Fällen herrschte das Erbzinsrecht; Scharwerksdienste wurden hier wie dort geleistet. Wie in den Schulzendörfern so traten jetzt auch in den neuen Holländereien Naturalabgaben neben den Geldzins. Die so umgestaltete Form einer Holländerniederlassung errang in der Folge, wenn es sich um Neugründung handelte, die Alleinherrschaft; sie wurde während des 18. Jahrhunderts fast allen deutschen Dorfanlagen in Großpolen (mit Ausnahme des Bromberger Gebiets im Nordosten) zugrundegelegt.

Zu der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Siedler kam die steigende kirchliche Verfolgungssucht hinzu um den deutschen protestantischen Bauern ihre Lage vollends unerträglich zu machen.

So bahnte sich in der Mitte des 18. Jahrhunderts bei vielen Bauern die Rückwanderung nach der alten brandenburgisch-preußischen Heimat an. Hier wurden sie mit offenen Armen empfangen, Friedrich der Große hatte die Urbarmachung des Oder-, Warte- und Netzebruches in Angriff genommen und konnte arbeitswillige Ansiedler wohl gebrauchen. In den Jahren 1754/56 flüchteten allein aus der Herrschaft Filehne 247 Bauern über die Drage nach der Neumark. Namentlich in den letzten Jahren des siebenjährigen Krieges 1762 und 1763 zogen ganze Scharen deutscher Bauern unter dem Schutze preußischer Husaren und Dragoner nach der Heimat der Väter zurück.

Trotz alledem kam auch im 18. Jahrhundert die deutsche Wanderung nach Posen nicht ganz zum Stillstande. Ja es wurden sogar wiederum neue deutsche Städte zu deutschem Rechte gegründet.

Das Ergebnis dieser Wanderung am Ende des 18. Jahrhunderts faßt Erich Schmidt dahin zusammen:

„So hatte das Deutschtum während des 18. Jahrhunderts auch in zahlreichen Städten unseres Landes eine feste Stellung gewonnen, als die preußischen Truppen und Beamten einzogen, um das Land in Besitz zu nehmen und einer

Digitized by Google

besseren Zukunft entgegenzuführen. Im Netzedistrikt waren 1772 ganz oder vorwiegend deutsch: Filehne, Schönlank, Radolin, Czarnikau, Kolmar, Gollantsch, Samotschin, Bartschin; mit Deutschen stark durchsetzt: Margonin, Lobsens, Wirsitz, Nakel, Labischin, Rynarzewo, Schulitz. In dem größeren südlichen Teile unserer Provinz waren bei der Besitzergreifung durch Preußen 1793 folgende Städte ganz oder überwiegend deutsch: Bojanowa (über 90 % Deutsche), Zduny, Schlichtingsheim, Rotenburg, Rogasen-Neustadt, Fraustadt, Rawitsch, Lissa, Schmiegel, Reisen, Punitz, Santomischel, Schwersenz, Unruhstadt, Bomst, Neutomischel, Brätz, Tierschtiegel, Meseritz, Bleschen, Schwerin a. W., Birnbaum, Zirke, Scharfenrot, Witkowo; etwa zur Hälfte deutsch: Kobylin Mieszkow, Sarne, Sandberg, Wronke; mit starker deutscher Minderheit: Ostrowo, Wollstein, Bentschen, Neustadt b. P., Storchnest, Xions.

Zum zweiten Male in geschichtlicher Zeit waren ganz große Gebiete unserer Provinz in Stadt und Land von deutschem Fleiße und deutscher Intelligenz erobert worden, und wenn der Erfolg den angewandten Kräften auch nicht entsprach, so war dies dem trostlosen Zustande im damaligen Polenreiche zuzuschreiben. Erst der Rechtsstaat Friedrichs des Großen schuf die gesetzliche Ordnung und Sicherheit, ohne welche Ackerbau, Handel und Gewerbe nicht gedeihen können".

Erich Schmidt hat seinem verdienstvollen Werke zwei Karten beigegeben, von denen die eine die im 13. und 14. Jahrhundert begründeten deutschrechtlichen Dörfer und Städte im Lande Posen zur Darstellung bringt unter farbiger Auseinanderhaltung des 13. und 14. Jahrhunderts, während die zweite Karte die im 16., 17. und 18. Jahrhundert begründeten Holländereien und Schulzendörfer schildert, unter farbiger Auseinanderhaltung der Schulzendörfer (im Netzedistrikt 1772), der Holländereien und der Gegenden mit deutscher Landbevölkerung (Ende des 18. Jahrhunderts).

Vergleicht man mit diesen Karten die Karten über die Ergebnisse der Tätigkeit der kgl. preußischen Ansiedelungskommission am Ende des 19. Jahrhunderts (von Paul Langhans bei Justus Perthes in Gotha), so tritt es klar in die Erscheinung, wie oft dieselbe besiedelnde und eindeutschende Tätigkeit in demselben Gebiete wiederholt werden mußte, ohne daß wir heute wesentlich weiter gediehen sind, als am Ende des 13. Jahrhunderts. Es zeigt sich aber auch, daß die nach Sprache und Bewußtsein heute polnisch erscheinenden Gebiete in Hinsicht der Rasse längst von dem Deutschtum in Anspruch genommen werden können.

Digitized by Google

XII. Die Wiederbesiedelung und Wiedereindeutschung des Ostens des preußischen Staates durch die Hohenzollern

im 17. und 18. Jahrhundert.

Die Wiederbesiedelung des deutschen Ostens im 12. bis 14. Jahrhundert hatte einen eigentümlichen Weg eingeschlagen. Sie vollzog sich nur teilweise als Grenzkolonisation durch Vorschieben der ganzen deutschen Stirnlinie bis an die Elbe. Dann aber übersprang sie die Oder- und Weichselgebiete, stürzte sich auf die Ostsee und begann mit der deutschen Besiedelung in den fernsten baltischen Provinzen und kehrte dann westlich nach dem heutigen Ostpreußen zurück. Trotz unausgesetzter deutscher Siedelungen aus eigenem Antrieb und vielfacher Berufungskolonisationen im Osten waren die Oder- und Weichselgebiete doch bis in das 17. Jahrhundert im wesentlichen slawisch geblieben.

Die Eindeutschung dieser Gebiete konnten die Hohenzollern erst im 17. und 18. Jahrhundert nachholen, aber auch noch nicht vollenden; im 19. Jahrhundert ist sie zum Stillstand gekommen und trotz mannigfacher Versuche einer Eindeutschung der Restgebiete im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vollzog sich in diesem eine westliche Rückflutung des Slawentums im Osten der preußischen Monarchie.

Über die Anstrengungen des Großen Kurfürsten und des großen Königs, die im wesentlichen der Wiederbevölkerung ihrer entvölkerten Länder galten, hatten doch auch eine so große völkische Bedeutung;*) sie bilden so sehr die Grundlage zu den Mischungsverhältnissen des

*) Beheim-Schwarzbach: Hohenzollernsche Kolonisationen. Ein Beitrag zur Geschichte des preußischen Staates und der Kolonisation des östlichen Deutschlands. Leipzig 1874.

Digitized by Google

heutigen deutschen Volkes, daß diese großen Werke der Hohenzollern kolonialpolitisch gar nicht hoch genug bewertet werden können.

Die Kolonisation des 17. und 18. Jahrhunderts ist einerseits veranlaßt durch die Verwüstungen des Bauernkrieges, des schmalkaldischen und des 30jährigen Krieges, durch die Bestimmungen des westfälischen Friedens (cujus regio, ejus religio) und die Gegenreformation und andererseits durchweht vom Geiste der Reformation (17. Jahrhundert) und der Duldsamkeit (18. Jahrhundert) ähnlich wie die Kolonisation der früheren Zeit durch den Geist der Mission. Aber während früher eine zahlreiche Urbevölkerung erst bekriegt und zum Teil vernichtet werden mußte, um Raum zu schaffen, handelte es sich jetzt um eine Bevölkerungsvermehrung auf friedlichstem Wege. Das hauptsächlichste Siedelungsgebiet war die Kurmark Brandenburg; aber auch Sachsen und Ostpreußen wurden neue Bewohner zugeführt. Der Große Kurfürst nahm die Refugiés (Hugenotten) auf 1677 ff. und die Waldenser 1688, Friedrich I.: Waldenser, Pfälzer, Wallonen, Schweizer, Mennoniten; Friedrich Wilhelm I.: Mennoniten, Salzburger und Böhmen; Friedrich der Große: Kolonisten aus Sachsen, Oesterreich, Böhmen und Mähren (böhmische und mährische Brüder) Mennoniten, Pfälzer, Württemberger, Schweizer, Hessen; Friedrich Wilhelm III.: Die Zillertaler und Philipponen.

Während die Kolonisation unter den Vorgängern Friedrichs d. Gr. nur bevölkerungspolitische und wirtschaftliche Bedeutung hatte, wurde sie unter Friedrich d. Gr. wieder ein Mittel der völkischen Politik (Eindeutschung Schlesiens und Ostpreußens) aber auch technisch als ein besonderer Verwaltungszweig behandelt.

Beheim-Schwarzbach sagt über die Ergebnisse der Kolonisation durch die Vorgänger Friedrichs d. Gr. seit dem Westfälischen Frieden S. 260: „Dem Lande (Brandenburg und Preußen), dem größten deutschen des nordöstlichen Gebietes jenseits der Elbe, war durch Einführung dieser tätigen, fremden Kräfte ein großartiger Nutzen geschaffen, denn wenn die Hauptkolonien bei ihren jedesmaligen Einwanderungen auch nur über 53000 Köpfe zählten, so muß die Masse sämtlicher Kolonisten überhaupt eine ganz enorme gewesen sein. Als im Jahre 1725 die erste Aufnahme der Bevölkerung stattfand, wurde, um nur von der Kurmark zu sprechen, der fünfte Teil der Einwohnerschaft auf die seit 40 Jahren eingewanderten Kolonisten und ihre Nachkommen gerechnet, was allein auf eine Anzahl von zirka 60000 schließen ließe.

Digitized by Google

Mindestens ebenso war das Verhältnis in Ostpreußen, wo, wie wir gesehen, hauptsächlich Friedrich Wilhelm I. mit energischen Maßregeln vorgegangen war, der in zwei Jahren allein (1724 und 1725) im Insterburgischen und Ragnitschen Kreise gegen 10 000 Fremdlinge angesiedelt hatte. Leider liegen zu wenig authentische Zahlenverhältnisse über die Bevölkerung aus den Zeiten gleich nach dem Kriege vor, als daß wir eine auch nur ungefähre Totalsumme der Kolonisten angeben könnten, denn die Vermehrung der Bevölkerung durch Einwanderung war in jenem Jahrhundert, von des Großen Kurfürsten bis zu Friedrichs d. Gr. Regierungsanfang, entschieden beträchtlicher als die, welche durch das Plus der Mehrgeborenen entstand; doch nehmen wir nach dem Gesagten entschieden einen nur niedrigen Satz an, wenn wir überhaupt durchschnittlich den vierten Teil des Bevölkerungsstandes, wie er sich zur Zeit des Ablebens Friedrich Wilhelms I. im Königreich herausstellte, auf die Kolonisten rechnen, die seit 1640 das ganze Jahrhundert hindurch eingewandert sind und sich vermehrt haben, und das wären ungefähr 600 000 Menschen, eine Summe, die nur gering erscheint, wenn wir sie mit den Kolonisationsresultaten Friedrichs d. Gr. allein vergleichen. Waren ferner bei den bisherigen Kolonisationen lediglich die schon angedeuteten volkswirtschaftlichen Fragen ins Spiel gekommen, zu deren Durchführung die religiösen Verhältnisse passende Anknüpfungen darboten, so werden wir bei Friedrich II. außerdem abermals umfassenden Germanisationsversuchen begegnen, die durch die Annexion neuer Provinzen mit gemischter Bevölkerung dem Könige dringend nötig zu sein schienen."

Ueber die Ergebnisse der kolonisatorischen Tätigkeit Friedrichs d. Gr. selbst sagt Beheim-Schwarzbach S. 441:

„Wir sind am Ende der Siedelungs-Tätigkeit Friedrichs in den alten und neuen Provinzen angelangt. Blicken wir noch einmal zurück auf diese Bemühungen und Erfolge des großen Monarchen und vergegenwärtigen uns dieselben durch Zahlenverhältnisse, so finden wir, daß er überhaupt gegen 900 neue Kolonistendörfer gegründet hat, daß die Menge der kleineren Kolonistenetablissements und Abbauten, die von ihm oder auf seine Vermittlung aufgerichtet sind, sich jeder Zählung entziehen, jedenfalls betragen sie viele Tausende. Wir sahen ferner, daß die Bevölkerung überhaupt in den Städten wie auf dem Lande sich unter Friedrich großartig vermehrt hat und daß ein bedeutender Bruchteil hiervon den Einwanderungen der Kolonisten zugute

Digitized by Google

zu schreiben ist. Können wir auch die Zahl sämtlicher Kolonisten, die von 1740—1786 einwanderten, nicht genau bestimmen, so ist doch schon das Minimum der „ediktsmäßig auf Grund der Kolonistenbenefizien" etablierten Kolonisten geeignet, unsere Bewunderung vor der Unermüdlichkeit des Monarchen zu erwecken, der von dem Plane, sein Land durch Kolonisation zu heben, sein ganzes Leben nicht abgelassen hat: denn dreimalhunderttausend Kolonisten ungefähr sind in diesen 46 Jahren in Brandenburg-Preußen angesiedelt worden. Im letzten Jahre der Regierung Friedrichs konnte, wie von der Kurmark so von allen Provinzen behauptet werden, daß ungefähr der dritte Teil der Gesamtbevölkerung des Staates aus den Kolonisten und Kolonistennachkömmlingen bestand, die seit den Tagen des Großen Kurfürsten eingewandert sind, also gegen eine Million Menschen.

Das Vermögen, das die Kolonisten Friedrichs mitgebracht haben, ist ebenfalls nicht genau anzugeben, nur ein Mindestmaß läßt sich bestimmen und dasselbe lautet: 2 079 601 Taler, 150 Dukaten, 22 440 Gulden, 1670 Groschen bares Vermögen, 6392 Pferde, 7875 Rindvieh, 20 548 Schafe, 3227 Schweine u. s. w."

Reinhold Koser in seinem großen Werk „König Friedrich der Große". Stuttgart 1890—1903, würdigt erklärlicherweise ebenfalls die kolonisatorische Tätigkeit des großen Königs.

Das aber was Koser an tatsächlichem Material über den Umfang der Siedelungstätigkeit Friedrichs anführt, geht sehr wenig über das hinaus, was uns schon Beheim-Schwarzbach geboten hatte. Dagegen sind von dem allergrößten Belange die Ausführungen Koser's über die kultivatorische Tätigkeit Friedrichs in dem wiedergewonnenen Westpreußen vom Jahre 1772 an bis zum Tode Friedrichs. Es ist geradezu riesenhaft, was Friedrich persönlich und was seine Staatsmänner auf diesem von den Polen verwüsteten und vernachlässigtem Gebiete geleistet haben. Man sollte wirklich, wenn ein Pole im deutschen Reichstag oder im preußischen Landtage sich über irgend etwas deutsches oder preußisches beklagt, ihm jedesmal einen Abschnitt aus Koser vorlesen, um ihn zu beschämen, wenn er dessen fähig. Diese Darlegungen gehen aber weit über die von uns behandelte Frage der Besiedelung der preußischen Ostmarken hinaus und sie betreffen vielmehr das Ringen der deutschen mit der polnischen Nation an sich, sodaß wir uns hier darauf beschränken müssen, auf jene wuchtigen Urkunden hinzuweisen.

Digitized by Google

Das soeben (1905) erschienene Werk von Otto Behre über die Geschichte der Statistik in Brandenburg Preußen gibt einige Nachträge zu den Ermittelungen von Herzberg, Dieterici und Beheim-Schwarzbach über die Zahl der Ansetzungen von Siedlern durch Friedrich II. und faßt alle Ergebnisse in der nachstehenden Uebersicht der Einwanderungen in den preußischen Staat seit dem Jahre 1685 zusammen.

Uebersicht
der Einwanderungen in den preußischen Staat seit dem Jahre 1685.

Provinzen	Eingewanderte Personen während der Regierung						Zusammen
	des Kurfürsten Friedrich Wilhelm	des Königs Friedr. I.	des Königs Friedrich Wilh. I.	des Königs Friedr. II.	des Königs Friedrich Wilh. II.	des Königs Friedrich Wilh. III.	
Ostpreußen	—	2 149	25 323	15 327	—	—	42 799
Westpreußen . . .	—	—	—	11 035	—	5 500	16 535
Kurmark	9 665	3 040	2 000	100 000	—	—	114 705
Neumark	752	—	—	24 720	550	—	26 022
Pommern	218	—	—	26 500	—	—	26 718
Magdeburg-Halberstadt	4 478	2 469	—	20 553	—	—	27 500
Schlesien	—	—	—	61 652	—	—	61 652
Kleve-Mark Geldern .	657	—	—	24 700	—	—	25 357
Staat	20 000 *)	7 658	27 323	284 487	550	5 500	345 518 *)

Mit dem Tode Friedrichs II. begann ein Stillstand in der Einwanderung. Die zur Verfügung stehenden Geldmittel reichten unter Friedrich Wilhelm II. nicht einmal zur geplanten Besiedelung der neuen Provinzen Südpreußen und Neuostpreußen aus. Aus der Zeit Friedrich Wilhelm III. ist nur die Ansetzung von etwa 5 500 meist württembergischen Ansiedlern in Südpreußen mit einem Kostenaufwand von 1 180 250 Talern bekannt.

* * *

Als Kaiser Wilhelm II. am 22. September 1888 in Stuttgart sagte: „Auch in meinen Adern rollt süddeutsches Blut" so war dies ein Wort von hoher staatsmännischer und geschichtlicher Bedeutung. Dank der inneren Kolonisation der Hohenzollern können aber heute auch die meisten Norddeutschen sagen: „Auch in unseren Adern rollt süddeutsches Blut". Diese Kolonisation bot einen Ersatz für die heutige Freizügigkeit. Sie trug überhaupt in hohem Grade zur Bildung der

*) Die in der Aufrechnung fehlenden 4230 Personen sind in Provinzen nicht unterzubringen.

Digitized by Google

deutschen Nationalität bei. Denn im 17. Jahrhundert war fast nur noch die Sprache das gemeinsame Band der Deutschen geblieben. Durch die Ausbildung der Landeshoheiten drohten an die Stelle eines deutschen Volkstums Volkssplitter mit Sonderarten auf den deutschen Grund und Boden zu treten. Vorbildlich für unsere Zeit faßte schon damals der kleine Staat der Hohenzollern die Kräfte aller deutschen Völkerstämme zu einem Staatswesen und damit zu einer Nationalität höherer Ordnung zusammen.

Preußen gewann durch die Besiedelung nicht nur zahllose Einwohner, sondern auch landwirtschaftlich und industriell hochgebildete wirtschaftliche Kräfte und ernste und treue Bürger, die Ernst und Treue dadurch bewiesen hatten, daß sie um des Glaubens willen die alte Heimat aufgegeben hatten. Aus den jenseits der Grenzen des heutigen Deutschen Reiches gelegenen Randgebieten des Deutschtums wurden deutsche Kräfte herangezogen, die sich in der Berührung mit anderen Volkstümern bewährt hatten, nichtdeutsche Kräfte (Hugenotten) in hoher Güte aber bescheidener und verdaulicher Zahl gewonnen und zahlreiche Deutsche von der überseeischen Auswanderung abgehalten und dem Vaterlande dauernd erhalten.

Die innere Besiedelung führte zugleich zu einer Verdeutschung des noch teilweise slawisch gebliebenen Bestandes des preußischen Staates. Alles in allem darf man sagen: die innere Kolonisation der Hohenzollern hat eine Wiedereindeutschung des Nordostens und eine Bluterneuerung des deutschen Nordens geschaffen und ist ein wichtiger Baustein zu der deutschen Nationalität von heute und zu dem Bau des Deutschen Reiches geworden.

Digitized by Google

XIII. Die deutschen Siedelungen in Rußland.

Rußland war im 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Schauplatz aller Formen deutscher Kolonisation. Die „Berufung" der deutschen Siedler führte nicht nur zur Anlage zahlreicher Ackerbaukolonien, und zwar sowohl zur organisierten Kolonisation auf Staatsländereien und zur Ansiedelung Einzelner auf eigene Faust auf Privatländereien und zum Auskauf früherer Bewohner, sondern auch zu gewerblichen Ansiedelungen aller Art der Großindustrie und des Handwerks und zu Niederlassungen deutscher Kaufleute mit ihrem Gefolge in den Städten. Ja man kann sogar mit Wilhelm Roscher behaupten, ganz Rußland sei eine deutsche Eroberungskolonie gewesen, insofern als ein deutsches Herrscherhaus mit etwa 80 000 deutschen Beamten die mehr als 80 Millionen Bewohner beherrschte, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts das weite russische Reich bewohnten und den verschiedensten Völkern angehörten.

Das Ergebnis dieser Tätigkeit war zwar eine deutsche Kultivierung Rußlands, aber im Gegensatz z. B. zu der englischen Kultivierung Indiens keine Herrschaftsausübung und Kolonisierung zu deutschem, sondern immer mehr und endlich ausschließlich zu russischem Vorteil.

Die deutsche Einwanderung in Rußland hat die schwierigsten Kulturaufgaben gelöst, z. B. die landwirtschaftliche Bestellung und Aufforstung der Steppe in Südrußland und an der Wolga, die Rodung von Urwäldern und die Austrocknung von Sümpfen, die Anlage von Bergwerken (Ural) und Verkehrswegen (Sibirien und Kaukasus).

„Peter der Große begann gleich nach der 1703 erfolgten Gründung Petersburgs mit der Ansiedelung von Deutschen in der Nähe dieser Stadt und munterte durch Prämienverteilung die Ansiedler auf; noch mehr aber begünstigte die Kaiserin Katharina II. die Einwanderung. Sie gewährte den Ansiedlern nebst vielen anderen Vergünstigungen volle Religionsfreiheit und errichtete durch einen hochbedeut-

Digitized by Google

samen Erlaß vom Juli 1763 eine „Tutelkanzlei", welche sich lediglich der Sorge für die Einwanderer zu widmen hatte."

Mit Anfang des 19. Jahrhunderts war in dem von Napoleon I. niedergeworfenen Deutschland die Neigung zum Auswandern außerordentlich groß. Kaiser Alexander I. von Rußland erließ 1813 einen Aufruf an die Deutschen der von Preußen abgetretenen polnischen Landesteile und bot ihnen in Bessarabien Ländereien an. Vgl. Max v. Koschitzky: Deutsche Kolonialgeschichte Teil I S. 77—88.

Die deutschen Siedler wurden vielfach zur Besetzung neueroberter Ländereien in Südrußland und am Kaukasus benutzt.

Die deutsche Auswanderung nach Rußland verfolgte einen nordöstlichen und einen südwestlichen Weg, ersteren nach Petersburg und den inneren Provinzen, letzteren der Donau entlang nach Südrußland und dem Kaukasus.

1. Die Besiedelung der Umgegend von Petersburg begann im wesentlichen 1765 und bezog ihre Ansiedler aus Württemberg und der Pfalz. Neu belebt wurde sie durch die 1809 erfolgte Anlage der Kolonien bei Kronstadt. Sie wurden im 19. Jahrhundert die Stammkolonien für die inneren und südrussischen Gouvernements.

2. An der Wolga wurden 1765 etwa 25 000 Deutsche in den Gouvernements Saratow und Ssamora, etwa 1500 Ansiedler im Gouvernement Woronesch angesetzt.

3. Die deutsche Kolonisation in Bessarabien begann 1811 und erhielt starken Zuwachs in den Jahren 1817 bis 1842.

4. Eine starke deutsche Besiedelung fanden schon nach 1765 die Krim und die südrussischen Gouvernements Cherson, Jekalerinoslaw und Tamien.

5. Die deutschen Kolonien in Grusien (Transkaukasien) wurden 1817 durch sozialreligiöse Schwärmer aus Württemberg angelegt.

6. Neben der mehr oder weniger staatlich geleiteten Ansiedelung in den genannten Gebieten Rußlands ging eine freie her, welche sich auf eigene Faust in vielen altpolnischen Landteilen, in Podolien und Wolhynien festsetzte.

Die deutsche Einwanderung nach Rußland im 18. Jahrhundert wird auf 50—80 000 Köpfe, die von 1816—1826 auf etwa 250 000 Köpfe geschätzt. Unter denselben waren alle deutschen Glaubensbekenntnisse vertreten, besonders stark die Sektierer, insbesondere die Mennoniten, Herrnhuter 50 000. Die Gesamtzahl der deutschen Einwanderer nach Rußland seit 1826 beträgt etwa 1 Million.

Digitized by Google

Wenn wir auch beabsichtigen, eine noch eingehendere Statistik des Deutschtums, als die bereits I. 1. S. 40 gegebene, im vierten Hefte dieses Bandes und im zweiten Bande dieses Werkes zu bieten, so wollen wir im Anschluß an Obiges doch schon hier bemerken, daß nach den neuesten Nachrichten die deutsche Bevölkerung von Kaukasien auf 54 623 Köpfe angegeben*) andererseits nur auf 18 000 geschätzt wird.**) Die Stadt Baku zählt allein über 3000 Deutsche.

Ein näheres Eingehen auf die Frage erübrigt sich an dieser Stelle, da es sich im inneren Rußland nicht um „deutschen Volksboden" handeln kann. Das Vordringen des Deutschtums dorthin muß vielmehr als Fernwanderung (Auswanderung) angesehen werden.

Bei dem Deutschtum in Rußland muß man daher unterscheiden zwischen den deutschen „Balten", den als Landedelleute, Literaten und städtische Bürger in den Ostseeprovinzen lebenden Nachkommen der vor 800 Jahren dort aus dem westlichen Deutschland eingewanderten Ansiedler, zwischen den Nachkommen der vor einem Jahrhundert eingewanderten Deutschen in obigen ersten fünf Gruppen von geschlossenen deutschen Ansiedelungen „Deutschrussen" und zwischen den etwa 1 Million Deutschen, die seit langer Zeit, besonders aber im 19. Jahrhundert in alle Teile des russischen Reiches einwanderten als Bauern, Handwerkern, Kaufleuten u. s. w., deren Nachkommen aber zum großen Teil im Russentum aufgegangen sind.

Seit der neuerlichen Bedrückung des Deutschtums findet eine starke Auswanderung der deutschen Kolonisten aus Rußland statt, nach der Türkei, Nordamerika und Argentinien und eine (leider nur schwache Rückwanderung nach Deutschland.)

*) Die deutschen Kolonien in Transkaukasien, von Paul Hoffmann Berlin, Reimer 1905 S. 60.

**) Deutsche Erde 1905, S. 21.

Digitized by Google

XIV. Zusammenfassung.

Das deutsche Volk ist in der Aufsuchung seiner Wohnsitze nie zu einem endgültigen Abschlusse gekommen. Immer und immer wieder hat es neue Wohnsitze aufgesucht und seit unvordenklichen Zeiten nur das Gebiet zwischen Weser und Elbe mit dem westlichen Schleswig-Holstein und seit dem achten Jahrhundert das Land zwischen dem Rheine und der Saale als deutsches Siedelungsgebiet dauernd festgehalten und von hier aus Vorstöße nach Westen, Osten und Süden gemacht.

„Das ewige Werden der Geschichte ist gerade an unserem Vaterland sehr deutlich zu verfolgen. Der Name Deutschland*) hat ja beständig gewechselt. Die Striche zwischen Rhein und Elbe sind die einzigen Länder, die immer zu Deutschland gehört haben; was östlich und westlich davon lag, ist beständigem Wechsel unterworfen gewesen. Ein volles Drittel des heutigen Reiches ist Kolonialland. Man muß festhalten, daß es eine absolute Norm der Länderverteilung nicht geben kann. Man kann keine europäische Landkarte konstruieren, die an sich vernünftig wäre; immer von neuem wird eine Umformung der Staaten erfolgen." Treitschke, Pol. I. 128.

Nichts ist irriger, als die weit verbreitete Anschauung, die Eindeutschung des Ostens sei lediglich auf dem Wege der Eroberung oder überhaupt der Gewalt vor sich gegangen. Gewiß wurden namentlich in Mitteldeutschland und in Preußen und in den baltischen Ländern der Krieg und die militärische Eroberung mit ihren Verwüstungen und Entvölkerungen zum Ausgangspunkt für eine neue Besiedelung. Auch

*) Ueber den Begriff „Deutschland" geographisch und politisch und sein Schwanken, insbesondere über die verhängnisvolle Ansprache des Rheins als deutsche Grenze vergl. Helmolt: Deutsche Geschichte in Hans Meyers „Deutsches Volkstum". 1. Aufl. 1898. S. 172 bis 175. Ueber den Begriff „Deutschland" auch A. von Peez III. S. 101, 117.

Digitized by Google

wurde die Besiedelung eines Teiles des unterworfenen, bisher volksfremden Landes mit deutschen Kriegern, Bauern, Bürgern und Beamten als ein wirksames Mittel zur Festhaltung der erlangten Herrschaft angesehen, ein Mittel, das vor allem in den Gebieten an der Saale, Elbe und im äußersten Nordosten zur Anwendung kam.

Aber von weit größerem Belang war das, was Wilhelm Roscher die „Berufungs-Kolonisation" nannte, die friedliche Herbeilockung deutscher Siedler in die in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Gebiete des Ostens. Und hier ging die Berufung nicht nur von den Rechtsnachfolgern deutscher Eroberer aus, sondern vielleicht noch in größerem Umfange von den politisch dem Deutschtum feindlichen Gewalten und Staaten, namentlich den sorbischen, polnischen und tschechischen Fürsten, die bestrebt waren, auf dem Wege menschlicher Melioration aus ihren Besitzungen höhere Erträge herauszuschlagen.

Die deutsche Besiedelung des Ostens vollzog sich keineswegs in der Art eines Frontmarsches. Im Gegenteil: es wurden oft ferngelegene Gebiete früher in Angriff genommen als dazwischenliegende. Dies galt besonders von den Gebieten an der Ostsee, wo von der Ausfallpforte, von Lübeck aus der Seeweg nach den fernen Gestaden der jetzigen russischen baltischen Provinzen früher benutzt wurde, als nach den Küsten des heutigen Preußens und Pommerns, Gebieten, die dann später auf dem Landwege in Angriff genommen wurden.

„Die größten Kolonisationen, welche die Weltgeschichte seit den Zeiten der Römer gesehen hat, sind von den Deutschen vollzogen und wir haben alle möglichen Formen der Kolonisation durchgemacht." So äußert sich Treitschke, Pol. I. 125, und Lamprecht, III. 11 bezeichnet „die Kolonisation des Ostens als die größte Tat, die der Nation als Gesamtkörper geglückt ist."

Die Beweggründe für die östliche Wanderung des deutschen Volkstums waren im wesentlichen landwirtschaftliche und zwar sowohl agrartechnische als agrarsoziale.*)

Die deutsche Besiedelung bisher fremdgesiedelter Gebiete hat aber keineswegs zu einer völligen Ausrottung der bisherigen Bewohner geführt, wenn auch die Entvölkerung großer Gebiete des heutigen deutschen Volksbodens in einem Umfange erfolgt ist, für den man bei der gesitteten Kriegsführung der neueren Zeit kaum noch ein Verständnis hat. Immerhin sind beträchtliche Mengen von Volksfremden sitzen

*) Vergl. hierüber besonders Lamprecht III. 349 und IV. 8.

Digitized by Google

geblieben und haben sich im Laufe eines Jahrtausends mehr oder weniger mit der neugesiedelten und der aus der Urzeit übrig gebliebenen deutschen Bevölkerung gemischt. Diese Reste fremden Volkstums sind heute noch vielfach erkennbar. Im Nordosten sind es Slawen, im Südwesten Kelten. Der Einfluß dieses fremden Blutes auf das Wesen der heute in diesen Gebieten wohnenden Deutschen wird unter dem Einfluß der Schule von Driesmanns vielfach überschätzt.

Andererseits darf man nicht etwa annehmen, daß die heute innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches oder auch nur innerhalb der weiteren Grenzen des deutschen Siedelungsgebietes sitzenden Sprachfremden notwendigerweise die Nachkommen jener fremdvolklichen ursprünglichen Ansiedler sein müßten. Unsere Darlegungen haben vielmehr den Nachweis erbracht, daß diese heutigen Fremden vielfach rein deutscher oder wenigstens gemischt deutscher Abstammung sind und daß die sprachliche und staatliche Entfremdung vielfach nur das Ergebnis politischer Ereignisse ist.

An der deutschen Besiedelung des Ostens waren in der Zeit von 500 bis 1000 vorwiegend das deutsche Königtum, 1000 bis 1300 die Kirche und der Adel, 1200 bis 1400 das städtische Bürgertum, seitdem die Landesfürsten führend tätig, wobei aber alle diese Stände und Schichten des deutschen Volkes auch gleichzeitig an diesem Werke beteiligt waren. Es ist kein Zufall, daß in der Siedelungs-Arbeit jedesmal diejenigen Mächte die Führung hatten, die auch sonst die Träger des öffentlichen Lebens in jenen Zeiträumen bildeten. In gewissem Sinne ist deshalb die ganze deutsche Geschichte eine Geschichte der deutschen Kolonisation und Kultivation.

Wenn demnach der eine Faktor gezwungen war, vorübergehend zurückzutreten, so brauchte das ganze Siedelungswerk darunter nicht wesentlich zu leiden. Dies galt ganz besonders von der zurücktretenden Bedeutung des Königtums und Kaisertums. Als dieses im Kampfe mit dem Papsttum unterlegen war, gedieh das deutsche Volkstum fröhlich weiter und entwickelte einen solchen Ueberschwall an Kraft, daß es seine staatlichen Grenzen, namentlich nach Osten und Norden hin auf der ganzen Linie überflutete.

Als das Ergebnis des östlichen Vordringens des deutschen Volkes bis zur Wende des 14. Jahrhunderts stellt Erich Schmidt das Folgende fest:

„Auf der ganzen Linie von Jütland bis zum Südabhang der Ostalpen war das deutsche Volk, friedlich oder mit der Waffe bewehrt, nach Osten hin vorgedrungen, weite Landstriche gewinnend, die es zum Teil schon in altersgrauer Vorzeit besessen hatte

Digitized by Google

Von der Elbgrenze ausgehend hatten die niedersächsischen Fürsten das ganze Land bis zur Oder nach schweren Kämpfen unterworfen; die Ostseeküste von der Trave bis beinahe zur Weichselmündung erkannte die Herrschaft des Christentums und des Deutschen Reiches an.

Oestlich der Weichsel hatte der deutsche Ritterorden seit 1230 begonnen, im Lande der heidnischen Preußen sein viel bewundertes Staatsgebilde aufzubauen; die unmittelbare Verbindung mit dem Mutterlande war durch die Gewinnung Pomerellens (Westpreußen links der Weichsel) hergestellt. Längs der Küste der Ostsee immer weiter nach Nordosten hin bis zum finnischen Meerbusen reihte sich eine deutsche Handelsstadt, eine deutsche Ritterburg an die andere. Im Hansebund zusammengefaßt, beherrschte das deutsche Bürgertum der „Wasserkante" den ganzen Norden Europas.

Großpolen war in seinen Grenzstrichen ganz deutsch geworden; in den Städten überwog das deutsche Volkstum, auf dem Lande bildete es noch immer einen Teil der Bevölkerung. In Kujawien und Masowien, bis nach Litauen hinein waren Städte nicht nur mit deutschem Rechte, sondern auch mit deutschen Einwohnern entstanden, so Kauen (Kowno), Plock, Warschau, Brest.

Schlesien war fast ganz deutsch; von hier aus hatte das Deutschtum weiter nach Osten über Kleinpolen nach Galizien ausgestrahlt. Krakau war eine ganz deutsche Stadt, Lemberg zum größten Teile. Zahlreiche deutsche Walddörfer zogen sich an den Abhängen der Karpathen in die Höhe.

Böhmen, seit den Zeiten der sächsischen Kaiser mit dem Deutschen Reiche verbunden, war in den Grenzgebieten ganz deutsch, im Innern stark mit Deutschen durchsetzt. Noch in der Mitte des 14. Jahrhunderts hatte Kaiser Karl IV., Böhmens Vater, die deutsche Einwanderung lebhaft gefördert. Von hier aus war Mähren ein überwiegend deutsches Land geworden.

Aus der Südostmark des Reiches, dem heutigen Oesterreich, hatte sich eine Flutwelle süddeutscher Einwanderer, meist bayrischen oder schwäbischen Stammes, über Ungarn ergossen und hier jene Städte begründet, deren ehrwürdige deutsche Namen (Ofen, Stuhlweißenburg, Oedenburg) erst in unseren Tagen den madjarischen Bezeichnungen — zwangsweise — zu weichen beginnen. Und im fernsten Südosten gar ragten, noch von halbheidnischen Völkern umwogt, schon seit Mitte des 12. Jahrhunderts die „sieben Burgen" empor, von jenen „Sachsen" (tatsächlich aber Westdeutschen aus der Gegend des Niederrheins) begründet, deren Nachkommen ihre deutsche Stammesart in rühmlichster Weise bis heute bewahrt haben.

So hatte denn gegen Ende des 14. Jahrhunderts das deutsche Volkstum gegen Osten seine Ausläufer bis zu einer Linie vorgeschoben, die man sich vom Ilmensee (Nowgorod) im Norden über Kiew nach dem Eisernen Tor der Donau bei Orsowa gezogen denken muß. Das ganze Gebiet wurde von der deutschen Kultur beherrscht, weite Strecken waren aber auch geradezu dem deutschen Volkstum verfallen, das, sich auf geschlossene Massen deutscher Ansiedler stützend, gewillt war, sich dort für alle Zukunft zu behaupten.

Diese gewaltige Ausbreitung der Deutschen aber hatte sich über Länder erstreckt, als deren Herren sich andere Völker, meist solche slawischen Stammes, betrachteten. Große Gebiete waren aus slawischen zu ganz oder überwiegend deutschen geworden: die Mark Meissen, die Lausitz, Schlesien, Brandenburg, Mecklenburg, Pommern, Preußen; in anderen Ländern, wie Polen und Böhmen,

Digitized by Google

befanden sich die Deutschen zwar noch in der Minderheit, besaßen aber doch vermöge ihrer wirtschaftlichen Kraft oder ihrer Stellung bei Hofe und in der Geistlichkeit großen Einfluß auf den Gang der Dinge.

Auf diesen jahrhundertelang von deutscher Seite ausgeübten Druck auf die slawische Welt konnte der Gegendruck nicht ausbleiben. Es entwickelte sich in den Gemütern der Slawen eine immer stärker werdende Feindseligkeit gegen das deutsche Wesen."

In der Zeit von 1450 bis 1650 hörte dann so ziemlich jede Neusiedelung in deutschen Landen auf. Immerhin hatte die kolonisierende Tätigkeit des deutschen Volkes bis zum Jahre 1450 dazu ausgereicht, daß „Deutschland, besonders im Südwesten, im wesentlichen die Gestaltung und Besiedelung erhalten hat, die es bis auf den heutigen Tag charakterisieren". (Schmoller.)

Im Nordosten waren freilich große Landstrecken rückständig geblieben, vor allem aber führte das Vordringen der Slawen Rückschläge herbei, die eine immer neue Wiederaufnahme der deutschen Besiedelung des Ostens erforderlich machten, Pflichten gegen die Gesamtheit des deutschen Volkstums, denen Friedrich Wilhelm, der große Kurfürst, Friedrich II., der große König, und Bismarck, der große Kanzler, verständnisvoll und tatkräftig sich unterzogen. Mit welchem Ergebnis, das haben wir oben Seite 64 und 65 gesehen.

Nur in der Zeit der Karolinger und der sächsischen Kaiser war die Siedlertätigkeit eine einheitliche gewesen. Später mußten die landeshoheitlichen Gewalten diese Obliegenheiten übernehmen.

Die Geschichte der Besiedelung des deutschen Volksbodens zeigt die hohe und selbständige Bedeutung des Volkstums neben dem Staatstum.

Gewiß stand auf gewissen Gebieten des heutigen „Deutschlands" das Volkstum im Dienste des sich entwickelnden Staatstums. Aber in anderen Gebieten, wie in Schlesien, Posen und Preußen war das Volkstum das führende, dem der Staat nachfolgte. Die von uns im ersten Hefte der „Deutschen Politik" ausgesprochenen grundsätzlichen Behauptungen von der selbständigen Geltung des Volkstums neben dem Staatstum finden also auch ihre geschichtliche tatsächliche Bestätigung.

Vor allem aber zeigt die Geschichte der Besiedelung des deutschen Volksbodens, daß sie Zustände schafft, die ein Jahrtausend überdauern und damit fester begründet sind, als die Dutzende von Staatsbildungen, die in diesem selben Jahrtausend über diesen selben Boden dahin gezogen sind. Darum erst das Volk, dann der Staat.

Die Vorbedingung für das Gelingen des großen Werkes lag einesteils in der Festigkeit des Willens der Machthaber und Siedler,

Digitized by Google

andernteils in der Rücksichtslosigkeit der angewendeten Mittel, dann aber auch in der hochentwickelten Siedelungskunst. Diese von den Karolingern übernommen, wurde in den slawischen Gebieten des Ostens immer höher entwickelt, geriet nach dem 14. Jahrhundert auf längere Zeit in Vergessenheit, wurde im 17. und 18. Jahrhundert nur teilweise wieder angewendet und verfiel in der Zeit des Verfassungsstaates nahezu vollständig.

Als dauerndes Siedelungsgebilde bewährte sich nur die Landgemeinde, viel weniger das Landstädtchen, am wenigsten der Gutsbezirk. Der Großgrundbesitz führte immer wieder zur Bauernlegung, zur Beschränkung der bäuerlichen Freiheit und zum Rückfall in ganz oder halb slawisches Gesindewesen und Hörigkeitswesen. Nur der selbsttätige Bauer gab die Gewähr für das Fortbestehen der deutschen Volksart der Siedler. Land und Freiheit waren seine Losung. Mehr Land als in der verlassenen Heimat, deutsches Recht und mehr Gerechtsame, als in den verlassenen Gauen, höhere Rechte als der zurückgedrängte Slawe, das waren die Vorbedingungen für das Gedeihen der Siedelung. Keine Kolonisation ist erfolgreich, ohne Vorrechte der Neusiedler vor den alten Landesbewohnern. Selbstverwaltung in Gemeinde und Kreis sind ebenso belangreich, als Güte des Bodens.

Nur die Ueberlegenheit in der Gesittung wahrt die Neusiedler vor den Gefahren der Unterbietung durch die Urbewohner. Die Gewährung gleicher Bildung und gleicher Rechte an die Urbewohner darf erst eintreten, wenn ihre Eindeutschung gesichert ist. Werden die Wohltaten der Kultur und des Rechtsstaates früher eingeräumt, so werden sie zu Machtmitteln in der Hand der Schüler gegen ihre Erzieher. Parität und Kolonisation sind Dinge, die sich auf die Dauer nicht miteinander vertragen.

Digitized by Google

XV. Die Wiederaufnahme der Siedelungstätigkeit am Ende des 19. Jahrhunderts.

Seit dem Tode des Königs Friedrichs II. hat die Siedelungstätigkeit des preußischen Staates und damit ganz Deutschlands länger als ein Jahrhundert geruht. Das Vordringen des Deutschtums nach dem Osten ist zum Stillstand gekommen, ja es haben sich eine rückläufige westliche Bewegung des Deutschtums und ein westliches Vordringen des Polentums eingestellt.

Man hat eine ganze Reihe von Gründen dafür beibringen wollen, die aber doch nur die Bedeutungen von Entschuldigungen haben. Denn der tiefste Grund war die Erschlaffung der preußischen Tatkraft.

Gewiß war das preußische Beamtentum am Ende des 18. Jahrhunderts von dem wirtschaftlichen Aufbau der im Osten gewonnenen und wiedergewonnenen Landesteile in Anspruch genommen und es hat ganz Hervorragendes in dieser Beziehung geleistet, leider mehr zugunsten des rückständig gebliebenen Polentums, als des höherstehenden deutschen Siedlervolkes. Aber es hat sich leider nicht gerade desjenigen Mittels bedient, das unter dem großen Kurfürsten und unter dem großen König auch für wirtschaftliche Zwecke zur Anwendung kam, der Berufung und Ansiedelung deutscher Bauern aus dem Westen.

Gewiß war der preußische Staat um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts überhaupt zu Großtaten leistungsunfähig. Und als er sich in den Freiheitskriegen aufraffte, hat er sich in Menschen- und Geldverlusten verblutet. Aber es ist doch bedauerlich, daß die große friedliche Tätigkeit der Hardenberg und Stein sich nicht des altbewährten Machtmittels der planmäßigen Kolonisation bediente.

Recht verhängnisvoll war die Unterbrechung der preußischen Herrschaft in den ehemals polnischen Gebieten 1806—1815. Als dann der größere Teil dieser Gebiete (ohne Neuostpreußen und Südpreußen)

Digitized by Google

nach dem Wiener Kongreß an Preußen zurückkehrte, wurde die Schneidigkeit der preußischen Verwaltung durch die noch längere Zeit auch von Hardenberg aufrecht erhaltene Hoffnung gelähmt, auch das Herzogtum Warschau für Preußen wieder zu gewinnen.

Trotz der bis zur Schwäche langmütigen Verwaltung Posens und Westpreußens schritt das Deutschtum aber auch nach 1815 noch unaufhaltsam vor. Sobald die bürgerliche Ordnung wieder hergestellt war, öffneten sich von selber die Schleußen dem Strome der deutschen Einwanderung, der schon im Mittelalter dies verwahrloste Land befruchtet hatte. Die Ueberlegenheit deutschen Fleißes und Kapitals zeigte sich überall, vornehmlich im Landbau. Der Morgen mittleren Bodens wurde zur Zeit der Besitzergreifung für 1½ Taler verkauft — etwa ebenso hoch wie die Urwaldländereien im fernen Westen Nordamerikas. Bald aber erschlaffte diese deutsche Einwanderung auf eigene Faust von neuem, wenigstens soweit der deutsche Bauer und nicht der große Landspekulant in Betracht kam.

Ein Verhängnis war es geradezu, daß die mit dem Jahre 1821 einsetzende Massenauswanderung aus Deutschland nicht zur Wiederbesiedelung und Eindeutschung des deutschen Ostens im Lande festgehalten werden konnte. Freilich hätte sich mit einer zielbewußten Fortsetzung der östlichen Kolonisation nicht das seit jener Zeit beginnende Liebäugeln des preußischen Hofes und der deutschen bürgerlichen Demokratie mit dem „edlen Polentum" vertragen. So mußten die vorübergehenden Anläufe preußischer hoher Beamter (Minister von Schön 1810—1842 und Oberpräsident von Flottwell 1825—1840) und einsichtsvoller Generäle (von Grolmann — vergl. dessen berühmte Denkschrift aus dem Jahre 1831, veröffentlicht 1848, wieder abgedruckt Glogau 1886) zu einer festen deutschen Staatskunst im Osten wirkungslos vorübergehen, ja im Gegenteil in Verbindung mit der entgegengesetzten vorausgehenden und nachfolgenden zahmen Polenpolitik ein verhängnisvolles Schwanken und eine Unsicherheit bei den deutschen Bewohnern des Ostens zeitigen.

Wenn Beheim-Schwarzbach mit Recht die Frage aufwirft, ob denn der Verfassungsstaat ebenso geeignet sei zur zielbewußten Kolonisation, wie der uneingeschränkte Polizeistaat und die aufgeklärte Monarchie, so mußten sich diese Bedenken ganz besonders in den Zeiten der preußischen Verfassungskämpfe geltend machen, um so mehr, als die öffentliche Meinung um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein viel größeres Gewicht auf die Herstellung eines Rechtsstaates, als eines Nationalstaates legte.

Digitized by Google

Die ersten Jahrzehnte der Leitung des preußischen und deutschen Staates durch den Fürsten Bismarck waren so sehr durch äußere Kriege und durch Umgestaltungen des staatlichen Lebens in Deutschland in Anspruch genommen, daß dem Fürsten Bismarck, der zwar von jeher ein Verständnis für die großen Aufgaben der Zurückdrängung des Slawentums im Osten gezeigt hatte, doch zunächst die Zeit und die Kraft fehlten, sich in Gesetzgebung und Verwaltung diesen Aufgaben zu widmen. Und als er dann vom Jahre 1886 an diesen Kampf machtvoll aufnahm, wurde er nicht nur bald 1890 vom Kampfplatze abgerufen, sondern sein Nachfolger Caprivi glaubte auch auf diesem Gebiete die bismarcksche Polenpolitik in ihr Gegenteil, in den erneuten Versuch der Versöhnung des Polentums umkehren zu sollen. So konnten die von Bismarck geschaffenen und vorbereiteten großen Gesetze und sonstigen Maßnahmen erst in den allerletzten Jahren des 19. Jahrhunderts ihre Wirksamkeit äußern.

Die Wiederaufnahme der Siedelungstätigkeit am Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte nicht durch das Deutsche Reich, sondern durch den preußischen Staat, was man bedauern mag, was aber seine Erklärung in den Verwaltungszuständigkeiten findet. Sie vollzog sich auf den Gebieten der sogenannten Inneren Kolonisation und der Grenzkolonisation. Wir scheiden hierbei den zwar wirtschaftlich belangreichen und im 17. und 18. Jahrhundert auch politisch behandelten Teil der inneren Kolonisation*) aus, die Kolonisation der Moore, Brüche und Oedländereien, an denen auch das Deutsche Reich noch recht reich ist, die auch im 19. Jahrhundert von verschiedenen deutschen Bundesstaaten gefördert worden ist, die aber nur zur Ansässigmachung verhältnismäßig weniger Ansiedler geführt hat. Dagegen kommt hier der Teil der inneren Kolonisation in Betracht, der eine agrarische und sozialpolitische Maßregel darstellend, Großgrundbesitzungen aufteilend und in verschiedenen Formen, z. B. in denen von Rentengütern, neue bäuerliche und noch kleinere selbständige Wirtschaften herstellen will. Vor allem aber beschäftigt sich eine Reihe von Maßregeln, die wir als Grenzkolonisation bezeichnen möchten, mit Siedelungen politischer Natur, nämlich Ansiedelungen von Deutschen in den Ostmarken zur Zurückdrängung des Polentums. Diese Dinge müssen scharf auseinandergehalten werden. Zunächst wollen wir die wichtigsten hierher gehörigen neuen Gesetze aufführen. Es sind, wie nochmals

*) Ueber diese Seite der Inneren Kolonisation vergl. Hugenberg: Innere Kolonisation im Nordwesten Deutschlands. Straßburg 1891.

Digitized by Google

hervorgehoben werden möge, nicht etwa deutsche, sondern preußische Gesetze.

* * *

a) Auf dem Gebiete der deutschen Ansiedelung: Durch das Gesetz vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelung in den Provinzen Westpreußen und Posen, wurde in den ausschlaggebenden §§ 1 und 2 das Folgende bestimmt:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein Fonds von 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um, zur Stärkung des deutschen Elements in den Provinzen Westpreußen und Posen gegen polonisierende Bestrebungen durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter

1. Grundstücke käuflich zu erwerben,
2. soweit erforderlich, diejenigen Kosten zu bestreiten, welche entstehen
   a) aus der erstmaligen Einrichtung,
   b) aus der erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse neuer Stellen von mittlerem oder kleinem Umfange oder ganzer Landgemeinden, mögen sie auf besonders dazu angekauften (Nr. 1) oder auf sonstigen, dem Staate gehörigen Grundstücken errichtet werden.

Mit der käuflichen Erwerbung von Grundstücken ist nur in dem Umfange vorzugehen, daß hinlängliche Mittel zur Bestreitung der nach Nr. 2 erforderlichen Kosten übrig bleiben.

§ 2. Bei Ueberlassung der einzelnen Stellen (§ 1) ist eine angemessene Schadloshaltung des Staates vorzusehen.

Die Ueberlassung kann zu Eigentum gegen Kapital oder Rente, oder auch in Zeitpacht erfolgen.

Im § 12 dieses Gesetzes wurde seine Ausführung einer besonderen Behörde übertragen, welche dem Staatsministerium unterstellt wurde. Diese Behörde erhielt durch Verordnung vom 21. Juni 1886 den Namen „Königliche Ansiedelungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen" mit dem Sitze in Posen.

Durch Gesetz vom 20. April 1898 wurde dieses Gesetz dahin abgeändert, daß die der Staatsregierung zur Verfügung gestellten Mittel von 100 auf 200 Millionen Mark erhöht wurden und daß einige beschränkende Bestimmungen des Gesetzes vom 26. April 1886 in Wegfall kamen. Das Gesetz vom 1. Juli 1902 stellte der Staatsregierung abermals 150 Millionen Mark für die Zwecke der Ansiedelung und 100 Millionen Mark zum Zwecke der Erwerbung von Domänen und Forsten zur Verfügung, sodaß die Ansiedelungskommission nunmehr einen Betriebsstock von 350 Millionen Mark, die Domänenverwaltung einen solchen von 100 Millionen Mark hat.

Digitized by Google

Ueber die bisherigen Ergebnisse der Ansiedelungskommission bis zum Ende des Jahres 1903 entnehmen wir einer Denkschrift des Königlich Preußischen Staatsministeriums vom 24. Februar 1905 über die Ausführung des Gesetzes vom 28. April 1886 (Drucksache Nr. 720 von 1905 des Hauses der Abgeordneten) das Folgende:

Die Tätigkeit der Kommission zerfällt in das Ankaufen des erforderlichen Grund und Bodens, die Verwaltung der erworbenen Güter bis zum Abschlusse des Besiedelungsgeschäftes, die Vorbereitungen für das Besiedelungsgeschäft, die Renten- und Pachtfeststellungen, die auf dem zur Besiedelung bestimmten Boden vorgenommenen Meliorationen, die Materialbeschaffung für die Ansiedler, die Hochbauten, die Beaufsichtigung der Ansiedler und Genossenschaften, die Abgabe von Vieh an Ansiedler, die Versorgung der Ansiedler mit Obstbäumen und eine zahllose Menge von Nebengeschäften, endlich in der Verwaltung der beträchtlichen Gelder in Ausgabe und Einnahme, wobei ausdrücklich hier nochmals darauf hingewiesen werden soll, daß die der Ansiedelungskommission zur Verfügung gestellten 350 Millionen Mark nicht etwa eine Zubuße zu diesem Geschäft, sondern einen Betriebsstock darstellen, zu dem die Zahlungen der Ansiedler zurückkehren, und immer wieder von neuem zu weiteren Ankäufen und Ansiedelungen verwendet werden.

Bis Ende 1904 sind von der Ansiedelungskommission 646 Liegenschaften angekauft worden in der Größe von 261 661 Hektar zum Preise von 209 297 087 Mark, davon waren 441 Güter (Rittergüter) und zwar 44 in der Zwangsversteigerung, 397 freihändig erworben, von zusammen 250 480 Hektar für 197 265 082 Mark, sowie 205 Bauernwirtschaften (davon 14 in der Subhastation, 191 freihändig erworben) von 11 181 Hektar für 12 032 005 Mark. Mithin wurden für das Hektar durchschnittlich überhaupt 799,9 Mark gezahlt. Bei den Rittergütern durchschnittlich 787,5, bei den Bauernwirtschaften durchschnittlich 1076,1 Mark. Hierbei sind die Kaufpreise seit 1886 allerdings wesentlich gestiegen, bei den Rittergütern von 568 bis auf 1 010 Mark für das Hektar, bei den Bauernwirtschaften von 700 auf 1 205 Mark für das Hektar.

Die bis 1903 bewirkten Ankäufe der Ansiedelungskommission betrugen von der Gesamtfläche der Regierungsbezirke Danzig 2,04 %, Marienwerder 2,95 %, Posen 4,48 %, Bromberg 7,16 %, der Provinzen Westpreußen und Posen zusammen 4,20 % und wenn man den Groß-

Digitized by Google

grundbesitz allein in Betracht zieht, 7,78 % dieses Großgrundbesitzes (Gutsbezirke).

Von den bis Ende 1904 bewirkten Ankäufen stammen aus deutscher Hand:

244 selbständige Gutsbezirke (davon 156 Rittergüter),
59 Landgüter ohne kommunale Selbständigkeit,
157 Bauernwirtschaften,

mit einer Fläche von 162472 Hektar = 62 % des Gesamterwerbes zum Gesamtkaufpreise von 135351533 Mark;
dagegen aus polnischer Hand:

146 selbständige Gutsbezirke (einschl. 113 Rittergüter),
20 Landgüter ohne kommunale Selbständigkeit,
144 Bauernwirtschaften,

mit einer Fläche von 99190 Hektar = 38 % des Gesamterwerbes zu einem Gesamtkaufspreis von 73945555 Mark.

Die bisher zu Ansiedlerrecht vergebene Stellenfläche umfaßt 135818 Hektar oder 24 Quadratmeilen.

Die Gesamtzahl der bis Ende 1904 angesiedelten Familien betrug 9121, ihre Seelenzahl ist auf 60000 zu schätzen. Die bis 1903 angesetzten 7539 Ansiedlerfamilien entstammen aus folgenden Gebieten: Ostpreußen 59, Westpreußen 952, Brandenburg 521, Pommern 421, Posen 1187, Schlesien 272, Sachsen 599, Schleswig-Holstein 28, Hannover 359, Westfalen 815, Hessen-Nassau 67, Rheinprovinz 84, deutsche Rückwanderer aus dem Auslande 905, sonstige deutsche Reichsangehörige 1113.

Nach dem Bekenntnis geschieden, waren 8486 Ansiedlerfamilien evangelisch, 376 katholisch.

Der Ansiedlerzuzug hat zahlreiche mittellose deutsche Familien mitgeführt, die teilweise von den Ansiedlern selbst beschäftigt werden, zum weitaus größten Teile aber als Arbeiter im Großbetriebe der Ansiedelungsgüter untergebracht sind. Ende des Jahres 1904 wurden 706 zugewanderte Familien und 151 ledige Arbeiter mit einer Seelenzahl von 3700 auf Ansiedelungsgütern beschäftigt.

Im Durchschnitt der Jahre 1886—1904 wurden die Ansiedelungsstellen nach folgenden Größenklassen vergeben:

0—5 Hektar 12,2 %, 10—15 Hektar 26 %, 20—25 Hektar 10,5 %,
5—10 „ 19 %, 15—20 „ 22,2 %, 25—50 „ 8,6 %,
über 50 Hektar 1,5 %.

Dabei läßt aber die Durchschnittsgröße der Ansiedlerstellen ein allmähliches Sinken erkennen. Das Schwergewicht der Stellenbegebung

Digitized by Google

wurde mehr und mehr von der Größenklasse 15—20 Hektar auf die Stellengröße von 10—15 Hektar verschoben. Auch die Zahl der begebenen größeren Stellen von 25—50 Hektar zeigt eine erhebliche Abnahme.

Die Schadloshaltung des Staates für seine Aufwendungen wird durch die Teilungspläne für die einzelnen Güter verschieden festgesetzt und schwankt zwischen 3% und 1¾%. Es werden von den ermittelten Anrechnungswerten, d. h. den in den Teilungsplänen den Ansiedlern angerechneten Werten, an Zins oder Pacht entrichtet:

3%	bei	69,97%	der	Gesamtfläche
2¾%	„	5,62%	„	„
2½%	„	15,80%	„	„
2¼%	„	2,25%	„	„
2%	„	6,00%	„	„
1¾%	„	0,36%	„	„

In wie hohem Grade das Ansiedelungsgeschäft auch der Landesverbesserung zugute kommt, zeigt u. a., daß ganz abgesehen von den umfangreichen, noch in der Ausführung begriffenen Arbeiten, schon jetzt Drainagen erfolgt sind im Umfange von 35328 Hektar mit einem Aufwand von 5,9 Millionen Mark und daß bis Ende 1904 3334 Hektar Moorkulturen und 160 Hektar sonstige Wiesenverbesserungen ausgeführt worden sind, mit einem Aufwande von 1,9 Millionen Mark.

Es wurden Bauten von ganz beträchtlichem Umfange für öffentliche Zwecke hergestellt. Bis Ende 1904 sind auf Rechnung der Ansiedelungskommission mit einem Aufwande von 6,1 Millionen Mark 27 Kirchen, 18 Bethäuser, 29 Pfarrhöfe, 205 Schulen und 206 Gemeindehäuser erbaut worden.

Wenn auch bei vorübergehenden landwirtschaftlichen Notlagen nicht unerhebliche Stundungen der Zahlungen fälliger Renten und Pachtzinsen erforderlich wurden, so sind doch die eingetretenen wirklichen Verluste nicht belangreich. Seit Bestehen der Ansiedelungskommission bis Ende 1904 brauchten nur 20 Ansiedlerstellen zwangsweise verkauft zu werden.

Einen außerordentlichen Umfang hat das Genossenschaftswesen für die Zwecke der Ansiedler gewonnen. Errichtet wurden Brennereigenossenschaften, Molkereigenossenschaften, Dreschgenossenschaften, Entwässerungsgenossenschaften, Ein- und Verkaufsgenossenschaften und Spar- und Darlehenskassenvereine, sowie landwirtschaftliche Vereine.

Digitized by Google

Die Gesamtausgaben der Ansiedelungskasse seit dem Jahre 1886 bis zum 31. März 1904 betragen rund 269 Millionen Mark, die Einnahmen 59 Millionen Mark, die Reinausgaben mithin 210 Millionen Mark. Wie die Ausgaben sich bis Ende des Etatsjahres 1903 verteilen, zeigt die nachstehende Uebersicht, die zugleich einen Einblick in Umfang und Art des ganzen Ansiedelungsgeschäftes gewährt:

Gesamtsumme der Ausgaben der Ansiedelungskommission seit ihrem Bestehen (1886) bis zum Ende des Etatsjahres 1903.

		Mk.
1.	Zu dem Ankaufe von Grundstücken, Kaufgelderforderungen, Zinsen u. s. w. sowie zur Ablösung von Lasten, Renten, Abgaben, Kosten für Löschungsquittungen	178 096 612
2.	Zu dem Ankaufe von Gutsinventar	1 072 364
3.	An Zuschüssen zur Wirtschaftsführung der Ansiedelungsgüter	44 180 273
4.	An Zuschüssen zum Betriebe der Ziegeleien auf den Ansiedelungsgütern	3 295 821
5.	An Zuschüssen zum Betriebe von Schneidemühlen u. s. w.	96 768
6.	An Kosten für Werbung von Baumaterialien auf den Feldmarken der Ansiedelungsgüter	100 383
7.	An Kosten für angekaufte, nicht auf den Ansiedelungsgütern gewonnenen Baumaterialien	644 074
8.	Zum Aufbau von Ansiedelungsgehöften einschließlich Krugbauten, sowie von Baracken und provisorischen Ansiedlerwohnungen	10 584 948
9.	Zum Aufbau von Kirchen- und Schulgehöften	4 287 076
10.	Zu Vorflutanlagen	150 193
11.	Zu Wege-, Brücken-, Ufer- und Wasserbauten	393 600
12.	Zu Drainagen	7 373 425
13.	Zu sonstigen Meliorationen	819 216
14.	Zur erstmaligen Einrichtung und bzw. erstmaligen Regelung der Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse	2 107 966
15.	Zur Gewährung fiskalischer Darlehne behufs Ausrüstung der von Ansiedlern erworbenen Stellen mit den erforderlichen Gebäuden und totem Inventar, und zwar an baren Darlehnen	7 566 228
16.	Desgleichen an leihweise verabfolgtem Saatgetreide und Vieh	571 686
17.	Zu Prozeßkosten und Mandatariengebühren	30 610
18.	Zu sonstigen Ausgaben	437 349
	Summe Mk.	261 808 602
	Hierzu die Ausgaben des Abschnittes II A des Etats, Besoldungen, Wohnungsgeldzuschüsse, Reisekosten u. s. w. Mk.	7 706 612
	Summe der Ausgaben Mk.	269 515 214

* * *

Digitized by Google

Der Tätigkeit der Ansiedelungskommission hat es natürlich auch nicht an Kritik gefehlt. Diese ist in einem umfänglichen Werke von Dr. E. Stumpfe*) zusammengefaßt worden.

Stumpfe macht der Ansiedelungskommission vor allem den Vorwurf des außerordentlich langsamen Fortschreitens der Besiedelung, worauf die Ansiedelungskommission antwortet, daß sie erst am Anfang ihrer Arbeit stehe und daß die Sicherstellung guter Anfangsergebnisse weit wichtiger sei, als der Umfang des anfänglichen Erfolges. Stumpfe wünscht ferner, es möchten neben den spannfähigen großen Bauerngütern auch mehr kleine Bauernstellen, sowie Handwerker und Arbeiterstellen ausgelegt werden, was eine Herabsetzung der Ansprüche an das Vermögen der Ansiedler ermögliche. Um minderbemittelten Kreisen die Ansiedelung zu ermöglichen, solle auch die Auslegung von Pachtkolonien, welche später freies Eigentum werden können, in größerem Umfange in Angriff genommen werden. Trotz der leider geringen nationalen Zuverlässigkeit der deutschen Katholiken, sei aus politischen Gründen ihre Ansetzung doch in möglichst großem Umfange zu erstreben. Als Ansiedler seien auch Auslands-Deutsche sowie slawenfeindliche Nichtdeutsche heranzuziehen. Nebenbei bemerkt, war ein großer Teil dieser Wünsche schon bei Erscheinen des Stumpfeschen Buches erfüllt oder in der Erfüllung begriffen und es handelte sich insoweit höchstens um ein Mehr oder Minder.

Stumpfe tadelt es ferner neben sonstigen Bemängelungen der Organisation der Ansiedelungskommission, daß sie so viele junge Beamte in den Dienst gestellt habe. Er vergißt, daß nur junge Beamte gebraucht werden konnten. Der ältere preußische Beamte ist bei der mangelhaften Vorbildung für wirtschaftliche Zwecke vielfach gar nicht beweglich genug, um sich in neue Aufgaben mehr kaufmännischer Art, wie sie hier vorlagen, hinein zu finden.

Wenn wir einer Kritik der bisherigen Tätigkeit der Ansiedelungskommission näher treten wollen, so muß nämlich zunächst unterschieden werden zwischen der Besiedelung und dem Ankaufe.

---

*) Polenfrage und Ansiedelungskommission, Darstellung der staatlichen Kolonisation in Posen, Westpreußen und kritische Betrachtungen über ihre Erfolge. Von Dr. E. Stumpfe. Mit einer Uebersichtskarte über das Nationalitätenverhältnis sowie über die Verteilung der neuen Kolonien. Berlin 1902. Dietrich Reimer. Mk. 4.—. Eine ausführliche Besprechung von sachkundiger Hand, auf die wir aus Raummangel verweisen müssen, findet sich in Nr. 45 der Alldeutschen Blätter vom 8. November 1902.

Digitized by Google

Es mag ja sein, daß hinsichtlich des Ankaufes manche Fehler gemacht worden sind, und zwar in der Richtung, daß nicht schnell und massenhaft genug gekauft worden ist. Es war bekanntlich die Bismarcksche Auffassung, daß man zunächst möglichst schnell einen großen Grundbesitz aus polnischer Hand in die Hand des Staates überführen müsse. Aber hierzu hätten die Mittel nicht annähernd ausgereicht, die 1886 der Ansiedelungskommission zur Verfügung gestellt wurden. Und daß unter Caprivi auf eine Erhöhung des Ansiedelungsfonds nicht zu rechnen war, ist ja bekannt. Hätte man damals in schnellem Ankaufe, vor Ausbildung einer erfolgreichen Ansiedelungstechnik, die ersten hundert Millionen erschöpft, so hätte bei den vielen in dieser Richtung tätigen Einflüssen die Gefahr nahegelegen, daß der Versuch einer *inneren Kolonisation*, den das Gesetz von 1886 darstellte, in eine bloße Vermehrung des Domänenbesitzes ausgelaufen wäre, daß er zugunsten der damals *beide* Nationalitäten berücksichtigenden Rentengutsbildung (durch die Generalkommission) *abgebrochen* wäre. Dieser verhängnisvollen Entwicklung ist vielleicht durch die Fristung der ersten hundert Millionen *bis nach* den kaiserlichen Reden von Marienburg und Thorn vorgebeugt worden. Und die *Befürchtung* einer solchen Entwicklung mag es entschuldigen, daß auch nachher, unter Ablehnung der vorläufigen Verpachtung eines Teiles der Güter, der Ankauf zunächst nicht wesentlich über das Maß der damaligen Ansiedlernachfrage hinaus beschleunigt wurde. Es hat dies die Folge, daß jetzt, wo der Ansiedlerzustrom da ist, unter ungünstigeren Verhältnissen und zu höheren Preisen gekauft werden muß, als es früher möglich gewesen wäre.

Aber diese Ankaufsfragen stehen oder standen wenigstens damals an Wichtigkeit in der Tat weit zurück hinter der *Besiedelungsfrage*. Preußen hatte durch hundertjährige Vernachlässigung die früher in seiner Beamtenschaft traditionelle *Ansiedelungstechnik* völlig eingebüßt. Seine Beamtenschaft stand der Wiederaufnahme dieser Arbeit ratlos und ohne jede Vorbildung gegenüber. Es war ein wirtschaftliches, gewissermaßen kaufmännisches Geschäft. Ein jeder weiß, wie außerordentlich schlecht die heutige Beamtenschaft für derartige Aufgaben vorbereitet ist. Auch in der Bevölkerung, namentlich innerhalb eines Teiles des Grundbesitzes, mußten vielfach Widerstände und Vorurteile überwunden werden. Tausend Feinde waren an der Arbeit, den „*Beweis*" zu führen: „*innere bäuerliche Kolonisation im merkantilen 19. Jahrhundert, zumal von Staatswegen und mit so unerhörten Verfügungsbeschränkungen*,

Digitized by Google

wie die Ansiedelungskommission sie im nationalen Interesse ihren Ansiedlern auferlegen will, ist unmöglich."

Es ist das hohe Verdienst der ersten Präsidenten der Ansiedelungskommission, namentlich des Präsidenten von Wittenburg, der von 1886 an bei ihr tätig und von 1891, als Zedlitz Minister wurde, bis 1903 ihr Leiter und frei von bureaukratischen Befangenheiten war, trotz aller Hemmnisse den Gegenbeweis: „daß es doch geht" geführt und eine neue Ansiedelungstechnik entwickelt und seinen Nachfolgern fertig hinterlassen zu haben. Es ist offenbar ein Werk mühseligster und geduldigster Kleinarbeit und freiester wirtschaftlicher und psychologischer Beobachtungsgabe gewesen und für alle anderen inzwischen an der inneren Kolonisation beteiligten Behörden und privaten Unternehmungen jetzt die Grundlage ihrer Arbeit.

Um so wichtiger ist für alle Nationalgesinnten die Frage, ob auch für die Zukunft und unter neuen Männern für die verständnisvolle Wahrung und für eine alle Erfahrungen der Vergangenheit offenen Blickes würdigende Fortentwicklung dieses neugewonnenen Gutes gesorgt ist? Erfolgt die Anstellung und Beschäftigung der Beamten, insbesondere der leitenden Beamten der Ansiedelungskommission unter diesen vornehmsten Gesichtspunkten? Ist für den richtigen Nachwuchs an Kräften für diese ganz unbureaukratische, dem Horizont des autoritativ denkenden Beamten fernliegende Aufgabe gesorgt? Ist gesorgt für die Ueberwindung der Schwächen, mit denen ohne seine Schuld der normale juristische Beamte infolge der veralteten Art seiner Ausbildung an solche Dinge herantritt? Wenn hier betont wird, daß weder Graf Zedlitz noch von Wittenburg Juristen waren, so soll das nicht heißen, daß darauf ihr Erfolg zurückzuführen ist. Wohl aber zeigt es, daß die juristisch bureaukratische Rutine hier nicht das Entscheidende ist, sondern der wissenschaftliche Weitblick der auf einer hohen Warte stehenden unabhängigen Persönlichkeit. Ist wohl alles geschehen, um innerhalb der Ansiedelungskommission die in fast zwanzigjähriger Arbeit mühsam gewonnene Ansiedelungstechnik unversehrt und unverknöchert unter den Beamten fortzupflanzen — in ähnlicher Art, wie in einem industriellen und kaufmännischen Unternehmen die Geheimnisse und Eigentümlichkeiten des Geschäftes, die Erfahrungen einer langen Geschäftspraxis, die nicht in Paragraphen zu bringen sind, sorgsam von Geschlecht zu Geschlecht fortgepflanzt werden? Je schneller der Wechsel der Beamten, um so größer natürlich die Gefahr, daß dies versäumt wird. Und wird diese Gefahr nicht noch dadurch gesteigert,

Digitized by Google

daß nach den neueren Bestimmungen anscheinend den Oberpräsidenten ein größerer Einfluß auf die Ansiedelungskommission eingeräumt ist, als es früher der Fall war? Es hat dies zur Folge, daß die Einflüsse der örtlichen Verwaltungsbehörden sich ebenfalls in steigendem Maße geltend machen, die den Aufgaben und der Technik der Ansiedelungskommission naturgemäß fernstehen und auch nicht in dem Maße wie eine Spezialbehörde in der Lage sind, die Geltendmachung der persönlichen Interessen der ortsansässigen Bevölkerung zurückzuweisen, die oft in starkem Gegensatze zu denen des Ansiedelungswerkes stehen.

Sollte durch das Eindringen eines öden Bureaukratismus der Erfolg einmal wieder vernichtet werden, der vor allem in dem mühsam erworbenen Steigen des Ansiedlerzuzuges liegt, so wäre damit jede Hoffnung auf eine wirksame Kolonisation und damit auf die Wahrung unserer nationalen Interessen in der Ostmark vernichtet. Es wird also nötig sein, diese Dinge in Zukunft mit vorschauender Sorgfalt zu beobachten. Würde etwa hier die preußische Bureaukratie, nachdem auf diesem Sondergebiete bisher alles so über Erwarten gut gelaufen, in Zukunft versagen, so würde sie sich damit vor der Geschichte das denkbar beschämendste Armutszeugnis ausstellen.

Diese Fragen sind viel wichtiger als die von Stumpfe berührten Einzelpunkte. Sie sind auch viel wichtiger als die etwaigen Mängel im Ankaufsgeschäfte, wozu z. B. der wunderbare Zustand zu rechnen ist, daß die staatliche Ankaufstätigkeit in den Provinzen Westpreußen und Posen, je nachdem es sich um sofort zu besiedelnde Güter oder Domänen handelt, zwischen zwei verschiedene örtliche Instanzen, nämlich die Ansiedelungskommission und die Domänenabteilung der Regierungen geteilt ist. Solche Mängel kosten auch Geld, sind also vom Standpunkt des preußischen Finanzministers aus gewiß wichtig, machen aber an sich und so lange die *Kostenfrage* bei den gesetzgebenden Körperschaften nicht die entscheidende Rolle spielt, *die Erfüllung der großen Aufgabe* nicht möglich.

Mit Nachdruck muß man, um hier noch eine weitere, in das Gebiet der Besiedelung einschlagende Frage zu berühren, ferner darauf hinweisen, daß in dem *Zusammenwirken zwischen Ansiedelungskommission* und *Genossenschaftswesen*, insbesondere also auch in der Benutzung des Genossenschaftswesens für die An- und Verkaufsgeschäfte der Ansiedelung ein wesentlicher Hebel für die Unbahnung einer Entwicklung liegt, die sozusagen das *Geheimnis* einer *künftigen neuen Kräfteverschiebung* zwischen Deutschtum

Digitized by Google

und Polentum in den Ostmarken enthält. Das Polentum ist unter der Führung seiner Geistlichkeit fest organisiert und erreicht Erfolge auf wirtschaftlichem und nationalem Gebiete wesentlich hierdurch. Ganz anders das Deutschtum. Unter dem Einflusse der einseitigen liberalen Auffassung des 19. Jahrhunderts hat es sich aufgelöst in lauter einzelne Individuen, von denen ein jedes in der Ostmark Glücksritter auf eigene Faust ist. Ehe das nicht anders wird, ehe es nicht ein Gemeinschaftsgefühl erworben hat, kann es nicht wieder fähig zum Wettbewerb mit den Polen werden. Und dazu ist der beste, wenn nicht der einzige Weg die Organisation durch ein bewußt deutsches Genossenschaftswesen. Es ist deshalb eines der hervorragendsten Verdienste der Ansiedelungskommission, daß sie in dieser Beziehung fest zugegriffen und alle ihr zu Gebote stehenden Mittel zur Erreichung dieses Zieles zusammengefaßt hat. Die dagegen sich geltend machenden Einflüsse beruhen auf kurzsichtigen Augenblicksinteressen und verdienen die unnachsichtlichste Zurückweisung.

Wenn nun, um noch kurz auf einige Einzelheiten einzugehen, Stumpfe über ein zu langsames Fortschreiten der Besiedelung klagt, so muß dem entgegengehalten werden, daß die Ansiedelungskommission im Anfang naturgemäß langsam und vorsichtig vorgehen mußte, um auch in bezug auf das Menschenmaterial die nötigen Erfahrungen zu sammeln. Jetzt aber ist es den Nachfolgern Wittenburgs möglich, auf der gewonnenen Grundlage und nach Erhöhung des Ansiedelungsfonds jährlich 15—1600 Familien anzusiedeln.

Es erscheint dem Laien außerordentlich einleuchtend, daß Stumpfe ferner die Anlegung kleinerer Bauernstellen wünscht. Aber Stumpfe verkennt, daß diese kleinen Stellen in größerer Anzahl geschaffen, die Ansprüche des deutschen Ansiedlers nicht befriedigen, vielfach unzufriedene Existenzen schaffen würden und damit die Polenpolitik nur mit einem neuen Odium belasten müßten. Will man Minderbemittelte ansiedeln, so muß man es tun, ohne ihnen deshalb kleinere Stellen anzuvertrauen. Dann vielleicht in der Form der Pacht, bei der die Interessen des Unternehmers besser zu wahren sind, oder in der Form von sogenannten Zulagestücken, die einer zuerst erworbenen kleinen Stelle später hinzugefügt werden können.

Wir hatten uns schon im Jahre 1896 in den Alldeutschen Blättern Nr. 30 vom 26. Juli 1896 ausführlich kritisch über die Erfolge der Ansiedelungskommission im ersten Jahrzehnt ihrer Tätigkeit ausgesprochen. Wir hielten das Werk für im allgemeinen gelungen,

Digitized by Google

lehnten es ab, in den Vorwurf der Langsamkeit einzustimmen, bedauerten aber auch unsererseits den bis dahin geringen Umfang des Werks, forderten deshalb schon damals die Erhöhung des Ansiedelungsstocks um „mehrere hundert Millionen Mark", sprachen die (inzwischen ebenfalls erfüllte) Hoffnung aus, die Kommission möge von der Vorschrift entbunden werden, nur aus polnischer Hand zu kaufen. Nicht der Besitz sei heutzutage das Entscheidende, sondern die Arbeit.

Wenn wir sehen, daß an die Stelle einer Besitzerfamilie bis zu 65 Ansiedlerfamilien treten können, so ist es völlig gleichgültig, ob jene eine Familie eine deutsche oder eine polnische war. Und eine Großgrundbesitzung kann jeden Tag aus deutscher privater Hand in polnische Hand zurückfallen, während die Verpolung geschlossener deutscher Bauerndörfer angesichts der Verkaufsbeschränkungen, die den Ansiedlern von der Ansiedelungskommission auferlegt werden, und der planmäßigen Fürsorge für ein deutsches Kirchen- und Gemeindewesen als ausgeschlossen gelten kann, zum mindesten bei dem evangelischen Hauptbestandteile der Ansiedelungen.

Dagegen bedauerten wir an der Hand der in jedem Jahre erscheinenden Karte*) von Paul Langhans die Verzettelung der Landankäufe über ein zu großes Gebiet feststellen zu müssen und forderten die Aufstellung eines Ankaufsplanes. Nur wenn man mehrere Milliarden aufwenden könne und wolle, dürfe man in allen 37 in Angriff genommenen Kreisen die Arbeit fortsetzen.

Für einen solchen Plan könnten die verschiedensten Gesichtspunkte maßgebend sein. Der nächstliegende Gedanke ist der einer Vorschiebung des geschlossenen deutschen Mehrheitsgebietes nach dem Osten. Denn die Aufsaugung polnischer Inseln im geschlossenen deutschen Gebiete kann der natürlichen Entwicklung der Dinge überlassen bleiben. Von einem solchen Anschluß ist aber durchaus nichts zu merken, denn dann müßten die Siedelungsgüter vorwiegend auf dem westlichen Rande der weißen (polnischen) Flächen liegen. Da die Kommission aus polnischer Hand kaufen soll, konnte sie hier auch wohl kaum kaufen. Denn je weiter nach Westen, um so mehr befindet sich der Großgrundbesitz in deutscher Hand.

Man könnte andererseits die sogenannte Abschnürungslehre anwenden. Dann müßten die Siedelungsgüter vorwiegend an der russischen Grenze liegen, oder da, wo sich bereits Einschnitte in das geschlossene polnische Gebiet vorfinden, also z. B in dem Kreise Kempen zum Zwecke der Trennung der schlesischen von den posenschen Polen oder auf der Linie Schneidemühl, Bromberg, Thorn zum Zwecke der räumlichen Trennung der posenschen von den westpreußischen Polen. Aber auch derartige Pläne lassen sich der Karte nicht entnehmen.

---

*) Karte der Tätigkeit der Ansiedelungskommission für die Provinzen Westpreußen und Posen 1886—1904, zugleich Nationalitätenkarte von Westpreußen und Posen, auf Grund amtlicher Angaben entworfen von Paul Langhans, siebente Auflage. Gotha, Justus Perthes, 1905. Mk. 2.—.

Digitized by Google

Endlich würde es in Betracht kommen und bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag durchaus natürlich erscheinen, wenn die Siedelungen dazu dienen sollten, bei den Wahlen zum Reichstag die Zahl der polnischen Abgeordneten zu mindern. Aber auch dieser Zweck scheint bisher nicht vorgeschwebt zu haben.

Fast scheint es demnach, als habe man den Stier bei den Hörnern packen, als habe man sich in das dichteste Polentum hineinstürzen wollen und planlos überall da gekauft, wo polnischer Großgrundbesitz zu kaufen war. Das war zweifellos ein schwerer Fehler — eine Verzettelung der Kräfte, falls man nur mit der kleinen Summe von 100 Millionen (nicht Betriebs- sondern) Umlaufskapital zu rechnen hatte. Aber die Ansiedelungskommission sowohl wie die Staatsregierung, unter deren Aufsicht sie arbeitet, hat offenbar die 1886 bewilligten 100 Millionen von vornherein nur als den ersten Schritt auf dem betretenen Wege betrachtet und damit gerechnet, daß weitere erhebliche Bewilligungen die Abrundung der angefangenen Arbeit ermöglichen würden. Diese auf ihrer jetzigen Stufe liegen zu lassen, hieße sich vor der Zukunft durch ein Bauwerk lächerlich machen, von dem nur einzelne einsame Säulen fertig geworden sind.

In dieser Hinsicht mit ihren weiteren Plänen hervorzutreten, wird die preußische Regierung nun nicht lange mehr vermeiden können, wenn sie sich nicht Mißdeutungen aussetzen und eine ruhige Weiterarbeit der Ansiedelungskommission unmöglich machen will.

Inzwischen haben wir uns davon überzeugen müssen, daß eine derartige Planmäßigkeit unausführbar ist und daß der unten in Abschnitt XVI die Lage in den Ostmarken, Seite 115 dargelegte Standpunkt der allein haltbare ist, nach kaufmännischen Grundsätzen da zu kaufen, wo Etwas preiswert zu kaufen ist. Jede durchsichtige Planmäßigkeit würde die Kaufpreise noch mehr gesteigert haben, als dies bedauerlicher- aber notwendigerweise an sich schon geschehen ist. Man denke an die zahllosen agrarischen und persönlichen Sonderinteressen der verkaufslustigen Grundbesitzer beider Nationaltitäten, die soweit bekannt bisher allenthalben zurückgewiesen zu haben, der Ansiedelungskommission zum besonderen Ruhm gereicht, wenn es ihr auch erklärlicherweise vielfache Unfeindungen eingetragen hat.

* * *

Seit 1896 ist nun die Beschränkung aufgehoben worden, nur mit Genehmigung der Staatsregierung aus polnischer Hand zu kaufen. Man kann es ja nur bedauern, daß infolgedessen der Ankauf aus deutscher Hand in den Vordergrund getreten ist (58 %). Aber doch war diese Maßregel nötig. Denn die frühere Beschränkung wirkte wie eine Prämie zugunsten des Polentums, indem sie den Polen immer steigende Kaufpreise in den Schoß warf, für die sie in anderen Teilen Preußens billig Grund und Boden erwerben konnten, während die notleidenden deutschen Landwirte von

Digitized by Google

diesen Vorteilen ausgeschlossen blieben. Die Maßregel war und ist aber auch unbedenklich, da wir oben sahen, daß ja nicht der Besitz, sondern die Seßhaftigkeit und die Arbeit das in völkischer Hinsicht Entscheidende ist. Wenn nur dafür gesorgt würde, daß das „einer Düne gleichende Arbeiterelement, das je nach der Richtung des Windes hin- und hergeworfen wird", nicht auf polnischer Seite in höherem Maße seßhaft gemacht wird, als auf deutscher Seite („Landhunger" der rückkehrenden Sachsengänger und deren Seßhaftmachung durch die Kgl. preußischen Generalkommissionen und die polnischen Landbanken!).

* * *

b) Auf dem Gebiete der Inneren Kolonisation. Durch Gesetz über Rentengüter vom 27. Juni 1890 wurde die eigentümliche Uebertragung eines Grundstückes gegen Uebernahme einer festen Geldrente (Rentengut), deren Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Teile abhängig gemacht wird, für zulässig erklärt und durch das Gesetz vom 7. Juli 1891 für den Zweck der Begründung von Rentengütern mittleren und kleineren Umfangs der öffentliche Kredit und die Arbeitskraft der staatlichen landwirtschaftlichen Behörden den Besiedelungsunternehmern zur Verfügung gestellt.

Dies geschieht in der Weise, daß der Staat durch Ausgabe von Rentenbriefen den Kaufpreis für die neu begründeten Bauernstellen ablöst und seinerseits Gläubiger des Ansiedlers wird und dadurch, daß mit der Ausführung dieser Gesetze die bestehenden neun staatlichen Generalkommissionen in den verschiedenen Teilen der Monarchie betraut wurden. Im Unterschiede zu den Ansiedelungsgesetzen von 1886 und 1898, die nur für Posen und Westpreußen gelten, erstrecken sich diese beiden Rentengutsgesetze von 1890 und 1891 auf den ganzen preußischen Staat. In diesen letzteren Gesetzen fehlen aber alle politischen Zweckbestimmungen (während das Ansiedelungsgesetz von 1886 „zur Stärkung des deutschen Elementes" geschaffen war), sodaß die lediglich wirtschaftlichen, agrar- und sozialpolitischen Wohltaten dieser Rentengutsgesetze ebensowohl den Polen, wie den Deutschen zur Verfügung gestellt werden konnten.

Die Rentengutsgesetzgebung ist vorerst durch das Zwischenkreditgesetz vom 12. Juli 1900 abgeschlossen worden. Durch dieses Gesetz wurden 10 Millionen Mark aus den Beständen der Reservefonds der Rentenbanken der Verwendung zu Zwischenkrediten überwiesen. Unter Zwischenkredit versteht man die Einräumung eines Kredites für die

Digitized by Google

Zeit zwischen dem Beginne der Besiedelung und dem Abschlusse des Verfahrens, d. h. der Uebernahme der Renten (Kaufspreise) auf die Rentenbanken.

Im Etat von 1905 wurden endlich 2 Millionen Mark bewilligt, um die innere Kolonisation in den Provinzen Pommern und Ostpreußen zu fördern und zwar sowohl durch Gewährung von Beihilfen zu den Folgeeinrichtungen, einschließlich Kirchen und Schulen, wie auch durch Kreditgewährung und dergl. an gemeinnützige Besiedelungsunternehmungen.

Bei der Kolonisation nach den Gesetzen von 1890 und 1891 sind nicht etwa die Generalkommissionen die Kolonisatoren, sondern die Verkäufer des Grund und Bodens. Sie haben die Käufer zu beschaffen und die Rentengutsverträge (Punktationen) abzuschließen; sie haben die Erwerber mit den nötigen Naturalien auszustatten, um ihnen im Anfang die Führung der Wirtschaft zu ermöglichen; sie haben die Ansiedler bei den Bauten zu unterstützen u. s. w. Sie tragen auch die Gefahr, ob die nötige Anzahl zahlungsfähiger Käufer gefunden wird. Die Generalkommissionen selbst haben sich dabei auf die sich aus den Gesetzen ergebenden behördlichen Obliegenheiten und auf die Aufsicht über die Durchführung des Besiedelungsunternehmens zu beschränken, wobei sie jedoch in der Lage sind, als Kreditgeber einen weitgehenden Einfluß auf die Besiedelungstätigkeit auszuüben.

Von welchen Auffassungen die Generalkommissionen hierbei ausgingen, zeigt am deutlichsten eine Veröffentlichung des Generalkommissions-Präsidenten H. Metz.*) H. Metz bezeichnet als Ziel der inneren Kolonisation die Schaffung neuer Landgemeinden an Stelle der bisherigen Gutsbezirke und die Stärkung und Vergrößerung bestehender Gemeinden, indem er darauf hinweist, daß der Gutsbezirk nur so lange aufrecht zu erhalten sei, als neben selbständigen Gemeindebelangen die Einheitlichkeit des Besitzes und ausreichende Leistungsfähigkeit vorhanden seien. Er führt an, daß es nicht zu befürchten sei, daß durch die innere Kolonisation im Osten des preußischen Staates die führende Stellung des Großgrundbesitzes gefährdet werden könnte, die ihm aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erhalten bleiben müsse. Für Metz ist die Anwendung der Rentengutsgesetze im wesentlichen

*) Innere Kolonisation in den Provinzen Brandenburg und Pommern 1891 bis 1901: Erfahrungen und Verfahren der Kgl. Generalkommission zu Frankfurt a. O., von H. Metz, Generalkommissions-Präsident. Berlin, Paul Parey, 1902, Mk. 4.—.

Digitized by Google

eine Frage der Landeskultur, der Wahrung der öffentlichen Belange bei dem Ansiedelungsgeschäft (Gemeinde-, Kirchen- und Schulverhältnisse und Gemeindevermögen) und eine Sache der Ansiedelungstechnik. Gewiß sind alle diese Dinge von der größten volkswirtschaftlichen und staatlichen Bedeutung.*) Aber es ist doch kennzeichnend, daß Metz in seinem umfangreichen Buche, soweit wir sehen können, mit keinem Worte auf die nationale Bedeutung der Aufgaben der Generalkommissionen eingeht, sodaß man nach Metz glauben müßte, die Dinge seien bis zum Jahre 1902 gegenüber der Polenfrage in der größten Harmlosigkeit vor sich gegangen.

Gegenüber dem Antrage Kanitz machte Gustav Schmoller in seinem Jahrbuche Jahrg. XIX. 1895, Heft II. Seite 243 zur Bekämpfung des von ihm anerkannten Notstandes der Landwirtschaft, namentlich im Osten den Vorschlag:

„Der Staat erwirbt den Grundbesitz, dessen Inhaber sich in gefährdeter Lage befindet, und besetzt ihn wieder mit einem Eigentümer oder Pächter unter solchen rechtlichen Bedingungen, wie es dem Gesamtinteresse entspricht und so, daß der Betreffende wirtschaftlich gedeihen kann. Was der Staat etwa dabei zusetzt, ist ein Opfer, das die Gesamtheit tragen kann und muß und das später sich wieder reichlich ersetzen wird. Es versteht sich, daß derartiges nicht Reichssache, sondern Pflicht des einzelnen Staates ist. . . . Was die Kosten meines Vorschlages betrifft, so würde ich denken, daß für die nächsten Jahre ein Staatsanlehen von 1000 Millionen Mark hinreichte, von denen 200 Millionen Mark zu Notstandsdarlehen und Unterstützungen und 800 Millionen Mark zu Erwerbungen zu verwenden wären".

Wäre dieser an sich nur landwirtschaftlich und agrarisch gedachte Vorschlag zur Annahme gelangt, so hätte er auch zur Förderung der „inneren Kolonisation" beitragen müssen. Wir führen ihn hier besonders

*) Leider fehlt uns hier der Raum auf diese Dinge und auf die rein volkswirtschaftliche Seite der Sache einzugehen. Wir müssen deshalb verweisen auf die Werke: Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland, von Max Sering, Leipzig 1893. Die Bauernbefreiung von G. F. Knapp, Leipzig 1887. Die Sachsengängerei von Kärger, Berlin 1890. Die Lage der Landarbeiter im östlichen Deutschland von Max Weber, Leipzig 1893, und die dort angegebene Literatur. Für Pommern ist zu verweisen auf die während des Druckes dieses Buches erschienene Arbeit von Hermann Borchert: „Innere Kolonisation" in Lohmeyers deutscher Monatsschrift März 1905.

Wir wollen auch ausdrücklich feststellen, daß wir nicht die Absicht haben, die ganze große „Polenfrage" von allen Seiten zu beleuchten. Hier gilt es nur, die Polenfrage in ihrem Zusammenhange mit der Ansiedelung des deutschen Volksbodens in den Ostmarken zu besprechen. Ueber das Grundsätzliche der Polenfrage habe ich mich in den Aktenstücken zur Polenfrage Berlin 1894 ausgesprochen.

Digitized by Google

deshalb an, um zu zeigen, welche Geldaufwendungen ein so hervorragender Volkswirt wie G. Schmoller, für derartige Siedelungsfragen für angezeigt und möglich hält.

* * *

c) Die Wirkungen der beiden Gesetze waren bedingt durch den Geist, in dem sie zur Anwendung kamen. Dieser Geist war seit dem Jahre 1890, seit dem Beginne der Kanzlerschaft des Grafen Caprivi ein Geist der Schwäche, der Duldung, der Versöhnung. In dem Bestreben, die Polen zu versöhnen, durften die Bestimmungen der Ansiedelungsgesetze dem Zwecke der Eindeutschung der Ostmarken nur so weit dienen, als dies (glücklicherweise) in einer die Beamtenwillkür ausschließenden Bestimmung („zur Stärkung des deutschen Elementes") zwangsweise geboten war. Da aber die Rentengutsgesetze politische einschränkende Bestimmungen nicht enthielten, wurden sie auch den Polen dienstbar gemacht, d. h. es wurden massenhaft polnische Bauern auf bisher polnischen oder auch deutschen Großgrundbesitzungen seßhaft gemacht. Mit der einen Hand (der Generalkommissionen) riß also der preußische Staat das wieder nieder, was er mit der anderen Hand (der Ansiedelungskommission) zum Zwecke der Eindeutschung der Ostmarken aufgebaut hatte.

Es ist das Verdienst des „Alldeutschen Verbandes", daß er in seiner Zeitschrift, den „Alldeutschen Blättern", schon im Jahre 1894 in einer Reihe von Aufsätzen aus sachkundigster Hand unter der Ueberschrift: „Der preußische Staat als Polonisator", die damals berechtigtes Aufsehen erregten, auf diese unerhörten Mißstände*) aufmerksam machte.

Diese Mißerfolge der preußischen Gesamtpolitik waren um so empfindlichere, als die verpolende amtliche Tätigkeit des preußischen Staates von zahlreichen Vereinen und privatwirtschaftlichen Unternehmungen (Landbanken, Genossenschaften u. s. w.) der Polen unterstützt wurde, während auf deutscher Seite jede private Tätigkeit im Sinne der Fortsetzung der deutschen Besiedelung des Ostens fehlte. Es waren damals seit dem Erlaß des Gesetzes vom 7. Juli 1891 bis zum Ende

*) Zustände, die Professor Hans Delbrück in seiner Gewohnheit, das Unwahrscheinliche zu verteidigen, natürlich als gesunde nachzuweisen suchte. Vgl. Alldeutsche Blätter vom 15. April und 19. August 1894 und Aktenstücke und Beiträge zur Polenfrage, herausgegeben vom Alldeutschen Verbande. Berlin, M. Priber 1894. 50 Pfennig.

Digitized by Google

des Jahres 1893 im ganzen 1882 Rentengüter ausgetan worden. Von diesen waren nicht weniger als 524 mit polnischen, 16 mit litauischen und 44 mit masurischen, im ganzen also 584 d. h. fast ein Drittel der Austuungen in dem ganzen Staate mit nichtdeutschen bäuerlichen Wirten besetzt. Wenn man das Jahr 1893 für sich betrachtet, so waren die in diesem Jahre angesetzten Rentengüter sogar zur Hälfte polnisch und die Generalkommission zu Bromberg hatte im Jahre 1893 sogar doppelt so viele polnische Ansiedler angesetzt, als die naturgemäß langsamer und vorsichtiger arbeitende Ansiedelungskommission Deutsche.

Dieser geradezu lächerliche und jedenfalls unerträgliche Zustand war das natürliche Ergebnis der polenfreundlichen Politik des Grafen Caprivi. Unter der Reichskanzlerschaft des Fürsten Hohenlohe geschah wenig Positives auf diesem Gebiete, abgesehen von der im Jahre 1898 erfolgten Erhöhung der Fonds. Immerhin genoß diese Zeit den großen Vorteil der ungestörten Ruhe der Ansiedelungsarbeiten, die Fürst Hohenlohe gewähren ließ, ohne mit unausgesetzten Neuerungen dazwischen fahren zu lassen.

Eine tatsächliche Förderung des Ansiedelungswerkes erfolgte erst dann, als Graf Bülow Reichskanzler wurde, leider zunächst nur auf dem Wege der Verordnung statt auf dem des Gesetzes, indem die Generalkommissionen verpflichtet wurden, die erforderliche Rücksicht auf die Ziele der räumlich unmittelbar neben ihnen arbeitenden Ansiedelungskommission zu nehmen.

Ein gründlicher Wandel erfolgte erst im Jahre 1904 durch das Gesetz vom 10. August 1904.

Inzwischen war aber bereits genügendes Unheil geschehen, denn bis zum Schlusse des Jahres 1903 waren durch das Rentengutsverfahren 1148 Güter mit 246898 Hektar aufgeteilt, welche ganz oder teilweise zur Rentengutsbildung (112549 Hektar) verwendet worden sind. Die Zahl der ausgelegten Rentengüter betrug 9923, von denen 7223 Neuansiedelungen und 2700 Zukäufe zu schon bestandenen kleineren Privatstellen sind. Von den Rentengutsnehmern sind 5872 evangelisch, 4031 katholisch, 8 mennonitisch, 5 baptistisch und 7 israelitisch. Nach der Volkszugehörigkeit sind 6635 Deutsche (2 Oesterreicher, 9 Schweizer), 2699 Polen, 138 Litauer, 379 Masuren, 49 Kassuben, 18 Tschechen, und 1 Amerikaner. Der Polenkurs in der Rentengutssiedelung hatte also während seines Bestehens mehr Polen als „Ansiedler" gebracht, als die Ansiedelungskommission Deutsche.

Mag man nun die Tätigkeit der Ansiedelungskommission bewerten wie man will. So viel steht fest, daß ihre Erfolge bisher nicht aus-

Digitized by Google

reichten, um das Vordringen des Polentums in den Ostmarken aufzuhalten und die deutsche Besiedelung und Eindeutschung des Ostens wirksam zu fördern. Dies ergibt sich aus den nachstehenden nüchternen Tatsachen:

In den sieben Jahren von 1897 bis 1903 gingen über 40 000 Hektar, also über 8 Quadratmeilen *mehr* deutscher Besitz in polnische Hand über, als umgekehrt.

Und in dem Jahrzehnt 1890 bis 1900 nahm die polnische Bevölkerung im Reg.-Bez. Marienwerder um 9,8 %, die deutsche nur um 4,0 % zu; im Reg.-Bez. Posen betrug der Zuwachs der Polen 9,5 %, der Deutschen aber nur 1 %; in Bromberg nahmen die Polen um 12,8 %, die Deutschen aber nur um 7,9 % zu.

Eine recht bedenkliche Erscheinung ist, daß u. a. im Jahre 1904 der Ansiedelungskommission 505 *Bauernwirtschaften* zum Ankauf angeboten wurden (wie viele davon deutsche?), von denen nur ein kleiner Teil angekauft werden konnte, sodaß die Mehrheit in polnische Hände übergegangen sein dürfte oder noch übergehen wird.

Man redet so oft von einer Entvölkerung der Ostmarken im 19. Jahrhundert. Eine solche liegt *nicht* vor, wenn auch die Ostmarken sich weit langsamer entwickelt haben, als das mittlere, westliche und südliche Deutschland und wenn auch die tatsächlich vorliegende, doch nicht unbeträchtliche Bevölkerungs*zunahme* nicht das Ergebnis der Zuwanderung aus dem Westen, sondern das des Geburtenüberschusses ist und wenn auch die Zunahme leider mehr den Polen, als den Deutschen zugute gekommen ist.

Die Bevölkerungs*zunahme* betrug in:

	1816—1871	1871—1900	1816—1900
Ostpreußen	?	173 692	?
Westpreußen	?	248 715	?
Ost- und Westpreußen	1 670 290	422 407	2 092 697
Posen	763 667	303 457	1 067 124
Schlesien	1 765 104	961 688	2 726 792
Zusammen Ostmarken	4 199 061	1 687 552	5 886 613
hierzu Pommern	748 981	203 506	952 487

Nur in wenigen Zählperioden war ein wirklicher Bevölkerungs*verlust* zu verzeichnen. Dieser betrug in Ostpreußen 1885 bis 1890: 812 und 1895 bis 1900: 10 063 Personen und in Pommern 1880 bis 1885: 34 459 Einwohner. Sonst zeigen alle Zählperioden in allen östlichen Provinzen Bevölkerungszunahmen.

Dies gilt aber nur von Provinzgesamtheiten. Geht man näher auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land ein, so hatten in Ost-

Digitized by Google

preußen in dem Zeitraum von 1885 bis 1890 die Stadtgemeinden zwar eine Zunahme von 99 881, die Landgemeinden aber eine Abnahme von 62 730 Köpfen aufzuweisen.

Die Auswanderung aus den Ostmarken machte allerdings immer weitere Fortschritte.*) Und zwar waren es vielmehr die Deutschen als die Polen, die diese Provinzen verließen. Von ganz besonderem Belange aber war es, daß die Polen als Sachsengänger nur vorübergehend nach dem Westen (Sachsen, Westfalen, Berlin) wanderten, um mit größeren Geldmitteln ausgestattet nach dem Osten zurückzukehren, dort bäuerlichen Besitz und Kleinbesitz durch die polnischen Ansiedelungsbanken zu erwerben und damit endgültig in den Ostmarken seßhaft zu werden, während die aus den Ostmarken westwärts wandernden Deutschen durch die dortige höhere Lebenshaltung im Westen festgehalten wurden. Diese Bewegung wurde ganz besonders gefördert durch die Preußengängerei der russischen und galizischen Polen, die angeblich nur vorübergehend innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches als Zeitarbeiter in Landwirtschaft und Industrie (Bergbau) geduldet wurden und auf die innere westliche Wanderung im Deutschen Reiche wie ein treibender Keil wirkte. (Max Weber).

Tatsächlich bleibt offenbar ein großer Teil dieser polnischen Sommerarbeiter dauernd innerhalb der Reichsgrenzen.

Der Bevölkerungsaustausch zwischen den einzelnen Teilen des Deutschen Reiches, die sogenannte Binnenwanderung, läßt sich leider statistisch nicht kontrollieren. Wir kennen nur das Ergebnis, den Niederschlag dieser Wanderung in der sogenannten Gebürtigkeitsstatistik, die erkennen läßt, wo die bei der Volkszählung am Zählort vorgefundenen Menschen geboren waren. Diese Statistik genügt aber, den Niederschlag des Bevölkerungsaustausches innerhalb des Deutschen Reiches kennen zu lernen, der also wohlverstanden, nur die Zahl derjenigen zeigt, die z. B. bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 noch übrig waren von jenem größeren Wanderungsstrome (eines Menschenalters).

Danach ist nun in dem letzten Menschenalter vor Ende des 19. Jahrhunderts die Bilanz, d. h. das Mehr der Abwanderung gegenüber der Zuwanderung für die Ostmarken (und auch Pommern und Mecklenburg) ein außerordentlich ungünstiges. Aus der Statistik des Deutschen Reiches Bd. 150 S. 140* können wir folgende Schlußzahlen ableiten:

*) Vergl. die Zusammenstellung der neueren Literatur hierüber, der gemachten und geplanten Reformversuche, mehr die sozialen und agrarischen als die nationalen Seiten der Sache berücksichtigend, in der Leipziger Doktordissertation von Arthur Reich aus Königsberg „Die Landarbeiterfrage der Provinz Ostpreußen" Königsberg 1903.

Digitized by Google

Ohne Rücksicht auf die sogenannte natürliche Vermehrung der Bevölkerung durch den Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle, sondern nur durch die Binnenwanderung hatten die Ostmarken, d. h. die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien einen Bevölkerungsverlust von 1 400 648 Personen, denn von der östlichen Wanderung nach den Ostmarken lebten am 1. Dezember 1900 nur noch 283 006 Personen, während von den Menschen, die aus den Ostmarken westwärts abgewandert waren, noch 1 683 654 lebten. Wie groß mag da der „Zug nach dem Westen" selbst gewesen sein!

Die Zahlen sind im einzelnen die folgenden:

Die Wanderungsbilanz im deutschen Osten 1900.

In den Ostmarken leben		Aus den Ostmarken stammen	
Geborene in Mittel-Deutschland	165 391	Lebende in Mittel-Deutschland	880 176
„ „ West- „	107 700	„ „ West- „	760 729
„ „ Süd- „	9 915	„ „ Süd- „	42 749
	283 006		1 683 654
			283 006
Mehrabgabe des Ostens an Mittel-, West- und Süd-Deutschland			1 400 648

In der Provinz Ostpreußen leben		Aus der Prov. Ostpreußen stammen	
Geborene in den übrigen Ostprov.	37 370	Lebende in den übrigen Ostprov.	83 883
„ „ Mittel-Deutschland	20 239	„ „ Mittel-Deutschland	206 152
„ „ West- „	13 099	„ „ West- „	223 924
„ „ Süd- „	1 212	„ „ Süd- „	9 877
	71 920		523 836
			71 920
Mehrabgabe Ostpreußens an das übrige Deutschland:			451 916

In der Prov. Westpreußen leben		Aus der Prov. Westpreußen stammen	
Geborene in den übrigen Ostprov.	106 427	Lebende in den übrigen Ostprov.	80 968
„ „ Mittel-Deutschland	44 932	„ „ Mittel-Deutschland	174 285
„ „ West- „	17 110	„ „ West- „	93 783
„ „ Süd- „	1 310	„ „ Süd- „	6 103
	169 779		355 139
			169 779
Mehrabgabe Westpreußens an das übrige Deutschland:			185 360

In der Prov. Posen leben		Aus der Prov. Posen stammen	
Geborene in den übrigen Ostprov.	96 126	Lebende in den übrigen Ostprov.	96 170
„ „ Mittel-Deutschland	43 258	„ „ Mittel-Deutschland	214 720
„ „ West- „	22 480	„ „ West- „	166 793
„ „ Süd- „	1 869	„ „ Süd- „	8 152
	163 733		485 835
			163 733
Mehrabgabe Posens an das übrige Deutschland:			322 102

Digitized by Google

In der Prov. Schlesien leben		Aus der Prov. Schlesien stammen	
Geborene in den übrigen Ostprov.	73 096	Lebende in den übrigen Ostprov.	51 998
„ „ Mittel-Deutschland	56 962	„ „ Mittel-Deutschland	285 019
„ „ West- „	55 01	„ „ West- „	276 229
„ „ Süd- „	5 524	„ „ Süd- „	18 617
	190 593		631 863
			190 593

Mehrabgabe Schlesiens an das übrige Deutschland: 441 270

An der Mehrabgabe westwärts waren also beteiligt

Ostpreußen mit	451 916	Personen
Westpreußen „	185 360	„
Posen „	322 102	„
Schlesien „	441 270	„
Die Ostmarken zusammen mit	1 400 648	Personen
Hierüber noch Pommern mit	218 600	„
Mecklenburg mit	99 430	„

Leider waren an dieser Mehrabgabe weniger die Polen als vielmehr die Deutschen beteiligt.

Die Scheidung der Deutschen und Polen auf derselben statistischen Grundlage ist leider nicht möglich. Man muß auf die Statistik der Muttersprache zurückgreifen. Da fanden sich am 1. Dezember 1900 außerhalb (westlich) der Ostmarken im deutschen Reiche Vertreter folgender Muttersprachen:

nur polnisch	235 595
polnisch und deutsch	44 657
nur masurisch	10 825
masurisch und deutsch	2 338
nur kassubisch	499
kassubisch und deutsch	269
nur litauisch	3 862
litauisch und deutsch	1 367
	299 412

Man wird nun annehmen dürfen, daß der größere Teil dieser außerhalb der Ostmarken lebenden Polen, Masuren, Kassuben und Litauer erst im Laufe ihres Lebens (nicht schon ihre Eltern und Voreltern) westwärts gewandert sind. Dann würde also von dem westlichen Wanderungsverluste der Ostmarken im Betrage von 1 400 648 Personen weniger als 300 000 auf diese Fremden, dagegen mehr als 1 100 000 auf die Deutschen (und Juden) entfallen.

Denn auch die Juden sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beträchtlich westwärts abgewandert, in Posen schon seit 1861, in Westpreußen seit 1871, in Ostpreußen und Schlesien seit 1880.

Der Grund liegt offenbar darin, daß die Polen sich im Laufe des 19. Jahrhunderts selbst einen Handelsstand geschaffen haben, der die frühere fast ausschließliche Tätigkeit der Juden auf diesen Gebieten überflüssig macht.

Hierzu kommt, daß die Juden sich über ihren ursprünglichen proletarischen

Digitized by Google

Zustand im Osten erhoben haben und nun bessere Lebensbedingungen im Westen suchen, während ein Ersatz aus dem Osten fast gar nicht stattfindet.

Es wird behauptet, daß der Rückgang der Landstädte in den Ostmarken die Folge der Abwanderung der Juden und dieses wiederum das Ergebnis des Zusammenwirkens der Ansiedelungskommission mit dem Genossenschaftswesen sei. Unsere Tabelle zeigt, daß diese Bewegung viel früher eingesetzt hat, als es Ansiedelungskommission und Genossenschaften gab.

Im Reg.-Bez. Bromberg haben bis 1900 die Evangelischen stärker zugenommen als die Katholischen (Polen). Der Rückgang des Deutschtums ergibt sich dort nur aus der Abwanderung der Juden. Vgl. die Tabellen bei Wegener Seite 315.

Uns fehlt leider hier der Raum, diese außerordentlich belangreichen Tatsachen hier im einzelnen statistisch darzulegen. Die Hauptzahlen sind die folgenden:

Die Zahl der Juden in den preußischen Ostmarken.

Jahre	Ostpreußen	Westpreußen	Zus. Ost- und Westpreußen	Posen	Schlesien	Zus. Ostmarken	Pommern
1861	?	?	37 635	74 172	40 856	152 663	12 488
1864	?	?	39 677	70 008	43 127	152 812	13 181
1867	?	?	39 541	65 508	44 822	149 871	13 049
1871	14 425	26 632	41 057	61 982	46 629	149 668	13 036
1880	18 218	26 547	44 765	56 609	52 682	154 056	13 886
1885	15 667	24 654	40 321	50 866	51 481	142 668	13 291
1890	14 411	21 750	36 161	44 346	48 003	128 510	12 246
1895	14 364	20 238	34 602	40 019	47 593	122 214	11 661
1900	13 877	18 226	32 103	35 327	47 586	115 016	10 880
	demnach Zu- oder Abnahme						
1861—64	?	?	+ 2 042	— 4 164	+ 2 271	+ 149	+ 693
1864—67	?	?	— 136	— 4 500	+ 1 695	— 2 941	— 132
1867—71	?	?	+ 1 516	— 3 526	+ 1 807	— 203	— 13
1861—71	?	?	+ 3 422	— 12 190	+ 5 773	— 2 995	+ 548
1871—1880	+ 3 793	— 85	+ 3 708	— 5 373	+ 6 053	+ 4 388	+ 850
1880—85	— 2 551	— 1 893	— 4 444	— 5 743	— 1 201	— 11 388	— 595
1885—90	— 1 256	— 2 904	— 4 160	— 6 520	— 3 478	— 14 158	— 1 045
1880—90	— 3 807	— 4 797	— 8 604	— 12 263	— 4 679	— 25 546	— 1 640
1890—95	— 47	— 1 512	— 1 559	— 4 327	— 410	— 6 296	— 585
1895—1900	— 487	— 2 012	— 2 499	— 4 692	— 7	— 7 198	— 781
1890—1900	— 534	— 3 524	— 4 058	— 9 019	— 417	— 13 494	— 1 366
1861—1900	?	?	— 5 532	— 38 845	+ 6 730	— 37 647	— 1 608

Quelle: Zeitschrift des Königl. preuß. statist. Bureaus, 1863, 66, 69, 74, 82, Preußische statistische Handbücher I.—IV. Jahrg.

Digitized by Google

In diesen Ergebnissen der westlichen Wanderung ist die sogenannte Sachsengängerei noch nicht mit einbegriffen, wenigstens nicht die landwirtschaftliche, da die landwirtschaftlichen Sachsengänger im Winter (Zählung am 1. Dezember!) in ihre Heimat zurückgekehrt zu sein pflegen.

Die Zahl der Sachsengänger (Saisonwanderer aus dem Osten nach dem Westen) schätzte Kärger im Jahre 1890 in seinem Buche über die Sachsengängerei auf 100 000, Th. Frh. von der Goltz im Jahre 1901 im Handwörterbuch der Staatswissenschaften auf 2—300 000 Köpfe, wobei er allerdings die aus den benachbarten Ländern Oesterreich kommenden Zeitarbeiter einbezog.

Und doch muß man beide streng getrennt halten. Denn es liegt auf der Hand, daß die dem Deutschen Reiche angehörigen Sachsengänger trotz ihres abweichenden Volkstums auch in völkischer Hinsicht eine andere Rolle spielen, als die nach dem Deutschen Reiche wandernden russischen und galizischen und aus Böhmen kommenden tschechischen Zeitarbeiter.

Georg von Mayr beziffert den Abgang von Arbeitern aus den 4 Ostmarkprovinzen in dem Jahre 1892:

durch Sachsengängerei auf	51 804 M.	45 090 W.	96 894	zusammen
„ Auswanderung „	8 093 „	6 536 „	14 629	„
Ueberhaupt auf	59 897 M.	51 626 W.	111 523	zusammen

Die sogenannten „Russen", tatsächlich Polen aus Rußland, wurden in den letzten Jahren oft auf jährlich 40 000 geschätzt. Die preußische Regierung kennt ihre Zahl, veröffentlicht sie aber nicht gern.

Ueber die Zahl der reichsfremden „Preußengänger" geben G. von Mayr, Calwer und Fritz Stutzke (die Preußengängerei russisch- und galizisch-polnischer Arbeiter. Neudamm 1903) einige spärliche Zahlen, auch dazu noch in der Beschränkung auf die Provinz Posen als Einwanderungsgebiet (wenn auch dieses natürlich das politisch wichtigste ist).

Danach belief sich der Zuzug in der Provinz Posen

	aus Rußland	aus Oesterreich	Zusammen
1891:	7 814	85	7 899
1898:	9 184	2 177	11 361
1899:	10 926	4 986	15 912
1900:	13 232	9 693	22 925

Digitized by Google

Nach Angaben des russischen Finanzministers ist die Zahl der russisch-polnischen Sachsen- oder Preußengänger von 17000 im Jahre 1880 auf 135000 im Jahre 1902 gestiegen und die Ersparnisse, die diese Sommerarbeiter aus Deutschland in ihre Heimat trugen, beliefen sich allein im Jahre 1903 auf 20 bis 22 Millionen Mark. Nach anderweiten russischen Angaben betrugen die Zahlen 1895: 56000, 1900: 119000, und 1901: 140000. Hierzu kommen nun noch die galizisch-polnischen Sommerarbeiter.

* * *

So kam es, daß in dem ersten Menschenalter nach der Errichtung des Deutschen Reiches das Ergebnis einer tausendjährigen Geschichte auf dem Gebiete der preußischen Ostmarken und die heldenmütigen Leistungen ganzer Geschlechtsfolgen wieder in Frage gestellt werden konnten.

Nicht mit großen, aber mit einer ganzen Reihe kleiner Mittel versuchte man nunmehr von Staats wegen einzuschreiten.

Welcher Umschwung sich auf dem Gebiete der Ostmarkenfrage und damit auch auf dem Gebiete des Ansiedelungswesens inzwischen vollzogen hatte, das ergibt sich aus einer Polenrede des Reichskanzlers Grafen Bülow vom 13. Januar 1902, in der er u. a. sagte: „Ich halte die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt". Graf Bülow hat sich zu dieser Auffassung erfreulicherweise seitdem immer und immer wieder bekannt, so z. B. in der Reichstagsrede vom 15. März 1905.

Zunächst galt es, ein Gegengewicht zu schaffen gegen die Erfolge der polnischen Ansiedelungstätigkeit oder wenn möglich, diese Tätigkeit ganz lahm zu legen.

Und da man sich in der preußischen Gesetzgebung noch immer nicht zu dem Bruche mit der sogenannten „Parität" bequemen wollte, mußte ein Umweg geschaffen werden, der nach meiner Ueberzeugung eigentlich mehr gegen den „Rechtsstaat" verstößt, als ein Bruch mit der Gleichheit, der aber an sich in ganz zweckmäßiger Weise zum Ziele führt, indem er die private Ansiedelungstätigkeit (Parzellierung) auf ländlichem Grundbesitz von der Genehmigung einer staatlichen Behörde abhängig macht.

Digitized by Google

Dies ist geschehen durch das für die alten preußischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen geltende Gesetz vom 10. August 1904. (Zur Abänderung der alten Bestimmungen über die Gründung neuer Ansiedelungen vom 25. August 1876 und 16. September 1899). Der ausschlaggebende, deshalb bei der Beratung viel umstrittene, aber schließlich doch angenommene § 13b des Gesetzes sagt in seinen zwei ersten Absätzen das folgende:

„Die Ansiedelungsgenehmigung ist im Geltungsgebiete des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, vom 26. April 1886 (G. S. S. 131) zu versagen, solange nicht eine Bescheinigung des Regierungspräsidenten vorliegt, daß die Ansiedelung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht im Widerspruche steht.

In den Provinzen Ostpreußen und Schlesien und den Regierungsbezirken Frankfurt, Stettin und Cöslin findet diese Vorschrift sinngemäße Anwendung."

(Dieser zweite Satz des § 13b war auf Anregung des Herrenhauses in das Gesetz aufgenommen worden, da man fürchtete, die polnischen Ansiedelungsbanken würden nunmehr ihre Tätigkeit vom Geltungsgebiete des Gesetzes vom 26. April 1886 nach Schlesien, Ostpreußen, Pommern und Brandenburg verlegen.)

Aus der Ausführungsverordnung vom September 1904 zu dem Ansiedelungsgesetze vom 10. August 1904, abgedruckt im Ministerialblatt für die innere Verwaltung vom 31. Januar 1905, ist die folgende Bestimmung als die wichtigste hervorzuheben:

„Das Ziel des Gesetzes ist die Stärkung des deutschen Elementes gegenüber Gefährdungen in nationaler Beziehung. Der Erreichung dieses Zieles soll auch der § 13b dienen. Die Vorschrift soll eine Handhabe gegen alle Bestrebungen und Maßnahmen bieten, durch die auf dem Gebiete des Ansiedelungswesens das Deutschtum in diesen Landesteilen in seinem Bestand, in seiner Entwickelung oder Ausbreitung, wenn auch nur mittelbar, gefährdet wird. Von dem § 13b ist ein nachdrücklicher und uneingeschränkter Gebrauch zu machen.

Die Entscheidung über den Siedelungsantrag ist nach sachlichen Rücksichten zu treffen. Es sollen weder Polen grundsätzlich von der Ansiedelung ausgeschlossen werden, noch haben Deutsche ohne weiteres Anspruch auf die Erteilung der in § 13b vorgeschriebenen Bescheinigung."

* * *

Digitized by Google

Diese kraftvollere Ansiedelungspolitik der preußischen Regierung ist nun unterstützt worden und soll noch des weiteren mittelbar unterstützt werden durch eine Reihe anderer Maßregeln, von denen einige ganz zweckmäßig und wirkungsvoll erscheinen.

An erster Stelle steht die Verstärkung der Mittel zum Ankauf von Domänen, also zur Vermehrung des Staatsbesitzes, wie denn der Fürst Bismarck bei dem Ansiedelungsgesetz von 1886 zunächst hieran gedacht hatte. „Es stand nun gar nichts im Wege, den Besitz des polnischen Adels anzukaufen, ihn in Händen zu behalten und ihn dann nach Zeit und Umständen zu verwerten". (B. 22. 2. 96 bei Poschinger, Tischgespräche II. 284).

Durch Gesetz vom 1. Juli 1902 wurden (neben 150 Millionen Mark für die Ansiedelungskommission, vgl. oben S. 81) im Artikel 2 100 Millionen Mark zum Erwerb von Domänen und Forsten der Staatsregierung zur Verfügung gestellt (außerordentlicher Domänenankaufsfonds). Außerdem verfügt aber die Verwaltung auch über die nicht unbeträchtlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Domänen, die den Betrag von 1 600 000 Mark übersteigen.

Im Jahre 1904 konnten 58 Domänen gekauft werden, und zwar 3 in Schleswig-Holstein, 11 in Ostpreußen, 22 in Westpreußen, 2 in Pommern, 16 in Posen, und 4 in Schlesien (also 58 allein in den Ostmarken).

Unter der nicht amtlichen Bezeichnung „Polenfonds" werden alle die Ausgaben des preußischen Haushaltes zusammengefaßt, die außer den beiden genannten Siedelungsstocks (von 450 und 100 Millionen Mark) in jedem Etat zur Stärkung des Deutschtums in den Grenzgebieten ausgeworfen werden. Dahin gehören vor allen Dingen die Ostmarkenzulagen, die Dispositionsgelder der Oberpräsidenten der gemischtsprachigen Provinzen, Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in den Provinzen Posen und Westpreußen. Nach der Berechnung eines Abgeordneten beliefen sich diese Gelder zusammen im Etat für 1904 auf 10 600 000 Mark.

Im Etat für 1905 wurden die Verfügungsgelder der Oberpräsidenten gegen das Vorjahr um 750 000 Mk. erhöht, also auf 2 250 000 Mark gebracht.

Eine weitere belangreiche Maßregel war die Bewilligung der Ostmarkenzulage an diejenigen Beamten (und Lehrer) Preußens, die in den Ostmarken tätig sind, ausgehend von der leider früher nicht maßgebenden Anschauung, daß man in den Ostmarken die besten

Digitized by Google

Beamten verwenden und sie dort dauernd festhalten müsse. Leider hat der „deutsche" Reichstag unter dem Einflusse des Zentrums und des Freisinns die Gewährung einer entsprechenden Zulage an Beamte der Post und andere Reichsbeamte in den Ostmarken auch im Jahre 1905 wieder abgelehnt.

In Posen ist am 4. November 1903 eine „Akademie" eröffnet worden, die schon im ersten Jahre des Bestehens von 1158 Zuhörern besucht wurde. Glücklicherweise hat man aber von der Errichtung einer Universität Abstand genommen.

Ob die in Posen errichtete große Kaiser Wilhelm-Bibliothek und das Kaiser Friedrich-Museum wirklich nur dem Deutschtum zugute kommen werden, ist mindestens zweifelhaft, zumal sie in bezug auf polnische Literatur nahezu „paritätisch" behandelt werden.

Dagegen kann die begonnene Förderung des deutschen Theaterwesens aus Staatsmitteln nur gebilligt werden und zwar aus den verschiedensten Gründen.

Die 1904 beschlossene Erbauung eines königlichen Schlosses in Posen mit einem Aufwande von 5350000 Mark, an sich einwandfrei, dürfte doch für den angegebenen Zweck der Festigung des Deutschtums keinen wirksamen Erfolg versprechen.

Auch die geplante Errichtung eines neuen Regierungsbezirkes Allenstein muß hierher gerechnet werden. Sie will es u. A. ermöglichen, daß die Behörden in den masurischen Gebieten in wirksamerer Weise die nationalen Interessen pflegen.

Digitized by Google

XVI. Die Lage in den Ostmarken.

Es ist wohl selbstverständlich, daß ich die jetzige Lage in den Ostmarken nicht nur der reichlich vorhandenen Literatur entnommen, sondern mich auch bemüht habe, die Dinge dort, besonders in den Ansiedelungsgebieten, mit eigenen Augen zu sehen. Immerhin können tiefbegründete und ausreichende Urteile nicht durch Studienreisen sondern nur durch jahrelange Arbeit an Ort und Stelle gewonnen werden. Ich habe mich deshalb an einen Freund in den Ostmarken gewendet, der seit Jahren im dortigen Wirtschaftsleben steht, und dieser hatte schon Anfang 1902 die Güte, mir seine Ansichten in einem längeren Briefe darzulegen, den ich zur Ergänzung meiner vorstehenden Ausführungen nachstehend im wesentlichen wiedergebe. Was ich mir aus seinen Forderungen angeeignet habe, das ergibt der Abschnitt XVII.

Ich möchte nur noch vorausschicken, daß meine alldeutschen nicht den Ostmarken angehörenden Freunde und ich bei den zahllosen Erörterungen der Ostmarkenfrage erklärlicherweise gewöhnlich die politischen Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt hatten. Hieraus erklärt sich die teilweise gegensätzliche vorwiegende Betonung der wirtschaftlichen Seite der Frage. Ich glaube, daß die Leser dieses Buches das zwingende der Beweisführung des Verfassers anerkennen werden. Wenn der Brief auch aus dem Jahre 1902 stammt, so ist er doch heute noch so zeitgemäß wie vor drei Jahren:

„Nur das unglückselige Zusammentreffen der Aufnahme der Ostmarken in den preußischen Staatsverband mit den Anfängen der theoretisch-liberalen Richtung, die das 19. Jahrhundert beherrschte, hat es bewirkt, daß es in Posen und Westpreußen eine Polenfrage noch gibt. Wäre es historisch möglich gewesen, einerseits eine zielbewußte deutsche Kolonisation im weitesten Sinne des Wortes, wie diejenige des Netzebruches ein Jahrhundert hindurch zu treiben, andererseits Abstand zu nehmen von den auf eine kulturelle Hebung der

Digitized by Google

polnischen breiten Masse gerichteten z. T. diesen aufgezwungenen Bestrebungen, so würde das Polentum der jetzigen Provinzen Posen und Westpreußen, mit ihrer anfangs so geringen Bevölkerungsdichtigkeit, längst im Deutschtum aufgegangen sein. Man hat sich nach dem Sprichwort „die Schlange am eigenen Busen" großgezogen.

Nachdem dies einmal geschehen, muß man mit den veränderten Verhältnissen rechnen. Der Gedanke der Germanisierung des vorhandenen Polentums ist zurzeit ein utopischer. Erst dann kann er wieder aufgenommen werden, wenn wieder eine wirtschaftliche Machtverschiebung eingetreten ist, d. h. wenn wirtschaftlich das Deutschtum nicht mehr in der Verteidigungsstellung sich befindet wie jetzt, sondern wieder in einer starken Angriffsstellung, und zwar derart, daß namentlich auch die katholische Kirche es in ihrem Interesse zweckmäßiger findet, sich mit dem Deutschtum in Posen und Westpreußen auszusöhnen, als zugunsten des evangelischen Deutschtums an Boden zu verlieren. Zurzeit hat sie an einer solchen Aussöhnung gar kein Interesse, da sowohl sie sich bei dem heutigen Zustande der wachsenden Ausbreitung des katholischen Polentums sehr gut steht, wie auch dieses selbst: denn auch letzteres hat schlechterdings keinerlei Interesse daran, hinsichtlich der Verteidigung seiner Nationalität nachgiebig zu sein. Denn was bietet ihm der Staat? Alle Vorteile, die er zu vergeben hat, bekommt es unabhänig davon, ob es deutsch wird oder polnisch bleibt. Ein gründlicher Wandel hierin kann nach den jetzigen politischen Verhältnissen nur allmählich eintreten. Als Endziel ist also natürlich festzuhalten, daß innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches eine rein deutsche Bevölkerung lebt. Aber im Augenblick handelt es sich nicht sowohl um ein Einflußnehmen auf die Gesinnungen des polnischen Bevölkerungsteils, als um die Herbeiführung einer kräftigen Wendung in der Entwicklung der wirtschaftlichen Stärkeverhältnisse der beiden Nationalitäten.

Wie zurzeit die Gesinnungen der preußischen Polen sind und sich äußern, hat lediglich eine taktische Bedeutung insofern, als die Durchsetzung einer richtigen Polenpolitik umso leichter wird, je unverhüllter und schärfer die Deutsch- und Preußenfeindschaft der Polen sich offenbart. Wie alle die anderen kleinen slawischen Nationen, sind sie unter dem befruchtenden Einflusse deutscher Kultur und deutscher Fehler national mündig geworden. Es ist sicher richtig, wenn zurzeit von der preußischen Regierung stets erklärt wird, man werde zufrieden sein, wenn die Polen sich zur preußischen Staatsgesinnung bequemten. Tat-

Digitized by Google

sächlich ist aber diese Forderung gleichbedeutend mit derjenigen der Aufgabe der polnischen Nationalität. Denn diese und die Anerkennung des preußischen Staates sind, wie die Dinge sich entwickelt haben, unvereinbar. Man mag selbst die polnische Presse unterdrücken, die polnische Sprache in Versammlungen verbieten — an sich vielleicht erwünschte Maßregeln — so wird man damit zurzeit doch einen Einfluß auf die polnischen Volksgesinnungen nicht ausüben. Von dem Agitationsherde Galizien aus und durch die Kanäle der Hierarchie und des Adels wird der Zündstoff bei den heutigen Verkehrsverhältnissen stets weiter und tiefer in die Volksmassen hineingetragen werden. Ein wirtschaftlich vorwärtsschreitendes Volk wie die Polen wird durch solche Maßregeln nicht entmutigt. Erfolg können diese erst haben, wenn der Wiedereintritt des äußeren Rückganges der polnischen Rasse, wie wir ihn in Deutschland bis in die sechziger Jahre hatten, Verwirrung und Entmutigung in ihre Reihen getragen hat. Inzwischen dienen jene Maßregeln dem Autoritätsbedürfnisse des Staates, halten in gewisser Hinsicht die Aufmerksamkeit des deutschen Westens auf die Entwicklung in den Ostprovinzen lebendig, tragen aber andrerseits die Gefahr in sich, die Blicke abzulenken von den wirklich wichtigen Erscheinungen, von den im Stillen sich vollziehenden wirtschaftlichen Veränderungen zu ungunsten des Deutschtums.

Marcinkowskiverein, Bildung eines polnischen Mittelstandes, Rückgang des deutschen Grundbesitzes, Handwerks und Handels, Entwicklung des polnischen Genossenschaftswesens, prozentualer Rückgang der deutschen Bevölkerung — das sind die bekannten Erscheinungen des deutschen wirtschaftlichen Niederganges in den Ostmarken.

Der innerste Grund ist einerseits, daß auf der polnischen Seite das Proletariat, und zwar ein gesundes, durch die Geistlichkeit gut geführtes, vom preußischen Staate mit guten kulturellen Waffen ausgestattetes Proletariat steht, andererseits, daß unter dem Einflusse unrichtig angewandter Staatshilfe und ungünstiger äußerer Verhältnisse das Deutschtum der Ostmark widerstandsunfähig und -unlustig geworden ist. Auf wessen Seite heute das „Proletariat", d. h. die körperlich arbeitende, breite Masse — Bauer und Arbeiter — steht, der pflegt stets der Stärkere zu sein. Das Proletariat — das Wort stets in diesem von jeder geringschätzigen Nebenbedeutung freien Sinne begriffen — ist der größte Konsument. Unter straffer Leitung kann es daher den wirtschaftlichen Boykott wirksam durchführen, seine aus Westdeutschland durch die Sachsengängerei hereingebrachten Spargroschen füllen die

Digitized by Google

polnischen Genossenschaftskassen mit Millionen und befähigen sie dadurch zu den größten Unternehmungen. Aus ihm entsteht ferner ein unerschöpflicher Nachwuchs von Anwärtern für alle Stellungen und Nahrungen, die mit der neuen wirtschaftlichen Blüte des Polentums entstehen: zunächst unzählige Scharen Landhungriger, die für höchste Preise Landparzellen überall erwerben, von denen aus sie wie die lippischen Ziegler über ganz Deutschland hin wandern. Mit dem Verdienten schließlich stets auf die Heimatscholle zurückkehrend und trotz aller Berührung mit der Fremde treu an Muttersprache und polnischem Heimatsgefühl festhaltend, besiedeln sie das platte Land nach und nach so dicht, daß innerhalb dieser Gemeinden — die zum Teil unter Mithilfe preußischen Staatskredits (Generalkommissionen) geschaffen sind — für irgend eine deutsche Regung keinerlei Raum bleibt. — Ferner die Lehrlinge für den neuen polnischen Handwerker- und Kaufmannsstand! Und endlich in zweiter Generation auch der Nachwuchs für die gelehrten Berufe u. dergl. Es kann bei der Fülle des Angebots sorgfältigste Auslese gehalten werden und was sich nicht bewährt, wird rücksichtslos fallen gelassen. Man denkt nicht an sentimentale Rücksichten auf die einzelne Existenz, sondern in gesundestem inneren Wettbewerb schreitet das Ganze vorwärts — an der Spitze stets —, wenn auch nicht führend, sondern durch die Verhältnisse getrieben, — der polnische Arbeiter, der an der Sprachgrenze seit über 20 Jahren überall den deutschen anspruchsvolleren Arbeiter verdrängt.

Und andererseits das Deutschtum? Es stellt sozusagen die oberen Zehntausend der Posener Bevölkerung dar, nur in dem verhältnismäßig schwachen Bauern- und Handwerkerstande reicht es bis in die breiten Volksmassen hinein. Es ist nach der bekannten Redensart eine Armee von Offizieren und Unteroffizieren mit spärlicher Mannschaft. Die Auffassung, daß in dem Besitze von Bildung und Kapital eine Waffe liege, mit der es der Uebermacht sich erwehren könne, ist eine irrige. Die Geschichtsvorstellung, als wenn in früheren Jahrhunderten der Deutsche den slawischen Boden mit Bildung und Kapital, mit der Uebermacht der höheren Kultur erworben hätte, ist eine falsche: letztere siegt nur da, wo sie sich mit den entsprechenden Machtmitteln ausrüstet, wo sie für sich zugleich die Rechte des Stärkeren in Anspruch nimmt — wie es im Mittelalter die deutsche Kolonisation stets getan hat, sei es, daß sie mit dem Schwert in der Hand auszog, sei es, daß der slawische Machthaber, der sie herbeirief, sie mit Vorrechten ausstattete und mit dem Schwert in der Hand schützte. Die breite

Digitized by Google

Masse der polnischen Bevölkerung, sozusagen eine schlafende Kraft, die durch die Kulturarbeit der Deutschen und des Staates aufgeweckt ist, hat wirtschaftlich den Kopf erhoben und schüttelt kraftvoll das Deutschtum über sich ab. Dieses aber hat alle Fehler einer höheren Volksschicht, der der Untergrund eines homogenen Proletariats fehlt. Es fehlt das Heimatgefühl. Die Anziehungskraft des reindeutschen Westens, gefördert durch die Auffaugung der tüchtigsten Elemente in dem Militär- und Beamtenberuf, zieht Tausende fort, — die Zurückbleibenden erwarten größtenteils ihr Heil weniger von der eigenen Kraft als von der des Staates —, die Konkurrenz mit dem polnischen Proletariat aufzunehmen, haben sie zu gute Tage gesehen und zu wenig robuste Kraft —, in dem Bestreben, das erschütterte Deutschtum zu schützen, werden vielfach Existenzen künstlich gehalten, die wert sind, zugrunde zu gehen, es fehlt also innerhalb des Deutschtums die rücksichtslose Auslese, die den richtigen Mann an den richtigen Fleck bringt, überall findet man die Spuren jener eigentümlichen Art von Unzufriedenheit und Zerfahrenheit, wie sie herabsinkende, der Aufreibung entgegengehende obere Stände zeigen.

Kurz: es ist ein ungleicher und an sich, d. h. ohne staatliches Eingreifen, ziemlich aussichtsloser wirtschaftlicher Kampf, — eine vordringende polnische Flut, vor der das Deutschtum zurückweicht — sogar bis tief in die Kreise des deutschen Bauernstandes hinein, des sonst noch festesten Bollwerkes.

Sieht man die Sache derart an, so leuchtet die verhältnismäßig geringe Bedeutung aller nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Maßregeln für den Ausgang dieses Kampfes ein. Sie können die wirkliche Wunde nicht heilen. Auch rein kulturelle, den wirtschaftlichen und kulturellen Zustand der Ostmark hebende Maßregeln können keinen durchgreifenden Einfluß ausüben: denn das rührigere und zahlreichere Polentum wird von ihnen stets mehr Gebrauch machen als das Deutschtum. Auch Wohltaten, die den vorhandenen Deutschen erwiesen werden, helfen auf die Dauer nicht, da sie seine innere Kraft nicht heben können: es ist ein alter psychologischer Erfahrungssatz, daß man mit Geschenken herabsinkende Existenzen in der Regel nicht aufrecht hält.

Durchgreifend helfen kann vielmehr nur eins: Das Uebel muß an der Wurzel gefaßt und dem Deutschtum das gegeben werden, was ihm, außer in einigen überwiegend deutschen Grenzkreisen, so sehr fehlt: der robuste Unterbau. Ein deutsches Arbeiterproletariat in die Provinz zu ziehen, was das Nächstliegende wäre, ist leider ein unmög-

Digitized by Google

liches Unterfangen: das hieße gerade gegen den Strom schwimmen, wo er am stärksten ist. Denn der deutsche Landarbeiter kann mit dem anspruchsloseren polnischen nur ausnahmsweise wetteifern, und eine deutsche Industrie im Osten würde bald ebenso polnische Arbeiterheere beschäftigen, wie die oberschlesische es tut, also nur ein neuer Nährboden für die fruchtbare polnische Rasse sein. Dem deutschen Handwerk fehlt bei dem Boykott des Polentums der *Markt* und damit die Möglichkeit der Ausbreitung. Es bleibt als letzte Hoffnung nur das eigenartige Mittelding zwischen Arbeiter und besitzenden Klassen, der *selbst arbeitende Bauer*. Das ist ein wirtschaftliches Gebilde, in dessen Produktion wir *einstweilen* dem Polentum noch überlegen sind und das sich außerdem mehr als irgend ein anderer Stand dazu eignet, von Staatswegen damit zu experimentieren. Wo Staatseingriffe den Handwerker längst verdorben haben, bleibt der Bauer noch gesund. Die Bodenverteilung ist stets wesentlich der Willkür und den Eingriffen der Machthaber unterworfen gewesen, und nicht Gegenstand eines freien Wettbewerbes und seiner Zufallseinwirkungen. Hätten wir, wie in Oberschlesien, eine verhältnismäßig schon erhebliche Zersplitterung des Besitzes und einen *starken* polnischen Bauernstand, so wäre auch hierin kein Heilmittel zu finden. Denn die Ueberführung ganzer Bauerndörfer aus der Hand der einen Nation in die der anderen ist unter den heutigen Verhältnissen nicht auszudenken. Wir haben aber *zurzeit* in Posen und Westpreußen noch soviel Großgrundbesitz, daß man ohne Bedenken — sagen wir: 25 % des Grund und Bodens der national gemischten Bezirke in Kleinbauernland aufteilen kann. Die Entfernung eines großen Besitzers und die Entlassung seiner losen Arbeiter ist in der Zeit des mobilen Grundbesitzes und der Freizügigkeit eine leichte und ziemlich schmerzlose Operation. Bringen wir über 30, 40, 50 % des Großgrundbesitzes der fraglichen Bezirke in die deutsche kleinbäuerliche Hand, und zwar genügend schnell, und sichern wir in der Art, wie die Ansiedelungskommission es tut, uns schlechthin gegen den Rückfall dieses Besitzes in polnische Hand, so tritt damit wiederum eine neue absolute Verschiebung in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen ein: *auch das Deutschtum der Ostmarken erhält seinen ausreichenden Jungbrunnen frischer Kraft* und wird wieder in sich gesund.

Diese Maßregel — die *einzige*, die uns helfen kann —, ist aber nicht *auf die Dauer* möglich und wirksam.

Die Zunahme des Polentums, unterstützt durch die so gut wie ungehinderte Zuwanderung aus Russisch-Polen, ist bekanntlich eine so

Digitized by Google

starke, und die Abwanderung des Deutschtums eine so erhebliche, daß in den Hauptbezirken der bisherigen Tätigkeit der Ansiedelungskommission deren Arbeit knapp vermocht hat, das frühere Zahlenverhältnis zwischen den Nationalitäten aufrecht zu erhalten, während es in den Bezirken, wo die Ansiedelungskommission weniger gearbeitet hat, in immer steigendem Maße ungünstiger wird. Die Aussichten eines durchgreifenden Umschwunges werden also mit jedem Jahre schlechter. Insbesondere verringert sich auch mit jedem Jahre die Möglichkeit der Ueberführung von Großgrundbesitz in deutschen bäuerlichen Besitz. Denn die sogenannte innere Kolonisation — Besitzverkleinerung — im Osten Deutschlands ist nicht ein *künstlicher*, sondern ein in den wirtschaftlichen Verhältnissen, namentlich in der Arbeiterfrage begründeter natürlicher Vorgang, dessen Ausnutzung zu ihren Gunsten sich auch die Polen nach Kräften angelegen sein lassen. Der Großgrundbesitz, auf den der Staat nicht rechtzeitig die Hand legt, wird in polnische Dörfer verwandelt, einerlei ob er früher in deutscher oder polnischer Hand war. Das immer weiter steigende Kulturniveau des polnischen Bauern macht diese Bewegung mit jedem Jahre kräftiger und damit unsere z. Zt. noch vorhandenen Aussichten noch geringer. Die immer weiter verbesserten Verkehrseinrichtungen und die für die Getreidepreisentwicklung immer günstiger werdende Lage der Provinz Posen in Verbindung mit dem Landhunger des polnischen Kleinbauern führen zu einer wachsenden Ausgleichung der Bodenpreise zwischen dem Osten und Westen Deutschlands. Infolgedessen wird mehr und mehr der natürliche Anreiz für die Zuwanderung westdeutscher Landwirte in die Provinz Posen, sowie nach Westpreußen aufhören, der Jahrzehnte hindurch in den verhältnismäßig sehr viel niedrigeren Bodenpreisen lag. Dies erschwert aber wiederum, namentlich auch in finanzieller Beziehung, eine groß angelegte bäuerliche Kolonisation mit jedem Jahre mehr.

Ich glaube deshalb, daß auf diesem Gebiete Gefahr im Verzuge ist. Was wir heute — als letztes Rettungsmittel — noch imstande sind zu tun, wird nach 15, 20 Jahren *nicht mehr* mit durchgreifendem Erfolge möglich sein.

Diejenigen unter uns Deutschen in der Ostmark, die einen klaren, unbefangenen Blick für die nackte Wirklichkeit der Dinge und zugleich das Gefühl haben, hier als *Mitarbeiter an der deutschen Sache*, nicht als Verfechter *irgendwelcher* persönlicher Interessen zu stehen, *müssen* mir zustimmen, wenn ich sage: wir, die wir hier jeder in seiner Weise versuchen, die Stellung des Deutschtums verteidigen zu

Digitized by Google

helfen, tun dies mit vollem klaren Bewußtsein der Aussichtslosigkeit unserer Arbeit, sofern die eine ängstliche Hoffnung sich nicht erfüllt: daß man nämlich an den maßgebenden Stellen rechtzeitig zu der Auffassung komme: nur ganze volle Arbeit auf dem Gebiete der Grundbesitzverteilung vermag die deutsche Sache im Osten zu retten. „Salus rei publicae suprema lex esto." Wer den Erfolg will, muß auch die Mittel wollen. Wer an verantwortlicher Stelle stehend, aus irgend welchen Rücksichten sich scheut, aus der nicht ernst genug zu beurteilenden Sachlage nicht nur mit dem Worte, sondern auch mit der Tat die Schlußfolgerungen zu ziehen, den trifft vor der Geschichte die klare Schuld an dem Verluste der deutschen Stellung in Posen und Westpreußen.

Diese Schlußfolgerungen sind:

1. Es muß so schnell, wie möglich, aller Großgrundbesitz in Posen und den gemischtsprachigen Teilen Westpreußens, der irgend zu haben ist, in die Hand des Staates gebracht werden, damit er soweit dazu brauchbar, für Besiedelungszwecke verwendet werden kann. Alle die wechselnden Theorien: man solle nur Boden dieser oder jener Art, nur Güter aus polnischer Hand, nur in dieser oder jener Gegend, nur nach diesem oder jenem System, nur so viel wie man jeweilig besiedeln könne, nur innerhalb eines gewissen Jahresankaufsbudgets usw. kaufen, sind gleich verkehrt und verderblich und haben größten Schaden angerichtet. Um ihretwillen hat man die Zeit verpaßt, wo man freihändig die halben Provinzen Posen und Westpreußen ankaufen konnte. Die einzig vernünftige Regel für den freihändigen Ankauf ist vielmehr die, alles zu nehmen, was man preiswert haben kann, d. h. haben kann, ohne sich unnötig für die Zukunft die Preise zu verderben. Insbesondere muß ganz mit dem Grundsatze gebrochen werden, den freihändigen Ankauf aus deutscher Hand einzuschränken. Hat man einstweilen noch nicht genügend Ansiedler, um mit der Besiedelung dem beschleunigten Ankaufe nachzufolgen, so mag man vorläufig ruhig die früheren deutschen Besitzer als Pächter auf den preiswert erworbenen Gütern sitzen lassen. Die Hauptsache ist, daß man allen verkäuflichen Grundbesitz aus dem Markt nimmt und in die Hand des Staates bringt.

2. Um diese Aufgabe mit der nötigen Schleunigkeit durchzuführen, ist eine Erhöhung des Ansiedelungsfonds um etwa 300 Millionen erforderlich.

3. Eine Beschleunigung der Besiedelung ist durch mäßige Herab-

Digitized by Google

schraubung der bisher erhobenen Rentabilitäts- und Vermögensanforderungen und weiterer Vermehrung der Werbetätigkeit erreichbar.

4. Man wird aber mit diesen Maßregeln allein nicht ausreichen. Denn der größte Teil des polnischen Großgrundbesitzes ist heute für den Staat auf keine Weise mehr freihändig käuflich. Es muß daher dem Staate bezüglich des gesamten über 100 Hektar großen Grundbesitzes der Provinz Posen und der näher zu bezeichnenden Kreise Westpreußens ein gesetzliches Unkaufsrecht beigelegt werden, bei dessen Ausübung die Entschädigung der Vorbesitzer wie bei der Enteignung, jedoch in einem einfacheren, dem Instanzenzuge der ordentlichen Gerichte entzogenen Verfahren stattzufinden hätte.

Für diese Maßregel ist vielleicht unsere öffentliche Meinung noch nicht reif. Mit ihr steht und fällt aber die Vorherrschaft des Deutschtums in der Ostmark. Die öffentliche Meinung muß deshalb an diesen Gedanken gewöhnt werden und vor allem muß es den regierenden Kreisen klar sein, daß dies Postulat den Kurs bezeichnet, den ihr Schiff steuern muß. „Im öffentlichen Interesse", das sei hier noch angefügt, ist nach geltendem Gesetze der König zur Verleihung des Enteignungsrechtes befugt. Sollte hier ein öffentliches Interesse nicht in hervorragendem Maße in Frage kommen?

5. Inzwischen sind es zwei andere vorbereitende Schritte, die unter Einsetzung der Autorität der Regierung sofort durchzusetzen wären, nämlich erstens eine Beschränkung der polnischen Ansiedelungstätigkeit. Die Form dafür ist leicht zu finden. Es ist sozusagen selbstverständlich, daß, wenn der Staat Millionen für deutsche bäuerliche Kolonisation zur Verfügung stellt, er sich diese Arbeit von anderer Seite nicht sollte durchkreuzen lassen. Daraus folgt die Notwendigkeit einer Bestimmung, wonach „innerhalb des Geltungsgebietes des Gesetzes vom 26. April 1886 die Genehmigung zur Gründung neuer Ansiedelungen und Kolonien auch dann zu versagen ist, wenn durch dieselbe die Erreichung der Ziele des Gesetzes vom 26. April 1886 beeinträchtigt wird." Zweitens muß ein Weg gefunden werden, unbedingt den Rückfall des jetzigen deutschen Besitzstandes in den Provinzen Posen und Westpreußen in polnische Hand, wie er sich z. Z. massenhaft vollzieht, zu verhindern. Der beste Weg dazu wäre die Aufstellung einer „deutschen Höferolle", eines Verzeichnisses des deutschen Besitzes und der Erlaß der gesetzlichen Bestimmung, daß im Interesse des friedlichen Nebeneinanderlebens beider Nationalitäten es, bei Vermeidung des staatsseitigen Erwerbes

Digitized by Google

zum Taxwerte, der behördlichen Genehmigung bedarf, wenn in diese Rolle eingetragener Besitz in die Hände solcher Personen übergeht, die nicht das Deutsche als Haus- und Muttersprache sprechen. Das ist der viel einfachere, billigere und sicherere Weg gegenüber dem anderen notfalls in Frage kommenden Vorschlage: den gesamten vorhandenen und irgendwie gefährdeten deutschen Bauernstand durch vertragsmäßige Umwandlung in Rentenansiedler vor dem Rückfall ihres Besitzes in polnische Hand zu schützen. Etwas Durchgreifendes muß jedenfalls in dieser Richtung geschehen. Der Kampf der Nationalitäten hat außerhalb der rein deutschen, mit guten öffentlichen Einrichtungen ausgestatteten Ansiedelungsdörfer und der älteren rein polnischen Gemeinden überall zu einem so starken Besitzwechsel, zu so mangelhafter Ansässigkeit des Bauernstandes geführt, daß auch der deutsche Bauernstand ohne ein seine Ansässigkeit förderndes Besitzrecht vor dem polnischen Andrang nicht mehr Stand hält. Er ist zu sehr Spekulant mit dem Grund und Boden geworden, ist auch seinerseits überall, wo der Pole in das deutsche Dorf erst einmal Einzug gehalten hat, angekränkelt von dem Gefühl, nicht Mannschaft in Reih und Glied, sondern eine lose Streifschar und obere Bevölkerungsschicht zu sein. Er bedarf aufs neue der Erziehung und Disziplin.

6. Untrennbar Hand in Hand gehen muß mit einer groß angelegten Bodenpolitik natürlich eine vernünftige Bevölkerungspolitik, d. h. man muß sich über folgendes klar sein: die Stärke des Polentums, sein vordringendes Proletariat, kann auch seine Schwäche werden; nämlich dann, wenn man es nicht ansässig werden läßt, wenn man seine Abwanderung begünstigt und seine Zuwanderung unterbindet. Starke innere Kolonisation ist mit einer Beschränkung der Arbeitsgelegenheit für den besitzlosen Arbeiter verbunden. Abwanderung der dadurch freiwerdenden Kräfte in den Westen, wo sie auf die Dauer unschädlich sind, oder nach Amerika ist das Erwünschte. Andrerseits muß unbedingt mit der Politik der offenen Grenze gegen Rußland und Oesterreich gebrochen werden, sonst kann der Rückgang des deutschen Arbeiterstandes an der Sprachgrenze nie zum Stehen kommen. Die entgegenstehenden Interessen sind gegenüber den nationalen untergeordnete. Selbst wenn man für andere Provinzen ausreichend kontrollierte Ausnahmen machen wollte — was aber für Schlesien, Ostpreußen und Teile von Pommern national auch sehr bedenklich ist —, in Posen und Westpreußen dürfte jedenfalls kein ausländischer Pole geduldet werden: sonst kann das Land keinen deutschen Charakter annehmen.

Digitized by Google

7. Bilden diese wichtigsten Maßregeln den Hauptinhalt einer erfolgverheißenden Ostmarkenpolitik, so heißt dies natürlich nicht, daß die Gesamtheit der daneben in Betracht kommenden „kleinen Mittel", einheitlich benutzt, nicht auch von erheblicher unterstützender Bedeutung werden könnte.

An die häufigsten und verderblichsten Fehler anknüpfend, möchte ich namentlich folgendes betonen.

Die Staatsverwaltung muß sich hüten, von sich aus jeden gefährdeten Posten des ostmärkischen Deutschtums verteidigen zu wollen. Das ist praktisch unmöglich, verzettelt die Kräfte der Beamten und die Gelder des Staates, untergräbt die eigene Initiative des ostmärkischen Deutschtums, führt durch die Geringfügigkeit der erreichbaren Erfolge zu Enttäuschungen und Mißmut und verhindert, daß die Hauptsachen mit der nötigen Energie und Folgerichtigkeit angefaßt werden. Die Verteidigung solcher kleineren Schanzen muß der Staat der Selbsthilfe der Beteiligten überlassen, und wo diese noch nicht genügend entwickelt ist, sie ruhig dem Feinde preisgeben, um inzwischen zunächst von einigen Hauptpunkten aus das Deutschtum der Ostmark wieder angriffsfähig zu machen.

Damit hängt zusammen der Grundsatz, daß der Staat als solcher möglichst niemals dem einzelnen Deutschen materielle Unterstützung gewähren sollte. Eine solche Verwendung z. B. der staatlichen Dispositionsfonds könnte nur korrumpierend auf unser Deutschtum wirken. Was man tut, um es wirtschaftlich zu heben, soll gleichmäßig allen Angehörigen einer bestimmten Klasse zuteil werden. Die günstigen Bedingungen des Ansiedelungsgesetzes, jedem gewährt, der sich um eine Ansiedlerstelle bewirbt, haben nichts Bedenkliches. Wirtschaftliche Bildungsmittel und dergl., die jedem Deutschen offen stehen, können richtig angewandt aufs Vorteilhafteste wirken. Unterstützungen für gemeinsame wohltätige Unternehmungen nationalen Charakters, Förderung von Einrichtungen, die zur Anregung und Stärkung der wirtschaftlichen Selbsthilfe unter den Deutschen dienen, sowie solcher Einrichtungen, die einseitig für deutsche Kreise bestimmt, das Heimatgefühl des Posener Deutschen stärken und ihm den Aufenthalt hier angenehmer machen, sind mit Freude zu begrüßen, und an ausgiebigen Mitteln dazu darf es nicht fehlen. Dem einzelnen Deutschen dagegen, der unter der Flagge des Deutschtums für sich persönlich etwas fordert, müßte stets mit einem moralischen Fußtritte geantwortet werden. Wir werden sonst niemals zu der sittlichen Wiedergeburt gelangen, deren ein erheblicher Teil unseres ostmärkischen Deutschtums bedarf. Daß Staatsaufträge und die Aufträge aller deutschgesinnten Privaten nur

Digitized by Google

deutschen Lieferern zuteil werden sollen, halte ich für eine selbstverständliche Forderung. Aber das heißt nicht, daß wir uns unverschämte Preise abnehmen, daß wir uns Pfuscherarbeit liefern, daß wir uns unredlich bedienen lassen sollen. Wo das der Fall ist, da müssen wir die betreffenden deutschen Existenzen rücksichtslos herausekeln, müssen uns nötigenfalls von außerhalb der Provinz mit Ware versehen und für frische deutsche Konkurrenz sorgen. *An dem einzelnen Deutschen ist nichts gelegen, an der Gesundheit des Deutschtums alles.* Was faul ist, muß entzwei gehen, künstliche Belebungsversuche an absterbenden Gestalten lähmen unsere nationale Kraft. Ich habe das an einigen Ansiedelungen gesehen. Nichts wirkt stählender und belebender für die ganze Gemeinde, als wenn man die eine oder andere faule Existenz rücksichtslos zugrunde gehen läßt und eine neue an die Stelle setzt. Wir sind nicht berufen, hier als Philantropen und Volksbeglücker zu wirken, sondern um mit rauher Hand den einzelnen an den Platz zu stellen, den die Interessen der deutschen Sache ihm zuweisen, um Pflichten zu erfüllen und zur Pflichterfüllung zu zwingen. Jeder einzelne ist hier Mittel zum Zweck, Figur in der Schlacht, und es blüht daher hier auch den richtigen Führern keine Popularität, sondern vielleicht Achtung und bestenfalls die Liebe kleinerer Kreise.

Es ist ein Zwiespalt in der bisherigen preußischen Ostmarkenpolitik, einerseits von den Beamten zu erwarten und zu verlangen, daß sie hier national wirken sollen, und andrerseits vor der Oeffentlichkeit ihnen die Wahrung der nationalen Parität vorzuschreiben. Gewiß sind die *Gesetze* zu achten. Aber wie es im Leben Gedanken und Phrasen gibt, so gibt es auch in unserer Gesetzgebung konkrete Bestimmungen und gesetzgeberische Redensarten. Zu letzteren gehört für Gebiete wie die vom Polentum unterminierte Ostmark der Kautschukparagraph der Verfassung von der Gleichberechtigung der Staatsbürger, unter dessen Schutz heute so mancher Staatsbürger glaubt, dem Staate zu Leibe gehen zu können. Entweder *dieser Paragraph* ist hier eine Phrase oder der *Schutz des Deutschtums*. Letzterer bedeutet, daß man dem Polen sagt: was die jeweiligen Gesetze, die wir jederzeit zu ändern in der Lage sind, strikte vorschreiben, ist dein Recht. Darüber hinaus gibt es für dich *nichts* — keine Rücksicht, keine Vergünstigung. Was wir an solchen zu vergeben haben, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, erhalten die Deutschen. Keine Eisenbahn wird gebaut, die nicht ganz überwiegend deutschen Interessen dient, keine Staatsmittel werden bereit gestellt, deren Verwendung im deutschen

Digitized by Google

Interesse nicht gesichert ist u. s. w. Im Gegensatze zu den polizeilichen Maßregelungen, die in der ganzen Welt Staub aufwirbeln, lassen solche Sachen sich meist in kleinem Kreise abmachen und auf die Hähne, die darnach krähen, hört kein Mensch, ausgenommen einige grundsätzliche Theoretiker und Polenfreunde. Und diesen gegenüber müßte der einzelne deutsche Beamte des Ostens sich absolut geschützt fühlen — ein Postulat, das sich nicht etwa lediglich an die Regierung, sondern ebenso sehr an die Nationalgesinnten im Landtage, Reichstage und Lande richtet. Die Gleichberechtigung in wirtschaftlichen Dingen, die tatsächlich darauf hinausläuft, daß wir, wie in Galizien, mit der Steuerkraft des industriellen Westens das ostdeutsche Polentum großzüchten, — also tatsächlich gar keine Gleichberechtigung, sondern eine Bevorzugung der Polen ist —, muß so gründlich aufhören, daß demnächst sich zum mindesten der polnische Mittelstand der Städte einmal fragt, ob es wohl noch vorteilhaft sei, Pole — vielfach trotz deutschen Namens — zu sein wie ehedem? Dazu gehört u. a., daß nach Möglichkeit der wirtschaftliche Machtbereich derjenigen Kommunalverwaltungen eingeengt wird, die wegen des mehr oder minder starken Einflusses der Polen und Polenfreunde nach dem „Paritätsprinzipe" arbeiten. Für den Kundigen ist es ein Jammer zu beobachten, wie durch Ueberweisung von Geld oder Steuererhebungsrechten, d. i. wirtschaftlicher Macht an die Provinzialverwaltung, die Kreiskommunalverwaltungen, die städtischen Verwaltungen u. s. w., die fast sämtlich außerstande sind, wirksam und ehrlich nationale Interessen zu wahren, der Staat in Posen und Westpreußen ein nationales Machtmittel nach dem anderen aus der Hand gegeben hat. Es kommt hier nur auf die Grundgedanken an und nicht auf deren Anwendung für jeden Einzelfall, auf die Einzelerörterung der Frage, inwieweit man diese Fehler nachträglich noch wieder gut machen kann. Man kann dazu u. a. durch eine sehr naheliegende Maßnahme viel beitragen: nämlich durch die gesetzliche Bestimmung, daß durch Allerhöchsten Erlaß den Ansiedelungsgemeinden, die aus früheren kreistagsfähigen Rittergütern gebildet sind, deren Virilstimmrecht belassen werden kann — was auf die Zusammensetzung mancher Kreistage einen durchgreifenden Einfluß ausüben und zugleich der sicher sonst demnächst zu erwartenden Unzufriedenheit der Ansiedler über ihre tatsächliche Einflußlosigkeit auf die Kreisangelegenheiten vorbeugen würde. Man kann ferner — abgesehen von vielem anderem — neue Aufgaben in Posen und Westpreußen namentlich auf dem Gebiete des Fachschulwesens u. s. w. statt den Kommunen zuverlässig deutschen

Digitized by Google

Vereinen, Korporationen und dergl. übertragen, die im Gegensatze zu den Kommunen nationale Paritätsrücksichten nicht zu nehmen brauchen und dafür sorgen können, daß solche Maßnahmen ausschließlich dem Deutschtum zugute kommen. Es läßt sich auf Grund dieses Gedankenganges im Kleinen so manches tun. Ist es z. B. nicht erreichbar, durch Dispositionsfonds es dahin zu bringen, daß Deutsche in Posen und Westpreußen von jeder Ueberlastung mit Schul- und Kirchensteuern geschützt sind, so daß in dieser Hinsicht beide Provinzen für den Deutschen zu einem Eldorado werden, was sie in so mancher anderen Beziehung nicht sind? Statt dessen bauen wir mit schweren Opfern aus Staatsmitteln Schulen für die Polenkinder, damit sie nachher, wie in Wreschen, uns mit haßerfüllten Revolten lohnen.

Das Wort Parität habe ich mehrfach gebraucht, natürlich im nationalen, nicht im konfessionellen Sinne. Irgendwelche Aussicht auf Germanisierung von „Vollblutpolen" im Osten haben wir, wie schon oben gesagt, erst dann, wenn wir die katholische Kirche zu einer scharfen Schwenkung veranlaßt haben, die sie nur dann vollzieht, wenn es in ihrem Interesse liegt. Dazu gehört, daß die deutschen Katholiken des Ostens das Gefühl besonderer Fürsorge des Staates haben, im Gegensatze zum polnischen Katholizismus, auf den es Rücksichten irgendwelcher Art nicht geben kann. Eine deutsche Parochie wird im allgemeinen die sein, in der die deutsche Kultussprache öffentlich und im Beichtstuhle die herrschende ist. Die Mitglieder solcher Parochieen müssen daher natürlich teilnehmen an Vergünstigungen wie Schul- und Kirchensteuerentlastung u. s. w. — kurz, hier wird nur die do ut des Politik uns weiterbringen und erst in einer ferneren Zukunft. Inzwischen muß man pflegen, was man an deutschem Katholizismus hat, und wird auch vielleicht durch eine deutsche Besetzung des erzbischöflichen Stuhles eine gewisse Lösung mancher Spannung erreichen, sicherlich aber keine irgendwie ausschlaggebende Verschiebung der Verhältnisse.

Von kultureller Hebung des Ostens wird seit Jahren viel gesprochen. Das ist ein gefährliches Schlagwort, das auch die Besten und Verständigsten mißverstehen und dem entgegenzutreten sehr unpopulär ist. Der richtige Kern darin ist „kulturelle Hebung des ostmärkischen Deutschtums". Anders verstanden, bedeutet es die Fortsetzung des alten Erbfehlers der preußischen Ostmarkenpolitik — der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Polentums. Das kennzeichnendste Beispiel dieser falschen Politik ist der Gedanke der Errichtung einer Universität in Posen, der in sehr zutreffender

Digitized by Google

Weise kürzlich in den Alldeutschen Blättern*) abgefertigt ist. Eine Universität in Posen würde den Polen und dem Marcinkowski-Verein viele Tausende an Studentenwechseln sparen und Hunderte von jungen Polen, die jetzt nicht die Mittel dazu haben, veranlassen, in die betreffenden gelehrten Berufe zu gehen. Unter den vielen sonstigen Beispielen will ich nur noch zwei anführen. Im Eisenbahnwesen entspricht es den deutschen Interessen, in den deutschen Bezirken z. B. im Westen der Provinz die Verkehrsverbindungen zu verbessern. Eine Eisenbahn Schrimm-Jarotschin dagegen ist vom nationalen Standpunkte aus unverständlich. Eine Maschinenbauschule in Posen ferner ist so lange von Nutzen, als sie von Deutschen besucht wird. Dient sie zur Ausbildung polnischer Maschinenbauer, so macht sie die polnische Bevölkerung wieder um ein Stück konkurrenzfähiger. Und ob die große Stadt Posen als Ausbildungsstätte für deutsche Maschinenbauer der richtige Ort ist und ob die jungen Leute, die dort lernen, nicht bald in Berlin und Sachsen sind, ob man also mit solchen Unternehmungen nicht viel besser in die Dörfer ginge, statt nach Posen, ist sehr die Frage.

Ich komme damit zur Frage Stadt und Land. Nach dem oben Gesagten ist es klar, daß die etwaige Zukunft des Deutschtums in der Ostmark sich auf das platte Land, auf das Bauerntum stützen wird. In den Städten hatten wir einmal ein starkes Deutschtum, das in Zeiten, wo der Boykott noch nicht erfunden war, von polnischer Kundschaft lebte. Dies Deutschtum hat heut in weitem Umfange seine wirtschaftliche Basis verloren und kränkelt. Das Bedauern darüber ist um so herzlicher, als nüchtern dreinschauende die Hilfe nur aus der Ferne erblicken können, in der zunehmenden deutschen Ansiedlerbevölkerung, die einerseits sich als neue Kundschaft entwickelt, andrerseits das Menschenmaterial zur Wiederbesetzung der verloren gegangenen deutschen Nahrungen in den Städten abgibt. Auf dem Gebiete der Lehrlingsausbildung und der Heranziehung von deutschen Lehrlingen, sowie auch des Handwerker-Genossenschaftswesens läßt sich für die Vorbereitung dieser besseren Zukunft allerlei tun. Im übrigen ist die städtische Bevölkerung spröde gegenüber jederlei Staatseingriffen. Wo der Bauer trotz Staatshilfe noch ein anständiger Kerl bleibt, ist der Gewerbetreibende, bei dem der Gesichtspunkt der freien Konkurrenz und des Angewiesenseins auf eigne Kraft eine noch viel größere Rolle spielt, schon innerlich korrumpiert. Es kommt hinzu, daß wir in den Städten mancherlei Elemente haben, die nicht zu den Zierden und Stützen des

*) Alldeutsche Blätter Nr. 6 u. 14 vom 8. Febr. u. 5. April 1902.

Digitized by Google

Deutschtums gehören und deren fortdauernde Abwanderung und Ersatz durch andere Personen und Organisationen zur inneren Gesundung des Deutschtums nur beitragen kann. Alles in allem kann man wohl sagen: es gilt in den Städten zu trösten, im Kleinen zu helfen, die Zukunft nicht aus dem Auge zu verlieren. Aber Großes für die deutsche Sache kann von ihnen nicht ausgehen und es wäre deshalb auch verkehrt, den neuen Kräften, die sich vom platten Lande aus entwickeln, zugunsten entgegenstehender städtischer Interessen Fesseln anzulegen. Geht uns jetzt manches in den Städten verloren, so hilft vielleicht der eine Gedanke etwas darüber hinweg: die politisch-nationale Widerstandskraft der Städte ist nach allen Erfahrungen viel geringer als die des platten Landes, also auch die der polnischen Städte gegenüber einem überwiegend deutschen platten Lande.

Auf dem Gebiete der Schule muß man mit dem bestehenden Systeme rechnen und ist dadurch gebunden. Alles weitere Experimentieren wäre vom Uebel. Wir haben also die obligatorische Schule mit deutscher Unterrichtssprache. Innerhalb dieses Systems aber sollte man namentlich festhalten, daß die erste Hauptsache der Unterricht an die deutschen Kinder und die Vermeidung der Gefahr ist, daß die deutschen Kinder durch die polnischen in ihren Leistungen und der Entwicklung ihrer nationalen Gesinnung zurückgehalten werden. Das ist der Hauptgrund, wenigstens da, wo nicht mehrklassige Schulsysteme sind, gegen die sogenannte Simultanschule. Daraus folgt etwas zweites: das polnische Kind, das im Gegensatze zum deutschen die erforderliche Kenntnis der deutschen Sprache nicht mitbringt, macht der Schule wesentlich mehr Arbeit und Kosten als das deutsche. Es ist daher nur gerecht, wenn dem Deutschen die Lasten erleichtert und die Polen erhöht herangezogen werden. Vorschulen, in denen die Kinder für die Schule zum Deutschsprechen vorbereitet werden, müßten auf Kosten der betreffenden Eltern, nicht auf Staatskosten errichtet werden.

Was die politischen Mittel angeht — Beschränkung der Versammlungen, Zeitungen u. s. w. — so habe ich mich darüber schon ausgesprochen. Die Autorität des Preußischen Staates läßt sich im Osten ohne eine scharfe Polizei nicht wahren. Im übrigen aber stehen diese Mittel in ihrer praktischen Bedeutung sozusagen an letzter Stelle. Man soll nicht schlaff sein in solchen Dingen, soll andrerseits aber von ihnen auch nichts erwarten, wenigstens so lange nicht, wie wir den Polen ihr wirtschaftliches Selbstgefühl und Vertrauen in die Zukunft nicht genommen haben.

Digitized by Google

Endlich ist oft und von vielen Seiten, aber ohne Erfolg schon hervorgehoben worden, wie zur Erreichung von Erfolgen in der Ostmark eine größere Stetigkeit der deutschen Politik erforderlich sei. Meist denkt man dabei fälschlich an das in seiner Energie schwankende Auftreten der staatlichen Polizeigewalt. Viel wichtiger ist auch auf diesem Gebiete die Folgerichtigkeit der wirtschaftlichen Politik, in erster Linie der Ansiedelungspolitik, demnächst aber auch in allen anderen Wirtschaftszweigen. War bisher doch der Zustand der, daß sozusagen alle fünf Jahre die nationalen Theorien wechseln und infolgedessen vor den Augen des kundigen Beobachters ein klägliches Trümmerfeld aller möglichen angefangenen und niemals zu Ende geführten nationalen Projekte liegt. Größere Stetigkeit in der Geltendmachung der amtlichen Einflüsse, unterstützt durch eine entsprechende Praxis in der Beamtenanstellung und -behandlung und die Auswahl wirtschaftlich, nicht polizeipolitisch denkender Personen muß hier Abhilfe schaffen. Es muß weiter namentlich aber auch für größere Einheitlichkeit in dem Zusammenarbeiten der verschiedenen Ressorts gesorgt werden. Wenn in dieser Hinsicht die Einheitlichkeit und Stetigkeit der Auffassung in den Berliner Ministerien fehlt, so können auch die Provinzialinstanzen dafür nicht sorgen. Wenn in dem entscheidenden Fachministerium einmal die einzelne Angelegenheit in dies oder jenes Fahrwasser gebracht ist, so vermag die Provinzialinstanz, aus ostmärkischen Erwägungen heraus, der Entwicklung meist keine andere Richtung mehr zu geben, und zum Nachteil des Deutschtums wird im Gesamtstaat alles über einen Kamm geschoren. Es müßte daher in Berlin selbst, am natürlichsten beim Ministerpräsidenten ein genau mit den Verhältnissen der Provinz bekanntes und mit ihnen in Fühlung bleibendes Organ sein, das alle staatlichen Maßregeln unter dem Gesichtspunkte ihres Einflusses auf die Ostmark vorzuprüfen hätte. Dann würde es vielleicht endlich vermieden, daß man Eisenbahnen zur Förderung des Polentums baut, Kreisverbänden, deren Angelegenheiten durch polnische Kreistagskommissionen verwaltet werden, Hunderttausende behufs Ablösung der fiskalischen Wegebaulasten zur freien Verfügung überweist u. s. w. An diesen zwei Beispielen, denen man noch Dutzende anreihen könnte, sei es genug — wie überhaupt natürlich alles Gesagte nur die wesentlichsten Gesichtspunkte andeuten, nicht aber die Einzelheiten erschöpfen soll."

Digitized by Google

XVII. Folgerungen und Forderungen.

Das Deutsche Reich ist ein Kolonialreich. Zwei Fünftel seines Reichsgebietes, die Hälfte des preußischen Staates, sämtliche alte Provinzen des preußischen Staates sind deutscher Ansiedelungsboden. Die größte Leistung, die je das deutsche Volk in seiner Gesamtheit zu verzeichnen hatte, war die Eindeutschung Ostelbiens. Das Deutsche Reich und das deutsche Volk sind in ihrer Geschichte und ihrem Bestande auf die Siedelung des deutschen Volksbodens begründet. Hieraus ergibt sich ohne weiteres die Folgerung und die Forderung, daß die Eindeutschung der undeutschen Grenzmarken noch nicht zum Stillstand gelangen darf, bis es gelungen ist, den deutschen Volksboden mit den Grenzen des Deutschen Reichs in Uebereinstimmung zu bringen, alle noch fremdvölkisch besiedelten Reste des Reichsgebietes einzudeutschen und dem ausdehnungsbedürftigen deutschen Volke nach dem Maße seiner Ausdehnungskraft und Ausdehnungslust neuen Volksboden zur Verfügung zu stellen. Diesem Leitgedanken muß die gesamte innere und äußere Politik des Deutschen Reiches untergeordnet werden. Alles was an staatlichen Einrichtungen, an Ausbau des Rechtsstaates, an Maßregeln zur Volkswohlfahrt (Sozialpolitik), was zur Hebung der Kultur geschieht, alles dieses darf nur als Mittel zum Zweck benutzt werden, dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit durch Errichtung eines Nationalstaates die erforderliche Sicherung zu weiteren Fortschritten und Leistungen zu gewähren.

Das deutsche Volk und alle seine staatlichen Einrichtungen im Reich und in den Ländern müssen sich davon überzeugen, daß die Hauptarbeit des jüngsten Jahrtausends noch nicht zum Abschluß gekommen ist und daß es deshalb die Pflicht des jetzt lebenden Geschlechtes ist, diese Hauptarbeit zu vollenden, da die Fortschritte des Nationalismus bei unseren Nachbarvölkern die

Digitized by Google

Vollendung dieser Hauptarbeit in Zukunft noch schwieriger gestalten werden, als bisher.

Unsere amtlichen Gewalten müssen sich endlich davon überzeugen, daß die hauptsächlichsten Mißerfolge des alten deutschen Bundes darin bestanden, etwa 3 Millionen deutscher Volksgenossen nach überseeischen undeutschen Ländern zu entlassen und sie dort dem völkischen Untergange zu überlassen, statt sie zur Ausgestaltung und Erweiterung des deutschen Volksbodens in Mitteleuropa (oder in geschlossenen Gebieten übersee) zu verwerten, sie müssen sich dessen bewußt werden, daß über der Sicherung des deutschen Reichsgebietes und dem Ausbau des Deutschen Reiches zu einem Rechtsstaate auch ein Menschenalter lang nach der Errichtung des Deutschen Reiches diese erste aller Staatspflichten verabsäumt worden ist und daß wir auch von der Begründung des Deutschen Reiches bis zum Ende des 19. Jahrhunderts abermals 3 Millionen Volksgenossen in der Entsendung in eine deutschfremde Ferne verschwendet haben, statt sie zum Nutzen des deutschen Volkes zu verwerten.

Diese 6 Millionen verschwendeter Deutscher entsprechen der Volkszahl des zweitgrößten deutschen Bundesstaates Bayern. Hätten wir sie im Anschluß an die großen Ueberlieferungen unserer Vorfahren des 9. bis 14. Jahrhunderts zur Siedelung des deutschen Volksbodens verwertet, dann besäßen wir heute zwei Bayern; hätten wir nur die Hälfte der deutschen Auswanderer des 19. Jahrhunderts planmäßig verwendet, dann hätten wir alle Polen und Franzosen und Dänen des heutigen Reichsgebietes durch Deutsche ersetzen können.

Darum von nun an: Planmäßigkeit an Stelle der Planlosigkeit, deutsche Staatskunst an Stelle des weltbürgerlichen Gehen- und Laufenlassens. Und dabei ist es gar nicht nötig, die Planmäßigkeit, eine zielbewußte deutsche Volkspolitik aus Wolkenkuckucksheim zu holen. Wir brauchen nur das zu tun und fortzusetzen, was unsere klügeren, zielbewußteren und leistungsfähigeren Ultvorderen jahrhundertelang betrieben haben: Die Ausdehnung des deutschen Volksbodens.

Die Errungenschaften neuerer Zeit an Verfassung und Gesetzgebung, an Kultur und militärischer Sicherung dürfen uns freilich dabei nicht mehr, wie vielfach bisher, Hindernisse darbieten, sondern sie müssen zu Machtmitteln umgestaltet werden zur schnelleren Erreichung unseres völkischen Hochzieles.

Digitized by Google

Kein Hindernis hat sich auf diesem Gebiete so wirkungsvoll gezeigt, als der Grundsatz der sogenannten Parität. Wir haben schon bei der Besprechung des Deutschen Reiches als Nationalstaat, z. B. I. 1. S. 53 betont, daß mit diesem Grundsatze gebrochen werden müsse. Und dies gilt auch gegenüber der Aufgabe, die deutsche Siedelung in den Ostmarken zu Ende zu führen.

Wenn wir nachstehend trotzdem eine Reihe von Vorschlägen machen, die von der Voraussetzung des Fortbestehens der Gleichheit vor dem Gesetz ausgehen, so rechnen wir eben mit der Wahrscheinlichkeit, daß auf absehbare Zeit hinaus in Deutschland und in Preußen die Form noch mächtiger bleiben wird, als der Wille. Freilich wird die Aufrechterhaltung der Parität dazu zwingen, überall da, wo man in Gesetzen keinen Unterschied zwischen Deutschen und Polen machen will, nach dem Vorgange des § 13b des Gesetzes vom 10. August 1904, den Aufsichts- oder Verwaltungsbehörden, diese Unterscheidung auf Umwegen einzuräumen. Notgedrungen müssen auch wir in einigen Vorschlägen diesen Weg betreten.

* * *

1. Wir beschränken uns an dieser Stelle zunächst auf die Besprechung dessen, was in den preußischen Ostmarken zur Förderung der deutschen Siedelung zu geschehen hat. Weiter unten werden wir in aller Kürze, mehr anhangsweise die reichsdeutschen Nordmarken und Westmarken besprechen, während die Behandlung der deutschen Ostmarken in der österreichisch-ungarischen Monarchie gelegentlich der Prüfung der deutschen Grenzpolitik in dem nächsten (dritten) Hefte dieses Werkes über deutsche Politik erfolgen soll.

Aber auch bei der Besprechung der deutschen Siedelungspolitik in den preußischen Ostmarken müssen wir es uns versagen, die gesamte sogenannte Polenpolitik aufzurollen. Hier müssen wir uns auf diejenigen Maßregeln beschränken, die unmittelbar oder wenigstens mittelbar die Besiedelung des deutschen Volksbodens betreffen. Eine deutsche Siedelungspolitik wird sich hier vier Aufgaben stellen müssen:

a) die Förderung der Abwanderung der polnischen Bevölkerung aus den Ostmarken;

b) die Verhinderung des Zuzuges von Polen aus Rußland und Galizien;

c) das Festhalten der eingeborenen und eingewanderten deutschen Bevölkerung der Ostmarken;

Digitized by Google

d) die Förderung der deutschen Einwanderung in die Ostmarken.

Freilich werden sich diese Aufgaben nicht ganz scharf voneinander abgrenzen lassen, da einige Maßregeln der Erreichung mehrerer dieser Aufgaben gleichzeitig dienen.

* * *

a) Wir haben schon bei der Besprechung des Deutschen Reiches als Nationalstaat (I. 1. 56.) dargelegt, daß wir einer zwangsweisen Eindeutschung der in den Grenzen des Deutschen Reiches wohnenden Polen nicht das Wort zu reden vermögen. Diejenigen Polen, die sich mit der Tatsache abfinden, daß Preußen und das Deutsche Reich deutsche Nationalstaaten sind und noch mehr werden müssen, brauchen auch von ihrer Scholle nicht verdrängt zu werden. Nach den allgemeinen Gesetzen von Wirkung und Gegenwirkung werden aber die Polen aus den Ostmarken weichen müssen, die der natürlichen Entwicklung der Dinge Widerstand leisten.

Es würde deshalb falsch sein, die sogenannte Sachsengängerei innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches zu verhindern oder zu erschweren. Im Gegenteil, man fördere diese freiwillige Neigung zur westlichen Wanderung bei den Polen, freilich womöglich zum Zwecke ihrer überseeischen Auswanderung, aber, wenn es sein muß, auch zur Abwanderung nach dem deutschen Westen und Süden. Diese Gebiete müssen eben die zuwandernden Polen verdauen. Sie können es auch, wenn ihnen nicht, wie im westfälischen Kohlengebiet,*) zu große Anforderungen auf einmal gestellt werden.

Eine Förderung der Auswanderung der Polen nach Amerika läßt sich namentlich damit fördern, daß in Zeiten wirtschaftlicher Notlagen in allen Reichs- und Staatsbetrieben und in allen durch die Regierung beeinflußten privaten Großbetrieben (Bergbau, Hüttenwesen) vor etwaiger Kündigung deutscher Arbeiter planmäßig stets zuerst den polnischen (und tschechischen) Arbeitern gekündigt wird. In solchen Krisen würde an Stelle der Rückwanderung in die Ostmarken gewiß in den meisten Fällen die freiwillige Auswanderung nach Amerika treten. Durch Beeinflussung der Auswanderungsvermittler könnte dieser Vorgang noch beschleunigt werden. Derartige Maßnahmen würden nichts hartes an sich haben, angesichts des Umstandes, daß die fraglichen Arbeitermassen die „heimische Scholle" doch schon verlassen haben und daß in Amerika bereits mehr

*) Vgl. die vom Alldeutschen Verbande herausgegebene Untersuchung über „Die Polen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk". München, Lehmann 1901.

Digitized by Google

als 2 Millionen Polen leben, denen es nach ihren politischen Bekundungen (vgl. oben I. 1. S. 119 ff.) doch recht gut zu ergehen scheint.

Die Seßhaftmachung polnischer Bauern und Arbeiter, die durch die polnischen Landbanken mit so großem Erfolge betrieben wurde, muß mit noch wirkungsvolleren Mitteln verhindert werden, als dies durch das Gesetz von 1904 angebahnt worden ist.

* * *

b) Um es zu verhindern, daß die aus den Ostmarken abwandernden Polen und Deutschen durch ausländische Polen ersetzt werden, ist der Erlaß eines Gesetzes erforderlich, das die Einwanderung von Reichsausländern in das gesamte Reichsgebiet grundsätzlich verbietet und sie im einzelnen Falle von der Genehmigung einer besonderen Behörde abhängig macht. Diese Genehmigung muß jedoch erteilt werden an Deutsche und Abkömmlinge von Deutschen, sie kann erteilt werden an solche Personen, deren Einwanderung im öffentlichen Belang liegt.

Ein zweites Gesetz muß die vorübergehende Einwanderung von Reichsfremden als Zeitarbeiter genehmigungspflichtig machen durch dieselbe Behörde. Die Genehmigung darf nur auf je 9 Monate erteilt und nur wiederholt werden, wenn zwischen zwei Aufenthaltszeiten je mindestens 3 Monate Aufenthalt außerhalb des Reiches liegen. Ueber letzteres ist Bescheinigung der heimischen Behörden (mit Rücksicht auf Unterstützungspflicht) erforderlich. Die Fremden müssen im Besitze von Pässen in deutschem Wortlaut sein. Die Genehmigung ist nicht zu erteilen an Polen und Tschechen. (Sodaß für vorübergehende Bedürfnisse der Landwirtschaft und Industrie die Zulassung von Italienern, Skandinaviern, Ruthenen und Rumänen zulässig bleibt.)

Schon im Jahre 1884 hatte der Fürst Bismarck auf dem Verwaltungswege das Verbot der Einwanderung von Zeitarbeitern nach Preußen ausgesprochen. Dem Ansturme der notleidenden Landwirtschaft gegenüber hat dann die preußische Regierung das Verbot (1890? Graf Caprivi) außer Kraft gesetzt und sich auf die Forderung beschränkt, daß diese Zeitarbeiter gegen Ende des Jahres auf einige Zeit Preußen wieder verlassen müssen. Diese Zeit ist immer mehr eingeschränkt worden, zuletzt auf 6 Wochen. In jeder Beziehung hat sich gezeigt, daß ein Gesetz erforderlich ist, um eine wohlgesinnte Regierung gegen den Ansturm wirtschaftlicher Interessenten zu stärken und um eine schwankende Regierung vor Rückfällen zu schützen.

* * *

Digitized by Google

c) Die eingeborne und eingewanderte deutsche Bevölkerung der Ostmarken muß mit allen zulässigen Mitteln dort festgehalten werden.

Es ist eine vielbeklagte Tatsache, daß die Deutschen in den Provinzen Posen und Westpreußen nicht seßhaft werden, sondern entweder selbst, oder in ihren Nachkommen westlich zurückfluten. Ganz besonders gilt dies von der städtischen Bevölkerung und vom Beamtentum. So kommt es, daß es posener und westpreußische Landsmannschaften fast gar nicht gibt. Der Ostpreuße nennt sich stolz einen Ostpreußen und der Schlesier einen Schlesier. Und beide sind als solche erkennbar. Aber wer kennt einen nach Mundart und Wesen eigenartigen Posener oder Westpreußen? Kaum die Bezeichnungen sind geläufig.

Die erste Vorbedingung einer Fortsetzung der deutschen Besiedelung Posens und Westpreußens ist demnach die Verhinderung der westlichen Abwanderung der dortigen Bevölkerung und das wirkungsvollste Mittel hierfür ist die Seßhaftmachung des bisher besitzlosen deutschen landwirtschaftlichen Arbeiters durch Ueberweisung von Grundbesitz. Kein Opfer darf gescheut werden, und keine Rücksicht (auf Großgrundbesitz) darf genommen werden, um dieses Ziel im größten Umfange zu erreichen.

Unter diesem Gesichtspunkte ist es gewiß richtig, daß man auch sonst dem Deutschen in Posen und Westpreußen den Aufenthalt so angenehm machen muß, als dies durch staatliche und öffentliche Maßregeln möglich ist. Dann wird auch die vielbeklagte Nachlässigkeit des dortigen Deutschtums und die Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit im Kampfe gegen das vordrängende Polentum schwinden, und es wird die mit Recht so oft vermißte Selbsthilfe der Ostmärker eintreten.

Freilich ist es nicht ganz leicht, kulturelle Wohltaten und Annehmlichkeiten nicht in einer Weise zu bieten, daß sie nicht dem Deutschtum zugute kommen, ohne gleichzeitig den rückständigen Polen noch größere Vorteile in den Schoß zu werfen. Gerade der unterschiedslosen Darbietung der Wohltaten der Schule und anderer Kulturmittel während des ganzen 19. Jahrhunderts ist es ja zu danken, daß die Polen in den Ostmarken größere Fortschritte gemacht haben, als die Deutschen und daß sie heute über früher nichtgekannte Machtmittel verfügen, wie über ein gebildetes Bürgertum und einen kenntnisreichen Handelsstand.

Ob dies aber durch die Gründung der Akademie in Posen, oder die Begründung der dortigen großen Bibliothek und ähnliche Dinge der Fall sein wird, ist mehr als zweifelhaft.

Digitized by Google

Alle Kulturdarbietungen sollten vielmehr ihrer Natur nach nur dem Deutschtum zugute kommen.

Gewiß ist die Frage belangreich, ob in den Ostmarken die gemeinsame oder die nach dem Bekenntnis getrennte Schule grundsätzlich bevorzugt werden soll und noch belangreicher ist es, daß dort der Staat sein Hoheitsrecht über die Schule in der Gestalt weltlicher Schulinspektoren noch strenger wahrt, als in anderen Teilen des Staatsgebietes. Aber die Hauptsache bleibt doch, daß die deutschen Kinder der Ostmarken in der öffentlichen Volksschule ebenso gefördert werden, wie die Kinder des Westens und daß sie deshalb durch den gleichzeitigen Besuch ihrer Schulen und Klassen durch polnische Kinder, die die deutsche Sprache nicht genügend beherrschen, nicht zurückgehalten werden.

Daß dieser Grundsatz auf dem Gebiete der Schule in einer hundertjährigen geschichtlichen Entwicklung keine Berücksichtigung gefunden hat, ist eine der Hauptgründe für die Mißerfolge des Deutschtums im Osten.

Es wird sich daher nicht vermeiden lassen, in den Volksschulen oft Parallelklassen für beide Arten von Kindern zu errichten und die sich hieraus ergebenden Mehrkosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Wenn hierdurch gleichzeitig die jetzige übliche Ueberfüllung der Klassen beseitigt wird, so kann dies nur in jeder Beziehung förderlich sein.

Es würde ein sehr großer Fehler sein, wollte man die z. B. im Königreich Sachsen bestehende zwangsweise allgemeine Fortbildungsschule auch in den Landgemeinden der preußischen Ostmarken einführen, wie dies in den Städten leider geschehen ist. Denn dort würden ihre Erfolge durch nicht deutsch sprechen könnende oder wollende Kinder in Frage gestellt werden. Man errichte Fortbildungsschulen, zwinge aber niemanden zu ihrem Besuche. Im Gegenteil. Man mache sie nur denen zugänglich, die tadellos deutsch sprechen und schreiben können und die das Ziel der Volksschule vollständig erreicht haben. Dasselbe gilt von allen Fachschulen und Mittelschulen. Dann wird jedermann und nicht bloß die Kinder die Vorteile der Beherrschung der deutschen Sprache empfinden.

Nichts ist falscher gewesen, als daß die preußische Schule die fremdsprachigen Kinder zur Erlernung der deutschen Sprache mehr oder weniger gezwungen hat. Man meide jeden Zwang, wenigstens auf dem Gebiete der Fortbildungsschule, verknüpfe aber die nicht genügende Kenntnis der deutschen Sprache mit allen möglichen Nachteilen: beim Militär durch längere Dienstzeit, bei Gericht durch Zwang der Bezahlung

Digitized by Google

von Dolmetschern, im Geschäftsleben durch Zwang der Buchführung in deutscher Sprache.

Man behauptet, ohne dies im einzelnen statistisch nachweisen zu können, daß zu der Abwanderung des Deutschtums aus den Ostmarken die deutschen Katholiken ganz besonders beitragen. Ein Wunder wäre dies nicht bei dem Terrorismus, den die polnisch gesinnte römisch-katholische Geistlichkeit gegen ihre Glaubensgenossen deutscher Zunge, ja sogar gegen deutschgesinnte römisch-katholische Priester ausübt. Wenn die preußische Regierung Herrin im eigenen Hause bleiben will, so muß sie ohne Rücksicht auf die Beschützung der Polen durch das Zentrum ihren deutschen römisch-katholischen Untertanen in den Ostmarken einen ganz anderen Schutz gewähren, als bisher, und zwar nicht durch Maßregeln, die bei dem Wechsel leitender Personen wieder in Frage gestellt werden, sondern durch dauernde Einrichtungen.

Da die evangelische Kirche sich auch in den Ostmarken als eine zuverlässige Förderin des Deutschtums bewährt hat, so muß selbstverständlich diese erst recht gefördert werden, z. B. durch Vermehrung der Kirchspiele für die zerstreut lebenden Deutschen und durch Begünstigung der Werke der evangelischen inneren Mission.

Daß von jetzt an bei den jetzigen Anschauungen der jetzigen Regierung in den Ostmarken Polen keine Beschäftigung mehr im Reichs-, Staats- und Gemeindedienst, im Eisenbahndienst, bei der Post, als Arbeiter in Staatsbetrieben, auf Domänen und in den Forsten mehr finden werden, gemäß einem einfachen Gebote der Selbstverteidigung, das wagen wir ja zu hoffen, wenn wir auch für eine Beständigkeit einer derartigen jede Einflußnahme des Zentrums ausschließenden Maßregel für eine fernere Zukunft keine Gewähr zu übernehmen vermögen.

Immerhin wird eine große Nachfrage nach deutschen Beamten und Arbeitern für die Ostmarken erwartet werden dürfen. Hier bietet sich eine vortreffliche Gelegenheit, die deutschen Landeskinder der Ostmarken zu bevorzugen und sie dadurch von der Abwanderung abzuhalten.

Die weitere Ausdehnung der Ostmarkenzulage u. a. auf die in den Ostmarken verbleibenden oder sich dorthin zurückziehenden Reichs- und Staatspensionäre würde auch in dem Sinne der Festhaltung des Deutschtums wirken.

Alles dies ermöglicht zugleich eine Verpflanzung der undeutschen Beamten nach dem Westen, wo sie allmählich und ohne Anwendung von Zwangsmaßregeln eingedeutscht werden können oder gute Gelegenheit zur weiteren westlichen Wanderung haben.

Digitized by Google

Wenn der Deutsche sich in den Ostmarken wohl fühlen soll, dann muß auch das öffentliche Leben einen deutschen Anstrich gewinnen. In diesen jahrhundertelang preußischen und deutschbesiedelten Gebieten müssen endlich polnische Firmen und Anschriften und nur polnisch gedruckte Zeitungen verschwinden.

Die entscheidende Maßregel zur Festhaltung der deutschen Bevölkerung in den Ostmarken besteht aber in der Seßhaftmachung der einheimischen deutschen Arbeiterbevölkerung durch die oben behandelten Mittel der inneren Kolonisation.

Die Gesamtheit aller dieser Maßregeln schafft hoffentlich auch in Posen und Westpreußen eine bodenständige, deutsche, selbstbewußte zur Selbsthilfe geeignete und bereite Bevölkerung, der man nicht mehr den erst jüngst wieder an beachtenswerter Stelle erhobenen Vorwurf machen darf:

„Wenn die Deutschen im Osten sich nicht innerlich erneuern, d. h. mit dem nationalen Geiste erfüllen, der ihnen heute so häufig mangelt, dann werden sie der polnischen Minderheit niemals Herr zu werden vermögen".

* * *

d) Die Förderung der deutschen Einwanderer nach den Ostmarken wird in dem Beamtenstaate Preußen in erster Linie bedingt durch eine angemessene Behördenorganisation. Bei dem herrschenden Ressortpatriotismus der durch Erörterung von Zuständigkeitsfragen oft den besten Teil der zur Verfügung stehenden Kraft und Zeit verbraucht und angesichts der Haltung des Ministerpräsidenten Grafen Bülow, der am 13. Januar 1902 die Ostmarkenfrage in den Mittelpunkt der gesamten preußischen und deutschen Politik stellte, halten wir für nötig und möglich, einen besonderen preußischen Staatsminister „für die Marken" (Ostmarken und Nordmark) zu schaffen, der alle die Dinge in einer Hand zusammenzufassen hätte, die jetzt bei dem Finanzminister, dem Minister des Innern und dem Landwirtschaftsminister verteilt sind. Ein solcher Minister würde auch bei dem Kultusminister, dem Verkehrsminister, dem Eisenbahnminister und dem Justizminister williges Gehör für seine Angelegenheiten finden, als ein Präsident der Ansiedelungskommission.

Diesem Minister müßte insbesondere das Ansiedelungswesen unterstellt werden.

Digitized by Google

Eine weitere Erhöhung des Ansiedelungsstocks von jetzt 350 Millionen Mark um mindestens 150 Millionen Mark, also auf 500 Millionen Mark, wäre erforderlich (also für jede östliche Provinz etwa 100 Millionen Mark und für Schleswig 50 Millionen Mark).

Auch der Stock zum Ankauf von Domänen von jetzt 100 Millionen Mark wäre auf 400 Millionen Mark zu erhöhen, sodaß in den 500 und 400, also zusammen 900 Millionen Mark, der von Gustav Schmoller für ähnliche Zwecke vorgeschlagene Betrag erreicht würde, falls dem nicht das Bedenken entgegensteht, auf diesem Wege die Güterpreise noch mehr zu steigern.

Eine solche Steigerung ist ein Unglück, nicht nur für die künftigen Ansiedler, die ein solches erhöhtes Anlagekapital verzinsen sollen, sondern für die gesamte Landwirtschaft, deren Notstand ja überhaupt zum Teil das Ergebnis der ohne Rücksicht auf die Möglichkeit einer Rentensteigerung hinaufgeschraubten Güterpreise ist.

Einer weiteren Steigerung der Preise durch die Ansiedelungs- und Domänenkäufe muß also mit allen Machtmitteln entgegengearbeitet werden.

Zu diesem Zwecke ist es schon zur Verallgemeinerung des Marktes nötig, auch in Zukunft ebenso von Deutschen, wie von Polen zu kaufen.

In den Kreisen unserer Freunde und auch von uns selbst ist früher häufig die Forderung gestellt worden, es möge das Tätigkeitsgebiet der Ansiedelungskommission auch auf die Provinzen Ostpreußen und Schlesien erstreckt werden. Ganz gewiß ist auch in diesen Provinzen eine Wiederaufnahme der alten staatlichen Förderung der deutschen Ansiedelung dringend nötig. Doch scheint es heute zweifelhaft zu sein, ob das geeignetste Mittel hierfür die Ausdehnung der Ansiedelungstätigkeit gerade im Rahmen der Gesetze von 1886 und 1898 ist. Dagegen spricht, daß eine derartige Maßregel sicher ebenfalls zur Steigerung der Grundstückspreise auch in diesen Provinzen und dadurch in den gesamten Ostmarken führen müßte, daß eine einzige Ansiedelungskommission für die vier östlichen Provinzen undenkbar wäre, daß dann wahrscheinlich für jede Provinz eine also vier Ansiedelungskommissionen geschaffen werden müßten und daß dann das Nebeneinander und der Wettbewerb dieser vier Kommissionen geradezu vernichtend auf die bisher mühsam erworbene Technik und einheitliche Gebarung der Ansiedlerbeschaffung einwirken müßte.

Digitized by Google

Für eine gesteigerte deutsche Besiedelung der Provinzen Ostpreußen und Schlesien sind ja inzwischen in dem Ansiedelungsgesetze von 1904 und in den neuerdings zur Verfügung stehenden Mitteln des Etats neue Grundlagen geschaffen worden, von denen eine zielbewußte Ansiedelungspolitik ganz gewiß Gebrauch zu machen wissen wird. —

Zum Zwecke der vielfach betonten Niederhaltung der Grundstückspreise wird es auch nicht umgangen werden können, die weitere Errichtung von Grundbesitzfideikommissen in den Ostmarken zu verbieten und die Verkäuflichkeit von fideikommissarischen Besitz an den Fiskus (aber nur an diesen) zu erleichtern.

Schon die natürliche Entwicklung der Dinge wird aber dafür sorgen, daß auch bei der Steigerung der Preise die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dahin gehören gesteigerte sozialpolitische Anforderungen an den Großgrundbesitz, die in absehbarer Zeit doch gestellt werden müssen. Wir meinen die größere Fürsorge für die landwirtschaftlichen Arbeiter in bezug auf Lohn, Arbeitszeit und vor allem in bezug auf die Wohnung (Wohnungshygiene, Erbauung von Arbeiterwohnhäusern). Das Reich hat auf dem Gebiete der Handels-, Verkehrs- und Zollpolitik neuerdings die Landwirtschaft vor der Industrie in bewußter und berechtigter Weise bevorzugt. Es ist selbstverständlich, daß das Reich nunmehr mit seiner sozialpolitischen Gegenrechnung kommt in dem Verbot fremdvölkischer Arbeiter und der Fürsorge für heimische deutsche Arbeiter.

Es liegt im Interesse des Standes der Großgrundbesitzer als solchen, daß aus ihm Elemente ausgeschalten werden, die nicht imstande sind, berechtigten nationalen und sozialen Anforderungen zu genügen. Der übrigbleibende Teil des Großgrundbesitzes wird, zumal da er durch die innere Kolonisation seine Arbeiterverhältnisse verbessert, seine wichtige Stellung im Staate dann um so besser auszufüllen in der Lage sein.

Es ist genügend bekannt, daß bei einzelnen Versuchen der freiwilligen Leistung dieser Dinge, sich dies wirtschaftlich durchaus möglich gezeigt hat.*)

*) Entgegen den landläufigen agrarischen Behauptungen muß auf das entschiedenste darauf hingewiesen werden, daß die durch hohe Zölle geschützte Landwirtschaft in der Lage ist, ihren Arbeitern höhere Löhne zu zahlen, bessere Wohnungen und bessere Behandlung zu gewähren, als bisher. Bei rationeller Wirtschaft spielen die Löhne für menschliche Arbeit überhaupt nicht die ausschlaggebende Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion, sie betragen z. B. beim Weizenbau vielfach nur 12% der Produktionskosten. Eine Erhöhung um ein Sechstel würde sie also nur auf 14% steigern.

Digitized by Google

Vor allem aber wird dem Minister für die Marken das Recht eingeräumt werden müssen, auf dem Wege der Zwangsenteignung ländliche und in einer gewissen Einschränkung auch städtische Grundstücke für die Zwecke der Ansiedelung zu erwerben. Dieses Recht müßte der Minister im Gesamtgebiet der vier östlichen Provinzen haben, also nicht nur in dem Gebiet der weiter unten zu behandelnden Militärgrenze, wo ihm noch größere Machtmittel zur Verfügung stehen müssen.

Man hat in den angeblich grundstürzenden Vorschlägen, die wir in diesem Sinne schon längst an anderen Stellen gemacht haben, eine feindselige Gesinnung gegen den Großgrundbesitz und den landwirtschaftlichen Großbetrieb erblicken wollen. Nichts liegt uns ferner. Wir sind mit Wilhelm Roscher der Meinung, daß das Ideal einer Agrarverfassung und einer Landwirtschaft in einer glücklichen Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieb liegt. Aber wir können die bisherige Mischung in unseren Ostmarken für keine glückliche halten, da sie den Großgrundbesitz zu sehr bevorzugt.

Im Durchschnitt des preußischen Staates war im Jahre 1893 der Großgrundbesitz (mit 1500 Mark Grundsteuerreinertrag und darüber) mit 38,0% an der nutzbaren Fläche beteiligt, dagegen in Pommern mit 61,2% (also gegenüber dem Landesdurchschnitt mehr 23,2%), in Posen mit 57,7 (+ 19,7), in Schlesien mit 51,2 (+ 13,2), in Westpreußen mit 44,6 (+ 6,6). Der Großgrundbesitz verträgt also in Schlesien, Posen und Westpreußen (nicht in Ostpreußen) eine beträchtliche Minderung, ehe er auf dem Landesdurchschnitt oder gar auf dem Verhältnis der westlichen Provinzen anlangt, wo das Mischungsverhältnis doch auch nicht als ein ungesundes angesehen werden darf.

Für die Beurteilung dieser Frage ist uns aber auch hier die Grundanschauung maßgebend, daß wirtschaftliche Interessen vor denen des Volkstums zurücktreten müssen. Hätte der Großgrundbesitz seine Aufgabe erfüllt, im Verlaufe von Jahrhunderten die Ostmarken einzudeutschen, so würde heute seine Verminderung nicht in Frage zu kommen brauchen.

Da aber der Bauer sich dem Rittergutsbesitzer auf dem Gebiete der Eindeutschung so unendlich überlegen gezeigt hat und noch zeigt, so muß der Rittergutsbesitzer eben zum Teil dem Bauern und der Gutsbezirk der Landgemeinde weichen.

Dies um so mehr, als die Häufung des Grundbesitzes in wenigen Händen doch keineswegs eine durch jahrhundertelanges Bestehen geheiligte Einrichtung ist. In recht vielen Fällen ist sie vielmehr das Ergebnis des unheilvollen massenhaften „Bauernlegens“ (vergl. z. B. Behre S. 61).

Digitized by Google

Uebrigens verbleibt auch bei Verwirklichung unserer radikalsten Vorschläge dem Großgrundbesitz noch genügende wirtschaftliche Bedeutung und politische Macht.

* * *

Wenn auch zur Zeit die jährliche staatliche Ansiedelung in den Provinzen Westpreußen und Posen rund 1600 Familien erreicht hat, so ist immerhin doch noch eine weitere Beschleunigung der Ansiedelung erforderlich.

Dafür sprechen viele Gründe, u. a. auch die Befürchtung, daß die bisherigen, für ein derartiges Friedenswerk geeigneten friedlichen Zeiten nicht von unbegrenzter Dauer sein werden und daß die Eindeutschung der Ostmarken nicht nur gefördert, sondern vollendet sein muß, wenn wir in Zukunft zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem Slaventum im Nordosten und Südosten gedrängt werden sollten.

Aus diesem Grunde werden in Zukunft größere deutsche Menschenmassen zur Besiedelung des deutschen Ostens herangeholt werden müssen. Die ganze Masse der auswanderungslustigen deutschen Bevölkerung steht hiefür leider nicht zur Verfügung, da nur Landwirte gebraucht werden können, an denen auch im Westen und Süden Deutschlands kein allzu großer Ueberfluß ist. Vielleicht ermöglicht aber eine etwas langsamere ruhigere Gangart in der industriellen Entwicklung unseres Vaterlandes, die in jeder Beziehung wünschenswert wäre, die Verwendung eines Teiles derjenigen landwirtschaftlichen Bevölkerung Gesamtdeutschlands, die heute von dem Lande nach der Stadt, von der Landwirtschaft zur Industrie übergeht. Bis eine derartige Politik sich in der inneren und äußeren Wanderung der deutschen Bevölkerung bemerkbar macht, wird man auch kleinere und mehr künstliche Mittel der Beförderung der Uebersiedelung von Deutschen nach den Ostmarken nicht verschmähen dürfen. Hier stehen u. a. die „Staatskinder" zur Verfügung, die der öffentlichen Fürsorge anheimfallenden Waisenkinder und unehelichen Kinder der mittleren und westlichen Gebiete Deutschlands. Ich habe hierauf schon im Jahre 1895 hingewiesen.*) Das Ergebnis war die durch den Alldeutschen Verband, den Evangelischen Bund und die Vereine für innere Mission geförderte Anlage der deutschen Waisenhäuser in Neuzedlitz bei Witkowo in der Provinz Posen, in Großtillitz

*) In den Alldeutschen Blättern Nr. 39 vom 29. September 1895.

Digitized by Google

bei Neumark in der Provinz Westpreußen und in Kulm, Reg.-Bez. Marienwerder, in der Provinz Westpreußen, in Kobissau bei Karthaus, Reg.-Bez. Danzig und andere. Diese Waisenhäuser dienen im wesentlichen als Durchgangsstätten für die Ueberführung großstädtischer Waisenkinder in bäuerliche Familienpflege. Sie sind aber auch zu Kernpunkten geworden für deutschvölkische und gemeinnützige Veranstaltungen aller Art.

Für unsere Zwecke reicht aber der einheimische deutsche Menschenvorrat wenigstens zurzeit nicht aus, trotz des heutigen Bevölkerungsüberschusses von jährlich etwa 900000 mehr Geburten als Sterbefälle. Man muß auf das Ausland zurückgreifen, wie dies übrigens die großen hohenzollernschen Kolonisatoren des 17. und 18. Jahrhunderts auch getan haben.

Im Auslande stehen Millionen von Deutschen zur Verfügung, die in der Verstreuung leben, denen es nicht gelungen ist, einen geschlossenen deutschen Volksboden zu gewinnen, die vielfach in ihren wirtschaftlichen Hoffnungen enttäuscht worden sind, denen man aber vor Allem die ihnen und ihren Vorfahren bei ihrer „Berufung" nach dem Auslande versprochenen wirtschaftlichen und völkischen Sonderrechte nicht gehalten hat und die vielfach von der Entdeutschung bedroht sind. Das gilt ganz besonders vom Osten und Südosten von Europa.

Freilich gilt es hier mit vorsichtiger Hand alle solche Neubildungen und Keime für künftige Neubildungen zu schonen, bei denen mit einem künftigen wirtschaftlichen und deutschvölkischen Gedeihen gerechnet werden darf. Unter diesem Gesichtspunkte darf an die Sachsen in Siebenbürgen und an die Schwaben in Banat ebensowenig die Hand angelegt werden, wie an gewisse andere Volksgenossen, die mit Gegnern des Deutschtums in einem aussichtsvollen Kampfe stehen. Aber darauf, ob dieser Kampf ein aussichtsvoller ist, kommt es eben an. Wir möchten dies für die Deutschen in Galizien verneinen und sie deshalb für die Rückwanderung in die reichsdeutsche Heimat empfehlen, während wir dies z. B. für die Bukowina noch immer bejahen möchten.

Besonders schwierig liegt die Frage für Rußland. Hier leben Millionen von Deutschen, die rückwanderungslustig sind, weil sie in ihrer deutschen Eigenart gefährdet werden. Trotzdem bekämpft z. B. Hans Witte in den Grenzboten vom 27. März 1902 S. 706 die Rückwanderung des Deutschtums aus russisch Polen und aus Wolhynien an sich mit guten Gründen, indem er meint, man solle den an sich schon viel zu starken Zug nach dem Westen nicht noch künstlich stärken

Digitized by Google

und ihm lieber einen Zug nach dem Osten, auch über die Reichsgrenze hinaus entgegensetzen. Denn „eine aufsteigende Entwicklung des Deutschtums in russisch Polen werde eine günstige Rückwirkung auf die Gestaltung der Nationalitätsverhältnisse unserer Ostprovinzen ausüben". Dem muß aber entgegengehalten werden, daß die Frage der Abwanderung des Deutschtums überhaupt nicht mehr offen ist. Von durchaus gut unterrichteter Seite wird behauptet, daß allein im Jahre 1903 96 000 Deutsche aus Rußland nach Amerika ausgewandert sind.

Wenn aber die Sache so liegt, so wird man doch billigerweise empfehlen, ja sogar von einem höherem Standpunkte verlangen dürfen, einen möglichst großen Teil dieser Auswanderer in unseren Ostmarken (und auch sonst im deutschen Siedelungsgebiet in Mitteleuropa) festzuhalten, ganz gleichgültig, ob diese deutschen Auswanderer aus Rußland oder aus Ungarn stammen und nach unserer Meinung an sich besser dort festzuhalten wären.

Ja, wir gehen noch einen Schritt weiter und empfehlen es, den Versuch zu machen, einen Teil unserer bäuerlichen Auswanderer aus Nordamerika zurückzurufen. Das erscheint nur auf den ersten Blick aussichtslos. Den deutschen Farmern in den verschiedensten Gebieten der Union, Kanadas, Mittel- und Südamerikas geht es keineswegs allenthalben gut. Sie „haben zwar zu leben", aber sie „bringen es zu nichts", jedenfalls zu keiner Kapitalbildung, die sie dort für ihre Kinder und Kindeskinder erhofft hatten. Sie „wünschen sich zu verändern", während andere wieder sich nach den Verhältnissen der alten Heimat zurücksehnen. Es käme nur auf die Bedingungen an, die die Ansiedelungsbehörden ihnen in den Ostmarken machen könnten, um eine für amerikanische Verhältnisse belanglose, aber für deutsche Verhältnisse doch belangreiche Minderheit von deutschen Farmern zu bewegen, ihre amerikanischen Farmen zu veräußern, mit ihren in Deutschland viel wirksameren kleinen Kapitalien hierher zurückzukehren, um hier vielleicht für jedes ihrer zahlreichen Kinder ein Ansiedelungsgut zu erwerben und hier in Schule und Kirche und in allen Gütern der Kultur die völkische Pflicht mit der wirtschaftlichen Annehmlichkeit zu verbinden. Freilich müßte man ihnen weitestgehende gemeindliche Selbstverwaltung einräumen und sie auch sonst mit der Bevormundung durch Beamte möglichst verschonen.

Wir könnten auch sonst recht viele Amerikaner unter uns brauchen, aber deutsche Rückwanderer. Man mache in Deutschland eine Politik, die ihnen dies erträglich erscheinen

Digitized by Google

läßt und man braucht zur Förderung der gegenseitigen guten Beziehungen keine künstlichen Mittel.

Und diese Tausende deutscher Rückwanderer wären eine ganz kleine und bescheidene Gegengabe für das verschwenderische Geschenk von Millionen deutscher Volksgenossen, die wir ohne jede Gegenleistung seit Jahrhunderten an Amerika überlassen haben. Es wäre auch nichts anderes, als das, was italienische und norwegische Rückwanderer in allergrößtem Stile betätigen.

Wir können es amerikanischen und russischen Rückwanderern nicht verdenken, wenn sie und ihre im Auslande geborenen Kinder sich nicht gern dem strammen, preußischen, militärischen Friedensdienst unterwerfen wollen. Es würde keine Durchbrechung des allerdings unverletzlichen Grundsatzes der allgemeinen Wehrpflicht bedeuten, wollte man diesen Rückwanderern und ihren im Auslande geborenen Söhnen selbst bei der Aufnahme in den Staatsverband die persönliche Befreiung vom militärischen Friedensdienste zusichern. Vielleicht wäre dies gerade der entscheidende Punkt für ihre Entschließung. Man denke an einen Deutschen in Rußland, dessen Großeltern vor 100 Jahren dorthin ausgewandert sind. Seine Söhne sollen in die ihm unangenehme russische Armee eintreten. Er entzieht sich und sie diesem Drucke durch Auswanderung und er wählt vielleicht Amerika deshalb, weil es dort noch keine allgemeine Wehrpflicht gibt. Bliebe er mit seinen Söhnen in Deutschland „frei", so würde er gern nach der ihm entfremdeten Heimat zurückkommen. Ob seine Enkel „dienen" müssen, das macht ihm keine Sorge.

Überhaupt müssen wir uns dazu entschließen, den deutschen Einwanderern Vorrechte, namentlich vor der einheimischen polnischen Bevölkerung, einzuräumen. Diese Vorrechte, die man in freigebigster Weise in den glänzenden Zeiten deutscher Kolonisation im 9. bis 14. Jahrhundert, aber auch noch in der Nachblüte des 17. und 18. Jahrhunderts den fremden Einwanderern einräumte, waren das wirkungsvollste Mittel der Berufungskolonisation und auch der freiwilligen Zuwanderung.

Noch heute, wie im Mittelalter, will der Ansiedler im Siedelungsgebiete seine Lage verbessern. Er sucht mehr Land und billigeres Land als daheim. Er will ein freier Mann auf eigener Scholle sein, er verabscheut die unnötige Bevormundung durch Beamte, er will selbst raten und taten und die öffentlichen Angelegenheiten seines Gemeinwesens selbst verwalten. Er will nicht gezwungen sein, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, sondern er wünscht seine heimat-

Digitized by Google

lichen Anschauungen und Gewohnheiten dem neuen Lande aufzuprägen. Eine Rücksichtnahme auf die alten (polnischen) Bewohner des Landes erscheint ihm als eine Unbequemlichkeit. Deutsch und frei zu sein, das muß ihm gewährleistet werden, wenn nicht durch das gemeine Recht, dann durch Vorrechte.

Gewiß hat Stumpfe und haben unsere Zentrumsleute recht, wenn sie meinen, durch Verwendung katholischer Ansiedler würde sich die Zahl der Ansiedler leicht vermehren lassen. Bei der Besprechung der Denkschrift über das Ansiedelungsgeschäft im preußischen Abgeordnetenhause 1904 hat ja auch das Zentrum die feierliche Erklärung abgeben lassen, daß das Zentrum es allerdings verwerfen müsse, „wenn der polnische Klerus die deutschen Minderheiten in ihrem nationalen Empfinden und in ihrer religiösen Betätigung unterdrücken oder beschränken würde — darum möge die Regierung . . . sich nicht abhalten lassen, auch deutsche Ansiedler katholischen Bekenntnisses anzusiedeln."

Der letztere Schluß ist aber falsch. Man kann vielmehr aus den gemachten tatsächlichen Erfahrungen und aus der abgegebenen Erklärung nur folgern, daß die preußische Regierung auf die Zustimmung des Zentrums rechnen darf, wenn sie vorher organische Sicherheiten seitens der katholischen Kirche verlangt, daß die deutschen Minderheiten in ihrem völkischen Empfinden seitens der polnischen Geistlichkeit nicht verletzt werden können — ehe sie die Genehmigung erteilt, auch Katholiken in den Ostmarken anzusiedeln. Dies wird aber in geschlossenen, ausschließlich deutschen Gemeinden und Bezirken geschehen müssen.

* * *

2. In der Nordmark Schleswig ist eine staatliche Förderung der Eindeutschung und der deutschen Siedelung durchaus nötig, da die Eindeutschung dieser Mark durch Aufhetzungen von jenseits der Grenze immer wieder in Frage gestellt und verlangsamt worden ist. Das Fortbestehen eines gesonderten dänischen Volkstums würde dort an sich nicht die großen Gefahren in sich schließen, wie das Vorhandensein des slawischen Polentums im Osten, da die Dänen Germanen sind, wie die Deutschen und sich rassemäßig gar nicht und sprachlich nur wenig von den Niederdeutschen in Schleswig unterscheiden. Eine deutsche Siedelungspolitik, wie die ostmärkische, ist in Schleswig aber deshalb technisch nicht gut möglich, weil es in Nordschleswig an Großgrundbesitzungen fehlt, die aufgeteilt werden könnten. Es muß also dort der kostspieligere Aufkauf von Bauerngütern erfolgen. Seit einigen

Digitized by Google

Jahren hat nun in der Tat der preußische Staat aus den Mitteln des Gesetzes vom 1. Juli 1902 Bauerngüter zusammengekauft und aus ihnen Staatsdomänen gemacht.

Die bäuerliche deutsche Ansiedelung in der Nordmark ist dagegen bisher nur Sache privater Vereinigungen gewesen. Diese haben nicht Genügendes leisten können. Zur Beschleunigung des Verfahrens, namentlich einer Abschnürung der Grenze durch eine ununterbrochene Reihe deutscher bäuerlicher Ansiedelungen erscheint das Einschreiten des Staates (des Ministers für die Marken) erforderlich.

Vielleicht entschließt man sich sogar zur Anlegung der weiter unten besprochenen Militärgrenze.

Jedenfalls müßte auch für die näher zu begrenzende Nordmark auch die Möglichkeit der Zwangsenteignung von Grundstücken geboten, die Grunderwerbsbeschränkung für Festungen und Kriegshäfen ausgesprochen und der Aufenthalt von Reichsausländern verboten werden.

Wie in den Ostmarken, so muß auch in der Nordmark alles zu Lasten des preußischen Staates und durch die Organe der preußischen Staatsverwaltung geschehen. Dies wird sich Preußen schon mit Rücksicht auf die Einheitlichkeit seiner Staatsverwaltung und aus anderweiten verwaltungstechnischen Gründen nicht nehmen lassen, obgleich es sich ja bei allen diesen Dingen nicht um preußische, sondern um allgemeine deutsche Pflichten handelt.

Um so mehr muß das Deutsche Reich die Erfüllung dieser Pflichten in dem Reichslande Elsaß-Lothringen übernehmen.

* * *

3. Von unseren Westmarken Elsaß und Lothringen kommt für die deutsche Besiedelungsfrage eigentlich nur Lothringen in Betracht, da sich im Elsaß die Sprachgrenze nahezu mit der Reichsgrenze deckt. In Lothringen ist dies aber bekanntlich nicht der Fall. Die Eindeutschung des französischen Sprachgebietes in der Nähe von Metz könnte und sollte aber durch eine planmäßige, bäuerliche, reichsdeutsche Siedelung gefördert und beschleunigt werden. Das Vorbild, das Kaiser Wilhelm II. durch private Gutserwerbung dort gegeben hat, ist durch deutsche Adlige und Kapitalisten leider selten befolgt werden. Die hier vorliegenden Schwierigkeiten sind die ähnlichen, wie in Nordschleswig, insofern der aufteilbare Großgrundbesitz hier nur spärlich vertreten ist. Um so belangreicher ist hier die militärische Seite der Sache infolge der Nähe von Metz. Natürlich wäre die Aufgabe hier seitens des Reiches zu

Digitized by Google

lösen. Eine unmittelbar dem Reichskanzler in Berlin, also nicht dem Statthalter in Elsaß, unterstellte Reichsbehörde mit dem Sitze in Metz, wäre mit einem Betriebsstock von 200 Millionen Mark auszurüsten, um das in französischer Hand befindliche Gelände, besonders in der Nähe von Metz und Diedenhofen aufzukaufen und in der Form von unverschuldbarer Erbpacht deutscher Hand zuzuführen.

Auch hier müssen wir auf die Vorschläge einer Militärgrenze verweisen, die weiter unten gemacht sind.

Abgesehen hiervon sollte die Entfernung der letzten französischen Optanten aus ganz Elsaß-Lothringen und das Verbot des Aufenthaltes von Reichsausländern im ganzen Reichsland angebahnt werden. Nicht minder wäre das Verbot der Verpachtung von Jagden in Elsaß-Lothringen, in Baden und in der Pfalz erwünscht.

* * *

Endlich wäre die Frage zu erwägen, ob die vorgeschlagenen Neuerungen und Fortschritte auf dem Verwaltungswege oder auf dem Wege der Gesetzgebung durchgesetzt werden sollen. Wir begreifen es, wenn die Regierungen den ersteren Weg gern bevorzugen, der ja in der Tat technisch eine Menge Vorzüge bietet und es gibt hervorragende Fachleute, die glauben, bei der heutigen Lähmung unseres ganzen Gesetzgebungswerkes durch bekannte Einflüsse, auf gesetzgeberische Versuche verzichten und mit der allerdings rücksichtsloseren Anwendung der bestehenden Gesetze auskommen zu können. Man versuche es solange es geht! Aber die mit dem Gesetze vom 26. April 1886 gemachten Erfahrungen zeigen doch, wie wertvoll es sein kann, eine schwankende Politik durch Gesetze von völkischen Rückschritten abhalten zu können. Was wäre aus der Ansiedelung in dem Zeitalter Caprivi geworden, hätte nicht ein Gesetz wenigstens die unteren Behörden gezwungen, bei der Stange zu bleiben. Wir sind vor Rückschlägen in der Zukunft nicht sicher. Also grundlegende Gesetze!

Auch die deutsche Bevölkerung und die deutschen Beamten in den Marken brauchen eine gesetzliche Gewähr gegen die Wiederholung der Versuche von Caprivi und Admiralski.

Aber ob Reichs- oder Landesgesetze?

Es ist ein Jammer, daß man heute vom Standpunkte deutsch-völkischer Politik aus eigentlich dazu raten muß, in Preußen lieber den

Digitized by Google

Landtag zu befragen, als den Reichstag. Immerhin kann Reichsrecht nur durch Reichsrecht ausgedehnt, eingeschränkt oder umgestaltet werden.

So wird es wohl nötig sein, nachstehende Gesetze zur unmittelbaren oder mittelbaren Förderung des Siedelungswesens in Betracht zu ziehen:

1. Ueber Beschränkung des Erwerbes von Grundbesitz durch Ausländer nach Maßgabe unserer Forderungen in I. 1. S. 74—77.
2. Neuordnung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über Erwerb und Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit im Sinne der Erschwerung der Aufnahme von Ausländern in den Staatsverband.
3. Beschränkung des Aufenthaltes von Fremden in Festungen, Kriegshäfen, den Grenzgebieten, besonders in den Militärgrenzen.
4. Ordnung der Genehmigungspflicht der Einführung fremder Saisonarbeiter.
5. Einschränkung der Freizügigkeit (betr. Zuwanderung) in Festungen, Reichskriegshäfen und Militärgrenzen.
6. Versorgung von Unteroffizieren nach längerer Dienstzeit (Kapitulanten) durch Gewährung von Erbpachtgütern als Heimstätten in den Militärgrenzen zu günstigen Bedingungen.
7. Erklärung der Zulässigkeit, deutschen Rückwanderern, die sich in den Militärgrenzen ansiedeln, bei der Aufnahme in den Staatsverband die Freiheit von der Militärpflicht zuzuerkennen.
8. Bewilligung eines Stockes von 200 Millionen Mark aus Reichsmitteln zum Zwecke des freihändigen und zwangsweisen Erwerbes von Grundbesitz in Elsaß-Lothringen unter Erteilung des Zwangsrechtes an eine unmittelbare (von der Landesverwaltung unabhängige) Reichsbehörde, die auch die Verwaltung und teilweise Besiedelung dieses Reichsgrundbesitzes zu übernehmen hat.
9. Erweiterung des Festungsgürtelgesetzes vom 21. Dezember 1871.

Digitized by Google

XVIII. Neue Deutsche Militärgrenzen.

(Eine „patriotische Phantasie"?)

Wenn man bedenkt, daß es der Ansiedelungs-Kommission bei aller anerkennenswerten Tätigkeit nur gelungen ist, in den jüngsten 20 Jahren etwa 60 000 Deutsche in den Ostmarken anzusiedeln, daß aber in derselben Zeit weit mehr als eine Million Deutscher aus den Ostmarken westwärts abgewandert sind, so muß man von den schwersten Besorgnissen für die Zukunft des Deutschtums im Osten erfüllt werden. Auch wenn man die Tätigkeit der Ansiedelungskommission in Posen und Westpreußen durch Ueberweisung größerer Mittel verdoppelt und sie auf Schlesien und Ostpreußen ausdehnt, so wird man kaum hoffen dürfen, daß auf dem bisher betretenen Wege in einem Menschenalter mehr als 200 000 Deutsche nach dem Osten verpflanzt werden können, entgegen dem Fünffachen der westlichen Wanderung. Dieses Mißverhältnis kann ja dadurch etwas abgeschwächt werden, daß die Neuansiedler in den Ostmarken seßhafte Bauern werden, während die Abwandernden der ländlichen Arbeiterbevölkerung und der städtischen Gesamtbevölkerung angehören. Immerhin bleibt das Mißverhältnis bestehen, auch wenn man alle die kleinen Mittel verwendet, die schon angewendet werden und deren Anwendung wir oben empfohlen haben.

Das deutsche Volk — denn dieses ist von der Frage weit mehr berührt, als seine Regierung — steht also vor der Wahl, ob es auf die Fortsetzung eines aussichtslosen Kampfes verzichten oder ob es diesen Kampf mit größeren, bisher nicht verwendeten Machtmitteln fortsetzen will.

Wenn man sich zur Fortsetzung dieses tausendjährigen Kampfes entschließen will, dann werden wir, denen die gewalttätigen, rücksichtslosen Mittel früherer Jahrhunderte nicht mehr zur Verfügung stehen, uns fragen müssen, über welche hauptsächlichen Mittel denn unsere

Digitized by Google

Zeit verfügt. Kein Zweifel, daß dies unsere, auf der allgemeinen Wehrpflicht aufgebauten militärischen Einrichtungen sind.

Auf diesem Gebiete kann vorläufig noch kein anderer Staat mit uns wetteifern. Unsere Wehrverfassung, in Einzelheiten vervollkommnungsbedürftig, hat sich im Laufe eines Jahrhunderts im großen und ganzen bewährt. Sie ist auch weniger verknöchert und neuen Aufgaben mehr gewachsen, als unsere Beamtenwelt, sie ist von juristischem Formenkram weniger angekränkelt, als unser ganzes öffentliches Leben, einschließlich der gesetzgebenden Körperschaften. In Gestalt der Marineverwaltung haben sich unsere militärischen Einrichtungen auch auf dem Gebiete des Siedelungswesens in Kiautschou bestens bewährt. Es würde also gar nicht so fern liegen, unsere gesamten Ostmarken, die Nordmark und einen Teil der Westmark zu Markgrafschaften zurückzubilden, von denen wir oben I., 1. S. 51 gesprochen haben, und man könnte diese Markgrafschaften auf 30 bis 60 Jahre militärisch verwalten lassen. Das Geschrei über „Militarismus" und „Ausnahmezustände" würde bald verstummen, wenn diese Markgrafschaften einige Jahre an der Arbeit gewesen wären.

Aber es wird dazu nicht kommen, denn unsere „Zeitgenossen" werden sich zu derartigen unerhörten Versuchen kaum entschließen. Ich verzichte deshalb darauf, auch nur einen Plan solcher Neueinrichtungen zu entwerfen.

Ich bin bescheidener. Ich mache einige minder grundstürzende Vorschläge, die dem schwächlichen Geiste unserer Zeit nicht ganz so „phantastisch" erscheinen werden. Und ich lehne mich dabei an das an, was ich schon im Jahre 1894 über „Neue Deutsche Militärgrenzen" in den Alldeutschen Blättern vom 7. Oktober 1894 veröffentlicht hatte:

„Die Bedenken gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in der Armee sind bekannt. Wir haben sie überwunden und die zweijährige Dienstzeit eingeführt. Nun gut. Jene Bedenken sind aber dadurch nicht aus der Welt geschafft, und es ist notwendig, sich daran zu erinnern, welche Wirkungen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit haben muß. Der Wegfall des dritten Jahrgangs beraubt u. a. die Armee einer großen Menge von Anwärtern auf die Unteroffizierslaufbahn. Das ist bekannt. Und man hat bei der jetzigen Neugestaltung der Armee sofort auf die Notwendigkeit der Vermehrung der Kapitulanten hingewiesen. Bald wird sich aber auch die Notwendigkeit herausstellen, der allzu großen Jugendlichkeit der dienstpflichtigen Mannschaft in einem älteren Unteroffizierskorps ein Gegengewicht gegenüber zu stellen. Auch aus politischen Gründen wird sich die Schaffung eines Berufsunteroffizierskorps in größerem Umfange als bisher nötig machen. Die deutschen Steuerzahler müssen deshalb in den nächsten Jahren auf wesentliche Mehr-

Digitized by Google

forderungen für Kapitulantenzulagen der Unteroffiziere gefaßt sein. Zum Vorteile der militärischen Mannszucht wird man solche Forderungen auch bewilligen müssen.

Wenn aber die Unteroffiziere längere Zeit bei der Fahne behalten werden als bisher, so wird das einen Uebelstand verschärfen, der sich als ungewollte Wirkung des Kapitulantenwesens schon jetzt unangenehm fühlbar macht. Es ist die Entfremdung dieses Teiles unseres Volkes, und er ist nicht der schlechteste von dem eigentlichen Erwerbsleben. Ganz besonders gilt dies von den ländlichen und insbesondere den bäuerlichen Elementen.

Jeder Vaterlandsfreund beklagt es ja, daß unsere Landbewohner dem Lande so gern den Rücken kehren und die Städte, besonders die Großstädte, aufsuchen Leider wird dieser das ländliche Gepräge unseres ganzen Volkes arg bedrohende Zug nach der Stadt durch die Armee wesentlich unterstützt. Aus Gründen der militärischen Ausbildung werden die Regimenter immer mehr in den großen Städten zusammengedrängt. Und der Soldat, auch der Bauernsohn, der einige Jahre in der großen Stadt gedient hat, entfremdet sich gar zu leicht dauernd dem Landleben.

Wir wollen hier die Frage nicht untersuchen, ob denn die großen Städte wirklich in diesem Maße mit Truppen überfüllt werden müssen. Die Tatsache liegt vor. Mit ihr müssen wir rechnen. Unseres Erachtens sollte aber auch die Armeeverwaltung alles tun, um diese von ihr gewiß auch bedauerten sozialpolitischen Wirkungen wieder wett zu machen. Sie sollte sich deshalb bemühen, die am meisten der landwirtschaftlichen Arbeit Entfremdeten, nämlich die Unteroffizierskapitulanten, wenigstens teilweise dem Landleben wieder zuzuführen.

Es ist ja bekannt, daß die Entlohnung der Kapitulanten durch Prämien und Renten nicht nur finanziell schwierig ist, sondern auch volkswirtschaftliche Bedenken hat. Noch schlimmer steht es mit der sogenannten Zivilversorgung. Man muß die Entlohnung der Kapitulanten durch den Zivilversorgungsschein doch immer nur als einen Notbehelf ansehen. Der Wettbewerb der Militäranwärter wird von den schulmäßig vorgebildeten Beamten hart empfunden. Und es ist doch eigentlich unverantwortlich, wenn der Staat deutsche Männer in die Beamtenlaufbahn drängt, die in dieser minderwertig sind, aber im Erwerbsleben vielleicht hervorragend tüchtig waren und es wieder werden können. Ganz besonders gilt das von den Bauernsöhnen und den landwirtschaftlichen Arbeitern. Es ist doch eigentlich ein Frevel, zwangsweise aus ihnen Beamte zu machen.

Wir schlagen deshalb vor, solchen gedienten Unteroffizieren, die aus dem bäuerlichen Stande und aus dem der landwirtschaftlichen Arbeiter hervorgegangen sind, die landwirtschaftlich gebildete Frauen geheiratet haben und einige andere wirtschaftliche Bedingungen erfüllen können, an Stelle barer Prämien oder Renten lieber bäuerliche Rentengüter zu verleihen. Und zwar sind ihnen diese Güter in geschlossenen Ansiedelungen in den deutschen Ost-, Nord- und Westmarken anzuweisen. Denn wie alle militärischen und wirtschaftlichen Maßregeln müssen auch diese in Zukunft in den Dienst der deutsch-nationalen Sache gestellt werden. Das französische Sprachgebiet in Lothringen, das dänische in Nordschleswig, vor allem aber das polnische und litauische im Osten können auf diese Weise allmählich verdeutscht und bäuerlich neu besiedelt werden.

Bekanntlich plant man zur Erhaltung eines tüchtigen, leistungsfähigen Bauernstandes die Einführung des Anerbenrechtes in größerem Umfange.

Digitized by Google

Jedoch hat man dabei das Bedenken, daß dadurch aus den Bauernsöhnen, die nicht den väterlichen Hof erben können, besitzlose Proletarier entstehen. Das muß allerdings möglichst vermieden werden. Ein Ausweg zeigt sich dahin, daß diese jüngeren „enterbten" deutschen Bauernsöhne Berufssoldaten werden, nach einer allerdings nicht zu langen Dienstzeit bei der Fahne von längstens 9 Jahren wieder zur Landwirtschaft zurückkehren und in die Lage versetzt werden, ein bäuerliches Rentengut zu erwerben.

Der Staat braucht hierbei kein Opfer zu scheuen, denn mit derartigen Veranstaltungen stärkt er die zwei stärksten Säulen, auf denen er ruht, die Armee und den Bauernstand: bekanntlich sind diese Säulen sogar Zwillingsbrüder. Der Staat, unter dem wir hier selbstverständlich das Deutsche Reich und nicht bloß den preußischen Staat verstehen, erfüllt hierdurch aber auch einen seiner wesentlichsten Zwecke. Er gibt den Grenzen des Reiches einen wirklichen deutsch volkstümlichen Inhalt. Denn nach Leopold von Gerlach (Denkwürdigkeiten II, 24) ist eine der wesentlichsten „Aufgaben eines Staates, die herrschenden Teile seiner Einwohner zu vermehren und den unterworfenen Teil zu vermindern". Oder sollten die Deutschen wirklich nicht die Herren sein im Deutschen Reiche?

Das Deutsche Reich ist ein koloniales Gebilde. Nach bekannten Gesetzen wird es nur gedeihen und fortbestehen, wenn es seinem Ursprunge nicht untreu wird.

„Die Kolonisation des Ostens war die größte Tat, die der deutschen Nation als Gesamtkörper bisher gelungen ist." (Lamprecht).

Diese Besiedelung wurde durch die Anlegung einer deutschen Militärgrenze in den Ostsee- und Weichselgebieten durch deutsche Ritter vorbereitet und durch deutsche Bauern und Bürger vollendet. Laßt uns endlich unseren Vorfahren wieder würdig nachstreben!"

* * *

Der vorstehende Aufsatz war in den Alldeutschen Blättern Nr. 41 vom 7. Oktober 1894 abgedruckt und von da vielfach in die Tagespresse übernommen worden, als der Verfasser darauf aufmerksam gemacht wurde, daß Paul de Lagarde (Böttticher) in seinen „Deutschen Schriften" Gesamtausgabe letzter Hand, 3. Abdruck, Göttingen 1892, S. 109 und 406 ebenfalls den Vorschlag macht, deutsche Unteroffiziere als deutsche Bauern zur Verdeutschung unserer Nord- und Ostmarken zu verwenden.

An der erstgenannten Stelle sagt Paul de Lagarde:

„Es liegt jedem wirklichen Germanen der Wunsch im Herzen, Grundeigentum zu besitzen. Bieten wir den Auswanderungslustigen die Möglichkeit, solches im Vaterlande zu erwerben, so werden wir sie am ehesten zum Bleiben veranlassen: bieten wir diese Möglichkeit den sogenannten Armen, so werden wir die Städte entlasten und die Armen zur Anstrengung aller ihrer Kräfte ermuntern: bieten wir sie als Belohnung ihrer Dienste den Unteroffizieren, so werden wir so viele Unteroffiziere erhalten, wie wir brauchen. Unteroffiziere, welche sich wohl hüten dürften, ihre — der künftigen Bauern — Weiber unter Putzmacherinnen und Ladenmädchen zu wählen, und welche infolge davon auch nicht, wie sie jetzt oft

Digitized by Google

tun, hoch würden hinauswollen: wir werden in allen diesen Fällen unser Volk an den Gedanken gewöhnen, daß der Bauernstand die wirkliche Grundlage des Staates ist: wir werden Kronbauern und danach Eigentümer erhalten, welche in echtem Sinne wohlhabend, das heißt, welche trotz vielleicht sehr geringer Einnahme an barem Gelde alle wirklichen Bedürfnisse ihres Daseins zweckentsprechend zu befriedigen vermögen, und deren Familien einen trefflichen Nachwuchs an Arbeitern, an gesunden Menschen mit scharfen Sinnen und starken Sehnen und Knochen liefern werden. An der polnisch-russischen, an der dänischen Grenze, auf den durch feste Dämme miteinander zu verbindenden Inseln des deutschen Meeres und dem durch Austrocknung des Watts hinter diesen Inseln zu gewinnenden Lande, da liegt in Deutschland für die nächsten fünfundzwanzig oder fünfzig Jahre die Antwort auf die Arbeiter-, die Armen- und die Unteroffizierfrage."

Seit 1894 ist die sachgemäße Versorgung der Unteroffiziere mit längerer Dienstzeit nur noch dringlicher geworden und sie wird noch dringlicher werden, wenn die geplanten Vermehrungen der Armee sich verwirklichen. Also Hand ans Werk!

Die an den Grenzen gelegenen, unten näher bezeichneten Gebiete werden als Militärgrenze bezeichnet. Die Staatsregierung kauft — nach dem Grundsatze der Abschnürung, vgl. oben S. 91 in erster Linie in ihnen aus dem Ansiedelungsstock und aus dem Domänenstock alles zusammen, was er an Gütern und Bauernwirtschaften freihändig und bei Zwangsversteigerungen erhalten kann. Zur Niederhaltung der Preise erwirbt er aber sogleich vom ersten Jahre an auf dem Wege der Zwangsenteignung aus polnischer Hand alles das, was ihm besonders geeignet erscheint und die Anlage größerer, geschlossener rein deutscher Ansiedelungen ermöglicht.

Die Ansiedelungsgüter und kleineren Arbeiterstellen werden in den verschiedensten Abstufungen abgemessen, um das Aufsteigen der Ansiedler zu größerem Besitz zu ermöglichen, um aber auch deutsche Lohnarbeiter zu gewinnen. Geeignete Bauernstellen werden an Unteroffiziere zunächst in Pacht ausgegeben mit der Anwartschaft auf Erbpacht an deren Söhne und Enkel. Hiebei werden möglichst Landsmannschaften zusammengehalten.

Die Reichskriegskasse zahlt an die Ansiedelungsbehörde zugunsten anzusiedelnder Unteroffiziere reichlich bemessene Abstandsgelder, reichlicher als solche, die anderweit an Versorgungsberechtigte unmittelbar oder mittelbar geleistet werden.

In den Militärgrenzgebieten ist aller Besitzwechsel, außer bei Erbgang in gerader Linie, von der Zustimmung der Verwaltungsbehörden abhängig zu machen.

Um das Eindringen von Volksfremden, namentlich in der Gestalt von Dienstboten zu verhindern, ist jeder Zuzug in die Militärgrenz-

Digitized by Google

gebiete von der Zustimmung der Verwaltung abhängig zu machen. Eine Abwanderung steht natürlich jedermann frei.

Um die Bodenständigkeit der Bewohner zu fördern, werden diese zur Ableistung ihrer Wehrpflicht, einschließlich der Reserve- und Landwehrübungen, ausschließlich nach Orten eingezogen, die in der Militärgrenze liegen. Es sind möglichst viele kleine Standorte in diesen Grenzgebieten zu errichten. Hierbei können die Wünsche berücksichtigt werden, die neuerdings in den Fachschriften des Heeres in bezug auf sogenannte „Glacis" ausgesprochen werden, die in der Breite eines Tagesmarsches an den östlichen Grenzen eingerichtet werden sollen (also Militärgrenzen in einem dritten Sinne des Wortes).

Vgl. die auch sonst lehrreichen Vorschläge in der Flugschrift: „Mars regiert die Stunde" von Nebukadnezar, Berlin, Verlag Kontinent 1904, S. 44—47. Dort heißt es u. a.:

„Wir haben mit allen den Mitteln, welche militärische Erfordernisse an die Hand geben, an der Grenze ein deutsches Glacis zu schaffen, d. h. durch ein Rayongesetz dafür zu sorgen, daß innerhalb eines Grenzstreifens an der Ostgrenze wenigstens von der Breite eines Tagesmarsches eine zuverlässige, deutschgesinnte Landbevölkerung angesiedelt werde. Der Weg, den wir bisher in der Germanisierung der Ostprovinzen eingeschlagen haben, wird nicht zum Ziele führen . . . . Die Frage kann nur dadurch gelöst werden, daß wir die gesamte Bevölkerungsmasse von der Grenze abdrängen, vom Grundbesitz loslösen und zwischen das russische Polentum und die preußischen Polen einen breiten Streifen deutschen Landes setzen".

Der gesamte Grundbesitz der Militärgrenzen, auch der im Privatbesitz verbleibende, ist unverschuldbar zu machen. Für die eingetragenen Grundschulden ist die Amortisationspflicht auszusprechen. Neue Grundschulden dürfen nicht eingetragen werden. Die einzige Ausnahme bilden die amortisationspflichtigen an den Fiskus zu leistenden Renten.

Um der Militärgrenze ihre ländliche Eigenart möglichst lange zu wahren, ist die Errichtung anderer gewerblicher Anlagen, als solcher, die mit der Landwirtschaft unmittelbar zusammenhängen, zu verbieten.

Im Grenzgebiet sind nur landwirtschaftliche Fortbildungs- und Fachschulen zu errichten.

Der Aufenthalt von Reichsfremden in den Militärgrenzen ist verboten.

Die Verpachtung von Jagden ist an die Zustimmung der Behörden gebunden.

Die fremdsprachigen, dem Gebiete entstammenden Militärpflichtigen werden dem Innern von Deutschland überwiesen.

Digitized by Google

Die Abwanderung von Fremden aus dem Grenzgebiet ist mit allen zulässigen Mitteln zu fördern.

Alle Eisenbahnen, Kleinbahnen, Straßenbahnen sind in Staatsbesitz und -Verwaltung zu nehmen. Die vorhandenen sind, wo nötig, zwangsweise zu enteignen. Der Verkehr in den Gebieten ist möglichst zu fördern, die Nachrichtengebung von der Grenze her für den Kriegsfall vorzubereiten und einzuüben.

Die Selbstverwaltung der deutschen Ansiedler in Gemeinde und Kreis ist möglichst zu fördern.

Vom Genossenschaftswesen gilt das gleiche.

Die Verwaltung der Militärgrenzen liegt in den Händen von Offizieren, die dem Minister für die Marken unterstehen.

* * *

Das was wir vorstehend unter besonderer Rücksicht auf die Verhältnisse der Ostmarken ausgeführt haben, das gilt in sinngemäßer Anwendung auch für Militärgrenzen, die an der Nordgrenze von Schleswig und an der Westgrenze von Lothringen (nicht auch Elsaß!) zu errichten wären.

* * *

Wir haben oben I. 1. S. 77 die Notwendigkeit betont, den Ausländern den Erwerb von Grundbesitz im Deutschen Reiche zu untersagen und Ausnahmen von diesem Verbote nur den Angehörigen solcher Staaten gegenüber für möglich zu erklären, die deutschen Reichsangehörigen die gleichen Rechte einräumen — diese Ausnahmen aber auch vertragsmäßig nicht zu erstrecken auf Grundstücke in den Grenzländern und Grenzprovinzen, in Festungen und Kriegshäfen und deren Umgebung.

Wir möchten hier daran erinnern, daß das völkische Gepräge der Städte und auch der Festungen auf die Dauer bedingt wird durch die Volksart ihrer ländlichen Umgebungen. Es wird sich deshalb die räumliche Ausdehnung des Reichsrayonsgesetzes vom 21. Dezember 1871 nötig machen, aber auch die beschleunigte Eindeutschung der Umgebung der deutschen Festungen in fremdem Volksgebiet, also besonders von Metz und Thorn. Ob dies am zweckmäßigsten durch Einbeziehung dieser Städte und Festungsgebiete in die von uns vorgeschlagenen Militärgrenzen geschieht, ist nebensächlich. Die Hauptsache ist aber, daß dies überhaupt und bald geschieht. Nebenbei bemerkt, würde dies einen schweren Fehler des Jahres 1871 wieder gut machen,

Digitized by Google

der in der Unterlassung der Zwangsenteignung der Schlachtfelder in der Umgebung von Metz, des heutigen Glacis von Metz bestand.

* * *

Endlich bleibt es noch übrig, die geographische Gestaltung und Abmessung der Militärgrenzen in Betracht zu ziehen.

Natürlich genügt es nicht, in plumper Anlehnung an Nebukadnezar Gürtel von Tagesmarschbreiten von der russischen, dänischen und französischen Grenze abzustecken. Die Anlehnung an die bestehende Verwaltungseinteilung gebietet sich von selbst und die Annahme der an die Grenzen stoßenden Kreise dürfte dem Ausdehnungsbedürfnisse genügen. Aber auch hier empfiehlt sich noch eine beträchtliche Einschränkung.

Mit Rücksicht auf die besonders gearteten Verhältnisse der vorwiegend evangelischen, litauischen und auch polnischen Grenzbevölkerung von Ostpreußen kann Ostpreußen vielleicht vorläufig außer Betracht gelassen werden. Aber auch in Westpreußen, Posen und Schlesien wird man die Stadtkreise und die industriereichen Gebiete Oberschlesiens von einer ostmärkischen Militärgrenze auszunehmen haben. Man gelangt dann zu Gebieten, die auf den Seiten 153 und 154 tabellarisch abgegrenzt sind.

Ostmarken. Die Militärgrenze der Ostmarken würde allerdings nur einen bescheidenen Teil der polnisch sprechenden Bevölkerung dieser Ostmarken umfassen, nämlich nur 19,47 % der in den Provinzen Westpreußen, Posen und Schlesien zusammen wohnenden Polen. Aber in allen den für die Militärgrenze in Aussicht genommenen einzelnen Kreisen wiegt die polnische vor der deutschen Bevölkerung stark vor, während die bereits anwesenden 160127 Deutschen immerhin einen Kern für die zukünftige ausschließlich deutsche Besiedelung dieser Militärgrenze bilden. Auch wenn nur ein Teil der 443944 Polen abwandert, ist die Möglichkeit einer dichteren deutschen Besiedelung durch die bisherige geringe Siedelungsdichtigkeit möglich gemacht. In keinem der Kreise, mit Ausnahme des Kreises Tarnowitz, erreicht die bisherige Bevölkerung die Dichtigkeit von 1,0 Einwohner auf das Hektar. Will man den Umfang der Militärgrenze noch mehr einschränken, als dies in dem vorstehenden Entwurf geschehen ist, so könnten die beiden westpreußischen Kreise Straßburg und Landkreis Thorn wegfallen, wo einer polnischen Bevölkerung von 71721 bereits eine deutsche von 50390 gegenübersteht.

* * *

Digitized by Google

Die Militärgrenze der Ostmarken soll umfassen:

Kreis	Fläche ha	Bevölkerung 1. Dezember 1900				
		überhaupt	auf das ha	Muttersprache		
				nur deutsch	deutsch und eine andere	nur polnisch
Westpreußen						
Straßburg . . .	106 090	57 312	0,54	19 332	601	37 344
Thorn, Landkr. . .	90 252	66 664	0,73	31 058	1 210	34 377
Zusammen	196 342	123 976	0,63	50 390	1 811	71 721
Ganz Westpreußen .		1 563 658		1 007 400	17 788	437 916
davon %		7,93		5,02	10,18	16,37
Posen						
Hohensalza . . .	103 865	74 405	0,71	26 703	299	47 382
Mogilno	73 364	43 248	0,58	10 498	308	32 433
Witkowo	58 883	26 520	0,45	4 424	91	22 002
Wreschen . . .	56 123	35 449	0,63	5 700	48	29 694
Pleschen	48 099	33 660	0,69	5 120	72	28 465
Ostrowo	41 431	37 420	0,90	7 416	175	29 808
Schildberg . . .	51 946	34 021	0,65	3 468	82	30 470
Zusammen	433 711	284 723	0,65	63 329	1 075	220 254
Ganz Posen . . .		1 887 275		718 421	10 688	1 156 866
davon %		15,08		8,81	10,05	19,04
Schlesien						
Kreuzburg . . .	55 288	48 243	0,87	18 795	1 416	28 015
Rosenberg . . .	89 871	50 049	0,55	6 948	1 426	41 645
Lublinitz	101 034	47 213	0,46	6 607	2 779	37 827
Tarnowitz . . .	32 756	62 277	1,90	14 058	3 585	44 482
Zusammen	278 949	207 782	0,74	46 408	9 206	151 969
Ganz Schlesien . .		4 668 857		3 377 655	86 149	1 100 831
davon %		4,45		1,37	10,68	13,82
Ueberhaupt ostmärkische Militärgrenze	909 002	616 481	0,67	160 127	12 092	443 944
Ganze Ostmark ohne Ostpreußen		8 119 790		5 103 476	114 625	2 695 613
davon %		7,59		3,13	10,54	16,47
davon						
evangelisch . . .		147 296		117 140	1 794	28 289
katholisch . . .		459 661		33 684	10 207	415 539

Digitized by Google

Die **Militärgrenze** der **Nordmark** soll umfassen:

Kreis	Fläche ha	Bevölkerung 1. Dezember 1900						
		überhaupt	auf das ha	Muttersprache				
				nur deutsch	deutsch und eine andere	nur dänisch oder norwegisch	nur friesisch	nur schwedisch
Hadersleben .	178 664	57 215	0,32	8 863	476	47 443	60	183
Apenrade . .	68 523	29 324	0,42	6 120	442	22 533	49	107
Sonderburg .	44 223	32 868	0,74	5 404	294	26 858	11	88
Tondern . .	181 286	56 561	0,31	17 455	653	25 663	12 706	32
Husum . . .	85 027	38 486	0,45	33 409	77	494	4 461	11
Zusammen Nordschleswig	557 723	214 454	0,38	71 251	1 942	122 991	17 287	421
Von ganz Schleswig		429 733		277 621	2 633	129 542	17 678	888
%		49,91		25,66	73,76	94,94	97,79	47,40

Die **Militärgrenze** der **Westmark** soll umfassen:

Kreis	Fläche ha	Bevölkerung 1. Dezember 1900					
		überhaupt	auf das ha	Muttersprache			
				nur deutsch	deutsch und eine andere	nur französisch	nur italienisch
Metz, Landkr. . .	107 521	92 354	0,85	35 569	417	52 755	3 248
Diedenhofen . .	94 541	115 873	1,22	79 780	753	24 057	11 032
Château Salins .	97 552	46 894	0,48	13 978	82	32 705	111
Saarburg . . .	100 869	64 859	0,64	49 548	149	14 815	306
Zusammen	400 483	319 980	0,79	178 875	1 401	124 332	14 697
Von ganz Lothringen		564 829		398 702	3 020	146 124	15 542
%		56,64		44,86	46,39	85,09	94,56

Nordmark. Die geplante Militärgrenze der Nordmark wird fast alle, nämlich 94,94 %, der in Schleswig wohnenden Dänen umfassen, das sind 122 991 von der gesamten dänischen Bevölkerung von 129 542. Auch diese an der Grenze unserer Nordmark gelegenen fünf Kreise haben bisher eine so geringe Wohnungsdichtigkeit von durchschnittlich 0,38 Bewohner auf das Hektar, daß neben der dänischen

Digitized by Google

Abwanderung eine deutsche Zuwanderung einhergehen und das gewollte Ergebnis erreichen könnte. Bei einer weiteren Einschränkung dieser Militärgrenze könnte der Kreis Husum ausgeschaltet werden, der bereits eine starke deutsche Mehrheit besitzt.

* * *

Westmark. Die für die Westmark vorgeschlagene Militärgrenze der vier Kreise Metz-Land, Diedenhofen, Château-Salins (dem baldigst ein deutscher Name (Salzburg?) zu wünschen wäre) und Saarburg umfassen nahezu die Gesamtheit, nämlich 85,09 % der französisch sprechenden Bevölkerung von Lothringen überhaupt. Mit Ausnahme von Diedenhofen sind sie dünn bevölkert. Will man das Gebiet der Militärgrenze an der Westmark einschränken, so könnten Diedenhofen und Saarburg ausgeschaltet werden, wo bereits starke deutsche Mehrheiten vorhanden sind. Aus völkischen und militärischen Gründen scheint aber der Landkreis Metz für eine Maßregel, wie die Errichtung einer Militärgrenze, besonders geeignet.

* * *

Was wir hier vorgeschlagen haben, davon werden unsere Kritiker wie üblich sagen, es stecke ein gesunder Kern darin und an unserer vaterländischen Gesinnung sei ja nicht zu zweifeln — aber es fehle das realpolitische Augenmaß für das Mögliche.

Das Mögliche! — ja was ist denn möglich? Das, wofür Wille und Macht vorhanden sind! An der Macht zu zweifeln, das auf unserem eigenen Reichsgebiet zu tun, was für das Fortschreiten unseres Volkstums erforderlich ist, das fällt ja nur ganz Kleinmütigen ein. Aber der Wille?

Mit Beschämung müssen wir es bekennen, daß es heute an der Einheitlichkeit des Volkswillens fehlt, der im 12. und 13. Jahrhundert die Großtaten in der Besiedelung des deutschen Volksbodens ermöglichte. Von dem heutigen Reichstage, eigentlich dem berufenen Träger des Volkswillens, ist die Betätigung eines so großzügigen Entschlusses nicht zu erwarten.

Darum wenden sich in solchen großen völkischen Fragen aller Augen hin zu der Persönlichkeit, die in mehr als einem Falle die mangelnde nationale Energie der Volksvertretung ersetzt hat, zum deutschen

Digitized by Google

Kaiser, der auch als oberster Kriegsherr an der Ost- und Westgrenze vor allem berufen ist, auch hier den Anstoß zu geben.

Er ist der Erbe des deutschen Kaisertums eines Karls des Großen, der mit genialem Instinkt die Besiedelung des deutschen Volksbodens in die Wege leitete, er ist der Erbe der großen Kurfürsten und Könige Preußens, die auf der vorhandenen Grundlage den größten Teil des preußischen Staatsgebietes deutsch besiedelt haben. Als Rechtsnachfolger der deutschen Ordensritter, als König von Preußen und als deutscher Kaiser, kann und wird er, wir wagen dies zu erwarten, an die Ueberlieferung der größten Zeiten preußischer und deutscher Geschichte anknüpfen und das große Werk der Besiedelung des deutschen Volksbodens krönen und vollenden durch die Schaffung deutscher Militärgrenzen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

3 2044 010 103 893

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.
WIDENER
CANCELLED
WIDENER
BOOK DUE
NOV 1 9 1984
WIDENER
MAY 1 3 2005
SEP 1 0 2003
CANCELLED
BOOK DUE
WIDENER
BOOK DUE
FEB 2 0

Digitized by Google